



DIE LINKE – Partei und Fraktion

Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE Berlin, 16. Juni 2007

*Grußansprache von Fausto Bertinotti, Vorsitzender
der Partei der Europäischen Linken und Präsident der
Abgeordnetenversammlung Italiens*

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, hier bei euch zu sein. Heute ist ein großer Tag, nicht nur für euch, sondern auch für die Arbeiterklasse und für das deutsche Volk. Heute ist ein großer Tag für die ganze Linke Europas. Und wir alle, die Linken Europas, haben auf diesen Tag gewartet.

Die Linke Europas erlebt gegenwärtig eine schwierige Zeit. Ich denke, das müssen wir klar sehen. Die Wahlen in Frankreich und Italien haben Gefahr für die Zukunft Europas, für die europäische Linke heraufbeschworen. Diese Gefahr ist sehr groß. Die alternative Linke könnte aus der europäischen Politik ausgegrenzt werden. Dort gibt es heute die deutliche Tendenz zu einer breiten Mitte. Starke politische Kräfte neigen dieser Mitte zu. Grundlage dieser Tendenz ist der Primat der Wirtschaft und des Marktes. Die Wirtschaft und der Markt sehen sich als Ersatz für Politik und wollen den Völkern einreden, es gäbe jetzt keine Rechte und keine Linke mehr. Wenn diese Tendenz sich durchsetzt, dann verschwinden nicht Linke und Rechte, sondern allein die Rechte bleibt. Die Rechte wird gefährlicher. In vielen Teilen Europas bietet sie eine schlechte Idee von der Gesellschaft an – schlecht, aber immerhin eine Idee. Damit gelingt es ihr, eine Hegemonie aufzubauen, die sich aus der Angst der Völker vor dem Verlust von Sicherheit und Rechten, aus der großen Unsicherheit speist, die die Unterschichten der Gesellschaft erleben.

Wir sagen: Das ist nicht das Schicksal der Linken, nicht das Schicksal Europas! Im Gegenteil: Die Linke muss eine Hauptrolle in der Politik spielen. Die Linke kann diese Hauptrolle spielen, wenn sie einig ist. Ihr gebt heute ein wichtiges Beispiel für die Partei der Europäischen Linken und für die gesamte europäische Linke. Mit diesem Parteitag schafft ihr die Grundlage für ein neues Verhältnis von Politik und Volk, von Linken und Bewegungen. Daher finde ich auch den Bezug auf die Renaissance in Lateinamerika vollkommen rich-

tig, eine Renaissance, die auf einem neuen Pakt der Linken mit dem Volk beruht. Dieser erfordert, dass wir uns dem großen Thema des Sozialismus im 21. Jahrhundert wieder stellen.

Wir brauchen dringend eine starke Linke. Ohne eine starke Linke riskiert die Welt, in der Katastrophe zu versinken. In diesem Zusammenhang sind die Worte Rosa Luxemburgs brennend aktuell. Die Welt erlebt Krieg und Terrorismus, sie hat eine Organisation der Wirtschaft, die die Umwelt zerstört und künftigen Generationen keine Chance bietet.

Wir brauchen eine Linke, die gegen den Krieg kämpft. Die Friedensbewegung hatte in allen Punkten recht und die Kriegspartei unrecht. Betrachten wir den Krieg im Irak. Die Situation dort ist nur immer dramatischer geworden. Auch die Krise in Palästina ist ein Ergebnis des Teufelskreises von Krieg und Terrorismus. Wenn keine Politik mehr gemacht wird, wenn wir keine historisch reife Lösung finden, das heißt, zwei Staaten für zwei Völker, dann haben wir Fundamentalismus, dann haben wir Bürgerkrieg, und die Politik wird zerstört. Für diese Tragödie trägt Europa eine große Verantwortung. Eine starke Linke muss erreichen, dass Europa eine Rolle bei der Erhaltung des Friedens spielt.

Aber die Linke wird auch in der Gesellschaft und in der Wirtschaft gebraucht. Kapitalistische Globalisierung und neoliberale Politik zerstören den Zusammenhalt der Gesellschaften – sie treiben große Teile der Bevölkerung in die Armut, sie senken Kaufkraft, Löhne und Renten. Sie wollen die kommenden Generationen zum Prekariat verurteilen. Das Prekariat ist ihre politische und strukturelle Option, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kontrollieren. Der Kapitalismus von heute will das 20. Jahrhundert aus der Geschichte streichen. Er will die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer isolieren, um zu verhindern, dass sie sich organisieren. Der Kapitalismus von heute raubt uns die Zukunft. Nur wenn die Linke eine Hauptrolle übernimmt, kann sie die Zukunft zurückerobern. Ihr habt euch auf diesen Weg gemacht.

Wir brauchen die Linke, damit wir das Leben zurückerobern können. Das gilt nicht nur für die Unterschichten der

In dieser Ausgabe

- Gründungsparteitag der LINKEN
- DIE LINKE zu G8
- EL: Kampagne zum EU-Vertrag
- Linke in Russland
- Europakonferenz der RLS



Gesellschaft, sondern auch für Umwelt und Natur. In diesem System wird der Mensch zur Ware reduziert. Dieser Kapitalismus kolonisiert die Körper und Köpfe der Menschen. Dieser Kapitalismus macht aus unseren Körpern und Köpfen Produktionsmittel.

Eine neue Linke muss ihre ursprüngliche Idee zurück erobern. Der Sozialismus im 21. Jahrhundert kann nicht allein wirtschaftliche Emanzipation sein. Der Sozialismus im 21. Jahrhundert muss ein Prozess der Befreiung der Frauen und Männer von jeglicher Form der Ausbeutung und Entfremdung sein. Die Bewegungen haben erklärt, dass eine andere Welt möglich ist. Seit wir mit den Bewegungen zusammenarbeiten, haben wir gelernt, dass wir sehr viel tun müssen, um ihr Wachstum zu fördern. Aber auch die Bewegungen selbst brauchen eine starke Linke, eine geeinte, plurale Linke.

Ein großer italienischer Dichter, Giacomo Leopardi, hat geschrieben: „Erst wenn Vernunft zur Leidenschaft wird, ist Erkenntnis möglich, die tiefe Erkenntnis von uns selbst und von den Anderen.“ Auch die Politik braucht Vernunft und Leidenschaft. Ihr schenkt uns heute eine große Emotion! Gemeinsam schlagen wir ein neues Kapitel für eine neue Arbeiterbewegung und für ein friedliches Europa der sozialen Gerechtigkeit auf. Ihr ermutigt uns, auf diesem Wege weiter zu gehen.

Dabei wünsche ich euch viel Glück, Genossinnen und Genossen!

Euer Kongress ist ein historisches Ereignis

Grußwort von Francis Wurtz, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, Euer Kongress ist ein historisches Ereignis. Aus deutscher Sicht ist das offensichtlich. Ich bin davon überzeugt, dass selbst die Optimistischsten unter Euch 1990 nicht gewagt hätten, von einer solchen Perspektive zu träumen.

Aber historisch ist Euer Kongress auch hinsichtlich seiner europäischen Dimension. Im Parlament von Strasbourg und Brüssel verfügt Ihr über ein solides Fundament. Eure Delegation in unserer Fraktion entwickelt unter der Leitung meiner Kollegin und guten Freundin Gabi Zimmer vielfältige Aktivitäten, die ihr im Parlament ebenso wie bei unseren Partnern in den Vereinen und Verbänden große Anerkennung eingebracht haben. Euer Kongress und alles, was er symbolisiert, wird um so bedeutsamere Konsequenzen haben, da er sich Herausforderungen stellt, die vor der europäischen Linken in besonderer Weise stehen.

Erstens, die Herausforderung, klare linke Positionen zu entwickeln und in praktische Politik umzusetzen. In einer Zeit, in der sich so viele politische Kräfte als Linke bezeich-

Inhaltsverzeichnis

● Die Linke – Partei und Fraktion 1

- Gründungsparteitag: Rede von Fausto Bertinotti 1
- Rede von Francis Wurtz 2
- Internationale Gästeliste 3
- Parteienporträts 5
- Kurzinterviews mit ausländischen Gästen 8
- Reaktionen aus Frankreich 10
- Reaktion aus Luxemburg 14
- Oskar Lafontaine zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 14
- Gregor Gysi zu G8 16
- Katja Kipping zu G8 18
- Gegen US-Raketenabwehr in Polen und Tschechien 19

● Partei der Europäischen Linken 20

- Beschluss des Vorstandes zum EU-Vertrag 20
- 2. Konferenz des Netzwerks Gewerkschaften 21
- Resolution: Verkehr in Europa 21
- Gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen 22

● Aus der internationalen Linken 23

- Parteitag der Sozialistischen Volkspartei Norwegens 23
- Bei der Rot-Grünen Einheitsliste Dänemarks 25
- AKEL: Zypernfrage aus historischer Sicht 27
- Walter Veltroni – ein Vierter Weg? 29
- Wie weiter, KP Böhmens und Mährens? 30

- Brief der Belorussischen Partei der Kommunisten 32
- Die Linke in Russland 33
- Russische Intellektuelle zur Oktoberrevolution 37
- Partei der Werktätigen (Brasilien): Politische Resolution 40
- KP von Brasilien und Lula-Regierung 45
- Bewegung der Landlosen (MST) und Lula-Regierung 46
- 11. Internationales Seminar in Mexiko 49
- 6. Hemisphärisches Treffen gegen Freihandel 52
- Irakische KP: 8. Parteitag 55
- Indonesien: Zum Aufbau von Papernas 56
- **Internationale Umschau 57**
- Wahlen in Nordirland 57
- Juli Kwizinski zur russischen Außenpolitik 58
- Russland und der Westen 61
- Prorektor des MGIMO in der Rosa-Luxemburg-Stiftung 64
- Lateinamerika: Die Lügen des „freien Handels“ 67
- Interview mit Alberto Acosta Espinosa 69
- **Debatte – Konferenz von RLS und GUE/NGL: EU neu gründen? 71**
- Thesen von André Brie 71
- Beitrag von Wolfgang Gehrcke 76
- Beitrag von Patrizia Sentinelli 79
- Beitrag von Stefan Petre Damo 80
- **Analyse 83**
- Kosovo und Statusfrage 83
- Samir Amin über die Weltsozialforen 88
- **Statistik der Internationalen Aktivitäten 92**



nen und im gleichen Atemzug ihre Seele verkaufen, wird man Eure Prinzipien, Orientierungen und gemeinsamen Projekte besonders aufmerksam und kritisch beurteilen.

Zweitens, es gibt einen großen Bedarf an Hoffnung. Die liberalen Kräfte haben in vielen Ländern an Boden gewonnen. In den europäischen Institutionen regiert eine permanente „große Koalition“ im Interesse der sogenannten „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Zwischen Herrn Barroso und Verheugen gibt es – selbst unter der Lupe betrachtet – kaum einen Unterschied. Eine solche Situation kultiviert den politischen Fatalismus. Ihr könnt dazu beitragen, ihn zu überwinden.

Und schließlich: Erinnert Euch an den Enthusiasmus, der vor zwei Jahren dem Sieg des „Nein“ zum Verfassungsprojekt folgte. Weitere linke Erfolge sind notwendig, um die Krise der Europäischen Union zu überwinden. Ich bin überzeugt, sie sind möglich.

Nur ein Beispiel: Auf dem 11. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 22. Mai diesen Jahres hat Jean-Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Zentralbank, ein Plädoyer zugunsten „moderater Lohnerhöhungen“ gehalten. „Man muss die Wettbewerbsfähigkeit der Preise berücksichtigen“, hat er den Zuhörern eingehämmert. Lohnerhöhungen müssten verhindert werden, die zu Inflationstendenzen führen. Hartz IV pur! Es ist ihm gelungen, Einstimmigkeit herbeizuführen. Aber gegen sich! In solchen Grundsatzfragen müssen wir die Initiative übernehmen.

Aber der Kampf der Linken endet nicht bei der sozialen Frage. Unser Kampf hat ökologische Komponenten: Denkt nur an die riesigen Herausforderungen des Klimawandels! Er hat feministische Komponenten: Überall die Frauenrechte durchzusetzen. Er hat demokratische Elemente: Wir sind nicht nur Konsumenten, vor allem sind wir Bürger und menschliche Wesen. Unser Kampf bedeutet Solidarität: Wir wollen mit der beschämenden Realität aufräumen, in der schiffbrüchige Immigranten in Europa wie Verbrecher empfangen werden. Unser Kampf ist auch global: Für die Schaffung einer echten Partnerschaft mit dem Süden, mit Afrika, den Mittelmeerländern, mit Lateinamerika und Asien, gegen den Krieg im Irak und alle militärischen Abenteuer, gegen neue Raketenabwehrsysteme, für einen gerechten Frieden, der dem palästinensischen Volk seit 40 Jahren verweigert wird.

André Brie hat Recht, wenn er schreibt: In unseren Ländern wird die Linke europäisch sein, oder sie wird nicht sein!

Liebe Freunde und Genossen, Ihr seht, wir erwarten viel von Euch. Bitte enttäuscht uns nicht! Die Herausforderung, der Ihr Euch heute stellt, ist komplex und ambitioniert: Ich wünsche Euch Erfolg! Euch allen! In unserem gemeinsamen Interesse.

Die ausländischen Gäste auf dem Gründungsparteitag

- **Une Autre Gauche** (Belgien), Cristina Gay, Sprecherin, Didier Brissa, Vorstandsmitglied, Paul Marcus, Vorstandsmitglied
- **Belorussische Partei der Kommunisten** (BPK), Uladzimir Siakerka, Mitglied des Büros des ZK
- **Bewegung für den Sozialismus** (MAS – Bolivien), Germán Muruchi Poma, Vertreter in Deutschland
- **Partei der Werktätigen** (PT – Brasilien), Ricardo Azevedo, Vorsitzender der Perseu-Abramo-Stiftung
- **Kommunistische Partei von Brasilien** (PcdoB), José Reinaldo Carvalho, Sekretär für Internationale Beziehungen
- **Grüne Partei Bulgariens**, Alexander Karakachanov, Vorsitzender
- **Kommunistische Partei Chiles**, Juan Antonio Gajardo López, Mitglied der Politischen Kommission
- **Kommunistische Partei Chinas**, Li Jiheng, Kandidat des ZK, stellv. Parteisekretär der Provinz Yunnan
- **Zhou Rongmei**, Rätin, Internationale Abteilung des ZK
- **Zhao Zhuangtian**, persönlicher Referent von Li Jiheng
- **Wang Xueyong**, stellv. Referatsleiter, Internationale Abteilung des ZK
- **Rot-Grüne Einheitsliste** (Dänemark), Baltser Andersen, Mitglied des Exekutivbüros
- **Sozialistische Volkspartei** (SF – Dänemark), Miriam Feilberg, Vorsitzende der Internationalen Kommission, Annette Vilhelmsen, Abgeordnete des Folketing
- **Partei der Europäischen Linken**, Fausto Bertinotti, Vorsitzender, Präsident der Abgeordnetenversammlung Italiens
- **Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments**, Francis Wurtz, Vorsitzender
- **Linksbund** (Finnland), Markku Vainio, Mitglied der Internationalen Kommission
- **Kommunistische Partei Finnlands**, Esa Tulkki, Mitglied des ZK
- **Französische Kommunistische Partei**, Jacques Fath, Verantwortlicher für Internationale Verbindungen, Mitglied des Nationalen Komitees, Daniel Cirera, Verantwortlicher für Europafragen, Mitglied des Nationalen Komitees, Alain Rouy, Mitglied der Internationalen Kommission
- **LCR** (Kommunistisch-revolutionäre Liga – Frankreich), Basile Pot, Mitglied der Nationalen Leitung
- **PRS** (Association für eine soziale Republik – Frankreich), Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender, Raquel Garrido, Leiter des Internationalen Sektors, François Delapierre, Generaldelegierter
- **Sozialistische Partei** (PS – Frankreich), Pierre Joxe, Mitglied des Conseil Constitutionnel
- **Frankreich**, Clémentine Autain, Ko-Direktorin von „Regards“
- **SYNASPISMOS** (Griechenland), Nicos Houndis, Sekretär der Partei, Stelios Pappas, Mitglied des Zentralen Politischen Komitees, EL-Vorstandsmitglied, Litsa Doudoumi, Leiterin der Frauen-Sektion
- **AKOA** (Erneuerte Kommunistische und Ökologische Linke – Griechenland), Kyvelos Vartholomeus



- **Kommunistische Partei Griechenlands**, Mitsos Abbattello
- **Kommunistische Partei Britanniens**, Keith Barlow
- **Socialist Campaign Group** (Großbritannien), Robert N. Wareing, Mitglied des Unterhauses
- **URNG** (Revolutionäre Einheit Guatemalas), Juan Ramón Ruiz Cordón
- **Kommunistische Partei Indiens**, Pallab Sengupta, Internationaler Sekretär
- **PAPERNAS** (Einheitspartei für die nationale Befreiung – Indonesien), Dita Indah Sari, Präsidentschaftskandidatin
- **Tudeh-Partei** (Iran), Navid Shomali, Internationaler Sekretär
- **Volksfedayan** (Mehrheit), Iran, Ahmad Farhaadi, Vorsitzender des Zentralrates, Farrokh Negahdar, Mitglied des Zentralrates, Bijan Aghdasi, Berater des Zentralrates
- **Irakische Kommunistische Partei**, Raschid Ghewielib, Vertreter in Deutschland, Hazim Koeyi, Mitglied der Auslandsorganisation in Deutschland
- **Sinn Féin** (Irland), Bairbre de Brun, MdEP
- **Links-Grüne Allianz** (Island), Hlynur Hallson, Mitglied des Parteivorstandes
- **Kommunistische Partei Israels**, Kahil Talat, Mitglied der Internationalen Abteilung
- **Meretz-Yachad** (Israel), Ran Cohen, stellv. Vorsitzender
- **Rifondazione comunista** (PRC – Italien), Gennaro Migliore, Fraktionsvorsitzender in der Abgeordnetenkammer, EL-Vorstandsmitglied, Graziella Mascia, stellv. Fraktionsvorsitzende in der Abgeordnetenkammer, EL-Vorstandsmitglied, Fabio Amato, Leiter der Internationalen Abteilung
- **Partei der Italienischen Kommunisten** (PdCI), Antonio Cuffaro, Vorsitzender, Cinzia Palazzolo, Mitarbeiterin der Internationalen Abteilung
- **CGIL** (Gewerkschaftsbund – Italien), Andrea Montagni, stellv. Vorsitzender, Antonio Morandi, Mitarbeiter des Europabüros
- **Japanische Kommunistische Partei**, Noboyuki Asada, Leiter des Europa-Büros der Zeitung „Akahata“, Miyako Nakamura, Berliner Korrespondent der Zeitung „Akahata“
- **Kommunistische Partei Kubas**, Oscar Martínez Cordovés, stellv. Leiter der Internationalen Abteilung des ZK
- **Libanesische Kommunistische Partei**, Saadallah Mazraani, stellv. Vorsitzender, Mufid Kuteish, stellv. Vorsitzender des Nationalrates, Issam Haddad, Vertreter in Deutschland
- **Déi Léink** (Die Linke – Luxemburg), Serge Urbany, Mitglied des Vorstandes, Patrizia Arendt, Mitglied des Vorstandes
- **PRD** (Partei der demokratischen Revolution – Mexiko), Cuauthemoc Sandoval Ramirez, Mitglied des Auswärtigen Parlamentsausschusses, Mario del Toro, Mitglied des Auswärtigen Parlamentsausschusses
- **Sozialistische Partei** (SP – Niederlande), Hans van Heijningen, Generalsekretär, Tiny Kox, Fraktionsvorsitzender im Senat, Mitglied des Parteivorstandes
- **Sozialistische Linkspartei** (SV – Norwegen), Thomas Johansen, Internationaler Sekretär
- **Kommunistische Partei Österreichs** (KPÖ), Mirko Messner, Bundessprecher, Melina Klaus, Bundessprecherin
- **Palästinensische Volkspartei** (PPP), Tagz M. A. Akel, Mitglied der Internationalen Abteilung
- **PPS** (Polnische Sozialistische Partei), Jerzy Stefanski, Generalsekretär
- **Junge Sozialisten** (Młodzi Socjalisci – Polen), Jakub Majmurek, Ilona Wiszniewska
- **Linksblock** (BE – Portugal), Francisco Louça, Vorsitzender, Luis Fazenda, Fraktionsvorsitzender im Parlament Miguel Portas, Leiter der Internationalen Abteilung, MdEP, EL-Vorstandsmitglied
- **Portugiesische Kommunistische Partei**, Pedro Guerreiro, Mitglied des ZK, MdEP
- **Kommunistische Partei der Russischen Föderation**, Iwan Melnikow, stellv. Vorsitzender, Pawel Schtscherbakow, persönlicher Mitarbeiter
- **Linkspartei** (Schweden), Mats Einarsson, Parlamentsabgeordneter
- **PIT** (Partei der Unabhängigkeit und Arbeit – Senegal), Magueye Kasse, Mitglied des Sekretariats des Politbüros
- **Kommunistische Partei der Slowakei**, Karol Ondryas, stellv. Vorsitzender
- **Kommunistische Partei Spaniens**, Pedro Marset, Mitglied des ZK, Schatzmeister der EL
- **Vereinte Linke** (IU – Spanien), Willy Meier, Verantwortlicher für Internationale Beziehungen, MdEP, EL-Vorstandsmitglied
- **EuiA** (Vereinte alternative Linke – Katalonien, Spanien), Albert Company Bolós, Leiter der Internationalen Abteilung
- **Kommunistische Partei Kataloniens**, Marià Pere, Vorsitzender, Xaver Cutillas
- **ANC** (Afrikanischer Nationalkongress – Südafrika), Ebrahim Ismail Ebrahim, Mitglied der Nationalen Leitung
- **Südafrikanische Kommunistische Partei**, Chris Mathlako, Mitglied des ZK
- **Syrische Kommunistische Partei**, Hunein Nemer, Erster Sekretär
- **Kommunistische Partei Böhmens und Mährens** (Tschechische Republik), Čeňek Milota, stellv. Vorsitzender
- **DTP** (Türkei), Fayik Yagizay, Vertreter in Europa, Jiyan Atar, Mitarbeiterin
- **Kommunistische Partei der Ukraine**, Petro Simonenko, Vorsitzender, Nikolai Platoschkin, Berater, Artem Gevor-kyan, persönlicher Mitarbeiter
- **CCDS** (Korrespondenzkomitees für Demokratie und Sozialismus – USA), Carl Bloice, Mitglied des Nationalen Koordinierungskomitees
- **Kommunistische Partei Venezuelas**, Carolus Wimmer, Mitglied des Politbüros, Leiter der Internationalen Abteilung
- **Kommunistische Partei Vietnams**, Nguyen Dinh Bach, Mitglied des ZK, Pham Tien Nhien, Abteilungsleiter des ZK, Nguyen Quynh Anh, Mitarbeiterin der Internationalen Abteilung
- **Polisario** (Westsahara), Jamal Zakari, Vertreter in Deutschland
- **AKEL** (Zypern), Andros Kyprianou, Mitglied des Politbüros



Parteienporträts

Die internationale Beteiligung am Gründungsparteitag der LINKEN war etwa doppelt so groß wie bei früheren Parteitagen der PDS. Insgesamt nahmen 104 Gäste von 69 Parteien aus 47 Ländern von 4 Kontinenten teil. Nachfolgend seien einige Parteien, die erstmalig Vertreter entsandten, kurz vorgestellt:

Bewegung für den Sozialismus (MAS – Bolivien)

Die Partei entstand 1995 aus den Kämpfen der Kokabauern um die Erhaltung ihrer Existenzgrundlage gegen die gewaltsame Zerstörung dieser Kultur auf Weisung der USA. Sie vereinigt Traditionen des Kampfes der indigenen Völker Boliviens mit den Erfahrungen gewerkschaftlicher Kämpfe der ehemaligen (vorwiegend indigenen) Bergarbeiter, die nach dem Niedergang des Zinnbergbaus in den 90er Jahren massenhaft „umgesiedelt“, ihrem Schicksal überlassen wurden und sich meist durch Kokaanbau zu ernähren suchten.

1998 erkämpfte die MAS mit 4 Abgeordneten die erste indigene Vertretung im Parlament, darunter der heutige Präsident Evo Morales. 2005 wurde sie im Bündnis mit sozialen Organisationen in Stadt und Land zur stärksten politischen Kraft des Landes. Sie errang mit 54 Prozent der Stimmen die Präsidentschaft.

Die MAS ist stark basisdemokratisch geprägt. Programme, Arbeitspläne, Gesetzentwürfe, Kandidatenlisten und selbst die Ministerposten werden mit sozialen Bewegungen, Basisvertretungen der Gemeinden und Territorien abgestimmt. In ihren Reihen sind viele Mitglieder ehemaliger linker Bewegungen, darunter auch Guerillaorganisationen.

Wichtigste Maßnahmen der Regierung der MAS, die schwere Auseinandersetzungen mit Vertretern der bisher herrschenden Schichten hervorrufen, sind die Nationalisierung der Erdgasvorkommen und die Neuverhandlung der Förderverträge mit transnationalen Unternehmen, um den Gewinnanteil des bolivianischen Staats zu erhöhen, die Agrarreform, Schritte zur Alphabetisierung und Verbesserung der Schulausbildung, des Gesundheitswesens sowie umfangreiche Maßnahmen zur Förderung der partizipativen Demokratie.

Ziel ist die Überwindung des Status Boliviens als rohstoffexportierendes und abhängiges Land, die Entwicklung einer eigenen industriellen Basis und des inneren Marktes. Die Regierung der MAS lehnte es ab, einen von US-Interessen bestimmten Freihandelsvertrag mit den USA abzuschließen, trat dem Mercosur bei und setzt sich gemeinsam mit Venezuela für die regionale Integration Lateinamerikas insbesondere in der Energiepolitik ein.

Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB)

Die PCdoB ist eine der kommunistischen Parteien, die nach dem Zerfall der KP Brasiliens weiter existieren und sich als deren Nachfolger betrachten. Sie hat zahlreiche Anhänger, besonders unter der Jugend. Ihre politische Orientierung wurde wesentlich vom Einfluss maoistischer Gruppen geprägt. Heute ist die PCdoB eine wichtige Stütze linker Positionen in Brasilien. Sie ist Koalitionspartner der Partei der Werktätigen (PT) in der Regierung Lula. Die PCdoB unterstützt den Kampf für soziale Veränderungen, gegen den Neoliberalismus im In- und Ausland. Sie setzt sich für die Integration der Völker und Staaten Lateinamerikas ein.

Grüne Partei Bulgariens

Die Grüne Partei Bulgariens wurde 1989 nach dem Sturz der Shiwkow-Regierung mehrheitlich von ehemaligen Dissidenten gegründet, die sich bereits vor 1989 in einer „Eco-Glasnost“ genannten Bewegung zusammengefunden hatten. Bei den ersten demokratischen Wahlen 1989 erlangten sie 17 Parlamentssitze, scheiterten aber schon bei den nächsten Parlamentswahlen an der 3-Prozent-Hürde und zogen erst 1997 erst wieder in einem Wahlbündnis mit der Partei der türkischen Minderheit ins nationale Parlament ein. Auf Kommunalebene sind sie seit den 90er Jahren konstant recht gut vertreten und haben einige Bürgermeister- und Landratsposten in dörflichen Gemeinden und kleineren Städten inne. Der Vorsitzende, Alexander Karakachanov, war 1990/1991 Bürgermeister von Sofia.

Seit 2005 ist die Partei durch ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten (Sozialistische Partei Bulgariens, Nachfolgepartei der Bulgarischen Kommunistischen Partei) und weiteren kleinen Parteien formal an der Regierung beteiligt, der außerdem die Partei der Rechte und Freiheiten (Partei der türkischen Minderheit) und die Liberale Partei (Zarenpartei) angehören. Mit einigen stellvertretenden Ministern ist ihr Einfluss dort jedoch gering.

Mit dem Kurs der SP als stärkster Regierungspartei kommt die Grüne Partei zunehmend in Konflikt, insbesondere in der Sozial- und der Außenpolitik. Im Koalitionsvertrag wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Grüne Partei in Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft Bulgariens und die Beteiligung am Irak-Krieg nicht die Regierungslinie vertritt. Die SP gilt heute mehr und mehr als Partei der Mitte, die sich von ihren sozialistischen Idealen verabschiedet hat. Daher wächst in Bulgarien ein Vakuum links von der Sozialdemokratie, das von den existierenden fünf kommunistischen Gruppen nicht ausgefüllt werden kann.

Die Grüne Partei Bulgariens ist Mitglied der Europäischen Föderation Grüner Parteien und war im Jahr 2004 Gründungsmitglied der Europäischen Grünen Partei. Die europäischen Grünen sind stark von den deutschen Grünen dominiert, deren Politik die bulgarischen Grünen nicht gutheißen. Das betrifft sowohl die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, als auch die Außenpolitik, aber auch Fragen des Demokratieverständnisses.

Die Grüne Partei Bulgariens hat 7 000 bis 8 000 Mitglieder. Von ihren Wähler/innen wird sie als klassische Umwelpartei wahrgenommen. Die Mehrheit der Mitgliedschaft hat jedoch ein Politikverständnis, das über den reinen Umweltschutz hinaus geht. Für sie spielt der soziale Aspekt eine nicht minder wichtige Rolle, ebenso Fragen der Außenpolitik. Daher möchte die Partei ihr Spektrum und ihr Betätigungsfeld erweitern und sich als links-grüne Partei im erwähnten Vakuum auf der Linken etablieren. Dazu sucht sie derzeit nach Bündnispartnern.

Kommunistische Revolutionäre Liga (LCR – Frankreich)

Die LCR ist die stärkste trotzkistische Partei in Frankreich. Sie wurde 1974 unter diesem Namen gegründet, nachdem Vorläuferorganisationen wegen Beteiligung an den 1968er Studentunruhen verboten worden waren. Seitdem ist sie aktiv in Antifaschismus, Antirassismus, Feminismus, Ökologie und Globalisierungskritik. Dabei versucht sie stets, poli-



tisch radikalisierte Kräfte für sich zu gewinnen. Erst seit den 90er Jahren nimmt die LCR an Wahlen teil. Bei den Europawahlen von 2004 errang sie im Bündnis mit anderen trotzkistischen Organisationen 5 Prozent und einen MEP, der Mitglied der Fraktion GUE/NGL wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 und 2007 errang ihr junger Kandidat, der Briefträger Olivier Besançon, im ersten Wahlgang Achtungserfolge. 2007 erhielt er 4,08 Prozent (FKP 1,93%).

Respect (Großbritannien)

Die Partei wurde 2004 aus dem wichtigsten Bündnis der britischen Antikriegsbewegung, der Stop-the-War-Coalition, heraus gegründet. Offiziell hat sie ca. 3000 Mitglieder. Ihr Ziel: links von Labour eine politische Kraft aufbauen, die Labour wegen deren neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie dem Kriegskurs bei Wahlen Paroli bieten kann. Kern ist die trotzkistische Socialist Workers Party (SWP), um die sich lockere Netzwerke von enttäuschten Linken – ehemalige Mitglieder der Labourpartei, Gewerkschafter, linke Muslime und individuelle Mitglieder scharen.

Bisher größter Erfolg: Mit Unterstützung von Respect gewann der aus der Labourpartei ausgeschlossene Unterhausabgeordnete George Galloway 2005 einen Wahlkreis im Londoner Osten. Das ist bisher der einzige Fall, dass eine kleine Partei nach dem diskriminierenden britischen Mehrheitswahlrecht ein Mandat erkämpfte. 2006 eroberte Respect bei Kommunalwahlen erstmalig 18 Mandate in verschiedenen Stadträten.

George Galloway ist die unumstrittene Galionsfigur von Respect. Der Aktivist der Palästina- und Kuba-Solidarität sowie der Friedensbewegung bringt der Partei beträchtliche Aufmerksamkeit, wird aber von britischen Medien wegen seiner populistischen Auftritte heftig angegriffen.

Wichtigste Zielgruppen: GewerkschafterInnen, StudentInnen und MigrantInnen. Das Wirken in der Antikriegsbewegung, die das Scheitern Blair-Politik maßgeblich befördert habe, bleibt grundlegendes Politikfeld. Dazu Sozialpolitik und Einsatz für die Rechte von MigrantInnen.

(Siehe auch: Die Linke – International, Nr. 1/2007)

Einheitspartei für die nationale Befreiung (Papernas – Indonesien)

Die Gründung im Januar 2007 geht auf Bemühungen der Demokratischen Volkspartei (PRD) zurück, rechtzeitig zu den indonesischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2009 eine landesweite (Wahl-) Plattform zu schaffen. Gründungsmitglieder: PRD, Automobilarbeiter-Gewerkschaft (FNPBI), Nationaler Studentenbund für Demokratie (LMND), Nationaler Bauernverband, Verband der Stadtarbeiter (SRMK), Gewerkschaft Einheitlicher Arbeiterkampf (GSPB), Verband Buddhistischer Studenten (Hikmahbudhi), Transportarbeitergewerkschaft (SBTP). Die bereits unter der Suharto-Herrschaft Anfang der neunziger Jahre gegründete PRD spielte eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Diktatur und der Demokratisierung Indonesiens. Trotz geringer Mitgliederzahl (400) ist sie ein etablierter Faktor in der indonesischen Politik – nicht zuletzt, weil sich eine Reihe prominenter Intellektueller zu ihr bekennen. PRD-Vorsitzende Dita Indah Sari genießt über das linke Spektrum hinaus allgemein hohes Ansehen, u.a. wegen ihrer politischen Kolumnen in der größten indonesischen Tageszeitung „Kompas“, die als einflussreichstes Diskussionsforum des Landes gilt.

Dita Indah Sari ist Präsidentschaftskandidatin der Papernas für die Wahlen im Jahr 2009. Drei programmatische Kernforderungen: Nationalisierung von Bodenschätzen, Schwerindustrie, Gas und Ölförderung; Senkung des Schuldendienstes gegenüber internationalen Finanzorganisationen und Großbanken; Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbau der Infrastruktur im Rahmen eines nationalen Industrialisierungsprogramms. Außerdem soziale Brennpunktt Themen: Arbeitslosigkeit, Armut, ländliche Entwicklung und Frauenrechte. *(Siehe auch: Die Linke International, Nr. 1/2007)*

Sinn Féin (Irland)

Sinn Féin ist die älteste politische Partei Irlands, 1905 gegründet, trat sie bald an die Spitze des nationalen Unabhängigkeitskampfes gegen die britische Kolonialherrschaft, bildete 1919 das erste irische Parlament und gründete im selben Jahr die bewaffneten Kräfte der IRA (Irisch-Republikanische Armee).

Sinn Féin hat sich, aus linker republikanischer Tradition kommend, zu einer linkssozialistischen Partei entwickelt. Sie bezieht ihre Stärke aus der Verbindung der Tradition des Kampfes für nationale Selbstbestimmung mit sozialen Zielstellungen wie soziale Gerechtigkeit, Umverteilung des Reichtums, Kampf gegen Armut, öffentliche Dienstleistungen, Befreiung der Frau, Zurückdrängung des Neoliberalismus in der EU. Sie ist die einzige gesamtirische Partei, die in beiden Landesteilen beträchtlichen Einfluss hat.

Sinn Féin befürwortete bis in die 70er Jahre die Mittel des bewaffneten Widerstandes der IRA. 1974 wurde sie legalisiert und handelte 1998 das Karfreitagsabkommen zwischen allen nordirischen Parteien, der britischen und der irischen Regierung mit aus. War 2000 – 2002 an der ersten eigenen Regierung Nordirlands beteiligt, bevor London diese auflöste und die Direktverwaltung durch einen britischen Minister wieder einführte.

Durch ihre konsequente Einheits- und Friedenspolitik konnte Sinn Féin ihre Positionen ständig verstärken. Erhielt 2002 bei Wahlen zum irischen Parlament 6,5 Prozent und 5 Mandate, verdreifachte damit die absolute Stimmenzahl. Bei den Europawahlen 2004 errang sie 26,3 Prozent in Nordirland (+9%) und 11,1 Prozent in der Republik Irland (+4,8%), damit erstmals zwei MEP, die der Fraktion GUE/NGL beitraten. Bei den Wahlen zur Nordirischen Versammlung im März 2007 wurde sie mit 26,2 Prozent zweitstärkste Partei und stellt in der jetzigen zweiten Regierung Nordirlands den Vizepremier sowie drei Minister.

(Siehe auch PDS International, Nr. 1/2006)

Links-Grüne Allianz (Island)

1999 als Wahlbündnis von sozialistischen und Umweltgruppen gegründet, zählt die Partei heute ca. 1800 Mitglieder. Seit den Parlamentswahlen im Mai 2007 ist sie mit 14,4 Prozent und 9 Mandaten die drittstärkste Partei des Landes nach der Unabhängigkeitspartei und den Sozialdemokraten. Inhaltliche Ziele: Umweltschutz, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, prosperierende und gerechte Wirtschaft, außenpolitische Unabhängigkeit, Befreiung der Frau.

Seit 2004 ist die LGA Mitglied der Nordisch-Grün-Linken Allianz (NGLA) der fünf skandinavischen Linksparteien, die ständigen Gaststatus bei der EL hat.



Partei Meretz-Yachad (Israel)

Meretz wurde durch die Vereinigung der Bürgerrechtspartei Raz und der linkssozialistischen Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei) geschaffen, die sich bis weit in die fünfziger Jahre hinein als marxistisch und revolutionär verstand. Obwohl viele Schnittstellen zwischen der internationalen kommunistischen Bewegung und der Mapam vorhanden waren, lehnte die Mapam die antizionistische Haltung der KI und der SU ab. Sie betrachtet den Zionismus als die legitime Emanzipationsbewegung des jüdischen Volkes.

Meretz setzt diese linkssozialistische Tradition nicht fort. Sie ist radikal demokratisch, friedensorientiert, fordert eine Zweistaatenregelung auf der Grundlage der Genfer Friedensinitiative und setzt sich für eine aktive Sozialpolitik ein. Innerhalb von Meretz wird die sozialistische Kontinuität aber durch die starke Präsenz der Kibbutzbewegung (Kibbutz Arzi) und durch den Jugendverband Shomer Hazair aufrecht erhalten.

Seit der Vereinigung mit Yossi Beilins von der Arbeitspartei (Sozialdemokratie) abgespaltenem Flügel Yachad nennt sich die Partei Meretz-Yachad.

Partei der Demokratischen Revolution (PRD – Mexiko)

Die PRD entstand 1989 aus dem Zusammenschluss von mehreren sozialistischen Parteien und Gruppierungen, die ihrerseits aus der PRI (jahrzehntelang regierende bürgerliche Partei der Institutionellen Revolution) hervorgegangen waren, und einigen kommunistischen Gruppierungen. Sie betrachtet sich selbst als Linkspartei und tritt für eine grundlegende Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft ein. Sie befürwortet freie Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Betonung der aktiven Rolle des Staates in allen strategischen Bereichen der Wirtschaft sowie einer starken sozialen Komponente (freie Bildung, kostenlose medizinische Versorgung).

Die PRD verfügt über besonders starke Positionen in der Hauptstadt, wo sie seit 1997 regiert. Darüber hinaus ist sie an mehreren Regierungen in verschiedenen Bundesstaaten beteiligt. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 konnte der Wahlerfolg der von der PRD angeführten Mitte-Links-Koalition nur durch massiven Wahlbetrug verhindert werden.

Die PRD gehört der Sozialistischen Internationale und dem Forum von São Paulo an. Sie tritt für eine stärkere Einbindung Mexikos in den lateinamerikanischen Integrationsprozess ein, ohne die engen Wirtschaftsbeziehungen mit den USA in Frage zu stellen.

Polnische Sozialdemokratie (SdPI)

Die Partei wurde im März 2004 von dem aus der SLD ausscheidenden prominenten Politiker Marek Borowski gegründet. Weitere Gründungsmitglieder kamen aus SLD und UP (Union der Arbeit – linke Solidarnosc-Nachfolgepartei). Durch die bekannten Namen der Sejm-Abgeordneten war Medienaufmerksamkeit gesichert. Die Partei tritt öffentlich für die Professionalisierung von Politik, die „Entparteilichung“ des Staates, für die Beschneidung der Möglichkeiten von politischen Parteien ein, große Teile des Staatsapparates den eigenen partikularen Interessen unterzuordnen.

Seit den Wahlen vom September 2005 ist die SdPI nicht mehr im Parlament vertreten, übersprang aber die 3 Prozent, die für die staatliche Parteienfinanzierung obligatorisch sind.

Im Herbst 2006 ging die SdPI mit SLD, UP und der freidemokratischen PD ein Mitte-Links-Bündnis (LiD) ein, welches zu den nächsten Parlamentswahlen antreten will. LiD versteht sich vor allem als konsequenter Gegner der derzeitigen Rechtsregierung Polens. Innerhalb von LiD will die SdPI ihr eigenes sozialdemokratisches Profil schärfen.

Die SdPI hat mehrere Abgeordnete im Europäischen Parlament (Sozialdemokratische Fraktion). Aus Verfahrensgründen ist sie jedoch nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (aus Polen sind mit SLD und UP bereits zwei Parteien Mitglieder).

(Siehe auch Die Linke International, Nr. 1/2007)

Polnische Sozialistische Partei (PPS)

Die PPS wurde 1892 gegründet und ist damit eine der beiden ältesten politischen Parteien Polens. Die PPS zählte im 20. Jahrhundert stets zu den wichtigsten linksgerichteten polnischen Parteien. 1948 ging ein Teil der Partei in der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) auf. Außerhalb des Landes (London) blieben Strukturen einer selbständigen Partei erhalten. Ende der 1980er Jahre kam es in Polen zu einer Wiederbelebung der Partei. In den 1990er Jahren arbeitete sie längere Zeit im Linksbündnis SLD mit, bis sich dieses 1999 zu einer politischen Partei umwandelte. Die PPS stellte im Rahmen des Linksbündnisses SLD mehrere Abgeordnete und Senatoren. Bei den Parlamentswahlen 2001 und 2005 blieb sie ohne Erfolg (5-Prozent-Klausel).

Seit Jahren erlebt die PPS innerparteiliche Auseinandersetzungen. Piotr Ikonowicz (Vorsitzender 1998-2001) hatte versucht, in deutlicher Abkehr von der SLD der PPS ein radikales antikapitalistisches Profil zu geben. Im Zweifelsfalle sollte auf parlamentarische Präsenz verzichtet werden. Andrzej Ziemiński (Vorsitzender 2003-2005) war bestrebt, die PPS als ein soziales Korrektiv der SLD zu profilieren, hielt dabei parlamentarische Präsenz für eine wichtige Zielstellung. Er verstand die PPS als eine „europäische linke Kraft“. Seit 2006 ist Bogusław Gorski Vorsitzender. Die PPS setzt sich gegenwärtig für eine breite Verständigung aller linksgerichteten Kräfte Polens ein. Dabei will sie ihr eigenes sozial ausgerichtetes Profil stärken. Ein künftiger Zusammenschluss der linksgerichteten Kräfte Polens müsse sich vor allem als konsequenter Interessenvertreter der arbeitenden Menschen verstehen.

Junge Sozialisten (MS – Polen)

Linksgerichtete Jugendorganisation, die im Sommer 2005 im Zusammenhang mit dem Prozess der Neuorientierung der Linken in Polen entstand. In den 1990er Jahren existierte bereits eine Organisation gleichen Namens als Jugendorganisation der PPS. Die MS versteht sich als eine von Parteien unabhängige Organisation, die junge demokratische Sozialisten vereint. Programmatische Schwerpunkte sind globalisierungskritische, friedenspolitische und emanzipatorische Themen. Die Organisation sucht die Zusammenarbeit mit allen linksgerichteten politischen Kräften, die sich für soziale Gerechtigkeit unter den EU-Bedingungen einsetzen. Sie war sehr aktiv im Rahmen der Diskussion um den Verfassungsentwurf für die EU. Bei den Regional- und Kommunalwahlen 2006 in einigen Großstädten konnte sie mit eigenen Kandidaten oder auf gemeinsamen Listen (z. B. Gdańsk, Wrocław) Achtungserfolge erringen.



Linksblock (BE – Portugal)

Der Linksblock wurde 1999 gegründet als Zusammenschluss

- der Revolutionären Sozialistischen Partei PSR,
- der Bewegung „Politik XXI“,
- der Bewegung zur Wiederherstellung einer Partei des Proletariats (MRPP),
- der Demokratischen Volksunion UDP.

Der Linksblock hat bisher an drei Parlamentswahlen teilgenommen, wobei ein steter Zuwachs an Wählerstimmen zu beobachten ist. Bei der Parlamentswahl von 2005 erhielt er 6,4 Prozent und acht Sitze (vorher drei).

Der Linksblock ist eine moderne, offene, linkssozialistische Partei, die ihre Stärke aus den guten Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, Bürgerbewegungen und Netzwerken sowie zur globalisierungskritischen Bewegung bezieht. Seit Sommer 2005 ist der Linksblock aktives Vollmitglied der EL. Außerdem ist er Mitglied im Diskussionsnetzwerk Europäische Antikapitalistische Linke. Die Partei hat gegenwärtig ca. 4 000 Mitglieder.

(Siehe auch PDS International, Nr. 2/2005)

Partei für Freiheit und Solidarität (ÖDP – Türkei)

Die ÖDP entstand 1996 als ein Zusammenschluss von 14 linken Gruppierungen. Die ÖDP ist nicht im Parlament von Ankara vertreten, erreichte aber beachtliche Erfolge bei den Kommunalwahlen 2004. Die Partei ist im Südosten der Türkei am stärksten.

Die ÖDP vertritt eine ambivalente Position zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei. Man erkennt an, dass die EU-Mitgliedschaft, bzw. der Weg dorthin, Fortschritte in puncto Demokratie und Menschenrechte bringen kann. Gleichzeitig aber würde die EU-Mitgliedschaft der Türkei bei Beibehaltung des aktuellen Kurses der EU das Land auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung festlegen. Die prinzipielle Befürwortung der europäischen Integration in Kombination mit einer Portion EU-Skepsis gibt den Ausschlag für die ÖDP, sich in der EL und als Beobachter auch in der Europäischen Antikapitalistischen Linken zu engagieren.

Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP – Türkei)

Die 2005 gegründete DTP ist die Nachfolgepartei der in der Türkei verbotenen, bzw. per Gerichtsbeschluss aufgelösten kurdischen Parteien HEP-DEP-HADEP-DEHAP. Ihre Programmatik ist zivilgesellschaftlich ausgelegt; sie beinhaltet feministische und humanistische Forderungen. Ihre Vorgängerpartei DEHAP erhielt bei den Parlamentswahlen von 2002 6,14 Prozent der Stimmen, was wegen der 10-Prozent-Klausel für den Einzug ins Parlament nicht ausreichte. Bei den Wahlen vom Juli 2007 zogen jedoch 20 DTP-Vertreter als unabhängige Abgeordnete ins Parlament ein.

Die permanente Neugründung verbotener Parteien unter anderem Namen ist in der Türkei gängige Praxis, um die politische Willkür der Behörden zu umgehen. Die Partei hat starken Einfluss in den Kurdengebieten. Im dezidierten Unterschied zum militanten Kurs der PKK setzt sie sich für eine politische, demokratische Lösung der Kurdenfrage ein. Sie wird jedoch von den Behörden ebenfalls stark unterdrückt und verfolgt, weil sie eine echte Chance hat, ins Parlament zu kommen. Bisher scheiterte sie jedoch stets an der 10-Prozent-Hürde. International tendiert sie eher zur SI, ist aber an

Beziehungen zu anderen Linken wie der deutschen Linkspartei interessiert. Sie schätzt deren solidarische Haltung.

Die DTP unterstützt den EU-Beitritt der Türkei vor allem wegen der Erfordernisse einer inneren Demokratisierung und der Beachtung von Minderheitenrechten, der Anpassung der türkischen Gesetze an die EU-Normen, der Umsetzung von UNO-Beschlüssen. Sie fordert u. a. die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch die türkische Regierung. Außenpolitisch wendet sie sich gegen die volksfeindliche globale Stellung des Kapitals und setzt sich für die Stärkung der internationalen Solidarität ein.

(Mitarbeit an dieser Zusammenstellung: Helma Chrenko, Helmut Ettinger, Harri Grünberg, Carsten Hübner, Holger Politt, Anne Quart, Dietmar Schulz, Joachim Wahl.)

Kurzinterviews mit ausländischen Gästen des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE

Die Interviews führte Helmut Ettinger; aus: „Disput“, Nr. 7/2007.

Carl Bloice

Carl Bloice ist Mitglied des Nationalen Koordinierungsausschusses der Korrespondenzkomitees für Demokratie und Sozialismus (CCDS – USA)

Was wusstest du von dem Vorhaben der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG, als du zum Parteitag nach Berlin kamst?

Da ich für meine Partei als Journalist und Autor tätig bin, wusste ich davon, dass an einem solchen Projekt gearbeitet wird. Aber die meisten meiner Freunde und Bekannten, denen ich von der bevorstehenden Reise erzählte, hatten nichts davon gehört. Das liegt daran, dass die amerikanischen Medien extrem schlecht darüber berichten, was in der Welt außerhalb unseres Landes vor sich geht. Was ich in Berlin gesehen und gehört habe, hat meine Erwartungen weit übertroffen. Ich werde auf jeden Fall so viel wie möglich darüber sprechen und schreiben, wenn ich wieder zu Hause bin. In den USA beobachtet man noch eher, was bei den lateinamerikanischen Linken derzeit passiert. Aber ich bin sicher, wenn die Leute erfahren, was an diesem Wochenende in Berlin geschehen ist, wird die Resonanz noch weit größer sein.

Worin sind deine Erwartungen übertroffen worden?

Welche Dimensionen, welche Tragweite euer Vorhaben hat, die Begeisterung, der Optimismus, der hier herrscht, dass es wirklich gelingt, die deutschen Linken zusammenzuführen.

Die US-Medien informieren wenig, und außerdem sind alle Berichte durch die US-Brille gefärbt. Bei uns hat man den Eindruck, dass in Deutschland und sogar in Europa Angela Merkel alles im Griff hat, dass es überhaupt keinen Widerstand gibt und man gegen ihre Politik nichts machen kann. Es war für mich ungeheuer spannend und informativ zu hö-



ren, wie ihr euch dieser Politik entgegenstellt, welche alternativen Ideen ihr entwickelt, wie ihr sie konkret umsetzen wollt. Das wird bei uns in den USA mit großem Interesse aufgenommen werden, denn so anders sind unsere Probleme nicht.

Was konkret nimmst du für die CCDS aus Berlin mit?

Mehr Gewissheit, dass man etwas tun kann, eine interessante Analyse kapitalistischer Politik, wie sie sich in Deutschland auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet darstellt. Darüber habe ich hier auch mit GenossInnen aus Frankreich, Spanien und anderen Ländern gesprochen. Die Formen mögen verschieden sein, aber die Probleme sind überall ähnlich. Grundsätzlich gesagt, bin ich sehr beeindruckt davon, mit welchem Nachdruck und mit welcher Konsequenz sich die neue LINKE für die Interessen der arbeitenden Menschen einsetzt.

Kannst Du unseren Lesern etwas über die derzeitige Lage der Linken in den USA sagen?

Die Linke in unserem Land ist vielfältig, von beträchtlichem Umfang, aber wenig organisiert und schon gar nicht einig. CCDS konzentriert sich vor allem darauf, zur Entstehung einer breiten progressiven Mehrheit beizutragen, die in der Lage ist, der Politik der Bush-Administration ein Ende zu setzen, die US-Politik aus dieser rechten Ecke herauszudrängen. Dazu brauchen wir Bündnisse, die weit über die Linke hinausgehen.

Hat CCDS bei den vergangenen Wahlen nicht am Ende zur Unterstützung des Kandidaten der Demokraten aufgerufen?

Wir würden niemals direkt auf die Unterstützung der Demokraten orientieren – angesichts ihrer politischen Vorstellungen. Aber wir haben dazu aufgerufen, den Republikanern eine Niederlage zu bereiten. Das war die einzige Möglichkeit, die wir bei dem in den USA herrschenden Wahlsystem hatten.

Und bei den nächsten Wahlen? So weit weg sind sie ja nicht mehr.

Derzeit interessieren uns nicht so sehr die Kandidaten, die so viel Rummel machen, als vielmehr die Positionen, die sie vertreten. So fordern wir z. B. ein gesamtnationales System der Gesundheitsfürsorge. Wir wollen erreichen, dass die Kandidaten sich schon frühzeitig dazu äußern, und man Druck auf sie ausüben kann. Wir wollen die Diskussion um wichtige Fragen voranbringen.

Das wichtigste Thema ist natürlich der Irakkrieg. Wir wollen auf keinen Fall, dass es wahlentscheidend wird, denn dieser Krieg muss lange vor der Wahl Ende 2008 zu Ende sein. Auch hier drängen wir die Kandidaten, sich jetzt dazu zu äußern, sich für den Abzug der US-Truppen zum frühest möglichen Zeitpunkt einzusetzen.

Ist die Stimmung in der Gesellschaft so, dass Aussicht darauf besteht?

Auf eurem Parteitag war von Politikverdrossenheit die Rede. Die gibt es bei uns auch. Aber die überwältigende Mehrheit des Volkes ist gegen diesen Krieg. Wenn es in unserem Land demokratisch zuginge, wäre er schon lange zu Ende. Aber Bush glaubt, er könnte ihn auch gegen den Willen der Mehrheit noch lange weiterführen. Liberal eingestellte Politiker

schweigen dazu aus verschiedenen Gründen. Entweder fehlt ihnen der Mut, oder sie stimmen der imperialistischen US-Außenpolitik durchaus zu und haben nur an der Zweckmäßigkeit dieses Krieges ihre Zweifel. Sie stellen sich nicht an die Spitze der Protestbewegung. Die läuft außerhalb der Sphäre der Politiker in der Öffentlichkeit, in der Zivilgesellschaft.

Was möchtest du unseren Lesern und der LINKEN von dieser Stelle aus sagen?

Der Satz von Francis Wurtz ist mir aus dem Herzen gesprochen: Enttäuscht uns nicht! Denkt daran, dass die Blicke und die Hoffnungen der Linken der ganzen Welt auf euch ruhen.

Francisco Louçan

Francisco Louçan ist Vorsitzender des Linksblocks (BE – Portugal)

Ist das Vorhaben von Linkspartei.PDS und WASG, sich zu vereinigen, in Portugal bekannt?

Ich hatte davon gehört, dass man bereits eine Menge erreicht hat, dass aber unterwegs Schwierigkeiten aufgetaucht waren. Das hat mich besorgt gestimmt, denn dieser Zusammenschluss ist eine wunderbare Sache für Europa und seine Linke.

Jetzt bin ich ungeheuer beeindruckt von den Emotionen, von der Leidenschaft, die ich hier erlebe, und von den Zielen, die dieser Parteitag gestellt hat. Die Arbeit an dem Projekt geht weiter; aber es hat bereits das Vertrauen eines großen Teils der deutschen Linken gewonnen. Es bringt eine Veränderung, die wir in Europa dringend brauchen. Die Einigung der Linken ist äußerst wichtig, damit wir einen größeren programmatischen und praktischen Beitrag zur Entwicklung einer neuen, wirksameren Politik gegen den Neoliberalismus leisten können.

Mir ist klar, dass ich hier ein historisches Ereignis erlebe. Dies ist die erste Partei, die sich seit der Einheit Deutschlands wirklich vereinigt hat, und es ist schon eine tolle Sache, dass das ausgerechnet in der Linken und für die Linke, für ihre Veränderung geschieht. So wird sie wesentlich besser in der Lage sein, die herrschende Politik herauszufordern.

Du hast bereits anklagen lassen, dass dir die Kompliziertheit dieses Vorhabens durchaus bewusst ist. Welche Aussichten gibst du der neuen LINKEN?

Ich kenne die konkreten Probleme nicht so gut, aber ich kann mir aus Erfahrung gut vorstellen, wie schwierig es ist, so unterschiedliche Traditionen und Positionen zusammenzubringen. Aber es ist der Mühe wert. Eine große Massenpartei der Linken, die die arbeitenden Menschen vertritt, kann nur entstehen, wenn die verschiedenen Ströme zusammenkommen. So ist die Lage nun einmal. Das wird riskant und schwierig, und ihr werdet viel Geduld und politische Weisheit brauchen, um es zu packen. Aber es ist der einzige Weg, der nach vorn führt.

Wie geht es dem Linksblock und der Linken in Portugal zur Zeit?

Der Linksblock ist vor acht Jahren entstanden. Das ist nicht ganz so gelaufen, wie jetzt bei euch in Deutschland, aber Ähnlichkeiten sehe ich schon. Unsere Partei ist ein Zusam-



menschluss von drei verschiedenen Strömungen sowie einer Reihe Gewerkschafter und Intellektueller, die vorher keiner dieser Organisationen angehört hatten. Dazu kamen Teile der sozialen Bewegungen. Was wir schaffen wollten, sollte eine ganz neue politische Kraft sein. Am Anfang war der Linksblock klein, wir hatten nur zwei Abgeordnete im Parlament. Gegenwärtig geben uns die Umfragen 7–9 Prozent. Wir wachsen und können uns heute schon mit größerem Recht als eine Partei bezeichnen, die die Arbeiter, die Jugend, die sozialen Bewegungen, insbesondere die Antiglobalisierungsbewegung, vertritt.

Der Linksblock hat das Ziel, die Kräfte der Linken zu sammeln, um eine neue Offensive gegen die sogenannte politische Mitte zu starten, die die Regierungen und die Politik in ganz Europa beherrscht, die den Sozialabbau vorantreibt, die Löhne drückt, die junge Menschen zwingen will, sich mit ihrer prekären Situation abzufinden – eine Offensive gegen all die Veränderungen, die die Demokratie und das gesamte Leben der Gesellschaft schwer beeinträchtigen, wie es auf eurem Parteitag so klar gesagt worden ist.

Pallab Sengupta

Pallab Sengupta ist Internationaler Sekretär der Kommunistischen Partei Indiens

Welchen Eindruck hast du von dem Vorhaben, zwei linke Parteien in Deutschland zu vereinigen? Hältst du es für realistisch?

Ich denke, das ist eine sehr gute Sache. Schließlich geht es um die Einheit der Linken. Die Fragestellung selbst ist von großem politischem Gewicht für jede Bewegung. Ich habe mich im Vorfeld etwas intensiver mit euren Dokumenten, vor allem den Eckpunkten, befasst und bin sehr beeindruckt. Die zeigen klar, worum es bei dem ganzen Vorhaben geht. Dort ist schon eine solide Basis geschaffen, um die verschiedenen Teile der Linken zusammenzuführen. Das hat Bedeutung nicht nur für Deutschland. Ich bin sicher, dass eure Erfahrungen für die Linke in vielen Ländern der Erde von Nutzen sein werden.

Auch wir in Indien debattieren darüber, wie man zu einer Einheit der Linken kommen kann – natürlich unter ganz anderen Umständen und Voraussetzungen. Es ist dringend notwendig, dass sich die kommunistische Bewegung Indiens wiedervereinigt (seit 1963 bestehen zwei kommunistische Parteien – d. R.), damit eine einheitliche linke Kraft entsteht. Das kann nur auf einer sehr pragmatischen Grundlage geschehen, die für alle Seiten akzeptabel ist. Natürlich laufen diese Debatten bei uns noch auf einer anderen Ebene und in anderen Zeiträumen. Aber ich hoffe sehr, dass euer Parteitag und was von ihm ausgeht, uns auch bei unseren Bemühungen weiter bringt.

Könntest du unseren Lesern sagen, welche Aufgaben vor der indischen Linken gegenwärtig stehen?

Du weißt sicher, dass die indische Linke die von der Kongresspartei geführte Koalitionsregierung der Vereinigten Progressiven Allianz von außen unterstützt (vergleichbar dem Tolerierungsmodell – d. R.). Die Regierung ist von dieser Unterstützung abhängig. Die Linke hat insgesamt 61 Abgeordnete in der Lok Sabha. Aus der Debatte darüber, wie diese Unterstützung erfolgen soll, ist eine Vereinbarung entstanden,

die Gemeinsames Minimalprogramm genannt wurde. Zunächst hatte es den Anschein, dass die Regierung sich daran hält. Aber mit der Zeit ist sie mehr und mehr auf einen neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs eingeschwenkt. Der schafft die gleichen Probleme in Indien, wie sie der gescheiterte Neoliberalismus überall auf der Welt hervorbringt. Wir müssen die Regierung immer wieder in Richtung des Gemeinsamen Minimalprogramms drängen.

Was wir erreicht haben, ist z. B. ein Gesetz für Beschäftigungsgarantien, nach dem 100-Tage-Jobs für arbeitslose Jugendliche geschaffen werden. Wir arbeiten daran, entsprechende Verlängerungen durchzusetzen.

Wie steht die Kommunistische Partei Indiens zur indischen Atombewaffnung?

Als Kommunisten sind wir natürlich für Abrüstung als wichtige Voraussetzung für den Frieden. Wir sind grundsätzlich gegen Atomwaffen, zumal in einer so konfliktgeladenen Region wie Südasien. Wir sind auch strikt gegen die atomare Zusammenarbeit Indiens mit den USA. Aber wir übersehen nicht, dass bereits mehrere Mächte in unserer Umgebung Atomwaffen besitzen – Pakistan, China, Russland ... Die Frage der indischen Atomwaffen kann also nur im Komplex gelöst werden. Deshalb treten wir für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Südasien ein. Diese Forderung stellen wir schon lange, und an ihr halten wir auch weiterhin fest.

Französische Linke zum Gründungsparteitag der LINKEN

Nicht nur die Summe zweier Kräfte

Interview mit Elisabeth Gauthier, Generalsekretärin der linken Stiftung „Espaces Marx“, Mitglied des Nationalrates der FKP; aus: „L’Humanité“, 14. Juni 2007

Wie erklären Sie das große Interesse in der französischen Linken für die Erfahrungen der deutschen Partei DIE LINKE? Gehen diese in ihrer Bedeutung über Deutschland hinaus?

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise der Linken in Europa sind die deutschen Erfahrungen besonders interessant. Der Neoliberalismus wütet weiter, die politischen Erschütterungen haben die Rechten nach vorne gebracht, die den Neoliberalismus mit einer starken Innenpolitik verknüpfen. Es sind populistische, ja zuweilen sogar extreme Rechte. Viele sozialdemokratische Parteien sind weiter nach rechts gerückt und haben sich für Bündnisse der Mitte entschieden. Die Linke hat bisher kein populäres alternatives Projekt zum Finanzkapitalismus vorlegen können. Heute geht es darum, wie man die Linke neu aufbauen, wie man die Kräfte sammeln kann, die sich dem Neoliberalismus mit einer eigenen Alternative entgegenstellen. Das ist ein europäisches Anliegen ... In Deutschland haben sich die Linken in den letzten drei Jahren im Osten und im Westen des Landes umgruppiert. Im Westen ist eine neue Partei, die WASG, entstanden. Sie besteht aus Menschen mit sehr unterschiedlichen Traditionen – Sozialisten, Kommunisten, Trotzlisten, ehemalige



Mitglieder und Funktionäre der SPD, die die politische und gewerkschaftliche Linke in Deutschland lange beherrscht hat, frei schwebende Gewerkschafter, Intellektuelle und Globalisierungskritiker.

Und ihr Zusammenschluss mit einer Partei ganz anderer Tradition, der PDS, ist gelungen ...

Hier sind mehrere Faktoren zusammengekommen und haben eine ganz neue Struktur hervorgebracht: Das Engagement von Gewerkschaftern in der Politik, die Entstehung einer neuen politischen Kraft im Westen, die Öffnung der PDS und die Aufarbeitung ihrer Geschichte, der Mut von SPD-Mitgliedern, die sich für die Linke entschieden haben, der Reifegrad des Vereinigungsprozesses im ganzen Land. All das hat sich vor dem Hintergrund einer sozialen Krise vollzogen, die sich rasant zuspitzt. In nur wenigen Jahren ist der deutsche Sozialstaat demontiert worden, zum großen Teil schon unter der Regierung Schröder. Die Gewerkschaften waren nicht mehr in der Lage, diese Offensive des Neoliberalismus aufzuhalten. Heute wird ein heftiger Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn geführt, den es in Deutschland nicht gibt. Das Rentenalter ist gerade auf 67 Jahre angehoben worden, die Ausgrenzung eines wachsenden Teils der Gesellschaft setzt sich fort. Der Prozess der Bildung einer neuen Partei war nicht einfach, das kann man sich leicht vorstellen. Es ist ein echter Kulturschock für beide Seiten. Diese Fusion darf man sich nicht einfach als das Zusammenlegen zweier Kräfte vorstellen, von denen eine erst vor drei Jahren entstanden ist. Das ist der Anfang des Prozesses einer veritablen Neugründung. Das Ergebnis der kürzlichen Bürgerschaftswahl in Bremen hat gezeigt, dass drei Wählergruppen für die neue Partei erreichbar sind: Menschen, die in Armut leben, Lohnempfänger und diejenigen, die diese Gesellschaft kritisch sehen. Dieses Ergebnis hat in der SPD, der schlechte Umfragewerte und massive Mitgliederverluste bereits schwer zusetzen, Debatten über die weitere Orientierung ausgelöst. Mit der Gründung der neuen Partei, mit dieser neuen Dynamik unter den Linken kommt auch wieder Bewegung in die politische Diskussion.

Das Fundament der Partei DIE LINKE

Von Françoise Diehlmann

Françoise Diehlmann, Journalistin und Übersetzerin, war während ihres Aufenthaltes in Deutschland viele Jahre Mitglied der PDS, unterstützt heute einen Zusammenschluss der antineoliberalen Linken in Frankreich. Sie begleitete die stellvertretende Bürgermeisterin von Paris Clémentine Autain zum Gründungsparteitag der LINKEN.

aus: www.comunistesunitaires.net

Elisabeth Gauthier hat der „Humanité“ am 14.6.2007 ein Interview über den Zusammenschluss der beiden linken Parteien in Deutschland gegeben. Mit dessen Inhalt habe ich ein Problem. Zu einer Fusion gehören mindestens zwei und ein konkreter politischer Hintergrund. In diesem Interview ist aber faktisch nur von der vor drei Jahren im Westen Deutschlands gegründeten WASG die Rede. Die PDS kommt dort kaum vor. Sie ist im Osten Deutschlands in der komplizierten Situation des Falls der Berliner Mauer und der Vereinigung Deutschlands entstanden.

Halten wir uns an die Tatsachen: Bei der Gründung der PDS haben die reformerischen Kräfte in der SED, ihr Kampf gegen Stalinismus und Totalitarismus, eine große Rolle gespielt. Und obwohl die PDS mit dem Stalinismus brach und sich konsequent für einen demokratischen Sozialismus einsetzte, wurde sie von den traditionellen politischen Parteien Deutschlands pauschal abgelehnt, vor allem, weil sie die Nachfolgepartei der SED ist. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben hat sie immer darin gesehen, sich für die Interessen der Ostdeutschen einzusetzen.

Ohne die PDS hätte eine große Zahl von Ostdeutschen nicht den Weg ins einheitliche Deutschland gefunden. Die Partei, die sich von den Thesen Rosa Luxemburgs gegen Krieg, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus inspirieren lässt, hat sich unwiderruflich auf der politischen Bühne Deutschlands etabliert. Im Bundestag, in den Landtagen und in Städten und Dörfern des Ostens wurde sie zu einer wirklichen Partei der sozialen Gerechtigkeit angesichts des zerstörerischen Neoliberalismus. Die Verteidigung der Interessen der Ostdeutschen ist allerdings eine historisch begrenzte Mission. Wir müssen darüber hinausgehen, wenn wir die deutsche Gesellschaft verändern wollen, pflegt Gregor Gysi zu sagen. Aber Männer und Frauen im Westen Deutschlands brauchen viel Mut, wenn sie der PDS beitreten wollen. In diesem Teil Deutschlands ist der tief verwurzelte Antikommunismus bestimmend geblieben, der es nicht zulässt, dass sich dort eine aus der ehemaligen DDR kommende Partei etabliert.

Die PDS mit ihren rund 60 000 Mitgliedern und einem hohen Durchschnittsalter hat bisher vor allem in Ostdeutschland gewirkt, wo die Arbeitslosigkeit bis zu 20 Prozent erreicht und die Löhne für gleiche Arbeit im Schnitt bis zu 21 Prozent niedriger liegen als im Westen. Die älteren Mitglieder haben Mut bewiesen, indem sie vor allem Jüngere in Wahlfunktionen delegierten. Viele dieser engagierten jungen Menschen haben Zeichen gesetzt, agieren im Bundestag, in den Landtagen und an der Basis. Junge Frauen um die Dreißig wurden Bundestagsabgeordnete. Der Generationenwechsel scheint gelungen. Diese ostdeutsche Partei, die die politische Szene ganz Deutschlands in Bewegung gebracht hat, arbeitet auch an ihren theoretischen Grundlagen, vor allem über die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die spielt nach und nach eine immer wichtigere Rolle in den Debatten und der Bildungsarbeit der Linken im nationalen, europäischen und weltweiten Rahmen. Intellektuelle aus vielen Ländern und aus Deutschland, zuweilen von Parteien, die die PDS eigentlich ablehnen, debattieren auf ihren Veranstaltungen über die großen Themen der Zeit.

Was bringen PDS und WASG in die neue Partei Die Linke ein? Die WASG trägt all das bei, was Elisabeth Gauthier in ihrem Interview genannt hat. Aber da ist noch mehr: Vor allem die Erfahrungen einer Tradition großer sozialer Kämpfe der deutschen Gewerkschaften, besonders der IG Metall. Warum ist das im Rahmen des einheitlichen Deutschlands so wichtig? Weil die PDS diese Tradition der harten Auseinandersetzungen in den Betrieben aus ihrer Geschichte nicht kennt. Die WASG vermittelt den Mitgliedern der PDS und den Ostdeutschen die Geschichte dieser Kämpfe in der Bundesrepublik von 1949 bis zum Fall der Berliner Mauer.

Die PDS mit ihren aufsehenerregenden Aktionen im Bundestag gegen den Krieg und ihrem Einsatz bei entsprechenden Demonstrationen bringt ihr Engagement gegen Rüstung



und Militarisierung ein, für einen demokratischen und ökologischen Sozialismus, der Freiheit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden sucht. Vor allem aber ihre Nähe zu den ärmsten Schichten und ihr Wirken gegen das Aufkommen der extremen Rechten in Deutschland. Das ist sehr viel! Man kann es nicht laut und deutlich genug sagen! Die BRD galt immer als ein demokratischer Staat. Die Erfahrung der PDS wird den Mitgliedern der WASG und den Westdeutschen Anlass sein, tiefer über das Wesen der Demokratie dieser BRD nachzudenken, über die Notwendigkeit, sie weiterzuentwickeln.

Seit der Bundestagswahl von 2005, wo beide Parteien gemeinsam über 8 Prozent erreichten, bis zu ihrer Vereinigung hat sich immer deutlicher gezeigt, dass es einen Raum für eine wirkliche Linke in Deutschland gibt und wie wichtig dieses Projekt für die deutsche Gesellschaft ist. Schon beginnt die Partei, Tabus anzugreifen. Zwei Beispiele:

Noch vor kurzem war es unmöglich, die Frage eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland zu debattieren. Linkspartei und WASG haben jetzt eine Kampagne dafür eingeleitet. Heute steht diese Frage auf der Tagesordnung des Bundestages und ist bereits zum Streitpunkt zwischen den Regierungsparteien geworden.

Oskar Lafontaine fordert Kampfformen, mit der das Volk seinen Willen durchsetzen kann. Er verlangt, dass die Deutschen „Französisch“ lernen und sich die Möglichkeit eines politischen Generalstreiks erkämpfen. Das wäre eine neue Kultur des politischen Kampfes in Deutschland, die es in Europa bereits gibt.

Die Linke hat beschlossen, sich auf die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu beziehen. Für Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Lothar Bisky und viele andere sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Leitfiguren der Linken. Sie beziehen sich auf die Antikriegstradition, die Karl Liebknecht begründet hat. Sie beziehen sich auf Rosa Luxemburg, für die Sozialismus und Demokratie unteilbar waren, die erklärte, Freiheit sei stets die Freiheit der Andersdenkenden. Oskar Lafontaine hat den Ausspruch Willy Brandts hinzugefügt, dass niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen darf. Die Linke hat keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich in der Tradition derer sieht, die in den KZ der Nazis ihr Leben ließen. Sie will das Erbe aller ehren, die verfolgt und eingekerkert wurden, seien es Sozialdemokraten und Sozialisten in der DDR oder Kommunisten in der BRD. Hier zeigt sich, dass die beiden Parteien wie die Ost- und Westdeutschen insgesamt eine unterschiedliche Geschichte haben, dass sich aber eine wechselseitige Neugier entwickelt.

Angesichts dessen, wie die deutsche Vereinigung realisiert wurde, konnte sich diese Neugier nicht einstellen, denn der größere Westen hat den Osten geschluckt. Das veranlasste Gregor Gysi, auf dem Gründungskongress Der Linken hoch befriedigt festzustellen: „Wir organisieren hier heute das einzige Beispiel einer wirklichen Vereinigung, nicht eines Beitritts und nicht eines Anschlusses!“ Und in der Tat: Wenn man bedenkt, dass die PDS 60 000, die WASG aber nur 11 000 Mitglieder hat, dann ist es schon bemerkenswert, dass die Zahl der in die neue Parteiführung Gewählten exakt zur Hälfte aus beiden Parteien kommt. Die Linkspartei hält das für normal, wenn man eine neue Organisation gründet. Sie will demonstrieren, dass es sich um eine wirkliche Einheit und keinen Anschluss handelt. Die deutschen Linken ha-

ben der deutschen Wiedervereinigung eine Nase gedreht! Auch deshalb wird niemand diese Partei ignorieren können.

Am 15. Juni haben beide Parteien auf ihrem letzten Parteitag diejenigen gewählt, die sie in der Führung der neuen Partei vertreten sollen. Dabei ist eine doppelte Parität – zwischen Männern und Frauen sowie zwischen WASG und Linkspartei berücksichtigt worden.

Am 16. Juni ist die Wand, die bisher die beiden Tagungssäle getrennt hat, gefallen. Eine starke Symbolik für den Gründungsprozess. Oskar Lafontaine und Lothar Bisky wurden als Kovorsitzende gewählt. Die Funktionen des Bundesgeschäftsführers und Schatzmeisters nehmen ebenfalls zwei Männer ein. Die Frauen müssen vorerst mit drei Vizevorsitzenden, darunter die 29-jährige Katja Kipping, vorlieb nehmen. Zumind. im Geschäftsführenden Vorstand ist die Parität gewahrt ...

Am Gründungsparteitag Der Linken haben Delegationen von 69 Parteien aus 47 Ländern von vier Kontinenten teilgenommen. Für die Probleme Europas ist die neue Partei bereits stark sensibilisiert durch ihre Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken und die Mitarbeit in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordisch-Grünen Linken im Europäischen Parlament. Deren Vorsitzende Fausto Bertinotti und Francis Wurtz sprachen zu den Delegierten. Francis Wurtz zitierte den Europaabgeordneten André Brie: „In unserem Lande wird die Linke entweder europäisch sein, oder sie wird nicht sein!“ Ein große Linkspartei, die für soziale Veränderungen eintritt. Wir Franzosen haben hier viel zu lernen, auch wenn die Erfahrungen in unseren beiden Ländern sehr verschieden sind.

DIE LINKE macht sich auf den Weg

Von *Clémentine Autain*; aus: www.clementineautain.fr

Clémentine Autain ist stellvertretende Bürgermeisterin von Paris. Die 34-jährige Aktivistin sozialer Bewegungen, Mitglied der FKP, hatte in den Debatten um einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der antineoliberalen Linken die breite Unterstützung zahlreicher Organisationen.

Ich habe am Gründungsparteitag Der Linken teilgenommen. Am Freitag, dem 15. Juni, tagten beide Parteien noch in getrennten Sälen. Am Sonnabend, dem 16. Juni, war die Zwischenwand verschwunden. Eine starke Symbolik für die Vereinigung zweier Organisationen aus Ost und West.

Der erste Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, eröffnet den Vereinigungskongress. In seiner Rede auf dem letzten Parteitag der PDS hatte er viel von dem zurückgelegten Weg gesprochen. „Die ostdeutsche Interessenvertretung als Hauptproblem war eine historisch begrenzte Aufgabe“ erklärte er. „Und wir sollten es begrüßen, dass wir jetzt die Chance haben, zu einer bundesweiten Linkskraft zu werden für ganz Deutschland. Für uns kommen autoritäre diktatorische Strukturen nie wieder in Frage. Aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein.“ Er und weitere Redner bestehen auf einem Systemwechsel hin zu einem demokratischen und ökologischen Sozialismus, auf der engen Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Die historische Bezugsperson, die sich aufdrängt, ist Rosa Luxemburg. Und es ist der letzte Vorsitzende der PDS, Lothar Bisky, der erklärt: „Eine Chance hat die deutsche Linke nur, wenn sie eine europäische Linke ist!“ Der Bezug auf die



europäische Linke ist stark, ungewohnt für unsere französischen Verhältnisse. Fausto Bertinotti und Francis Wurtz nehmen auf dem Parteitag das Wort.

Oskar Lafontaine erklärt mit Nachdruck: „Ein Sozialist muss nicht Christ sein, aber ein Christ muss Sozialist sein.“ Stoff zum Nachdenken für uns, wo der Sozialismus mit Weiwasser ein schwieriges Thema ist ... Lafontaine kennt sich in Frankreich aus. Er zögert nicht, es zu zitieren – den dort bereits vorhandenen Mindestlohn, den politischen Generalstreik ... Die Linke soll auch die Partei der ökologischen Erneuerung werden. Umweltschutz muss sozial einigend, nicht ausgrenzend wirken, ist sein Gedanke. Schließlich plädiert Lafontaine für eine andere Globalisierung und begrüßt die Hoffnung, die in Lateinamerika wächst. Dabei zitiert er mehr Evo Morales als Hugo Chávez.

Ein Satz aus der Rede von Fausto Bertinotti hat mir besonders gefallen: „Der Sozialismus im 21. Jahrhundert kann nicht allein wirtschaftliche Emanzipation sein. Der Sozialismus im 21. Jahrhundert muss ein Prozess der Befreiung der Frauen und Männer von jeglicher Form der Ausbeutung und Entfremdung sein.“ Er setzt sich für die Rolle der Bewegungen ein.

Die Linke ist eine Fusion der PDS (60 000 Mitglieder) mit der WASG (etwa 11 000 Mitglieder). Erstaunlich für uns, dass die Führung sich zu gleichen Teilen aus Vertretern beider Parteien zusammensetzt. Die PDS sieht das offenbar als den Preis an, den sie für diese neue Kraft zahlen muss.

Noch ist nicht alles geregelt, aber in Deutschland entsteht eine Kraft, die man zu beachten haben wird. Sie entsteht in einem komplizierten Kontext, wenn man die verschiedenen politischen Kulturen von Ost und West bedenkt. Die Linke wird eine Kraft, verankert in der Geschichte und offen für das Neue. Darin liegt vielleicht ihre Stärke. Ihre Einheit ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sie Gewicht erlangt. Das haben sie hier in Deutschland begriffen. Wir in Frankreich noch nicht. Das Modell kann auch nicht eins zu eins nach Frankreich übertragen werden, denn die politische Situation ist anders, ebenso die Geschichte und die verschiedenen Organisationen der transformatorischen Linken. Aber Ideen und Inspiration sollte uns das schon geben! Eine große antikapitalistische Linkspartei – da kommt man ins Träumen, wenn man an unsere Linke denkt, die doch recht blässlich wirkt.

Die Lehren einer Neugründung

Von Jean-Luc Mélenchon; aus: „*Politis*“, Paris

Jean-Luc Mélenchon, bekannter Linker in der Sozialistischen Partei (Frankreich) hat diese kürzlich verlassen und eine eigene Organisation, die Assoziation für eine soziale Republik (PRS) gegründet. Er ist Mitglied des Senats (Oberhaus). Der Verfechter einer neuen Linken in Frankreich war Gast des Gründungsparteitages.

Wir haben am vergangenen Wochenende in Berlin einen neuen Akteur auf der politischen Bühne entstehen sehen, der sich in die Lage versetzt hat, die deutsche Politik zu verändern. Die Linke ist durch Zusammenschluss einer kleinen Gruppe Sozialdemokraten um Oskar Lafontaine mit den Reformkommunisten aus der ehemaligen DDR entstanden. Gewerkschafter, linke Ökologen sowie unabhängige Intellektuelle und Künstler haben sich ihnen angeschlossen.

Dieser Vorgang ist eine Ermutigung für uns, die wir links von der Sozialistischen Partei stehen. Denn an seinem Ursprung steht die Ablehnung der sozialdemokratischen Orientierung, die die Linke auf der ganzen Welt in eine ausweglose Sackgasse geführt hat. Sie hat auch die SPD in den Zustand moralischen Verfalls gebracht, in dem sie es vorgezogen hat, mit der Rechten eine Regierungsmehrheit zu bilden, statt mit der Linken zu gehen. Unter Führung von Angela Merkel setzt sie das Werk des Sozialabbaus fort, das die Regierung Schröder begonnen hatte.

Oskar Lafontaine hat seine Wahl getroffen. Der frühere SPD-Vorsitzende, Opfer eines Attentats und ehemalige Finanzminister hat es vorgezogen, die Regierung Schröder zu verlassen, statt ihr Komplize zu sein. Jetzt hat er die Stille seines Ruhestandes und sein Prestige in der SPD aufgegeben und hat sich dem früheren Anwalt ostdeutscher Dissidenten, dem Reformkommunisten Gregor Gysi und dessen Partei angenähert. Die hatten die Medien bereits in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Heute schreitet Die Linke sowohl an den Wahlurnen als auch im politischen Leben voran. Sie ist dabei, den Durchbruch im Westen zu organisieren, wie die kürzlichen Bürgerschaftswahlen in Bremen gezeigt haben. Politisch wird sie immer attraktiver, wie Übertritte von den Grünen und neue Mitglieder aus Kreisen der Intellektuellen beweisen. Man sieht sie durchaus als etwas Neues. „Wer seid ihr?“ werden ihre führenden Vertreter gefragt. Ohne sich auf ein früheres Modell zu beziehen, antworten sie selbstbewusst: „Die Linke, Punkt!“

Man kann die Notwendigkeit des Bruchs mit der SPD besser verstehen, wenn man die Bedingungen kennt, die Oskar Lafontaine stellt, wenn seine Partei einen SPD-Kanzler unterstützen soll: Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von acht Euro pro Stunde, eine Rentenreform (die Renten für Industriearbeiter sind heute die niedrigsten in allen Industrieländern), Neuordnung des Arbeitslosengeldes, dessen Bezugsdauer von drei auf ein Jahr gesenkt wurde. Aber selbst solche Minimalforderungen sind zuviel für die Sozialdemokraten!

Schauen wir uns an, was die Voraussetzungen für die Bildung dieser neuen Kraft waren. Sie sind nicht spezifisch deutsch. Ausgangspunkt war eine gründlich durchdachte Bilanz der zu Ende gegangenen Etappe des Staatssozialismus und der Sozialdemokratie als Strategien für das neue Zeitalter des globalisierten Kapitalismus. Die jetzt gebildete Partei nimmt eine linksrepublikanische Position ein, die von den allgemeinen Interessen der Gesellschaft ausgeht. Ihre Methoden sind die der Freiheit einerseits und des Rechts andererseits als Mittel, um die ganze Gesellschaft in Gleichheit voranzubringen. Es ist erstaunlich, wieder einmal zu hören, dass Gleichheit das Mittel der Freiheit für jene ist, die von ihrer Hände Arbeit leben oder Hilfe benötigen, um ihr Leben fristen zu können. Ihr Programm impliziert das Ende vertraglicher sozialer Beziehungen im Unternehmen als einziger Methode der Realisierung des Gesellschaftskompromisses. Daher die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Ebenso bedeutsam ist es aber, dass man das Recht auf den politischen Generalstreik verlangt „wie in Frankreich“, das heißt, des Streiks gegen Gesetzesvorhaben der Regierung. In Deutschland sind nur Streiks um Betriebsangelegenheiten gestattet. In der gleichen Richtung fordert das Programm Der Linken auch die Nationalisierung bestimmter Schlüssel-



instrumente, die der Volkssouveränität in für die Zukunft wichtigen strategischen Bereichen einen konkreten Sinn geben, und dies auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene. Halten wir fest, dass diese Forderungen vor allem als Konsequenz aus der ökologischen Krise gestellt werden. Im Visier sind besonders solche Bereiche wie Energie und Wasser. Es ist das erste Mal, dass der Begriff Nationalisierung wieder im politischen Vokabular der Deutschen auftaucht. Und es ist kein ehemaliger Kommunist, der ihn gebraucht.

Mehr Freiheit durch die Erweiterung der Gleichheit, konkrete Volkssouveränität in lebenswichtigen Bereichen, stärkere Teilhabe von Bürgern und Werktätigen: Die Linke formuliert linke Kampfziele einfach und klar. Einen weiteren Punkt haben wir in den Reden häufig wiedergefunden, der bei uns in Frankreich immer fehlt: den Kampf um den Frieden. Die Linke sagt klarer als wir, dass Frieden durch Politik erreicht werden muss. Er ist kein Naturzustand der internationalen Ordnung, vor allem wenn, wie gegenwärtig, die Rüstungshaushalte wieder einmal besorgniserregend anschwellen.

Das Wesentliche, über das wir tief nachdenken müssen, aber ist die Methode der Politik. Wenn es einen Ort für eine Neugründung gibt, dann kommt sie auch zustande. Dann wird auch ein neues Programm möglich. Nicht umgekehrt. Das ist ein entscheidender Punkt. Die Linke war zunächst eine gemeinsame Front. Im Verlaufe von drei Jahren konzentrierter Arbeit ist daraus eine Partei geworden. Dabei ist die Lage in Deutschland unendlich komplizierter und delikater als in Frankreich. Man braucht nur an die aus vierzig Jahren Konfrontation zu beiden Seiten der Mauer ererbten Antagonismen zu denken. Jetzt ist es frappierend zu sehen, wie konsequent man das Ziel der Überwindung der beiden Bestandteile dieser Partei verfolgt, ohne den spezifischen Beitrag in Frage zu stellen, den jede von ihnen zum Endergebnis geleistet hat.

Schließlich der Generationenwechsel. Er wird ganz bewusst organisiert. Aber das ist nicht das Spiel mit der Jugend als Alibi dafür, dass sich nichts ändert. Auf diesem Gebiet wie auf allen anderen hat die Linke eine bessere Zukunft, wenn der Wechsel Ergebnis bewussten, freiwilligen Handelns ist. Soll man es erdulden oder wollen? Das ist das Entscheidende.

Den Weg zeigt Deutschland

Von Henri Wehenkel, Déi Lénk, Luxemburg, Mitglied des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken; aus: Goosch.Lu, No. 145, 17. Mai 2007

In Bremen wurde das richtig gemacht, was in Frankreich falsch gemacht wurde. Für einmal zeigt uns Deutschland den Weg. Mit 8,4 Prozent zieht zum ersten Mal im Westen Deutschlands DIE LINKE in ein Länderparlament ein. Man hatte ihr 4,5 Prozent prophezeit, sie hatte sich 7 Prozent als Ziel gesetzt. Sie hat die 5-Prozent-Hürde genommen, dem Trend zu den großen Parteien, zum vote utile widerstanden. Ein Signal für Hessen und Hamburg, ein Signal über die Grenzen hinweg. Der Erfolg der Linken beruht auf einem Konzept, das in einem Namen zusammengefasst ist: Die Linke. Hier geht es nicht darum, sich über alles einig zu werden, sondern darum, alle Kräfte zu sammeln, die sich links von

SPD und Grünen befinden und die neoliberalen Rezepte ablehnen, die Privatisierungen, die Kriege am Hindukusch und die Verarmungspolitik zu Hause. Sammlungspartei anstatt Gesinnungspartei.

Der Aufbau Der Linken zielt in die Breite, Die Linke ist ein politischer Rahmen, sie vereinigt unterschiedliche Kräfte und Persönlichkeiten, ohne von ihnen ein Bekenntnis zur Geschichte und die Festlegung auf Endziele zu verlangen. Sie orientiert sich an der alltäglichen Praxis mit dem festen Willen die bestehenden Verhältnisse zu überwinden.

Die Linke ist eine Partei, die sozial engagiert ist. Sie macht nicht Politik für die Politik, um dort zu enden, wo sie der Wille zur Macht hintreibt. Sie vertritt materielle Interessen, die Interessen jener, denen es nicht gut geht und die Politik brauchen um Gerechtigkeit zu finden. Aus diesem Grunde hat sie den Kontakt zu den Gewerkschaften gesucht und gefunden. In den Zeiten des Fordismus zählte für die Interessenvertreter der Lohnabhängigen die Nähe zum Staat und den Verteilungsmechanismen. Heute heißt es vor allem die Widerstandspotentiale zu organisieren.

Die Linke hat in Deutschland die Breite gewählt, sie ist sichtbar geworden und hat Vertrauen geschaffen. Sie ist eine Hoffnung für Millionen Menschen. Und eine Lektion für Frankreich und Luxemburg.

Jährliche Reduktion der Waffenexporte unter Aufsicht UNO nötig

Oskar Lafontaine antwortet am 14. Juni 2007 im Bundestag auf die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum bevorstehenden Europäischen Rat

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Selbstverständlich ist es gut, wenn sich die führenden Industriestaaten zusammensetzen, um darüber zu beraten, wie man Dinge in der Welt voranbringen kann. Über die Legitimation einer solchen Zusammenkunft brauchen wir also nicht zu sprechen. Es ist ebenfalls zu begrüßen, wenn sich diese Industriestaaten dazu entschließen – das ist mittlerweile geschehen –, wichtige Länder einzubeziehen, die lange Zeit ausgeklammert waren, ohne die aber eine Steuerung der Weltwirtschaft und die Lösung anderer Fragen, die die gesamte Welt betreffen, nicht zu bewältigen wären. So weit, so gut.

Die für uns entscheidende Frage ist, ob die jetzige Form der Zusammenkunft richtig ist. Ich teile die Auffassung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der wesentlich am Zustandekommen dieser Gipfel beteiligt war, dass die jetzige Form der Zusammenkunft dem Anliegen nicht mehr angemessen ist. Es ist ein kostenaufwendiges Medienspektakel. Das, was dabei herauskommt, wurde von Beamten längst vorbereitet.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Nun haben angeblich drei Themen den G8-Gipfel in Heiligendamm bestimmt: das Umweltthema, die Stabilität der internationalen Finanzmärkte und die Entwicklungshilfe. Ich möchte zuerst etwas zum Umweltthema sagen. Ich kann die



positiven Beurteilungen, die bislang vorgetragen wurden, nicht nachvollziehen. Zur Minderung des CO₂-Ausstoßes eine simple Bemerkung: Wenn jemand die Absicht bekundet, zu prüfen, dann ist das in Ordnung. Wenn jemand sagt, bis zum Jahr 2050 wolle man eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 50 Prozent, dann klingt das ganz gut. Aber jeder, der sich mit der Sache befasst und festgestellt hat, dass noch nicht einmal das Basisjahr genannt wurde, worauf sich solche Ziele beziehen, muss zu dem Ergebnis kommen, dass hier die Unverbindlichkeit dominiert und nichts Konkretes herausgekommen ist.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Das Zweite, was seit Jahrzehnten ein großes Thema der G8-Gipfel ist, ist die internationale Finanzstabilität. Auch hier hat der Gipfel gar nichts zustande gebracht. Das war zu erwarten; denn das ist seit Jahrzehnten zu beobachten – solange die Wall Street die amerikanische Politik dominiert oder anders ausgedrückt – die Wahlkämpfe der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten finanziert, solange die Londoner City die britische Politik dominiert oder anders ausgedrückt – die Wahlkämpfe der britischen Parteien finanziert, so lange wird es keine Vereinbarung geben, die uns bei der internationalen Finanzstabilität voranbringt. Das ist der Zusammenhang, über den man zumindest sprechen muss.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Es gibt aber – wenn Sie trotz der Heuschreckenjäger, die sich auch auf der Regierungsbank eingenistet haben, *(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)* – schon den Lösungsvorschlägen der Linken nicht folgen wollen, – Möglichkeiten nationaler Regulierung.

(Zuruf der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel)

Hier hat der DGB einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht, der darauf hinausläuft, zumindest die Banken stärker zu regulieren, die den Hedgefonds Kredite zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Wenn die gesamte Fachwelt sagt – und wir wissen seit der Krise des LTCM, dass das kein Märchen ist –, dass das internationale Finanzsystem in eine Krise geraten kann, die mit großen Verwerfungen für viele Volkswirtschaften und schlimmen sozialen Folgen verbunden ist, dann kann man dieses Thema nicht einfach ignorieren und nichts tun. Wir fordern nach wie vor eine Regulierung der Hedgefonds.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Nächster Punkt: Entwicklungshilfe. Was dazu – auch zur Hilfe für Afrika – zu sagen ist, hat die international renommierte Organisation Oxfam gesagt. Sie hat darauf hingewiesen, dass es hier Verrechnungsmöglichkeiten gibt. Sie hat Rechnungen vorgelegt – ich will sie hier nicht überprüfen –, nach denen es nicht um 60 Milliarden Dollar, sondern allenfalls um 3 bis 4 Milliarden geht, weil alle anderen ausgewiesenen Mittel bereits anderswo etatisiert waren. Wenn das nur zur Hälfte stimmt, dann kann man auch diese Entscheidungen nicht positiv bewerten.

Nun komme ich aber zu dem Thema, das den Gipfel überlagert hat, nämlich dem Thema der Gewalt. Ich will hier klar für meine Fraktion feststellen: Wir lehnen Gewalt in jeder Form ab. Gewalt ist kein Mittel der Politik.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle, FDP, und des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Es ist bedauerlich, dass einzelne junge Menschen in unserem Land immer noch glauben, sie könnten politische Probleme mit Gewalt lösen. Wir können niemals hinnehmen – auch das möchte ich klar sagen –, dass Polizeibeamte mit Pflastersteinen bedroht werden; denn das kann letztendlich auch zum Tod führen. Hier ist der Rechtsstaat gefordert.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP und des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Vor diesem Hintergrund muss ich als jemand, der als Ministerpräsident lange Jahre Polizeieinsätze letztendlich zu verantworten hatte, sagen, dass man es nach dem Gipfel von Heiligendamm nicht mit dem Dank an die Polizeibeamten bewenden lassen kann. Frau Bundeskanzlerin, es ist doch unglaublich: Nach allem, was geschehen ist, danken Sie der Polizei und setzen sich wieder auf die Regierungsbank. Hier sind massive Vorwürfe im Raum – von Grundrechtsverletzungen über Agents provocateurs, die eingeschleust worden sind, bis zur falschen Behandlung vieler Demonstranten –, die aufgeklärt werden müssen.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Wir haben als Parlament die Aufgabe, den Rechtsstaat zu verteidigen, und können nicht hinnehmen, dass man einfach so zur Tagesordnung übergeht. Es ist ein übles Mittel, dass sich politisch Verantwortliche immer dann, wenn etwas schief läuft, hinter den jeweils eingesetzten Beamtinnen und Beamten verstecken. Das ist nicht die richtige Vorgehensweise. Insbesondere muss aufgeklärt werden, ob die politisch Verantwortlichen es mit zu verantworten haben, dass die Polizei schlecht untergebracht war und lange Zeit nicht vernünftig ernährt worden ist. Wenn das so ist, dann kann man den Polizeibeamten nicht danken, sondern dann ist man mitverantwortlich für Vorgänge, die wir nicht verantworten wollen.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Es muss auch aufgeklärt werden, ob die Vorwürfe aus einer Regierungsfraktion, dass die Bundeswehr eingesetzt worden ist, nicht wirklich dahin gehend zu interpretieren sind, dass es sich um einen Verfassungsbruch handelt.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Ich sage im Hinblick auf die Vorkommnisse während dieser Demonstration: Es geht hier nicht um das eine oder andere, was zu bemängeln wäre. Wir haben vielmehr den Eindruck, dass der Rechtsstaat in der Innenpolitik systematisch infrage gestellt wird. Das ist es, was wir hier zu behandeln haben.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Wenn schon von Gewalt auf dem Gipfel die Rede war, dann muss ich natürlich darauf hinweisen, dass nicht nur von dieser Gewalt hätte die Rede sein sollen, sondern auch von der Gewalt, die die Gipfelteilnehmer zu verantworten haben, indem sie völkerrechtswidrige Kriege zu verantworten haben, in denen Hunderttausende Menschen ums Leben kommen.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)



Dass wir da keine hervorragende Rolle spielen – Sie auch nicht, Frau Bundeskanzlerin –, hat in erschütternder Weise der jüngste Bericht über die Waffenexporte deutlich gemacht. Es ist ein Skandal, dass Deutschland auf dem dritten Platz der Waffenexporteure der Welt ist.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Gert Winkelmeier, fraktionslos)

Was soll diese ganze Gipfelrederei, wenn Sie dies zu verantworten haben? Es werden Staaten beliefert – das stellen selbst die Kirchen fest –, in denen Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie das Völkerrecht jeden Tag brechen, indem Sie Flughäfen, Überflugrechte und Führungseinrichtungen zur Verfügung stellen, um den rechtswidrigen Krieg im Irak zu unterstützen. Gleichzeitig wird jetzt festgestellt, dass Sie an Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen stattfinden, Waffen liefern. Das ist ungeheuerlich. Darüber müsste in diesem Parlament einmal geredet werden.

(Beifall bei der Linken)

Gut wäre es gewesen, wenn sich diese Staaten darauf verständigt hätten, ein „Waffen-Kyoto“ zu beschließen, also eine jährliche Reduktion der Waffenexporte. Ich halte nach wie vor an dem Vorschlag fest, dass man im Rahmen der UNO eine Agentur einrichten sollte, die dem UN-Sicherheitsrat zuarbeitet und die Waffenexporte der Staaten verbindlich genehmigen und insbesondere veröffentlichen muss. Wir kämen einen erheblichen Schritt weiter, wenn wir dies machen würden.

(Beifall bei der Linken)

Die Zeit reicht gar nicht aus, um auf alle Fragen einzugehen. *(Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU): Es reicht auch!)* Ich sage zu der Begeisterung für die EU, die der Kollege Klose angesprochen hat: Natürlich sind die Menschen nicht mehr von der EU begeistert, wenn der Prozess so weitergeht wie bisher, wenn man beispielsweise Verfassungsentwürfe entwickelt und das Volk noch nicht einmal daran beteiligt. Volksabstimmung ist ein Mittel zur Begeisterung, nichts anderes.

(Beifall bei der Linken)

Natürlich sind die Menschen nicht zufrieden, wenn man weiter zulässt, dass Steuerdumping, Lohndumping und Sozialdumping die Grundlage der europäischen Entwicklung sind. Wir alle, die wir hier sitzen oder stehen, sind davon nicht betroffen, aber immer mehr Menschen sind davon betroffen. Es gilt nun einmal der Satz Rousseaus – Herr Kollege Klose, das sage ich in vollem Respekt vor Ihrer politischen Leistung; Sie wissen, wie ich dazu stehe: Zwischen dem Starken und dem Schwachen befreit das Gesetz, während die Freiheit unterdrückt. – Freiheit der Arbeitsmärkte ist keine Formel, die wir als Überschrift über die EU stellen können, sondern die Menschen brauchen Schutzvorschriften in allen Ländern Europas, das heißt den Mindestlohn.

(Beifall bei der Linken)

Wir sind – die Frau Bundeskanzlerin ist gerade wieder anderweitig beschäftigt; das ist ein besonderer Stil, an den ich mich noch gewöhnen muss – für die europäische Einigung, aber Europa wird nur dann von den Menschen unterstützt werden, wenn sie ihre Interessen auch auf der Ebene der Europäischen Union aufgehoben fühlen.

(Anhaltender Beifall bei der Linken)

G8 spielt sich als Weltregierung auf

Gregor Gysi in der Debatte am 24. Mai 2007 im Bundestag über die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum G8-Gipfel vom 6.–8. Juni in Heiligendamm

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen, ich versuche immer, zu differenzieren.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Warten Sie doch ab. G8 ist immer noch besser als G1, denn G1 hieße, dass die USA ganz allein, ohne sich überhaupt mit jemandem zu unterhalten, alles entschieden, was auf der Welt passiert. Das wollen wir nun auf gar keinen Fall.

(Beifall bei der Linken)

Ich füge aber hinzu: G8 ist nicht legitimiert. G8 spielt sich als Weltregierung auf. Es gibt keinen einzigen Beschluss der Organisation der Vereinten Nationen, der das legitimiert.

(Beifall bei der Linken)

Sie reden dort über Afrika; Sie reden über Lateinamerika. Aber am G8-Gipfel ist kein einziges afrikanisches Land beteiligt; es ist kein einziges lateinamerikanisches Land beteiligt. Große Teile der Welt sind ausgelassen. So kann man nicht demokratisch legitimiert Weltpolitik machen.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Claudia Roth, Augsburg, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ganze hat eine Struktur. Sie nennen sich Präsidentin des G8-Gipfels. Ja, was ist denn das? Gibt es hier ein Statut? Gibt es hier irgendetwas? Das ist einfach so entstanden, um Weltpolitik zu machen, und zwar ohne Beteiligung der UNO. Das ist nicht legitim. Hier ist der Protest legitim, der sagt: Wir wollen eine demokratisch reformierte UNO, die Weltpolitik macht.

(Beifall bei der Linken)

Ich weiß, an einem Tag haben Sie die afrikanischen Staatschefs vorgeladen. Das macht das Ganze nicht legitimer, das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen)

Es stimmt, entscheidend ist der Inhalt. Darauf haben Sie auch verwiesen. Worüber wird diskutiert? Es wird zum Beispiel darüber diskutiert, dass China mehr exportiert als importiert. Das stört die USA, das stört die EU, und das stört Japan. Es ist interessant, dass dies auch Deutschland stört. Wenn es ein Land gibt, das deutlich mehr exportiert als importiert, dann ist das Deutschland. Wieso erlauben wir das gerade den Chinesen nicht? Ich kann das nicht begreifen.

(Beifall bei der Linken, Zuruf von der CDU/CSU: Das ist das Problem!)

Ja, das ist das Problem. Sie aber haben viel größere Probleme. Ihre Probleme möchte ich nicht haben. Dazu sage ich noch etwas.

(Beifall bei der Linken)

Sie wollen über Hedgefonds diskutieren. Hinsichtlich der Hedgefonds haben Sie selbst gesagt, dass es nur ein paar Empfehlungen gibt. Frau Bundeskanzlerin, ich bitte Sie, wer einen Hedgefonds leitet, der kümmert sich nicht um solche albernem Empfehlungen.

(Beifall bei der Linken)

Entweder Sie greifen ein, und Sie verständigen sich auf Veränderungen in der Politik, die durchgreifen, oder Sie



können es bleiben lassen. Das muss ich ganz deutlich sagen. Die Hedgefonds agieren doch, wie sie wollen. Und überhaupt: Wieso loben Sie die so? Sie haben einen Stellvertreter, der diese Fonds einmal Heuschrecken genannt hat. Was ist nun die Wahrheit?

(Beifall bei der Linken)

Nun bitten Sie die Hedgefonds um Transparenz. Dann können Sie die auch gleich bitten, sich aufzulösen. Das werden die aber nicht machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linken)

Dann soll es um Klimaschutz gehen. Da sind wir uns einig, hier muss weltweit etwas passieren. Da haben Sie recht, Frau Bundeskanzlerin. Ich weiß auch, dass Sie sich diesbezüglich engagieren. Es wäre aber ehrlich, wenn Sie hier sagten, die USA werden dem Kyotoabkommen auch nach diesem Gipfel nicht beitreten. Da sie das nicht machen, kommen wir diesbezüglich nicht weiter. Präsident Bush wird Ihnen jovial auf die Schulter klopfen. Das ist alles, was passiert. Das ist die Tragik. Hier müssen Sie energischer werden, und zwar mit den anderen zusammen. Weil wir das Klima und die Menschheit retten wollen, können die USA nicht so weitermachen. Das gilt übrigens auch für China. Das muss man genauso deutlich sagen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen)

Dann soll es um Afrika gehen. Schon im Jahr 2003 ist auf dem G8-Gipfel beschlossen worden, die Entwicklungshilfe für Afrika deutlich aufzustocken. Wenn man den Schuldenerlass für Nigeria abzieht, dann hat sich die Entwicklungshilfe seit 2003 um 2 Prozent gesteigert. Das ist alles, was passiert ist. Nun gibt es den Data-Report der Sänger Bono, Bob Geldof und Herbert Grönemeyer. Sie haben festgestellt, dass nur Japan und Großbritannien ihr Soll bezüglich der Entwicklungshilfe erfüllt haben. Es werden auch die Länder aufgezählt, die ihr Soll nicht erfüllt haben. Dazu gehören die USA, Frankreich, Kanada und Deutschland. Sie spucken hier große moralische Töne. Das Erste wäre doch wohl, dass man seine Pflichten diesbezüglich erfüllt. Das haben wir nicht gemacht.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen)

Das Problem beim G8-Gipfel ist, dass es nicht um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung geht. Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele – auch wenn wir andere Auffassungen bezüglich des Freihandels haben als die FDP –, wo das Gegenteil passiert:

Nehmen wir einmal das Beispiel Lebensmittel. Lebensmittel sind in Europa hoch subventioniert. Das kann man in Europa hinnehmen; das hat etwas mit der Sicherheit von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft usw. zu tun; das ist jetzt aber nicht mein Thema. Mein Thema ist: Die subventionierten Lebensmittel nach Asien und Afrika zu exportieren, ist eine Frechheit, *(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen)* weil die Länder dort natürlich umgekehrt gar keine Möglichkeit zu solchen Subventionen haben. Das ist dann auch kein freier Handel, sondern subventionierter Handel.

Das zweite Beispiel sind Textilien. Bei Textilien machen wir Folgendes: Auf Importe aus Asien und Afrika erheben wir hohe Zölle. Dadurch haben die natürlich gar keine Chance, ihre Textilien hier zu verkaufen. Wenn afrikanische und asiatische Länder solche Zölle auf unsere Textilien erhöhen, würde die Weltbank ihnen die Kredite streichen. Das ist die Wahrheit;

darüber können Sie einmal diskutieren.

(Beifall bei der Linken – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich freue mich, dass Sie sich darüber aufregen. Wissen Sie, wer das geistige Eigentum an diesen beiden Beispielen hat? Heiner Geißler, CDU; der hat das in der Zeitung geschrieben.

(Beifall bei der Linken; Dr. Guido Westerwelle, FDP: Das ist doch eine Strafe!)

Da sollten Sie ab und zu einmal nachlesen. Worüber könnte man beim G8-Gipfel zum Beispiel sprechen? Ich meine, über die Tobin-Steuer. Wenn Sie politischen Einfluss auf die Weltwirtschaft nehmen wollen, dann bedarf es einer Börsenumsatzsteuer. Sie müssen doch die Dinge lenken. Darf ich daran erinnern, Frau Bundeskanzlerin, dass selbst Herr Bush nach den entsetzlichen Anschlägen von 2001 in New York und Washington gesagt hat, dass man mehr Regulierung braucht? Und wissen Sie auch, warum? Weil festgestellt worden ist, dass die Hinterleute der Anschläge auch noch reich geworden sind, weil sie wussten, wann die Anschläge stattfinden, und rechtzeitig die richtigen Aktien kaufen und verkaufen konnten. Nicht einmal dagegen ist bis heute irgendetwas unternommen worden. Sie akzeptieren einfach das Primat der Wirtschaft über die Politik, statt das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherzustellen.

(Beifall bei der Linken)

Worüber sollten Sie reden? Sie könnten über die Beendigung der Kriege im Irak und in Afghanistan reden. Was soll denn die Theorie, die diesbezüglich aufgestellt worden ist, dass das ein wichtiger Krieg gegen den Terror sei? Die Zustände im Irak unter Hussein waren sicherlich furchtbar. Aber sie sind doch heute noch viel furchtbarer! Der Krieg hat zu nichts anderem als zu einer erhöhten Bereitschaft zum Terror geführt.

(Beifall bei der Linken)

Krieg ist die Höchstform von Terror, und mit der Höchstform von Terror kann man Terror niemals wirksam bekämpfen. Das beweisen Afghanistan und der Irak.

(Beifall bei der Linken)

Diese Dinge sollte man beenden und zum Völkerrecht zurückkehren. Ich sage das hier noch einmal ganz klar: Der Krieg gegen Jugoslawien, der Krieg gegen Irak, die Operation „Enduring Freedom“ sind und waren völkerrechtswidrig.

(Beifall bei der Linken)

Wenn die führenden Industriegesellschaften das Völkerrecht brechen, werden sie keine Chance mehr haben, bei den übrigen über 180 Staaten durchzusetzen, dass diese das Völkerrecht einhalten. Wir zerstören das Recht und setzen an dessen Stelle kein neues. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der Linken)

Sie könnten und sollten auch über Rüstung reden. Jährlich wird für Rüstung auf der Erde ein Betrag von 1 Billion US-Dollar ausgegeben. 75 Prozent dieser Kosten tragen die acht Staaten, die sich zum Gipfel treffen. Die übrigen über 180 Staaten geben von diesem Betrag nur 25 Prozent aus. Was nutzt denn diese militärische Überlegenheit? Sie bringt gar nichts. Der Ausweg derjenigen, die militärisch unterlegen sind, ist, dass sie zum Terror greifen. Das ist das Ergebnis. Lassen Sie uns doch einmal anders denken als in rein militärischen Kategorien!

(Beifall bei der Linken)

Bush schreit immer sofort „Krieg!“, auch wenn der Iran



nicht so funktioniert. Das löst unsere Probleme nicht; es verschärft sie nur weltweit. Wir brauchen endlich einen anderen Ansatz, auch durch einen Beschluss der Mehrheit des Bundestages.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl Bündnis 90/Die Grünen)

Dann, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie gesagt, dass das alles zum Aufschwung geführt habe, und Sie seien stolz darauf, dass die ganzen furchtbaren Szenarios nicht wahr geworden seien. Ich bitte Sie: Aufschwung für wen eigentlich? Ich weiß, die Gewinne der Deutschen Bank steigen, und Hedgefonds freuen sich. Aber fragen Sie doch einmal die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner, diejenigen in Mini- und Midijobs oder in Leiharbeitsverhältnissen oder die Kranken, ob sie das Gefühl haben, es gebe einen Aufschwung für sie.

(Dr. Sascha Raabe, SPD: 1 Million weniger Arbeitslose!)

Ich lese jeden Tag in der Zeitung, dass die Steuern sprudeln. Aber gab es auch nur einen Satz von Ihnen dazu, dass es dann endlich auch den Rentnerinnen und Rentnern, den Kranken und Arbeitslosen besser gehen müsse? Nicht einen Satz!

(Beifall bei der Linken)

Herr Staffelt, ich hatte gehofft, Sie würden jetzt nichts sagen. Sie haben vorhin vom gesetzlichen Mindestlohn gesprochen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an zwei Punkte erinnern. Erstens. Sieben Jahre lang haben Sie die Regierung gestellt. Aber Sie sind nicht einen Tag auf die Idee gekommen, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, obwohl Sie dazu, wie gesagt, sieben Jahre lang Zeit hatten.

(Beifall bei der Linken)

Zweitens. Als wir im Wahlkampf für den gesetzlichen Mindestlohn gestritten haben, da wurde mir auch von der SPD immer erzählt, dies sei Unsinn. Heute tun Sie so, als wäre es Ihre Idee gewesen. Das ist nicht wahr. Aber Sie haben in Kürze die Möglichkeit, im Bundestag darüber abzustimmen. Warten wir einmal ab, was dann passiert.

(Beifall bei der Linken)

Es geht bei diesem G8-Gipfel leider um die Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher und politischer Interessen der Industriegesellschaften. Es ist deshalb legitim, dagegen zu demonstrieren. Dieses Grundrecht ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Claudia Roth, Augsburg, Bündnis 90/Die Grünen)

Was ich nicht verstehe und was mir wirklich Sorgen bereitet, ist die Art der Herangehensweise. Noch bevor ein Auto gebrannt hat – das Anzünden von Autos verurteilen wir genauso wie Sie alle hier –, waren es die Sicherheitsbehörden, die meinten, mit Razzien eine solche Stimmung erst einmal provozieren zu müssen.

(Beifall bei der Linken; Jörg van Essen, FDP: Autos brennen seit Monaten!)

Warum? Sie führen Razzien in der Hoffnung durch, eine Gegenbewegung zu kriminalisieren.

(Jörg van Essen, FDP: Die kriminalisiert sich doch selbst!)

Sie hoffen, dass viele so genannte anständige Leute nicht mehr zur Demonstration gehen. Aber diesmal passiert das Gegenteil. Sie haben durch diese Maßnahme viele aufgeweckt. Diese gehen jetzt zur Demonstration, obwohl sie das ursprünglich gar nicht vorhatten.

(Beifall bei der Linken)

Ihr Bundesinnenminister spricht in diesem Zusammenhang von Vorbeugehaft. Ich kenne das geltende Recht diesbezüglich, aber ich sage Ihnen: Ich halte das für rechtsstaatlich unververtretbar und auch für grundgesetzwidrig.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger, CDU/CSU)

Wissen Sie eigentlich was Vorbeugehaft bedeutet? Jemand wird in Haft genommen, obwohl ihm keine Straftat vorgeworfen werden kann. Sie nehmen ihm bis zu 14 Tagen die Freiheit für gar nichts, nur weil Sie sagen: Der könnte ja vielleicht einmal eine Straftat begehen. – Ich bitte Sie! Das ist überhaupt nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der Linken – Zuruf von der CDU/CSU)

Wenn Sie sich als Entschuldigung auf die DDR berufen, dann zeigt das, wie weit es mit Ihnen gekommen ist.

(Beifall bei der LINKEN; Präsident Dr. Norbert Lammert: Herr Kollege Gysi. Dr. Gregor Gysi, Die Linke: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.)

Ich habe es heute leider zeitlich nicht mehr geschafft das macht aber nichts, Ihnen vorzulesen, was in der „Berliner Zeitung“ vom 19. Mai unter der Überschrift „Wie ein Grundrecht verdampft“ geschrieben wurde. Ich empfehle Ihnen, einmal nachzulesen, was da ein Mann, der kein Linker ist, darüber schreibt, wie Sie mit den Grundrechten auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit hier umgehen. Das ist nicht hinnehmbar.

Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Gipfelproteste 007 – was bleibt? Gewonnene Zuversicht ist mehr als eine spontane Anwendung – darin liegt der Erfolg

Von Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS, die als deren G8-Beauftragte im Gegen-Bündnis wirkte; aus: „Neues Deutschland“, 12. Juni 2007

Was bleibt? Diese Frage erinnert zunächst nur formal an eine Erzählung von Christa Wolf. Kenner der Erzählung erinnern sich jedoch: Auf einer Lesung begegnet die Protagonistin einer neuen Generation von Schreibenden, die provozierende Fragen nach einer lebhaften Zukunft aufwirft – voller Mut, etwas zu verändern. Auch um Heiligendamm konnte man eine neue Generation erleben, die bestehende Zustände hinterfragt – und das, wo alle Welt vom politischen Desinteresse der Jugend spricht. Schon in dieser Politisierung junger Menschen liegt ein Erfolg der Gipfelproteste.

Gipfelproteste – unterm Strich ein Erfolg

Doch wie sind die Gipfelproteste ansonsten zu bewerten? Am Samstagabend schien es angesichts der Ausschreitungen, als sei all die Arbeit umsonst gewesen. Zu sehr dominierten die Bilder der Gewalt. Doch zum Glück waren diese Bilder nicht die einzigen, die von den Protesten aus um die Welt gingen. 80 000 kamen, um gegen die G8 zu demonstrieren. Die Demonstration bestach dabei durch eine Lebendigkeit, wie sie selten auf Demos in der BRD zu erleben



ist. Die Diskussionsrunden waren gut besucht. Mit friedlichem zivilem Ungehorsam und tausenden Beteiligten gelang das scheinbar Unmögliche – die Blockaden. Der Tagungsort war nur über Luft und Wasser zu erreichen. Die Berichte darüber waren die Top-Meldungen des Tages und haben somit dem G8-Gipfel die Show gestohlen.

Die globalisierungskritische Bewegung hat darüber hinaus Akteure bekannt gemacht. Selbst in Talkshows bleiben nun die G8-Befürworter nur noch selten unter sich. Dies hat ein gesellschaftliches Klima befördert, in dem Globalisierung in ihrer jetzigen Form für immer weniger Menschen als Naturereignis gilt. Die Gipfelproteste haben damit den Nährboden bereitet für Alternativen. Dies sind Erfolge, die über die Woche hinaus wirken.

Kritisch zu bilanzieren ist hingegen, dass strukturelle Alternativen zu den G8 kaum erörtert wurden. Sicherlich: Am Anfang steht die Kraft des gemeinsamen Nein zu dieser selbsternannten Weltregierung G8. Jedoch sollte nicht der Eindruck entstehen, es wäre besser, wenn die Nationalstaaten die Kooperation untereinander einstellen oder die USA als G1 agieren lassen. Das gemeinsame Nein gibt Kraft. Dies darf allerdings nicht zur Selbstgenügsamkeit führen. Wir sind als Partei aufgefordert, eine kohärente sozialistische Globalisierungskritik und strukturelle Alternativen zu erarbeiten.

Ein Schlüsselerlebnis für alle Beteiligten

Für die vielen Menschen, die wie ich an den Gipfelprotesten teilnahmen, brachten die Proteste einen ganz besonderen Ertrag: die Schlüsselerfahrung, gemeinsam und solidarisch zu handeln. So konnte wer wollte auf den Camps und bei der Volksküche Selbstorganisation jenseits der kapitalistischen Profitlogik live erleben und praktizieren. Auch die Blockaden haben mit ihrer Struktur der demokratischen Willensbildung Horizonte erweitert. Bezugsgruppen wählten Delegierte und diese erörterten in Delegiertenversammlungen das weitere Vorgehen. Demokratische Verfahren sind ergo auch in komplizierten Situationen praktikierbar. Die Handlungsfähigkeit von heterogenen Truppen ist auch ohne autoritäres Ansagerum zu organisieren. Dies war ein Erfolg der selbstorganisierten Vielfalt gegenüber uniformierten Befehlsketten.

Auch viele, die nicht in die Gipfelproteste involviert waren, zeigten sich begeistert von deren Erfolg. Dies zeigt, dass friedlicher ziviler Ungehorsam zum Repertoire einer kritischen Linken gehört. Offensichtlich entfalten solche kollektiven Grenzüberschreitungen eine Wirkung, die mit gewohnten Sichten auf die Welt bricht.

Die Linke und die Bewegung

Die Gipfelproteste waren auch für Die Linke ein Erfolg. Mit rund 10 000 Menschen haben wir sichtbar an der Demonstration teilgenommen. Der Studierendenverband Die Linke. SDS sowie die Linksjugend solid waren integraler Bestandteil des Camps. Mit dem Fraktionszelt in Bad Doberan gelang es uns, die Kritik am globalen Kapitalismus zu der ansässigen Bevölkerung und in die Klassenzimmer zu tragen. Auf der Abschlusskundgebung waren wir die einzige Partei, die eine Rednerin stellte. Dies und die herzliche Anmoderation stellt einen Quantensprung in der Zusammenarbeit mit Bewegungen dar. Wir waren 24 Stunden am Tag dabei und sind wir nicht nur zu den Presseterminen erschienen. Kurzum: Die Linke war organischer Bestandteil der Gipfelproteste und hat zu deren Gelingen beigetragen. Die Protestbewegung wurde –

abgesehen von den Ausschreitungen am Samstag – als gesellschaftliche Kraft mit Zukunftsfähigkeit und jungem Gesicht wahrgenommen. Solche Proteste wirken als Hebel zur Veränderung gesellschaftlicher Stimmungen.

Je überzeugender die Protestbewegung, umso besser kann Die Linke im parteipolitischen Raum Veränderungen bewirken. Die Stärkung dieser Bewegung liegt also im ureigensten Interesse unserer Partei. Bewegung und Partei fanden eine Form der Zusammenarbeit jenseits von devoter Unsichtbarkeit der Partei einerseits und jenseits einer Kolonisierung der Bewegung durch die Partei andererseits. Davon profitierten beide Seiten. Die Linke ermöglichte vieles mit ihrer Unterstützung. Andererseits beförderten die Gipfelproteste, zum Beispiel die Blockaden als Formen des zivilen Ungehorsams, auch einen Lernprozess innerhalb der Linken. Diese Zusammenarbeit gilt es fortzusetzen, um Spielräume für linke Politik auszuweiten.

Jean Ziegler beendete seine Rede auf dem Alternativgipfel mit einem Pablo-Neruda-Zitat: „Sie, unsere Feinde, können alle Blumen abschneiden. Aber sie haben keine Herrschaft über den Frühling.“ Die Kraft des Frühlings ist mit uns. Diese Worte drücken Zuversicht aus. In die Herzen und Köpfe der Beteiligten ist eben jene Zuversicht eingezogen. Sie ist mehr als eine spontane Anwendung. Diese Zuversicht wirkt nach, weil sie empirisch unterfüttert ist. Genau darin liegt der große Erfolg der Gipfelproteste.

Deutsche und russische Abgeordnete lehnen das US-Raketensystem ab

Gemeinsame Erklärung von Abgeordneten der Fraktionen Der LINKEN und der KPRF; Berlin/Moskau, den 3. Juli 2007

Die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien spaltet Europa und kann ein neues Wettrüsten auslösen. Die Argumente der USA überzeugen nicht. Die Befürchtung, dass sich dieses System gegen Russland richtet, ist nicht von der Hand zu weisen.

Weder die Europäische Union noch Russland sind in die Verhandlungen einbezogen worden. Die USA und die NATO halten an ihrer gescheiterten Politik fest, die Völker der Welt militärisch unter Druck setzen.

Wir Abgeordnete der Duma und des Deutschen Bundestages wenden uns gegen die Stationierung von Raketensystemen in Polen und Tschechien. Wir sind solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürger dieser Länder, die solche Systeme in ihren Ländern nicht wollen. Sicherheit in Europa kann nur durch Zusammenarbeit, nicht durch Konfrontation erreicht werden. Das gilt besonders für Deutschland und Russland. Wir appellieren an die Parlamente unserer Länder, die US-Pläne abzulehnen. Unsere Alternative zu den US-Plänen sind Abrüstung und Rüstungskontrolle.

→ **Shores Alferow**, Abgeordneter der Staatsduma, Nobelpreisträger

→ **Gennadi Sjuganow**, Vorsitzender der Fraktion der KPRF in der Staatsduma



- **Juli Kwizinski**, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses
- **Valentin Kupzow**, Stellvertreter des Präsidenten der Staatsduma
- **Iwan Melnikow**, Abgeordneter der Staatsduma
- **Swetlana Sawizkaja**, Stellvertreterin des Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung, Kosmonautin
- **Dr. Gregor Gysi**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
- **Wolfgang Gehrcke**, Obmann im Auswärtigen Ausschuss
- **Monika Knoche**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- **Prof. Dr. Norman Paech**, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- **Paul Schäfer**, Obmann im Verteidigungsausschuss

Partei der Europäischen Linken

Nein zu einem minimalen Europa! Ja zu einem sozialen Europa!

Beschluss des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken, Porto, 8. Juli 2007

Die Vereinbarung des Mandats für eine weitere Regierungskonferenz, die einen neuen EU-Vertrag ausarbeiten soll, wie es die Staats- und Regierungschefs auf dem jüngsten EU-Gipfel beschlossen haben, ist ein klares Zeichen dafür, dass das offizielle Europa der Verbesserung des Lebens seiner Bürger auch gegenwärtig keinen höheren Wert beimisst.

Die Regierungen haben entschieden, durch Ergänzung der früheren EU-Verträge den Hauptteil des Verfassungsvertrages, den das französische und das niederländische Volk abgelehnt haben, in den neuen Vertrag zu übernehmen. Die Partei der Europäischen Linken kritisiert diesen Beschluss aus zwei Gründen – der Methode und des Inhalts.

Für jeden ist ersichtlich, dass der wesentliche Inhalt unverändert bleiben soll. Das bedeutet, dass der Rat den sozialen und demokratischen Gründen für das Nein bei den Referenda in Frankreich und den Niederlanden keine Beachtung schenkt. Dem Rat ging es vor allem darum, den abgelehnten Vertrag zu retten und eine Mitsprache der Bürger zu vermeiden. Diese Entscheidung kann die wachsende Legitimationskrise der europäischen Institutionen nur weiter vertiefen. Was die Öffentlichkeit betrifft, so ist die Botschaft des Rates klar: Es hat keinen Sinn, unsere Vorschläge abzulehnen, wir werden sie trotzdem durchsetzen.

Die Partei der Europäischen Linken fordert ein Referendum in allen EU-Ländern als notwendige Voraussetzung für einen fairen und demokratischen Ratifizierungsprozess.

Der Rat hat sich gegenüber den Gründen für das französische und das niederländische Nein taub gezeigt. Er hat vor allem den Stimmen Gehör geschenkt, die ein minimales

Europa wollen, wo allein der Wille der Regierungen gilt.

Um seine Hauptziele zu erreichen – dass die neoliberale Agenda unangetastet bleibt, die EU weiterhin von einem Direktorium regiert wird und die Bürger nicht gefragt werden – hat der Rat die Idee einer Verfassung für Europa aufgegeben und zugleich den Weg zur Beteiligung der Bürger blockiert. Die EL besteht darauf, dass eine Politik des freien Marktes nicht vor Demokratie und Teilhabe der Bürger rangieren darf.

Die führenden Politiker Europas haben stets Wert darauf gelegt, die wichtigsten Gesetze und Prinzipien der Union in einem Dokument zusammenzufassen. Der Versuch, das Recht der Union in eine „Verfassung“ zu gießen, war allerdings die schlechteste Lösung. Jetzt haben sie ihr eigenes Vorhaben aufgegeben und schlagen statt dessen einen neuen Grundlagenvertrag vor, der die früheren EU-Verträge ergänzen und mit den nötigen Anlagen und Protokollen versehen soll. Das EU-Recht wird damit nur noch konfuser und undurchschaubarer werden.

In der so genannten Reflexionsperiode haben die EU-Führungsgremien davon gesprochen, dass ein „soziales Signal“ an die Europäer ausgesandt werden soll. Aber die beiden vom Rat kürzlich ausgesandten „Signale“ sind nichts als ein Schwindel. Zwar taucht der freie Wettbewerb jetzt nicht mehr unter den Zielen der EU auf. Aber mit einem Zusatzprotokoll soll garantiert werden, dass er das Hauptinstrument der wirtschaftlichen Integration bleibt. Der Europäische Gerichtshof wird dafür mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet.

Das zweite Signal betrifft die Grundrechtecharta. Der Rat hat für das Mandat der Regierungskonferenz akzeptiert, dass selbst diese minimalistische Version der Grundrechte in der EU nicht mehr allgemeingültig sein soll. Zudem „erweitert die Charta den Anwendungsbereich des EU-Rechts nicht über die Vollmachten der EU hinaus und gründet, beziehungsweise modifiziert auch keine anderen Vollmachten und Aufgaben für die EU, die nicht in den Verträgen vorgesehen sind“. Mit anderen Worten, die EU soll nicht verpflichtet werden, etwas Neues zu unternehmen, um diese Rechte durchzusetzen. Was die Klimaveränderungen und die Umweltpolitik betrifft, so sind die Beschlüsse des Rates zu begrenzt, um den großen derzeitigen Problemen gerecht zu werden.

Die führenden Repräsentanten Europas behaupten, die Vereinbarung gewährleiste eine wirksame Außen- und Sicherheitspolitik. Das ist von der Wahrheit weit entfernt. Die Regierungskonferenz kann über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU auch weiterhin nur mit Einstimmigkeit der Regierungen entscheiden. Das Europäische Parlament hat kein Recht auf Mitentscheidung. Die Europäische Linke kritisiert außerdem, dass die neue juristische Person für die EU keinerlei Konsequenzen im Hinblick auf ihre Mitgliedschaft in internationalen Institutionen, insbesondere in der UNO, haben wird. Wir wenden uns auch strikt gegen die Militär- und Verteidigungsstrategie, insbesondere gegen die Unterordnung der EU-Verteidigungspolitik unter die NATO.

Die Europäische Linke ruft alle ihre Mitgliedsparteien, Mitglieder und Aktivisten der sozialen Bewegungen auf, sich zu mobilisieren, um das Recht der Völker auf Entscheidung über die Zukunft der Europäischen Union durchzusetzen. Daher beschließt die Europäische Linke, eine groß angelegte Informationskampagne über den Inhalt der Beschlüsse des Europäischen Rates vom Juli zu starten.



Die EL beschließt, in mehreren Ländern Veranstaltungen und Debatten durchzuführen, um ihre Vorschläge für eine alternative Politik in der EU zu verbreiten.

Die EL ruft alle Mitgliedsparteien auf, die Durchführung einer gemeinsamen Kampagne, unterstützt von Petitionen für Referenda, in ganz Europa ins Auge zu fassen.

Schließlich kündigt die Europäische Linke eine öffentliche Veranstaltung während des Gipfels in Lissabon im Oktober an, der die Regierungskonferenz beenden und den neuen EU-Vertrag beschließen soll.

2. Konferenz des Netzwerks der Gewerkschaften in der Europäischen Linken

GewerkschafterInnen aus 12. Ländern Europas trafen sich zu einer Konferenz vom 4.-6. Mai 2007 in Athen um neue Wege der Zusammenarbeit zur Verteidigung von ArbeitnehmerInnenrechten und Arbeitsplatzsicherheit über den Kontinent hinweg zu diskutieren.

Alle RednerInnen berichteten über die neoliberale Offensive, die durch die Bolkestein-Direktive und das Grünbuch zum EU-Arbeitsrecht in allen Ländern entfesselt wurde (*einzelne Redebeiträge unter www.european-left.org/positions/workgroups/trade*).

RepräsentantInnen des Europäischen Parlaments und griechischer Gewerkschaften riefen gemeinsam zu grenzüberschreitender Solidarität auf um den ArbeitnehmerInnen einen Schutz im Hinblick auf diese Agenda zu gewährleisten.

Die Partei der Europäischen Linken und Synaspismos erklärten einstimmig, dass sie jegliche notwendige Unterstützung seitens Ihrer eigenen Organisationsstrukturen und seitens der GUE-NGL-Fraktion im Europäischen Parlament zur Verfügung stellen.

Um Solidarität zu fördern und ArbeitnehmerInnenrechte zu schützen nahmen die GewerkschafterInnen ein Programm an, das folgende Punkte beinhaltet:

- Einen anständigen Mindestlohn für alle, der die Lebensunterhaltskosten ausreichend deckt,
- Präsentierung unserer Analysen und Aktionen mit alternativen Vorschlägen bei allen internationalen Gewerkschaftsorganen, an denen wir teilnehmen, dem Europäischen Sozialforum sowie den Treffen und Kongressen der Europäischen Linken.
- Nein zum Grünbuch! Für eine verstärkte Zusammenarbeit um unsere alternativen Vorschläge weiterzuentwickeln.
- Kampf gegen jegliche Form von prekärer Beschäftigung im Arbeitsleben, die eine erhebliche Belastung darstellt, besonders für Frauen, Jugendliche, ImmigrantInnen und sozial Ausgegrenzte.
- Verbesserte Qualitätsstandards bei Gesundheit und Arbeitssicherheit um Todesfälle bei Arbeitsunfällen zu verhindern.
- Unsere kontinuierliche Ablehnung der Bolkestein-Direktive, der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, der Privatisierung von sensiblen sozialen und öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Transport) und der Aushöhlung von ArbeitnehmerInnenrechten im privaten und öffentlichen Sektor.

→ Unsere alternativen Vorschläge für die Rückführung von privatisierten öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, Bildung eines alternativen Modells des Öffentlichen Sektors, das auf den Bedürfnissen der Menschen und nicht auf den gigantischen Profiten von privaten Interessen basiert.

→ Unsere Kooperation mit linken progressiven Gewerkschaften und Bewegungen in Lateinamerika.

Auf der Konferenz wurde dieses Programm von den TeilnehmerInnen einstimmig angenommen. Darüber hinaus stimmten die GewerkschafterInnen darin überein, die im Programm genannten Punkte in ihren Ländern weiterzuentwickeln. Die 3. Konferenz des Netzwerkes wurde für den 1.-3. Februar 2008 nach Wien einberufen.

Für eine Re-Regulierung im Verkehrssektor Europas

Resolution des 2. Europäischen Netzwerktreffens linker GewerkschafterInnen in und bei der Partei der Europäischen Linken vom 4.-6. Mai in Athen; eingebracht durch: Bernt Kamin-Seggewies, DKP (Deutschland), Costas Isychos, Synaspismos (Griechenland), Gerald Kemski, Linkspartei.PDS (Deutschland), Hartmut Obens, Linkspartei.PDS (Deutschland), Erik Bach, Sozialistische Volkspartei (Dänemark), Heino Rützel, Linkspartei (Estland); einstimmig beschlossen

Personen- wie auch Warentransport sind elementare Bestandteile der Daseinsvorsorge und der Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Nationalstaaten. Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist Bedingung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Wenn Entscheidungen darüber nicht mehr politisch gefällt werden, sondern nur noch danach, wer das billigste Angebot abgibt, dann verabschiedet man sich von der Verantwortung für die Zukunft einer Gesellschaft.

Ungeachtet dessen betreiben der Ministerrat der EU, die EU-Kommission sowie die nationalen Regierungen im europäischen Verkehrswesen seit Jahren eine massive Deregulierungspolitik zu Lasten der Beschäftigten, der Umwelt und der Sicherheit.

Häufig gewinnt derjenige Anbieter eine Ausschreibung, der die geringsten Löhne zahlt, die schlechtesten Sicherheitsstandards aufweist und somit das billigste Angebot unterbreitet. Diese Ausschreibungspraxis ist politisch gewollt und wird fast überall durchgesetzt.

Oftmals wird diese Politik durch massive Privatisierungen einstmals öffentlicher Verkehrsunternehmen begleitet. Damit verlieren die Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten auf Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Interesse und verkommen zu Abhängigen von Großkonzernen, die die Standorte gegeneinander ausspielen.

Aber auch andere politische Maßnahmen der Deregulierung sind im Verkehrssektor zu verzeichnen. Nur einige wenige Beispiele:

Eisenbahn: Die Deregulierung und Privatisierung im Eisenbahnwesen hat in vielen Ländern Europas schlimme Folgen, die dieses Verkehrsmittel insgesamt in Frage stellen. Als Beispiel können die privatisierten und deregulierten Eisenbahnen Grossbritanniens gelten, deren Sicherheitsmängel zu ei-



ner Vielzahl von Unfällen mit Todesopfern geführt haben. Die Preise für die Verbraucher sind indes explodiert.

Das 3. Eisenbahn-Paket des EU-Parlaments verlangt eine Liberalisierung des Eisenbahnwesens und wird diese gefährliche Situation verschärfen. Es wird die Entwicklung zu einem hochwertigen Personentransport auf der Schiene als grüne Alternative zum umweltgefährdenden Flugverkehr verhindern.

Luftverkehr: Hier ist die EU-weite Ausschreibungspflicht für die Bodendienstleistungen an den Flughäfen der Einstieg in das Absenken von sozialen und Sicherheitsstandards.

Öffentlicher Personennahverkehr: Die geltende EU-Verordnung 1182 und die in Arbeit befindliche Verordnung machen die europaweite Ausschreibung zur Pflicht und bevorzugen die Anbieter mit den schlechtesten sozialen, ökologischen und Sicherheitsstandards – nicht nur zu Lasten der Verkehrsbeschäftigten sondern auch der BenutzerInnen.

Seehäfen: Hier waren es die Port Packages I & II, die eine Deregulierung von Hafenumschlag und weiteren Hafendienstleistungen vorsahen.

Seeschifffahrt: Hier ist es neben der ohnehin seit Jahrzehnten betriebenen Ausflagung von Schiffen in so genannte Billigflaggenstaaten durch europäische Reeder die Schaffung von Zweitregistern durch mehrere EU-Staaten, die zu einem Absenken von sozialen und Sicherheitsstandards führen. Das Netzwerk linker GewerkschafterInnen in und bei der Partei der Europäischen Linken ist ganz entschieden für eine Umkehr dieses Prozesses.

Wir sind für eine Rückführung privatisierter Verkehrsunternehmen in nationales oder kommunales öffentliches Eigentum. Weitere Privatisierungen von Öffentlichen Verkehrsunternehmen oder Umschlagsbetrieben (Seehäfen und Binnenhäfen) lehnen wir ab.

Hinsichtlich der sozialen Standards fordern wir: Es sind mindestens die jeweils in dem Leistungsland gültigen Tarifverträge bzw. Mindestlöhne zu zahlen. Das gilt auch für die übrigen sozialen Standards wie Arbeitszeit, Urlaub usw. Die jeweils im Leistungsland geltenden ökologischen und Sicherheitsstandards dürfen nicht unterschritten werden. Um der Lohnentwicklung nach unten entgegenzuwirken sind wir für einen europäischen Mindestlohn.

Der Verkehrssektor ist aber nicht nur ein Sektor der Deregulierung, sondern auch ein Sektor der Klassenkämpfe bis hin zur gemeinsamen Gegenwehr in Europa. Das hervorragende Beispiel der europäischen Hafentarbeiter in der erfolgreichen Abwehr des Port Packages I & II ist für uns eine Ermütigung. Aber auch weitere grenzüberschreitende Aktionen, wie der gemeinsame Kampf gegen Lenkzeitüberschreitungen im Straßenverkehr geben uns Mut die gemeinsame europäische Aktion der abhängig Beschäftigten im Verkehrswesen Europas voranzubringen.

Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Von Sabine Wils, Personalratsvorsitzende aus Hamburg, Teilnehmerin am 2. Europäischen Netzwerktreffen linker Gewerkschafter bei der Partei der Europäischen Linken vom 4.-6. Mai in Athen

Mit der neoliberalen Wettbewerbspolitik der Europäischen Union werden optimale Verwertungsbedingungen für das globalisierte Finanzkapital geschaffen. Liberalisierung, Deregulierung und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen öffnen neue Märkte zur profitablen Verwertung des überschüssigen Kapitals. Von Deregulierung und Privatisierung betroffen sind alle Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen als am Gemeinwohl orientierte Leistungen wie die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Energieversorgung, Verkehrsdienste, Telekommunikation, Post, Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung etc.

Mit der Politik der Deregulierung und Privatisierung werden die öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger abgebaut und die Qualitätsstandards gesenkt. Die flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern ist zunehmend gefährdet. Zusätzlich steigen die Preise. Die Folge ist, dass zum Leben notwendigen Dienstleistungen nicht mehr von allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden können.

Werden öffentliche Dienstleistungen privatisiert, werden Arbeitsplätze abgebaut und die Tarife für die Beschäftigten abgesenkt. Derzeit kämpfen in Deutschland die Beschäftigten der Telekom gegen die Ausgliederung von 55 000 Beschäftigten aus ihren Muttergesellschaften und gegen die damit verbundene Einkommensenkung um die Hälfte.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist ein weiterer Schritt in Richtung Liberalisierung des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen. Mitverursacher dieser Politik sind expansionsbereite Wirtschaftsunternehmen und Investmentgesellschaften sowie deren Lobbyisten. Nach Angaben der Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) sind 75 Prozent der Arbeitsplätze der EU im Dienstleistungssektor angesiedelt, der 66 Prozent des BIP ausmacht. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde am 27. Dezember 2006 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und bedarf der Umsetzung in jeweiliges nationales Recht durch die einzelnen Mitgliedstaaten. Diese haben bis zum 28. Dezember 2009 hierfür Zeit.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie regelt die „Freizügigkeit der Dienstleistungen“, das heißt, dass die Mitgliedstaaten den freien Zugang und die freie Ausübung von Dienstleistungstätigkeit auf ihrem Territorium sicherstellen müssen. Dabei müssen inländische Vorschriften und Standards von Dienstleistern aus dem EU-Ausland nur dann beachtet werden, sofern diese diskriminierungsfrei, erforderlich und verhältnismäßig sind. Diese Gesetze und Vorschriften gelten nur dann als erforderlich, wenn es die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit, den Umweltschutz und die Volksgesundheit betrifft.

Welche nationalen Gesetze im Rahmen der Ziele zur Freizügigkeit der Dienstleistungen verhältnismäßig sind, bleibt vage und unbestimmt. Somit wird es dem Europäischen Gerichtshof überlassen, darüber zu entscheiden, welche Gesetze der Mitgliedsstaaten zulässig sind, und welche nicht. Außerdem dürfen die einzelnen Mitgliedstaaten die Unter-



nehmen, die auf ihrem Territorium tätig sein wollen, nicht mehr dazu verpflichtet, eine Niederlassung zu gründen. Das schränkt die Kontrollmöglichkeiten des Arbeitslandes zur Durchsetzung seiner Mindeststandards bei Lohn, Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitsschutz nach der Entsenderichtlinie sehr ein. In ihrer Wirkung entsprechen die Regelungen zur Freizügigkeit der Dienstleistungen wiederum weitestgehend dem ursprünglichen Herkunftslandprinzip.

Folgende Handlungsoptionen und Forderungen für ein soziales Europa sind eine Alternative zur neoliberalen Politik: Gemeinwohlorientierte öffentliche Dienstleistungen beziehungsweise öffentliche Güter sind als eigenständiger Bereich im Europäischen Recht zu verankern und von den Regeln des Binnenmarktes auszunehmen. Hierzu muss es eine klare Rahmenrichtlinie der EU geben. Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht unter das Wettbewerbsrecht fallen. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) sind insgesamt als gemeinwohlorientiert zu betrachten und von der EU-Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen.

Gemeinwohlorientierte öffentliche Dienstleistungen müssen allen Menschen in Europa zur Verfügung stehen, nicht nur denjenigen, die sich diese Leistungen als Ware kaufen können. Eine EU-Rahmenrichtlinie für die öffentlichen Dienstleistungen muss die Erfüllung ihrer gesellschaftspolitischen Aufgaben und ihre Funktionsfähigkeit zum Ziel haben.

Ziel ist die Harmonisierung auf hohem Niveau. Dabei sind gemeinsame Mindeststandards aller Mitgliedsländer zu regeln und gleichzeitig die Absenkung bestehender höherer Standards in einzelnen Mitgliedsländern zu verbieten. Unterstützung der Petition „Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle“ des Europäischen Gewerkschaftsbundes an die Europäische Kommission.

Sicherung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Mitgliedstaaten durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften, durch allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge oder Schiedssprüche nach der Entsenderichtlinie für alle Branchen.

Durchsetzung eines europäischen Mindestlohnes von mindestens 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes. Die Mitglieder der Mitgliedsparteien der Europäischen Linken und der Parteien mit Beobachterstatus engagieren sich in ihren Gewerkschaften für die Wahrnehmung ihres politischen Mandats und die Verstärkung der betrieblichen, tariflichen und sozialen Kämpfe.

Aufbau einer europäischen Kampagne gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, für die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche und die Forcierung der Gegenwehr vor Ort. Im Bündnis von Beschäftigten, Bürgerinnen und Bürgern muss klar werden, dass Markt, Wettbewerb und Profitlogik bei den öffentlichen Dienstleistungen keine Rolle spielen dürfen.

Intelligente Aktionen gegen Privatisierung mit nationaler und internationaler Vernetzung. Der neoliberalen Politik der Vorherrschaft des Marktes, dem grenzenlosen Wettbewerb und der Profitlogik in der Europäischen Union müssen wir soziale Alternativen entgegensetzen. „Bolkestein“ ist für uns noch nicht erledigt!

Wir dürfen nicht nur das verteidigen, was von den öffentlichen Dienstleistungen übrig geblieben ist, sondern müssen einen neuen öffentlichen Sektor etablieren, der sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert.

Aus der internationalen Linken

Mit Stolz und Ungeduld

Auf dem 17. Parteitag der Sozialistischen Linkspartei (Norwegen), Oslo, 22. – 25. März 2007

Von Helmut Ettinger, AG Friedens- und Internationale Politik

Die Sozialistische Linkspartei (SV) ist eine junge rot-grüne Partei, die 1975 aus einem linken Wahlbündnis gegen Atomwaffen, gegen die NATO und gegen den Beitritt Norwegens zur EU heraus gegründet wurde. Bestandteile waren die Sozialistische Volkspartei, eine linke Abspaltung von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (AP) aus den 60er Jahren, Teile der KP und weitere linke Sozialdemokraten. Rot bedeutet für sie eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede und mit sozialer Gerechtigkeit, grün eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft im Interesse der künftigen Generationen. Die SV hat heute ca. 10 000 Mitglieder bei einer Einwohnerzahl Norwegens von 4,5 Millionen. Ihr höchstes Wahlergebnis waren 12,5 Prozent der Stimmen im Jahre 2001. In die Wahl von September 2005 ging sie gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Zentrumspartei (Bauernpartei) mit der klaren Orientierung auf eine Koalition, um die Regierung aus Konservativen und Rechtsradikalen („Fortschrittspartei“) abzulösen. Mit einer knappen Mehrheit (87:82 Sitze) wurde diese Koalition ins Amt gewählt. Das Wahlergebnis bedeutete allerdings einen herben Verlust für die SV (8,7%) und einen Zuwachs für die AP (32,7%).

Parteitage der SV finden alle zwei Jahre statt. Der 17. sollte vor allem eine Bilanz nach eineinhalb Jahren Regierungstätigkeit ziehen. Zugleich diente er der Vorbereitung auf die nächsten Kommunalwahlen im Herbst dieses Jahres, die ersten Wahlen seit Eintritt der SV in die Regierung, von denen eine Signalwirkung erwartet wird. Ein weiterer Schwerpunkt war die Eröffnung einer neuen Programmdebatte in der Partei.

Die 250 Delegierten berieten und wohnten dreieinhalb Tage lang in einem Hotel mit Kongressräumen bei Gardermoen in der Nähe des Osloer Flughafens, wo sämtliche Aktivitäten stattfanden. Der Parteitag nahm – zumeist mit großer Mehrheit – 15 Resolutionen an. Themen waren Afghanistan, Palästina, die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Eigentumsfrage beim norwegischen staatlichen Erdölkonzern Statoil, Fischerei, Hochgeschwindigkeitszüge, Renten, Kindergärten, Krankenhäuser, Jugendfragen, Umweltschutz, Biodiversität, Migrationspolitik, die Kriminalisierung sexueller Dienstleistungen und das Verhältnis zur Staatskirche. Da Entwürfe zu noch wesentlich mehr Themen vorlagen, wurde ein K.O.-System zur Reduzierung der Zahl angewandt. Dabei hatten die Delegierten über die Behandlung eines von jeweils zwei Themen zu entscheiden, die so unterschiedlich waren wie die Zukunft veralteter U-Boote der norwegischen Marine und die Verwendung der Gelder des staatlichen Rentenfonds.

Der Parteitag lief in einer ruhigen, konzentrierten Arbeitsatmosphäre ab. Die Debatten, obwohl in manchen Fragen kontrovers, wurden kulturvoll und ohne persönliche Angriffe



geführt. Zur Auflockerung trug bei, dass jeder Tagungsabschnitt mit einem kurzen, häufig humoristischen Kulturbeitrag eingeleitet wurde. Chöre, Schultheatergruppen, Kabarettisten und Musiker, offenbar sämtlich Sympathisanten der Partei, taten dies mit viel Vergnügen und wurden von den Delegierten gefeiert. Der Samstagabend vereinte alle in- und ausländischen Teilnehmer bei einem festlichen Dinner, wo vor allem prominente Persönlichkeiten der SV mit politisch-humoristischen Einlagen für Stimmung sorgten.

Wie andere skandinavische Linksparteien pflegt auch die SV eine selektive Einladung ausländischer Partner zu ihren Parteitag. Auf Anfrage wurden als Kriterien genannt: eng befreundete Parteien – die skandinavischen Partner Linkspartei (Schweden), Linksbund (Finnland) und Sozialistische Volkspartei (Dänemark); Parteien, die in ihren Ländern Gewicht haben und deren Erfahrungen die SV interessieren – SP (Niederlande), AKEL (Zypern), PRC (Italien), Linkspartei. PDS und KP Nepals; Partner, die der Solidarität bedürfen – MAS (Bolivien), PLO, Polisario und die Kurden; dazu die Nordische Grün-Linke Allianz (der Zusammenschluss der nordischen Linksparteien) und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, wo die SV assoziiert ist. Die schwedische, dänische und niederländische Partei wurden von ihren Vorsitzenden vertreten. Für die Linkspartei.PDS nahmen Helmut Scholz und ich teil. Der Vorsitzende der jüngst so erfolgreichen niederländischen Sozialisten, Jan Marijnissen, wurde aufgefordert, zum Auftakt der Programmdebatte der SV ein Referat (45 Minuten) über seine Sozialismusvorstellungen zu halten. Um die Erfahrungen der anwesenden Parteien zu erschließen, führten prominente Fachpolitiker der SV mit den ausländischen Gästen zwei mehrstündige Seminare zur Kommunal- und zur Umweltpolitik durch. Ich stellte im ersten das Beispiel eines Bürgerhaushalts in Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen und im zweiten die Umweltbilanz der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern vor.

Zu einzelnen Fragen:

Zur Regierungsbeteiligung

Dies ist für SV die erste Beteiligung an einer nationalen Regierung in ihrer Geschichte. Für die AP ist es zugleich die erste Erfahrung in einer Koalitionsregierung. Günstig wirkte sich aus, dass diese Koalition von breiten gesellschaftlichen Kräften – Gewerkschaften, den meisten NGO, darunter attac Norwegen, gewollt und unterstützt wurde. Ungünstig war die Tatsache, dass die SV mit einem schwächeren Wahlergebnis als 2001 in die Regierung ging. Als Hauptgründe gibt sie an, dass die AP sich im Wahlkampf wesentlich linker gebärdete als in ihrer vorgehenden Politik (Schröder-Effekt) und dass die Medien vor allem die SV angriffen, die sie als die „rote Gefahr“ an die Wand malten. Dazu kamen eigene Fehler im Wahlkampf. Trotz dieses Wahlergebnisses und des großen Abstandes zur AP waren und sind die beiden kleineren Koalitionspartner (Zentrumspartei – 6,5%) erfolgreich bemüht, mit der AP auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Die SV stellt mit ihrer Vorsitzenden, der charismatischen Kristin Halvorsen, die stellvertretende Ministerpräsidentin und Finanzministerin. Außerdem ist die Partei durch die Minister für Entwicklungszusammenarbeit (zugleich zweiter Außenminister), Umwelt, Bildung und Erneuerung (Wirtschaft) in der Regierung vertreten – sämtlich wichtige Gebiete ihrer Politik, wie auf dem Parteitag konstatiert wurde.

In ihrem Referat auf dem Parteitag fasste Kristin Halvorsen die Sicht der Minister auf das bisher Geleistete mit den Begriffen „Stolz und Ungeduld“ zusammen. Als Ergebnisse, die vor allem der SV zu verdanken sind, führte sie an:

- Außenpolitik: Norwegen erkannte als erstes die neue palästinensische Einheitsregierung an. Offizielle Vertreter des Außenministeriums sprachen auch mit Hamas-Ministern. Die materielle Hilfe wurde wieder aufgenommen. Norwegen hofft, dass andere Staaten und die EU seinem Beispiel folgen.
- Die Auseinandersetzungen um die Forderung der NATO, weitere norwegische Truppen nach Afghanistan zu entsenden, wurden im Vorfeld des Parteitages geklärt. Inoffiziell wurde argumentiert, Norwegen habe auf Druck der SV seine Truppen aus dem Irak zurückgezogen und keine Soldaten nach Südafghanistan entsandt. 2006 habe es zweimal die von der NATO geforderte Aufstockung abgelehnt. Ein drittes Mal sei das nicht möglich gewesen. Schließlich habe man eine Spezialtruppe von 115 Mann ausschließlich zum Schutz des Flugplatzes der Hauptstadt Kabul entsandt. Diese dürfe nur in akuten Notsituationen zu Rettungsmaßnahmen im Süden eingesetzt werden. Die norwegische Regierung werde in der NATO verstärkte Bemühungen um eine politische Lösung und eine Aufstockung der materiellen Aufbauhilfe fordern. Das Problem spielte in den Diskussionen auf dem Parteitag keine große Rolle.
- Wirtschaftspolitik: Eine Reihe von geplanten Privatisierungen staatlicher Unternehmen konnte gestoppt, einige rückgängig gemacht werden. Die SV setzte eine Senkung der Manager-Gehälter in Staatsbetrieben durch. Ein Verhaltenskodex für diese Unternehmen in Fragen von Löhnen, Umwelt- und sozialen Fragen wurde beschlossen.
- Umwelt: Die Regierung setzt wesentlich mehr Geld für den Umweltschutz ein. Die Erkundung und der Abbau von Öl und Gas in den gefährdeten Polargebieten wurden eingeschränkt, Laichgebiete von Fischen geschützt, Fischequoten gesenkt, die Bedingungen für bestandschonende Küstenfischerei mit kleinen Schiffen verbessert. Das Eisenbahnnetz wird stark ausgebaut, womit die Regierung den Forderungen der Bevölkerung entlegener Gegenden entspricht.
- Bildung: Eine Kindergarten-Reform wurde durchgeführt, die in einigen Jahren jedem Kind einen kostenlosen Platz sichern wird. Als nächster Schritt wird eine Grundschulreform in Angriff genommen, die mehr Unterrichtsstunden für die unteren Klassen, mehr Ganztagschulen und Nachmittagsaktivitäten vorsieht. Die weitere Ausbreitung von Privatschulen wird durch wesentlich strengere Auflagen eingeschränkt. Die SV will verhindern, dass sich ein Zwei-Klassen-Bildungssystem entwickelt und dass Bildung zur Profitmacherei missbraucht wird.

Diese Bilanz und die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung ist in der Partei nicht unumstritten. Sie wird aber von der großen Mehrheit befürwortet. Einige Wenige kritisierten vor allem das Ausmaß der Zugeständnisse an die AP in einzelnen Fragen. Gefordert wurde mehr Aufrichtigkeit. Zugeständnisse sollten als solche benannt und nicht als Erfolge verkauft werden. Der Widerstand in der SV und in der Gesellschaft gegen bestimmte Züge der Politik der AP sei von den linken Ministern stärker als Druckmittel gegen die AP einzusetzen. Von den Gewerkschaften und NGO (attac) wur-



de in Grußansprachen auf dem Parteitag vorwiegend Unterstützung geäußert. Sie sind sichtlich froh, dass die SV in der Regierung ist. Ein gravierender Unterschied zu den Regierungsbeteiligungen der Linkspartei.PDS in Deutschland ist darin zu sehen, dass die norwegische Regierung nicht an mangelnden Finanzen leidet. Ihr Problem besteht darin, nicht zu umfangreiche, im staatlichen Gas- und Ölsektor erwirtschaftete Mittel in den sozialen und andere Bereiche umzulenken, um die Wirtschaft nicht zu überhitzen und keine Inflation auszulösen. Daher werden die Überschüsse vor allem langfristig in staatlichen Rentenfonds angelegt. Dabei hat sich die Regierung vor allem der Angriffe der Rechtspopulisten zu erwehren, die auf demagogische Weise und unter ausländerfeindlichen Vorzeichen wesentlich höhere Sozialausgaben fordern.

Zur Programmdebatte

Angesichts der neuen Situation der Partei seit dem Eintritt in die Regierung und infolge der Veränderungen in der Welt sieht die SV die Notwendigkeit, anstelle des seit 1995 gültigen ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten. Diese „ideologische Debatte“, wie die SV sie nennt, soll bis 2008/2009 zu einem neuen Programm führen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Audun Lysbakken, der zu diesem Thema sprach, hob als einen Ausgangspunkt das vom finnischen Linksbund in den 90er Jahren entwickelte Konzept von einer Dritten Linken hervor, die für demokratische und soziale Menschenrechte gleichermaßen streiten müsse.

Die zu erörternden Themen formulierte er vor allem in Frageform, z. B.:

- Ist der Klimawandel technologisch oder nur durch eine Veränderung des Systems zu bewältigen?
 - Was ist eine sozialistische Wirtschaftspolitik der Zukunft?
 - Wie ist die Demokratie weiter zu vertiefen – durch mehr direkte Teilhabe oder durch größere Rechte für die gewählten Vertretungsorgane?
 - Wie sieht eine aktuelle Klassenanalyse der norwegischen Gesellschaft aus?
 - Welche Immigrationspolitik ist nötig, um die Entstehung einer neuen ethnischen Unterklasse zu verhindern?
 - Ist die Genderfrage ein spezielles Problem oder berührt sie alle Politikbereiche?
 - Wie wird die Welt nach dem Irak-Krieg aussehen? Welche Rolle soll Norwegen als kleines Land mit großen Ressourcen darin spielen?
 - Wie kann eine sozialistische Partei unter den heutigen Bedingungen die Gesellschaft grundlegend verändern?
- Der Redner betonte, die SV wolle diese Fragen nicht im engen Kreis sondern breit in der Gesellschaft diskutieren.

Zur Besetzung einer Führungsfunktion

Der Parteitag hatte eine/n stellvertretende/n Parteivorsitzende/n nachzuwählen. Ihre Kandidatur hatten angemeldet: die zum linken Flügel der Partei gerechnete Ingrid Fiskaa, eine Führungsfigur der norwegischen Friedensbewegung, und Bard Vegar Solhjell, zuvor mehrere Jahre Parteisekretär, jetzt Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten. Mit deutlichem Vorsprung wurde Solhjell gewählt, der eher als Realpolitiker gilt. Der andere Stellvertreter, Audun Lysbakken, ehemals Vorsitzender des Jugendverbandes Socialist Ungdom, wird links verortet. Die Medien stellten diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung vom Parteitag und

ergingen sich in Spekulationen über heftige Auseinandersetzungen unter Delegierten und Führungsmitgliedern. Auf dem Parteitag selbst war Derartiges nicht zu beobachten.

Die wiederholte Einladung der Linkspartei.PDS zu Parteitagen und die Behandlung auf diesem Parteitag lässt ein wachsendes Streben der SV nach Zusammenarbeit erkennen. Die inoffizielle Mitteilung, dass zum Vereinigungsparteitag im Juni in Berlin eine Einladung an die SV ergehen wird, wurde sehr interessiert aufgenommen. Ich habe Interesse an verstärktem Austausch und Zusammenarbeit im Laufe unserer programmatischen Debatte nach dem Zusammenschluss mit der WASG signalisiert.

In der Tat dürften die Regierungsarbeit der SV und ihr Umgang damit als Partei, das starke Engagement ihrer Mitglieder in den sozialen Bewegungen und die kommenden programmatischen Diskussionen von großem Interesse für die Linkspartei.PDS sein.

Auf dem Parteitag fiel auf, wie viel Wert auf die Atmosphäre, auf Lockerungsübungen durch Kultur bei angespannten Debatten, auf das Zusammensein der Delegierten und Gäste auch außerhalb der Tagung gelegt wurde. Bewusst wurde ein fast familiäres Klima gepflegt. Dazu gehört auch die Arbeit mit den Veteranen. Eine Reihe älterer GenossInnen, die in der Vergangenheit mit internationaler Arbeit befasst waren, wurden an den Abenden oder zu Mahlzeiten als Gesprächspartner eingeladen, was sie offensichtlich genossen. Zugleich waren sie, die nicht die Hektik des Parteitages umtrieb, geduldige Gesprächspartner, die Fragen zu ihrer Partei, ihrer Geschichte und Gegenwart kompetent beantworteten konnten.

Bei der Rot-Grünen Einheitsliste Dänemarks

*Von Wenke Brüdgam-Pick,
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern*

Vom 4. bis 6. Mai 2007 fand der Jahresparteitag der RGE in der Korsgadehallen im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro statt. Dies ist ein ehemaliges Arbeiterviertel, in dem die RGE schon Wahlergebnisse von 20 Prozent erzielt hat. Heute leben hier vorwiegend MigrantInnen, StudentInnen und ArbeiterInnen.

Die Korsgadehallen ist eine große Mehrzwecksporthalle. Sofort fiel auf, dass der Altersdurchschnitt der insgesamt 226 Delegierten weit unter dem unserer Partei liegt. Die Atmosphäre war locker, was sicher auch daran lag, dass alle Mahlzeiten kostenlos und gemeinsam eingenommen wurden. Bereits vor Tagungsbeginn konnte man frühstücken. Außerdem standen auf jedem Tisch im Tagungssaal Wasser und Möhren. Jeden der drei Beratungstage begannen die Delegierten mit einem Lied.

Alle geladenen Parteien hatten Vertreter geschickt: der Linksblock (Portugal), die KPÖ, die SP (Niederlande), die Linkspartei (Schweden), die Schottische SP, Respect aus England, die Rote Wahllianz (REA) aus Norwegen, die Kommunistische Revolutionäre Liga (LCR – Frankreich), Rifondazione comunista (PRC – Italien), die SP der USA, die Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), ein Vertreter der Ira-



kischen KP in Dänemark und die Linkspartei.PDS. Die Organisation für die internationalen Gäste war sehr gut. Die wichtigsten Arbeitsmittel lagen in englischer Sprache vor, und es gab Simultanübersetzung ins Englische.

Erster großer Tagesordnungspunkt war die Debatte über die EU. Im Vordergrund stand Kritik an der EU, welche die RGE als große Gefahr für den Nationalstaat sieht. Angesichts der eindeutigen Referenden in Frankreich und den Niederlanden wurde der erneute Versuch, eine Verfassung für die EU zu verabschieden, scharf kritisiert. Einhellig kam man zu der Auffassung, dass es unmöglich sei, den Sozialismus als Ziel durchzusetzen, solange die EU nach den heutigen Prinzipien bestehe. Die EU zu befürworten wolle man der Sozialistischen Volkspartei (SF), der größeren sozialistischen Partei in Dänemark, überlassen. Da die RGE für ein demokratisches und sozialistisches Dänemark stehe, dürfe man sich den anderen Parteien nicht anpassen und müsse weiter gegen die EU agieren. Die Forderung, dass Dänemark aus der EU austreten solle, erhielt jedoch nur geringen Beifall. Gefordert wurde statt dessen, in der RGE endlich anzufangen, konkret über die Bedeutung und die Folgen der EU zu debattieren. Die vorgelegte EU-Resolution wurde angenommen. Darin heißt es, Distanz zur EU bleibe ein politisches Ziel der RGE.

Ein zweites großes Thema der Tagung war die Diskussion über eine Regierungsbeteiligung. Es gewann besondere Bedeutung nach dem Jahresparteitag der SF, wo diese sich dafür ausgesprochen hatte. Die RGE ist gegen die Beteiligung an einer neoliberalen Regierung. Einer sozialistischen Regierung würde sie sich durchaus anschließen können, aber nicht unter den derzeitigen Bedingungen. Zu diesem Thema sprach einleitend ein Vertreter der Sozialistischen Linkspartei aus Norwegen, die seit 2005 an einer Regierung mit den Sozialdemokraten und der Zentrumsparterie beteiligt ist. Er schätzte diese insgesamt positiv ein und teilte mit, dass seine Partei bereit sei, auch nach den nächsten Wahlen weiter mitzuregieren. Nach seiner Rede erhielt der norwegische Vertreter von einigen Delegierten standing ovations. In der Diskussion wurde jedoch vorwiegend von negativen Erfahrungen der Linken Europas mit Regierungsbeteiligungen gesprochen. Die Redner hielten diese nur dann für möglich, wenn sie sozialistisch und in der Lage sei, den Kapitalismus zu überwinden. Bei realistischer Betrachtung müsse man erkennen, dass Wahlen ein derartiges Ergebnis zur Zeit nicht hergeben. Ziel der RGE ist es daher, eine neue Regierung so weit wie möglich nach links zu drängen. Dafür ist sie bereit, sich zur Unterstützung der Regierung anzubieten, jedoch nur, wenn die Bedingungen der RGE erfüllt werden. Die RGE betonte, dass sie die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten möchte und dies weit vor die Parteiinteressen setzt.

Der Debatte schlossen sich Workshops zum Thema Regierungsbeteiligung an. Die internationalen Gäste konnten in dieser Zeit das ehemalige Jugendhaus besichtigen, um das es in Kopenhagen Krawalle gegeben hatte. Die RGE war von Beginn bei den Protesten gegen den Abriss aktiv. Sie fordert ein neues Jugendhaus und generell mehr Einrichtungen für junge Menschen.

Die internationalen Gäste hatten außerdem Gelegenheit, sich über die Arbeit der Gewerkschaften Dänemarks zu informieren. Als Problem sehen die Gewerkschaften vor allem, dass es zwar gesetzliche Regelungen für Urlaub, Kranken-

geld und Arbeitslosengeld gibt, aber solche für Arbeitsbedingungen und Löhne fehlen. Daher ist es in Dänemark derzeit wie in Deutschland eine große Aufgabe der Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen. Es fehlt auch ein Gesetz über den Kündigungsschutz. Als Problem wird die große Zahl von etwa 10 000 polnischen Arbeitern in Dänemark gesehen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren mit einem Schwund der Mitgliederzahlen zu kämpfen. Besonders junge Menschen organisieren sich seltener, was mit dem Verlust gemeinschaftlicher Werte und der Solidarität begründet wird.

Zum Thema Irakkrieg war sich die Konferenz einig, dass sich die amerikanischen Truppen endlich aus dem Irak zurückziehen müssen. Debatten entzündeten sich um die Frage, ob man jeden Widerstand im Irak, auch Gewaltakte und Selbstmordattentate, oder nur gewaltfreie Formen unterstützen sollte. Die Verfechter der ersteren Position argumentierten, jeder getötete amerikanische Soldat trage dazu bei, dass die Truppen schneller abziehen. Die Gegner stellten die Frage, ob man die Barbarei im Krieg mit dem Kampf für eine bessere Gesellschaft und mit sozialistischen Positionen vereinbaren könne. Am Ende setzte sich knapp die Position durch, den Widerstand zu unterstützen, ohne die Formen des Widerstandes zu definieren.

Ein auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiertes Thema war die Frage, ob die Inanspruchnahme sexueller Dienste in Dänemark zur Straftat erklärt, ob also Freier kriminalisiert werden sollen. Vor der Tagungshalle verteilten Prostituierte Flyer mit der Bitte, dem nicht zuzustimmen. Der Parteitag sollte eine zweijährige Debatte in der Partei zum Abschluss bringen. Ihm lagen Anträge vor, sich vor allem für eine bessere soziale Integration Prostituiert einzusetzen und den betroffenen Frauen zu helfen, sich aus dem Milieu zu lösen. Schweden hat die Kriminalisierung bereits vor fünf Jahren eingeführt, wonach sich die Zahl der Prostituierten stark verringert haben soll. Nach einer sehr kontroversen Debatte befürwortete eine knappe Mehrheit die Kriminalisierung von Freiern. Sie wird als Möglichkeit gesehen, die Zahl der Prostituierten, vor allem der Zwangsprostituierten, zu verringern, wenn auch nicht ganz zu beseitigen.

Zum Abschluss des Parteitages wurde der Vorstand der RGE gewählt, der aus 25 Mitgliedern besteht. Eine Quotierung kennt die RGE nicht. Allerdings muss jedes Geschlecht mindestens durch zehn Personen in dem Gremium vertreten sein. Vor der Aufstellung der KandidatInnenliste für die nächste Parlamentswahl entbrannte eine Debatte, um eine Kandidatin, die bekennende Muslimin ist. Gegen sie wurde eingewandt, die RGE als religionsfreie Partei sollte nicht von jemandem vertreten werden, der seine Religion offen nach außen bekennt. Versuche, die Kandidatin auf einen hinteren Listenplatz zu verdrängen, scheiterten jedoch. Diese Auseinandersetzung warf einen Schatten auf den sonst sehr angenehm verlaufenen Parteitag.

Zum Abschluss sang der neue Vorstand gemeinsam mit den Delegierten die Internationale.



Die Zypernfrage aus historischer Sicht

Rede von Andros Kyprianou, Mitglied des Politbüros des ZK der Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL – Zypern) auf einer Tagung der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament zur Zypernfrage; Brüssel, 9. Mai 2007 (geringfügig gekürzt)

Eingangs dankte Andros Kyprianou der Fraktion und ihrem Vorsitzenden Francis Wurtz für die Einberufung der Tagung und der stellvertretenden Vorsitzenden Gabi Zimmer für ihre Teilnahme.

Ich möchte auch Mehmet Seyis, dem Gewerkschaftsführer aus dem türkischen Teil Zyperns herzlich danken, der an unserer Tagung teilnimmt. AKEL war immer der Meinung, dass die Zusammenarbeit von griechischen und türkischen Zyprioten ein Eckpfeiler für eine einvernehmliche Lösung der Zypernfrage ist. Die progressiven Kräfte in beiden Gemeinschaften müssen gemeinsam für eine Lösung kämpfen, die für die Mehrheit auf beiden Seiten annehmbar ist.

AKEL und RTP (die Türkisch-Republikanische Partei) müssen im Zentrum dieser Anstrengungen stehen. Ohne an Dogmen festzuhalten, aber gestützt auf die Prinzipien, die in den entsprechenden UNO-Beschlüssen, im europäischen und Völkerrecht niedergelegt sind, müssen wir den Weg bahnen, damit der Stillstand überwunden wird und ein substanzieller Dialog für eine baldige Lösung aufgenommen werden kann.

Das Zypern-Problem besteht seit Anfang der sechziger Jahre, aber eigentlich noch länger. Mit der schrecklichen Tragödie von 1974 wurde die Lage jedoch dramatisch verschlechtert. Der faschistische Staatsstreich der Athener Junta und der EOKA B des Obersten Grivas vom 15. Juli 1974 bildeten das Signal und den Vorwand für die Invasion und Okkupation durch die Türkei, die bis zum heutigen Tage anhält.

Die Folgen sind erschreckend: Das besetzte Gebiet beträgt 37 Prozent des Territoriums der Republik Zypern. Dort sind türkische Truppen in Stärke von 40 000 Mann stationiert, deren Führung die türkisch-zypriotische Gesellschaft zu kontrollieren sucht. Über 160 000 Zyprioten griechischer Nationalität wurden gewaltsam aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben. 40 000 Zyprioten türkischer Nationalität wurden gewaltsam vom Süden in den Nordteil der Insel verbracht.

Das moderne Völkerrecht bietet keine Rechtfertigung für derart aggressive Schritte. Die Behauptung der Türkei, der Garantievertrag von 1960 gäbe ihr das Recht des militärischen Eingreifens auf der Insel, ist juristisch nicht überzeugend. Davon ist in dem genannten Vertrag keine Rede. Selbst wenn er eine solche Bestimmung enthielte, wäre diese wertlos, weil die UN-Charta, die über allen internationalen Vereinbarungen steht, die militärische Intervention in einem anderen Staat nur aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Sicherheitsrates zulässt. Dazu heißt es in der sehr wichtigen Resolution 3314 der 29. UNO-Vollversammlung zutreffend: „Die Erstanwendung militärischer Gewalt durch einen Staat ist eine Verletzung der UN-Charta und erstrangiger Beweis für einen Aggressionsakt ... Kein Argument politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder anderer Art kann eine Aggression rechtfertigen ... Kein Erwerb von Territorium oder anderer Vorteil, der Ergebnis einer Ag-

gression ist, kann und darf als legal angesehen werden.“

Obwohl wir nach dem Völkerrecht darauf bestehen könnten, zu der Situation vor dem Einmarsch der Türkei zurückzukehren, ist uns klar, dass die Zypernfrage ein politisches Problem ist und ihre Lösung politische Kompromisse erfordert. Daher hatte AKEL unmittelbar nach dem Einmarsch den politischen Mut zu erklären, dass eine föderale Lösung akzeptiert werden sollte. Zwar ist dies angesichts der Größe und der Geschichte der Insel absolut keine Ideallösung, aber die Lage nach dem Putsch und dem Einmarsch drängte eine föderale Lösung als historischen Kompromiss zwischen den beiden ethnischen Gemeinschaften geradezu auf. So wurden die Vereinbarungen auf höchster Ebene von 1977 und 1979 erreicht, die eine bizonale und bikommunale föderale Lösung vorsahen. Außerdem sollte die Insel demilitarisiert und die Hafenstadt Famagusta unabhängig von weiteren Fortschritten und anderen Zusammenhängen an ihre rechtmäßigen Bewohner zurückgegeben werden. Wiederum akzeptierte AKEL mit Beschluss ihres ZK als erste die politische Gleichheit der beiden Gemeinschaften, deren Substanz und Inhalt, eine Position, die später in eine entsprechende Resolution des UNO-Sicherheitsrates einging: Gleichheit der beiden Gemeinschaften, nicht der „beiden Völker“ und/oder zweier Staaten, wie es die türkisch-zypriotische Führung unter Rauf Denktasch forderte. Damit wären eine effektive Beteiligung beider Gemeinschaften an den Organen und Entscheidungen des Bundesstaates, gleiche Jurisdiktion und Rechte der beiden Bestandteile der Föderation unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl sichergestellt.

Seit dem ersten Abkommen auf höchster Ebene sind dreißig Jahre vergangen, und die Zypernfrage ist immer noch ungelöst. Daran haben auch die zahlreichen Anstrengungen und Verhandlungen sowie die Pläne, die die UNO über ihren Generalsekretär vorgelegt hat, nichts geändert. Dutzende Resolutionen, die der UNO-Sicherheitsrat seit 1974 beschloss, sind auf dem Papier geblieben. Jeder objektive Beobachter kann leicht feststellen, dass das Hindernis für die Lösung in all diesen Jahren die uneinsichtige Haltung der Türkei und der türkisch-zypriotischen Seite unter Führung von Rauf Denktasch war.

Letztere hat im Grunde genommen das Wesen der Vereinbarungen auf höchster Ebene – die föderale Lösung – nie akzeptiert. Ihr stures Festhalten an „zwei Völkern“ mit dem Recht auf Selbstbestimmung, auf eigene Souveränität und völkerrechtliche Identität, an einem umfassenden Vermögensaustausch, dem Verbot für griechische Zyprioten, sich im türkisch besetzten Gebiet niederzulassen und dort Eigentum zu erwerben, beweisen ohne jeden Zweifel, dass es der türkisch-zypriotischen Seite nie um eine Föderation, sondern um eine Konföderation gegangen ist, die bekanntlich zwei getrennte Staaten bedeutet. Diese Position verkündete Rauf Denktasch offiziell im August 1997.

Während die griechisch-zypriotische Seite in all diesen Jahren für eine Lösung mit einem Staat, einer Souveränität und einem Völkerrechtssubjekt eintrat, wie es die zahlreichen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates fordern, strebte die türkisch-zypriotische Seite eine Lösung mit zwei getrennten Staaten an. So konnte keine Übereinkunft erreicht werden.

Die Lage änderte sich langsam, als der Beitritt der Republik Zypern zur Europäischen Union herannahte. Seit Ende 1990 begann nach einer langen Stagnationsperiode, die auch mit dem offiziellen Eintreten der Türkei für eine Konfö-



deration zusammenhing, ein neuer Anlauf, der seinen Höhepunkt in den getrennten Referenda vom 24. April 2004 fand, welche zu den bekannten Ergebnissen führten. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, dass das Nein der AKEL und der überwältigenden Mehrheit der griechischen Zyprioten in diesem Referendum kein Nein zu einer Kompromisslösung in der Zypernfrage bedeutet. Wir setzen uns weiterhin für eine bizonale, bikommunale Föderation ein, wie sie in den Vereinbarungen auf höchster Ebene von 1977 und 1979 festgelegt ist. Das negative Ergebnis des Referendums kann daher weder als Hinnahme des Status quo der Teilung noch als das Anstreben einer Lösung außerhalb des Rahmens der Vereinbarungen auf höchster Ebene interpretiert werden. Das wirkliche Dilemma besteht zwischen einer bizonalen, bikommunalen Föderation einerseits und der Teilung andererseits. AKEL setzt sich uneingeschränkt für die Föderation ein. Wir glauben daran, dass ein friedliches, harmonisches Zusammenleben der beiden Gemeinschaften in einem gemeinsamen Staat möglich ist.

Die Gründe für das Nein im Referendum von 2004 sind anderswo zu suchen. Der Annan-Plan enthielt eine Reihe negativer Elemente, die bei den griechischen Zyprioten beträchtliche Besorgnis auslösten. Dabei will ich von vornherein klarstellen, dass wir keine Beseitigung der Rechte oder Privilegien wollen, die der Annan-Plan für unsere türkisch-zypriotischen Landsleute vorsieht. Die politische Gleichheit der beiden Gemeinschaften, wie sie in den Resolutionen des Sicherheitsrates definiert ist, betrachtet AKEL als eine Tatsache. Für uns ist der einseitig disproportionale Anteil der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft im Verhältnis zur Bevölkerungszahl an allen Körperschaften und Entscheidungen der Föderation kein Hindernis. Auch nicht die Festlegung, dass eine Reihe wichtiger Entscheidungen nur mit Zustimmung beider Gemeinschaften getroffen werden können. Ja, nicht einmal die Tatsache, dass die Föderation aus zwei gleichrangigen Staaten mit weitgehenden Funktionen und Rechtsbefugnissen bestehen soll. Unsere Besorgnisse sind anderer Natur.

Nach dem Annan-Plan soll eine Zahl von Siedlern auf Zypern verbleiben, die größer ist als die der ursprünglichen türkisch-zypriotischen Bevölkerung. Das muss jeden griechischen Zyprioten besorgt stimmen. Wir akzeptieren, dass es humanitäre Fälle geben kann. Wir bestehen nicht auf strikter Durchsetzung der Bestimmungen des Völkerrechts, nach dem Kolonialisierung ein Kriegsakt ist und eigentlich alle Siedler, die nach der Besatzung kamen, wieder abziehen müssen. Wir sind bereit, darüber zu diskutieren, dass nach einer umfassenden Regelung eine vernünftige Zahl von Siedlern auf der Insel bleiben darf. Wir sind aber nicht bereit, die Festlegung des Annan-Plans zu akzeptieren, wonach mehr Siedler bleiben sollen, als ursprünglich türkische Zyprioten auf der Insel lebten. Das wäre eine dramatische Veränderung und Verfälschung der historisch gewachsenen demografischen Struktur der Insel, ein unfairer Vorteil, der den Gehalt der Lösung als solcher beeinträchtigen muss. Im Grunde ist die Siedlerfrage allein bereits eine ausreichende Erklärung für das Nein der Mehrheit der griechischen Zyprioten in dem genannten Referendum.

Ein weiterer ernster Grund für Besorgnis der griechischen Zyprioten ist das berüchtigte Interventionsrecht. Natürlich hat kein griechischer Zypriot den Alptraum von 1974 vergessen. Niemand möchte riskieren, dass sich so etwas wieder-

holt. Dagegen sind Garantien notwendig. Diese Schlüsselfrage ist im Annan-Plan nicht geklärt, so dass der Garantievertrag von 1960 auch nach der Lösung der Zypernfrage weiter Gültigkeit hätte. Das löst bei den griechischen Zyprioten berechnete Sorge aus. Die Erinnerung an 1974 ist zu frisch im Gedächtnis, als dass wir uns bei einer derartig unklaren Rechtslage sicher fühlen könnten.

Auch für den Abzug der Truppen wird ein extrem langer Zeitraum ins Auge gefasst. Und am Ende sollen gar nicht alle Truppen abziehen. Ebenso ist eine extrem lange Zeit dafür vorgesehen, dass alle diejenigen, die in den Norden zurückkehren wollen, dies tun können, wobei ihnen nur ein Drittel ihres ursprünglichen Vermögens zustehen soll. Viele Flüchtlinge werden bei dieser Lösung überhaupt nicht zurückkehren können. Die zahlreichen Ausnahmen machen die Regel selbst zur Ausnahme.

Die Vermögensfrage ist ein reales, substanzielles Problem, ebenso die Sicherheit der Rückkehrer und die Garantien dafür, dass eine vereinbarte Lösung überhaupt realisiert werden wird. Auch die Frage einer einheitlichen Wirtschaft wiegt schwer.

Angesichts all dieser Probleme hatte AKEL keinen Zweifel, dass der Annan-Plan von der überwiegenden Mehrheit der griechischen Zyprioten abgelehnt werden würde. Daher forderten wir beharrlich eine Verschiebung des Referendums um mehrere Monate. In dieser Zeit sollten Verbesserungen angebracht werden, um die Lösung für die griechischen Zyprioten annehmbar zu machen. Leider hörte man nicht auf uns, und im Ergebnis wurde der Annan-Plan von der Mehrheit der griechischen Zyprioten abgelehnt.

Nach dem Referendum von 2004 war die Stimmung auf der Insel sehr gedrückt. Längere Zeit schien die UNO nichts mehr ausrichten zu können. Es ist den hartnäckigen Bemühungen von AKEL und anderen zu verdanken, dass 2006 wieder Hoffnung aufkeimte. Das Abkommen vom 8. Juli 2006 zog einen grundsätzlichen Rahmen und setzte den Prozess in Richtung einer Lösung wieder in Gang. Für besonders positiv halten wir die Verbindung der Gespräche über Alltagserleichterungen mit Grundsatzfragen, um für substanzielle Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinschaften unter der Ägide der UNO den Boden zu bereiten.

Leider erklärt die türkisch-zypriotische Seite in der letzten Zeit, dass sie die Vereinbarungen vom 8. Juli wieder verlassen will. Das würde erneut zu einer Patt-Situation führen. Von diesem Forum rufe ich die Führung der türkischen Zyprioten auf, dies noch einmal zu überdenken, denn einen anderen Weg zu einer Lösung gibt es nicht. In all den genannten Fragen liegt zwischen den Seiten eine tiefe Kluft. Diese muss überbrückt werden. Mit den Vereinbarungen vom 8. Juli 2006 wollte man für neue Bemühungen in dieser Richtung den Weg bereiten.

Dieses Vorbereitungsstadium soll nicht endlos sein, wie die türkische Seite uns vorwirft. Wir vertrauen darauf, dass die internationale Gemeinschaft, insbesondere die UNO, die USA und die EU bei der Überwindung dieser Situation helfen und die türkische sowie türkisch-zypriotische Führung davon überzeugen, das Erreichte zu respektieren.

AKEL ist auch in anderer Hinsicht nicht untätig geblieben. Seit einiger Zeit laufen Gespräche mit der Türkisch-Republikanischen Partei, um eine Verständigung zu wichtigen Streitfragen herbeizuführen. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien haben historische Wurzeln. Als AKEL in den



schweren Tagen des Putsches, der Invasion und Okkupation kühn die Losung ausgab „Die türkischen Zyprioten sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Brüder!“, war die Türkisch-Republikanische Partei unser wichtigster Partner im Kampf für die Wiederannäherung und Vereinigung der Insel. AKEL hat dem gemeinsamen Kampf von griechischen und türkischen Zyprioten für eine gerechte Lösung stets große Aufmerksamkeit geschenkt. Griechische und türkische Zyprioten sind Kinder derselben Erde. Sie haben über Jahrhunderte Freud und Leid in einem gemeinsamen Vaterland geteilt. Gemeinsam haben wir für eine bessere Zukunft für unser Land und unser Volk gekämpft.

Der Putsch und die Invasion von 1974 haben uns zunächst auseinandergelassen. Unter schwierigsten Bedingungen haben wir uns in der Folgezeit darauf geeinigt, dass unser Ziel eine bizonale und bikommunale Föderation ist, ein unteilbarer, entmilitarisierter Staat mit einer einzigen Souveränität und Staatsbürgerschaft als einheitliches Völkerrechtssubjekt. Wir waren uns einig, dass die Siedler, die illegal auf die Insel gebracht wurden, in der Lösung keinen Platz haben, dass die Föderation aus zwei gleichen Staaten mit weitgehender Autonomie, gesicherten Menschenrechten einschließlich des Rückkehrrechts der Flüchtlinge bestehen soll. Ein Grundprinzip sollte außerdem sein, dass die Durchsetzung der Rechte der einen Gemeinschaft nicht auf Kosten der Rechte der anderen geht.

Der Plan der UNO, der dann vorgelegt wurde, entsprach diesen Grundsätzen nicht. Wir hoffen, dass unsere Freunde von der Türkisch-Republikanischen Partei und andere progressive türkische Zyprioten auf unsere Haltung, die die kollektiven oder individuellen Rechte unserer türkisch-zypriotischen Landsleute in keiner Weise beeinträchtigt, positiv reagieren. Wir verstehen, dass sie unter schwierigen und zum Teil gefährlichen Bedingungen arbeiten müssen. Wir rufen sie auf, aus der gemeinsamen Vergangenheit Kraft zu schöpfen und gemeinsam mit uns weiter für eine gerechte Lösung einzutreten.

Die Durchsetzung der Vereinbarungen vom 8. Juli 2006 betrifft auch die Frage des Handels. AKEL und auch die Regierung der Republik Zypern setzen sich für die Entwicklung des Handels ein. Dies darf aber nicht zu einer Aufwertung des türkisch-zypriotischen Pseudostaates und zu einer Beeinträchtigung der Republik Zypern führen. Die Regierung hat dafür konkrete Vorschläge ausgearbeitet, und wir hoffen, dass eine einvernehmliche Lösung möglich ist.

Zum Schluss noch ein paar Worte zum EU-Beitritt der Türkei. AKEL unterstützt diesen Beitritt. Wir haben mehr Gründe als mancher andere, unser Nachbarland in der Europäischen Union zu sehen. Allerdings muss die Türkei dabei ihren Verpflichtungen gerecht werden, auch gegenüber Zypern.

In der jüngsten Zeit verfolgen wir mit Sorge, wie sich die Dinge in der Türkei entwickeln. Die Konfrontation, die sich dort zwischen der Führung der Streitkräfte, Parteien und Gewerkschaften, die mit den politischen Entscheidungen unzufrieden sind, einerseits und der Regierung Erdogan andererseits entwickelt, kann das Land zurückwerfen. Das betrifft viele Aspekte der türkischen Gesellschaft. Das kann schwerwiegende Folgen für die Lösung der Zypernfrage haben. Wir rufen die UNO, insbesondere die Mitglieder des Sicherheitsrates auf, sich für die Achtung demokratischer Werte und Grundsätze in der Türkei einzusetzen. Dabei muss auch die EU eine positive Rolle spielen.

Walter Veltroni – ein Vierter Weg?

Von Paola Giaculli, Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE

Selbst Luca Cordero di Montezemolo, Chef der Confindustria, des italienischen Arbeitgeberverbandes, von FIAT und Ferrari, findet ihn gut. Gut ist er für viele: Roms Bürgermeister Walter Veltroni, der Heilige vom Kapitol (Süddeutsche Zeitung) hat Ende Juni in Turin seine Kandidatur als Chef der noch zu gründenden Demokratischen Partei (PD), der Verschmelzung von Linksdemokraten und Margherita, einem Teil der ehemaligen Christdemokraten, verkündet. Laut einer Umfrage der Tageszeitung La Repubblica waren 72 Prozent der Italiener einverstanden mit seiner ökumenischen Rede, die in der politischen Mitte landet. Die PD ist dadurch in einer weiteren Umfrage von 25 auf 35 Prozent gesprungen. Veltronis Auftritt war eine mediale Selbstinszenierung. Leichte Töne, sanfte Lichter, landschaftliche Kulisse: nach seiner Botschaft soll Italien das Land der Versöhnung zwischen Nord und Süd, Jung und Alt werden.

Aber dass der Arbeitgeberpräsident den „Buonista“ (Gutmenschen) Veltroni so zu schätzen weiß, sollte Verdacht erregen. Denn der Filmexperte, ehemalige Chef der Linksdemokraten und stellvertretende Ministerpräsident bzw. Kulturminister der ersten Regierung Prodi (1996–98) möchte Italien im amerikanischen Stil verändern. Der Wonder-Walter ist ein Amerika-Fan. Er war ein Verehrer von Clinton und des dritten Weges à la Blair, ein Fürsprecher des „humanitären“ Krieges in Kosovo. Damit erscheint er als der ideale Chef für eine Demokratische Partei, die sich die US-Demokraten zum Vorbild nimmt. Seine aktuellen Rezepte sind: weniger Steuern, mehr (polizeiliche) Sicherheit und ein Generationenvertrag. Das bedeutet, das Rentensystem so umzugestalten, dass man länger arbeiten muss. Und Arbeitgeber dürften jungen Arbeitnehmern weniger zahlen: Damit sie nicht im Prekariat leben müssen, soll der Staat sich um sie kümmern. Außereheliche Lebenspartnerschaften kann man zwar bejahen, sollte es mit dem Laizismus aber auch nicht übertreiben – dem Vatikan zuliebe. Das Wahlsystem soll nach französischem Muster umgestaltet werden.

Kein Wunder also, wenn Arbeitgeber-Chef Montezemolo, der selbstverständlich ein leidenschaftlicher Verfechter von Steuersenkungen und einer Reform des Rentensystems ist, Veltroni lobt. Der immer aggressivere Unternehmer-Chef rügt die Gewerkschaften, die angeblich nur Rentner und Nichtsteuer vertreten. Und in der Regierung sitzen Leute, die nichts anderes tun, als den Unternehmern das Leben schwer zu machen. Aber mit Veltroni könnte nun eine neue Phase des Dialogs mit Spitzenpolitikern starten, die modern sind und die wirklichen Probleme des Landes im Auge haben. Diese politische Nähe zwischen Montezemolo und Veltroni ist der Tageszeitung Corriere della Sera nicht entgangen: „Der Kandidat für die PD-Spitze thematisiert Konzepte, die sich nicht so sehr von dem unterscheiden, was in den Jahresberichten der Banca d'Italia (Zentralbank) und der Confindustria zu lesen ist.“

Der 52-jährige Römer, der „nie Kommunist war“ – wie er trotz langjähriger Mitgliedschaft und hoher Funktionen in der ehemaligen IKP zu sagen pflegt –, wird von manchen als das neue Gesicht der Politik dargestellt. Aber so neu ist er gar nicht. Als Bürgermeister von Rom ist er beliebt. Das wundert sehr, wenn man an die Probleme der Stadt wie permanente



Staus, eine unerträglich verschmutzte Luft, unzureichende öffentliche Verkehrsmittel, mangelnde soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen in den Vorstädten denkt. Aber die Touristen kommen in Scharen in die Ewige Stadt, Walter stellt Kino-Festivals und Open-Air-Konzerte auf die Beine und empfängt internationale Stars, die Römer freuen sich trotz allem: Macht nichts, dass man in Rom nie weiß, wann man morgens aufstehen muss, um pünktlich zur Arbeit zu kommen, oder dass die Stadt inzwischen eine der teuersten in Europa ist. Laut Veltroni ist das Hauptproblem die Sicherheit: Das sei ein Thema für Linke und Rechte. Um dieses Problem zu lösen, lässt er Sinti und Roma aus der Stadt abschieben und für sie Lager außerhalb einrichten, damit sie besser von der Polizei überwacht werden können. Das ist für ihn Teil eines „Sicherheitspaktes“ für Großstädte.

Aber „neben Veltroni hat niemand eine Chance“ (Neues Deutschland): Wenn die PD-Anhänger am 14. Oktober ihren Chef wählen, ist er bestimmt der Gewinner. Und er hat wohl auch die besten Chancen, Chef der Mitte-Links-Koalition zu werden. Laut italienischem Parlamentspräsident und EL-Vorsitzendem Fausto Bertinotti ist durch Veltroni eine Art Achse Frankreich-Italien entstanden: Er ähnele Segolène Royal und beide erinnerten an Blair-Schröders sozialliberale Kultur des dritten Weges. Durch Veltroni-Royal entstünde ein „Vierter Weg“: Die Inhalte seien die gleichen, nur die Verpackung sehe anders aus. Der Spielraum beider Politiker entwickle sich nämlich aus einer tiefen Veränderung ihrer Parteien: In Frankreich denkt die Sozialistin Royal an ein Bündnis mit dem Zentristen Bayrou nach, und Veltroni ist Kandidat für die Spitze einer neuen Partei. Außerdem ist dieser Vierte Weg von einer Personalisierung der Politik, einer neuen Sprache und einem neuen Umgang mit den Medien geprägt. Die alternative Linke sei etwas Anderes. Sie müsse einheitlich und plural sein. Laut Bertinotti müsse die alternative Linke nicht unbedingt in der Regierung sitzen: Wenn ja, dann nur unter bestimmten Bedingungen.

Der Vorsitzende von Rifondazione comunista (PRC), Franco Giordano, schlägt für die nächsten Lokalwahlen gemeinsame Listen seiner Partei, der aus den Linksdemokraten ausgetretenen Demokratischen Linken, der PdCI und der Grünen vor. Seit Wochen ist die Rede von einem „Roten Ding“, einer linken Sammlungspartei. Immer wieder gibt es Aufrufe, endlich eine solche geeinte Linke zu schaffen – jetzt auch als Reaktion auf die Positionierung von Walter Veltroni. Die Einheit der Linken wäre wahrscheinlich auch für die Regierungsarbeit hilfreich: Denn die Wirtschaft wird weiter Druck ausüben, wie die mühsamen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über das Rentensystem gezeigt haben. Inzwischen hat die Regierung entschieden, Empfängern von niedrigen Renten (bis ca. 400 Euro) im September eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro zu bescheren.

Laut Regierungsprogramm der Mitte-Links-Koalition soll die ungerechte Anhebung des Rentenalters auf 60 Jahre nicht in Kraft treten. Nach dem Berlusconi-Gesetz wird das ab Januar 2008 der Fall sein. Nach zähem Ringen haben sich Regierung und Gewerkschaften darauf geeinigt, das Renteneintrittsalter nach 35 Versicherungsjahren zwischen 2008 und 2013 stufenweise von 57 auf 61 zu erhöhen. Gegenwärtig kann man noch mit 57 in die Rente gehen, wenn man mindestens 35 Beitragsjahre aufzuweisen hat. So soll es bleiben, meinen vor allem die an der Regierung beteiligte PRC und die Metallgewerkschaft FIOM. Sehr kritisch äußerte sich

PRC-Chef Franco Giordano: Die neue Regelung beschränke sich darauf, die Rentenreform der Regierung Berlusconi geringfügig abzumildern. „Wieso versteht man nicht, dass ein Mensch mit 57 nach 35 Jahren Schichtarbeit am Fließband körperlich kaputt ist?“ fragt die Arbeitnehmervertreterin bei FIAT Nina Leone. Die Belegschaften sind bereit zu streiken, was sie teilweise schon tun. Besonders Frauen kämpfen in der ersten Reihe gegen weitere Anhebungen des Rentenalters und Kürzungen in der Rentenberechnung (z. B. auf 60% des Nettolohnes statt bisher 75–80%). „Habe ich vielleicht 40 Jahre lang für 1100 Euro Netto im Monat gearbeitet, um dann ganze 700 Euro Rente zu kriegen?“ fragt FIAT-Arbeiter Pino Nicastrì (in der Tageszeitung La Repubblica).

Auch die geplante Reform des Sozialstaates ist sehr umstritten. Vier Minister der PRC, der PdCI, der Grünen und der Demokratischen Linken sind der Ansicht, dass die Wohlfahrtsreform noch zu viele Elemente des alten „Biagi-Gesetzes“ enthält, mit dem die Regierung Berlusconi 2002 den Arbeitsmarkt stark flexibilisiert hatte. Dieses Gesetz wollen die vier Parteien vollständig abschaffen. Das Reformvorhaben Prodis würde nicht genug sicherere Arbeitsverhältnisse in Italien garantieren. Es genüge nicht, befristete Arbeitsverträge zu beschränken oder das von der Regierung Berlusconi eingeführte „Job-sharing“ abzuschaffen, um wieder sicherere Arbeitsbedingungen zu garantieren. Viele Einwände hat auch die größte Gewerkschaft Italiens, die CGIL, die das vollständige Dokument über die Reform des Sozialstaates, zu dem auch die Rentenreform gehört, nicht unterschrieben hat. Wenn das Vorhaben Prodis so bleiben sollte wie es jetzt aussieht, dann „werden wir ihm im Parlament nicht zustimmen“, meint Giordano und kündigt einen „heißen Herbst“ an.

Zum weiteren Weg der KP Böhmens und Mährens (KPBM)

Information von Klaus Kukuk, AG Mittel- und Osteuropa

Auf dem alljährlich in Vratimov stattfindenen Fachseminar von Politikern und Gesellschaftswissenschaftlern der KPBM hielt der Parteivorsitzende, Vojtech Filip, am 14. April 2007 ein Grundsatzreferat mit dem Titel „Zu den Aufgaben der KPBM und der radikalen Linken in der Tschechischen Republik und in Europa“.

Diese Rede wurde als einziges Material des Seminars im Wortlaut in der Parteizeitung „Halo noviny“ veröffentlicht. Dort setzt sich der Vorsitzende mit dem fortschreitenden Rechtstrend der tschechischen Sozialdemokratie, dem neoliberalen Sozialabbau und der USA-hörigen Außenpolitik der Regierung Topolánek auseinander. Differenzierter als sonst in der Öffentlichkeit geht er auf die Ausarbeitung eines Sozialismusmodells ein. Aufmerksamkeit verdient auch, wie die Akzente der internationalen Zusammenarbeit der KPBM gesetzt werden.

Die Unterstellung zurückweisend, er stehe für eine Standortverschiebung zur Mitte der Gesellschaft und die KPBM bewege sich nach rechts, stellte er eingangs fest: „Im Gegenteil, die KPBM schickt sich an, die Rolle der Avantgarde



der tschechischen Linken und in der internationalen Zusammenarbeit mit der übrigen radikalen Linken in der Welt zu übernehmen.“ Filip begründet seine Feststellung mit dem Hinweis auf den Rechtsruck der Sozialdemokratie (CSSD) nach der Wahl und die Tatsache, dass diese kein linkes Konzept gefunden habe. Damit grenzt er sich so eindeutig wie kaum zuvor von der Sozialdemokratie ab, die sich kühl abweisend gegenüber der KPBM verhalte.

Die Analyse der tschechischen Gesellschaft enthält eine knappe Charakterisierung von vier dort wirkenden Krisen:

- eine Krise der gesellschaftlichen und moralischen Werte: die Gesellschaft sei in ihren Anschauungen, sozial und klassenmäßig desintegriert und schweige dazu;
- eine tiefe Krise des Regierens, insbesondere der beiden Pfeiler – Durchsetzung von Macht und Einfluss;
- eine soziale Krise, die sich als Krise der gesellschaftlichen Selbsterhaltungs- und Entwicklungssysteme sowie als Krise des sozialen Zusammenhalts äußert;
- eine politische Krise, hervorgerufen durch den Bruch der Wahlversprechen von CSSD, Grünen, und ODS (der konservativen Regierungspartei).

In der Mitte und rechts im politischen Spektrum drängten sich die Parteien, während sich auf der linken Seite ein Vakuum aufbaute. Bei einem Teil der politischen Führer sei hinsichtlich der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme ein beträchtlicher Realitätsverlust festzustellen.

Angesichts der gegenwärtigen Lage wolle sich die KPBM als starkes linkes politisches Subjekt profilieren und darum ringen, zur Avantgarde der ganzen tschechischen Linken zu werden. Sie werde auch jene ansprechen, die bislang CSSD wählten oder in nicht im Parlament vertretenen Parteien und außerparlamentarischen Gruppierungen aktiv sind.

Als aktuelle politische Aufgaben für die Partei formulierte Filip:

- die Verteidigung des tschechischen Sozialstaates gegen die Politik der gegenwärtigen Koalitionsregierung;
- aktive Unterstützung einer proeuropäischen Politik der Tschechischen Republik, Beendigung der Koketterie Topolaneks mit einer Politik der Tschechischen Republik als 51. Bundesstaat von Bushs USA;
- Kampf für Frieden und Demokratie in Europa und in der Welt unter Berücksichtigung der realen internationalen Kräfteverhältnisse.

Der Redner unterzog die Innen- und Außenpolitik der Topolanek-Regierung einer vernichtenden Kritik; er charakterisierte sie als antitschechisch und antieuropäisch. Insbesondere geißelte er das Bündnis mit dem Polen der Kaczynski-Brüder, mit Bulgarien und Rumänien sowie deren Bereitschaft, sich in das globale machtpolitische Netz der gegenwärtigen USA-Administration einbinden zu lassen. Warnend verwies er auf die Vernachlässigung der Beziehungen zu den Nachbarn Deutschland und Russland.

Die Überlegungen zur Stärkung der linken Kräfte sind im Zusammenhang mit der Vorbereitung des VII. Parteitages (im Mai 2008) zu sehen, der für die Partei „zu einem neuen Anfang“ werden müsse. Laut Auftrag des VI. Parteitages (2004) werde an dem „Modell einer sozialistischen Gesellschaft als strategischem Ziel der KPBM“ gearbeitet. Damit stelle sich die Partei dem aktuellen Erfordernis, eine Alternative zum gegenwärtigen (globalen) Kapitalismus zu formulieren und ihre Vorstellungen von einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu aktualisieren. „Dies ist für uns kein enges parteipol-

itisches Ziel. Wir sind offen für die Anregungen verschiedenster Richtungen, Bewegungen und Persönlichkeiten in unserem Land und im Ausland.“ Besonders auf einen intensiveren intellektuellen Austausch mit Fachleuten aus dem Ausland wird Wert gelegt, weil ein so umfangreiches strategisches Konzept ohne internationale Zusammenarbeit nicht zu bewältigen sei.

„Die Arbeit an dem Dokument soll umfassen:

- eine kritische Bewertung des historischen Sozialismus-Versuchs im vergangenen Jahrhundert;
- eine Bewertung der Teilerfolge bei der extensiven Entwicklung der Wirtschaft und auf sozialem Gebiet: nicht erfolgreich bei der Lösung kultureller und humanitärer Probleme, bei der Lösung der Probleme von Umwelt und wissenschaftlich-technischer Revolution, wenig effektives politisches System, was ein Übergewicht von Voluntarismus und Subjektivismus beförderte, niedriger Entwicklungsstand der Demokratie in der Gesellschaft, der das Erkennen und die Durchsetzung der Interessen des ganzen Volkes behinderte, Isolationismus nach außen, der aus Befürchtungen resultierte, auf die Herausforderungen der äußeren (kapitalistischen) Welt nicht erfolgreich reagieren zu können. Die These scheint berechtigt, dass der Sozialismus nicht deshalb gescheitert ist, weil er ein schlechtes oder zweifelhaftes Konzept ist, sondern weil er schwach und schlecht ausgerüstet war;
- eine Analyse der globalen Bedingungen: soziale Verhältnisse, Klassenkräfte, ökonomische, politische, ideologische und kulturelle Aspekte, die hauptsächlich Hegemonien, Hauptwidersprüche und ihre Existenzformen;
- eine Definition des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der Wege dorthin mit verschiedenen Varianten je nach den konkreten zivilisatorischen Veränderungen und der Fortschritte bei der Überwindung des (globalen) Kapitalismus;
- offene Fragen: hat der Kapitalismus in seiner imperialen Form den Zenit überschritten, hat ihn der junge globale Kapitalismus vollwertig ersetzt und ist der Zeitpunkt sozialistischer Veränderungen historisch weit entfernt?

Zur internationalen Zusammenarbeit der Linken stellte Filip fest, die KPBM sollte danach streben, zu einem bedeutenden Bindeglied der europäischen und globalen Linken zu werden. Dabei stehe die Aufgabe, zum historischen Begriff des sozialistischen Internationalismus zurückzukehren und ihn um neue Inhalte zu bereichern, die im Kampf der Linken und der sozialistischen Kräfte gegen die negativen Folgen der fortschreitenden kapitalistischen Globalisierung zutage treten.

Für das internationale Wirken der Partei formulierte Filip folgende Aufgaben:

- bis zum VII. Parteitag die Abteilung Auslandsbeziehungen des ZK zu einer Abteilung Außenpolitik mit qualifiziertem fachlichem Umfeld umzubilden und einem stellvertretenden Parteivorsitzenden zu unterstellen;
- Verhandlungen mit der Partei der Europäischen Linken mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Linken zu führen;
- die internationale Zusammenarbeit mit der kommunistischen und radikalen Linken im Interesse einer maximalen Wirksamkeit überlegt und sensibel zu gestalten, keineswegs aber an so breiter Front wie bisher;
- der Zusammenarbeit mit der Linken in den Nachbarstaaten, vor allem der Slowakei, der BRD, Österreich und Polen Priorität beizumessen;

- die Beziehungen zu linken Parteien in wichtigen EU-Ländern (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Griechenland) weiterzuentwickeln;
- an der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Nachbarn (Ukraine, Russische Föderation, Balkanstaaten) festzuhalten;
- die Beziehungen zur Linken im globalen Umfeld (VR China, Vietnam, Japan, Türkei, Syrien, Iran, Kuba und weiteren sieben lateinamerikanischen Ländern mit linksorientierten Regierungen fortzusetzen.

Abschließend stellte Filip fest: „Die Frage der Verbündeten in der Welt gehört zu den wichtigsten in der künftigen politischen Praxis der KPBM. Sie ist bedeutender Bestandteil eines neuen globalen sozialistischen Internationalismus.“

Belorussische Partei der Kommunisten (BPK)

Informationsbrief des ZK an die linken Parteien in der Welt

Liebe Genossinnen und Genossen,
am 19. und 20. Mai 2007 fand der XII. Parteitag der Belorussischen Partei der Kommunisten statt, der eine Bilanz der Arbeit der vergangenen vier Jahre gezogen und neue Aufgaben für die Partei festgelegt hat.

Das politische und ökonomische System von Belarus hat in den letzten Jahren den Übergang von einer Präsidialherrschaft mit begrenzter Demokratie zu einem uneingeschränkt autoritären Regime vollzogen.

Im Zeitraum 2003–2007 hat die Staatsmacht die Gesellschaft endgültig aller Möglichkeiten beraubt, auf ihre Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Wahlen und Referenda sind von ihr zur politischen Farce gemacht worden. Die Abgeordneten der Nationalversammlung und der lokalen Verwaltungsorgane werden de facto durch die Machtvertikale des Präsidenten ernannt. Die Präsidentschaftswahlen von 2006 haben in einer Atmosphäre grober Willkür und harter Repressalien ohne Beispiel gegen die Opposition und die gesamte Zivilgesellschaft stattgefunden. Der „Sieger“, Präsident Alexander Lukaschenko, hat selbst öffentlich zugegeben, dass ihre Ergebnisse gefälscht waren.

Die Bürokratie im Lande hat unvorstellbare Ausmaße erreicht. Sie ist zu einer vom Volk isolierten Kaste geworden. Üppig wuchert die Korruption. Für persönliche Treue zu Lukaschenko werden die höchsten Staatsbeamten jeglicher Strafverfolgung für begangene Verbrechen entzogen.

Ein Regime, das sich zynisch „volkstümlich“ nennt, hat die Rechte der Werktätigen auf das Niveau von Mitte des 19. Jahrhunderts zurück gefahren. Der Arbeiter ist zum Anhängsel der Maschine und zum Mittel der Profitmache geworden. Mit einem System kurzfristiger Arbeitsverträge sind die Werktätigen der Willkür der Leitungen von Betrieben und Dienststellen sowie der Machtstrukturen hilflos ausgeliefert. Das Recht von Betriebs-Belegschaften und Branchen, sich zu unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen, ist abgeschafft. Die offiziellen Gewerkschaften sind ergebene Vollstrecker aller Entscheidungen von Behörden und Unternehmensführungen.

Immer deutlicher tritt das gesellschaftsfeindliche, dem werktätigen Volk zutiefst fremde Wesen des in Belarus herrschenden Regimes hervor. Ende Mai haben beide Kammern des Parlaments auf Antrag des Präsidenten die sozialen Garantien für die am wenigsten geschützten Kategorien der Bürger abgeschafft. Durch einmütigen Beschluss dieser Abgeordneten verloren:

- die ehemaligen Häftlinge der Nazi-KZ kostenlose Medikamente, die kostenlose Herstellung und Reparatur von Zahnersatz, die unentgeltliche Benutzung des städtischen Nahverkehrs;
- die Rentner die 50-prozentige Ermäßigung der Tarife im Personenverkehr;
- die Schüler und Studenten die 50-prozentige Ermäßigung im Personennahverkehr, bei Fahrten im Lande an Samstagen, Sonn- und Feiertagen vom 1. Oktober bis zum 30. Juni;
- die Kinder bis zu drei Jahren kostenlose Medikamente;
- die Kinder von Invaliden die 50-prozentige Ermäßigung bei Reisen im Lande;
- Bürger, die auf Grund von Strahlenschäden bei der Katastrophe von Tschernobyl zu Invaliden erster oder zweiter Klasse erklärt wurden, kostenlose Medikamente auf Rezept, kostenlose Fahrten zwischen Wohn- und Behandlungsort, eine 50-prozentige Ermäßigung bei Mieten und kommunalen Dienstleistungen, einen zinslosen Kredit für den Bau von Wohnraum mit Übernahme von 50 Prozent der Rückzahlung durch den Staat.

Diese Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Mit der Beseitigung dieser Vorrechte hat das Regime nicht Bürokraten und hohe Beamte getroffen, die in schicken Dienstwagen umherfahren, sondern jene, die die Metro, die Straßenbahn, Bus und Vorortbahnen benutzen. Millionen Menschen wurde auf diese Weise die Möglichkeit genommen, mit kümmerlichen Löhnen, Renten oder Stipendien ihr Leben zu bestreiten.

Es ist bezeichnend, dass auch die Abgeordneten der sogenannten Kommunistischen Partei Belorusslands für die Abschaffung dieser sozialen Rechte gestimmt haben. Sie nennen sich Kommunisten und haben schnöden Verrat begangen. Wieder einmal haben sie demonstriert, dass die Interessen der einfachen Menschen sie nicht interessieren und es ihnen nur um ihre Parlamentsessel geht. Wären sie der Präsidialadministration nicht treu ergeben, verlören sie automatisch diesen privilegierten Status.

In Belarus werden die von der Verfassung verbrieften Rechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sowie weitere Formen gesellschaftlicher Tätigkeit mit Füßen getreten. Das betrifft auch das Recht auf freie Information. Die linke Zeitung „Towarischtsch“, das auflagenstärkste offiziell registrierte Blatt der linken Opposition, das vom ZK der BPK herausgegeben wird, muss in Russland gedruckt werden. Es ist verboten, die Zeitung an Kiosken zu verkaufen oder im Abonnement zu beziehen.

In Verletzung von Verfassung und Recht lassen die Behörden von Belarus nur die Tätigkeit solcher politischer und gesellschaftlicher Organisationen zu, die direkter Teil der Staatsmaschinerie sind. Alle anderen, darunter auch die Belorussische Partei der Kommunisten, werden diskriminiert und verfolgt.

Besonders hart gehen die staatlichen Behörden gegen unsere Partei vor. Im Jahre 2005 hat das Justizministerium eine groß angelegte Operation zur Liquidierung regionaler



Organisationen der BPK durchgeführt. Auf Weisung von oben haben die Lokalbehörden Bedingungen geschaffen, die es uns unmöglich machen, nicht nur beim Staat, sondern auch bei privaten Besitzern Räume zu mieten.

Bei dem Versuch, die BPK zu vernichten, hat die KP Belorusslands aktiv mitgewirkt. Am 15. Juli 2006 hat sie mit massiver Unterstützung der Behörden einen so genannten „Vereinigungsparteitag von KPB und BPK“ durchgeführt. Das war eine politische Provokation, der groß angelegte Fälschungen zugrunde lagen. Dort wurde lautstark verkündet, ganze Lokalorganisationen der BPK seien zur KPB übergetreten und die BPK existiere nicht mehr. In Wirklichkeit hat keine einzige Organisation der BPK Delegierte für diesen provokatorischen „Parteitag“ gewählt und dorthin entsandt.

Im Herbst 2006 versuchten die Behörden Mitglieder unserer Partei einzeln zum Austritt aus der BPK zu bewegen. Dafür wurden Hunderte Staatsbeamte, Mitarbeiter von Miliz und KGB in Marsch gesetzt. Das war eine massive Verletzung des Rechts, eine massenhafte Straftat. In der übergroßen Mehrzahl haben die Kommunisten sich nicht erpressen lassen und sind der Partei treu geblieben.

Neben der Ausübung individuellen moralischen und psychischen Terrors gegen Parteimitglieder haben die Behörden zielgerichtet versucht, die Minsker Parteioorganisation zu zerschlagen. Das hatte seinen Grund: Nach belorussischem Recht genügt die Tatsache, dass eine politische Partei keine Organisation in der Hauptstadt hat, um diese insgesamt aufzulösen.

Die Gründe für diese erbitterte Verfolgung unserer Partei liegen auf der Hand. Einem Regime, das sich ohne jeden Grund als Interessenvertreter der Werktätigen ausgibt, ist eine kommunistische Partei, die sich nicht zähmen und nicht kaufen lässt, die weiterhin für die Rechte der arbeitenden Menschen einsteht und somit ein Beispiel gibt, dass Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit möglich sind, ein Dorn im Auge. Versuche, die BPK zu diskreditieren, werden auch auf diplomatischen Kanälen unternommen. Damit soll die BPK in den Augen der kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder kompromittiert werden.

Anfang November dieses Jahres planen die Behörden mit Unterstützung der Führung der KP der Russischen Föderation in Minsk eine internationale Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien sowie weiterer linker Parteien anlässlich des 90. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Damit will sich das volksfeindliche Regime, dem linke Ideen zutiefst fremd sind, als Musterbeispiel für einen realen Sozialismus in der Welt hinstellen. Dabei kann man sich eine größere Karikatur auf den Sozialismus wie das gegenwärtige Belarus kaum vorstellen. Die Konferenz wird auch deshalb zur Provokation geraten, weil die kommunistischen und Arbeiterparteien ihre Abgesandten zu einer Feier des Jubiläums der Oktoberrevolution entsenden, in Wirklichkeit aber auf ein Spektakel zur Unterstützung des belorussischen Regimes geraten werden. Wir sind der Meinung, dass der einzige passende Ort für eine solche Veranstaltung zu Ehren der großen Revolution ihre Wiege, die Stadt Leningrad, ist. Daher wollen wir den Parteien, die man zu dieser politischen Propagandashow nach Minsk lockt, auf kameradschaftliche Weise sagen: Jede Unterstützung des volksfeindlichen und antidemokratischen Regimes von Belarus, ob gewollt oder ungewollt, kann nur zu schweren politischen Verlusten führen.

Die Belorussische Partei der Kommunisten hofft auf das Verständnis und die Unterstützung der linken Parteien in der Welt. Wir sind überzeugt, dass Sozialismus ohne Demokratie und Menschenrechte nicht denkbar ist. Unsere Partei wird auch weiterhin internationale Solidarität mit jenen üben, die sich für dieses Ziel in ihren Ländern einsetzen. Sie wird sich aktiv an der internationalen kommunistischen und antiimperialistischen Bewegung beteiligen.

Da wir heute handeln, versuchen wir uns die Zukunft vorzustellen. Wir sehen ein freies demokratisches Belarus. Wir sind überzeugt, dass die Ideen der sozialen Gerechtigkeit und des Sozialismus eines Tages triumphieren werden. Es ist die Aufgabe und die Verantwortung unserer Partei, daran mitzuwirken, dass diese Zeit bald kommt.

Nach Redaktionsschluss traf die Meldung ein, dass das Oberste Gericht von Belarus der BPK für sechs Monate jegliche politische Betätigung untersagt hat. Begründung: Die Partei habe bei der Neuregistrierung einiger Ortsverbände gegen das neue Parteiengesetz verstoßen.

Die Linke in Russland

Von Wolfgang Grabowski, AG Mittel- und Osteuropa

Vorbemerkung

Russlands Linke, oder diejenigen, die sich als solche bezeichnen, stellen ein breites Spektrum der verschiedensten Parteien, Strömungen und Gruppierungen dar. Es reicht von Nationalbolschewiken, Stalinisten, klassischen Marxisten-Leninisten, Neomarxisten bis zu Anarchisten. Sie sind mehr oder weniger organisiert und untereinander stark zerstritten. Zu gemeinsamen Aktionen kommt es kaum, was in den 90er Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Jelzin-Regime schon einmal anders war.

Linke Kräfte sind jedoch auch in den Gewerkschaften, in Hochschulen und Akademie-Instituten, in den vielen gesellschaftlichen Organisationen und NGOs, ja selbst in administrativen Strukturen und deren Bildungseinrichtungen (z. B. in den Akademien zur Aus- und Weiterbildung von Personal für den Staatsapparat und die Parlamente), ja selbst in den kremlnahen Parteien zu finden.

Dabei haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das man als „das Sowjetische“ bezeichnen könnte, wie es Wissenschaftler neuerdings tun. So sehr sich die „Demokraten der ersten Stunde“ und die Anhänger des Westens unter Jelzin auch mühten, alles Sowjetische zu zerstören und aus dem Gedächtnis des Volkes zu tilgen, es ist ihnen nicht gelungen. Im Gegenteil, nach anfänglich weit verbreiteter prowestlicher Euphorie ist die Stimmung auf Grund der katastrophalen Entwicklung in den 90er Jahren, des sich aufbauenden Abgrunds zwischen Arm und Reich, des rücksichtslosen und arroganten Vorgehens der „Sieger“ im Kalten Krieg umgeschlagen und hat die Erinnerung an die Zeit der Sowjetunion wieder aufleben lassen. Das ist sehr differenziert und wird durch westliche Einflüsse, die besonders unter jungen Leuten wirksam sind, relativiert. Dennoch hat sich bei vielen die Ansicht verfestigt, dass man früher besser und trotz der Repressionen insgesamt sicherer gelebt hat. Man trauert dem Verlust der Sowjetunion nach, dem Gefühl, zu



einer Kraft gehört zu haben, die die Welt gestaltet hat. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wird von einer großen Mehrheit immer noch als Tragödie empfunden. Die Auffassung, dass sie nicht untergehen musste, erhält wachsenden Zuspruch. Davon schreibt z. B. Jewgeni Primakow in seinem neuen Buch „Das Minenfeld der Politik“.

Das Phänomen des Sowjetischen umfasst politische Sichten, ein ausgeprägtes Gefühl für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, die Teilhabe aller an kulturellen Errungenschaften, Alltagskultur und mentales Verhalten, Wohlgefallen an Geselligkeit, Gastfreundschaft und kollektivem Leben.

Die Kremelführung nach Jelzin war und ist bestrebt, diese Grundstimmungen zu beachten, was im Land nicht unwesentlich zur Akzeptanz des Präsidenten beigetragen hat, im Westen dagegen zu Argwohn und einer Wiederbelebung des Feindbildes.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Die KPRF ist trotz des Aderlasses der letzten Jahre die stärkste Kraft der Opposition geblieben. Sie besitzt in allen Regionen des Landes tätige Strukturen mit insgesamt etwa 200 000 Mitgliedern. Sie hat 47 der 444 Duma-Sitze inne. Bei den Wahlen zu den Parlamenten von 9 Subjekten der Russischen Föderation am 8. Oktober 2006 erreichten die Vertreter der KP etwa 10 Prozent der Wählerstimmen, sie errang in den 9 Parlamenten 31 Mandate (Einheitliches Russland 244, Partei des Lebens des Präsidenten des Föderationsrates Sergej Mironow 23, Rentnerpartei 19, Rodina 7).

Im Kampf gegen das KPdSU-Verbot und gegen das Jelzin-Regime in den 90er Jahren hatte sich die KP zur stärksten politischen Kraft im Land mit einer Mitgliedschaft von etwa 600 000 entwickelt. Sie verfügte in der Duma und in den Regionen (fast die Hälfte der Gouverneure hatten ein KP-Mandat) über sehr starke Positionen. Sie scharte in der Patriotischen Front eine Vielzahl oppositioneller Kräfte um sich. Sie war in der Lage, dem Kreml Paroli zu bieten. Nicht wenige Diskussionsredner auf dem Parteitag im April 1997 warfen dem Vorsitzenden Sjuganow vor, dass er nicht konsequent genug gegen die Fälschung der Präsidentenwahl von 1996 vorgegangen sei, Jelzin ohne Absprache in der Führung vorschnell zum Wahlsieg gratuliert und den Kampf um die Macht nicht konsequent genug geführt habe. Viele waren damals überzeugt, Sjuganow habe mehr Stimmen als Jelzin erhalten. In seiner Erwiderung auf die Kritik betonte er, die KP und ihre Verbündeten seien weder in der Zentrale, noch auf regionaler Ebene zum Regieren in der Lage. Diese Argumentation wurde schließlich von der Mehrheit akzeptiert.

Die KP hatte ihr Ansehen in dieser Zeit vor allem in der Auseinandersetzung um die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Jelzin-Politik sowie deren Westabhängigkeit mit patriotischen und sozialen Lösungen erreicht. Aber schon damals fiel auf, dass die Partei und ihre Führung in einer rückwärts gewandten, orthodoxen Programmatik verharrten und kaum zeitgemäße Angebote für die aktuellen innen- und außenpolitischen Herausforderungen erarbeiten konnten. Das fiel damals nicht so sehr ins Gewicht, weil sie mit ihrer Anti-Jelzin-Haltung mehr und mehr Bürger ansprechen konnte. Das kulminierte in den Ereignissen von 1998, als die abenteuerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik wie ein Kartenhaus zusammenbrach, und der Kreml sich gezwungen sah, populäre und kompetente Politiker wie Jewgeni Prima-

low mit der Bildung einer Konsolidierungsregierung zu beauftragen, die ihre Aufgabe bravourös löste. Stellvertreter des Premiers war damals der Kommunist und Wirtschaftsfachmann Juri Masljukow, der in der Endphase der Sowjetunion die Staatliche Plankommission geleitet hatte. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 1999/2000 konnte der Kreml nur mit größten Anstrengungen und gestützt auf die Oligarchen samt Gefolgsleuten in den Regionen und im Ausland einen Sieg von Mitte-Links verhindern. Die KP war trotz des kometenhaften Aufstiegs der neuen Kremlpartei Einheitliches Russland stärkste Partei geblieben und hatte in fast allen Duma-Ausschüssen den Vorsitz inne. Der in der Bevölkerung sehr angesehene Ministerpräsident Primakow war lange Zeit als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat im Gespräch.

Auf die mit dem Rücktritt Jelzins folgenden Veränderungen war die KP-Führung nicht vorbereitet. Wladimir Putin sprach nicht wenige Positionen der KP im patriotischen und sozialen Bereich an. Durch ein agiles Vorgehen, vor allem in der Auseinandersetzung mit unbeliebten Oligarchen wie Beresowski und Gussinski, die bisher zu den Hauptstützen der „Kremelfamilie“ gehört hatten, konnte er den Stallgeruch seines Vorgängers bald abwerfen und Rückhalt in der Bevölkerung gewinnen.

Nachdem sich die KPRF zunächst an einer konstruktiven Opposition versucht hatte, schwenkte sie bald auf die Haltung einer totalen Opposition ein, ohne der Bevölkerung plausible, den realen Erfordernissen entsprechende politische Alternativen anzubieten. Die Quittung erhielt die Partei bei den Duma-Wahlen des Jahres 2003, wobei ihre Ausgrenzung durch die Medien durchaus auch ihre Wirkung hatte.

In diesen Wahlen stürzte die KPRF auf 12 Prozent der Stimmen ab. In der Partei rumorte es, und eine schonungslose Aufarbeitung der Ursachen für die Wahlniederlage wurde gefordert. Sjuganow und seine Anhänger in der Parteiführung konnten das jedoch verhindern. Einflussreiche Mitglieder wie Dumapäsident Gennadi Selesnjow, die eine Rückkehr zur konstruktiven Opposition und die Aufgabe realitätsferner Dogmen und Positionen forderten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit dem jungen Wirtschaftswissenschaftler Sergej Glasjew, den viele auch in der KP gern als Kandidaten für die Präsidentenwahlen gesehen hätten, wurde aufgekündigt. Zerstritten und uneinig ging man an die Vorbereitung des turnusmäßigen Parteitages am 3. Juli 2004.

Als klar wurde, dass Sjuganow alles daran setzen wird, die Zügel in der Hand zu behalten und nicht den Weg für einen offenen und konstruktiven Dialog, für eine inhaltliche und personelle Erneuerung freizugeben, rebellierten nicht nur Einzelne, wie in der Vergangenheit, sondern ein nicht geringer Teil von ZK-Mitgliedern und wichtiger regionaler Parteiorganisationen. Leider wurde von diesen nicht die inhaltliche Auseinandersetzung auf einem gemeinsamen Parteitag gesucht, sondern die Abspaltung durch eine eigene, abenteuerliche Veranstaltung mit ähnlich ausgrenzenden Behauptungen. Das wurde von einer Mehrheit, auch von kritisch gestimmten ZK-Mitgliedern abgelehnt. Sie sahen in der entstandenen konfusen Lage keine Alternative zu Sjuganow und den von diesem vorgelegten Parteitagspapieren. Die abgespaltene Partei erhielt keinen nennenswerten Zuspruch und hat ihre Tätigkeit inzwischen eingestellt. Parteiaus-schlüsse im Gefolge der Ereignisse vom 3. Juli verfestigten



das Negativimage der KPRF als einer rückwärts gewandten, nicht erneuerungsfähigen Partei. Die Hauptprobleme blieben ungelöst. Dies sind:

- Die mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft, die Lage in und um Russland realistisch einzuschätzen. Dazu gehört die Bewertung der Veränderungen seit dem Ende der Präsidentschaft Jelzins, das Verhältnis zur Präsidialadministration unter Putin, sowie zu den Macht- und Verwaltungsstrukturen in den Regionen. Die Führung unter Sjuganow hat bisher keine konstruktiven Angebote zu der auch in Russland schwierigen Frage des Verhältnisses von Opposition und Regierungsverantwortung vorgelegt. Gouverneure oder Präsidenten von Regionalparlamenten, die Mitglieder der KP sind/waren oder ihr nahe stehen, wurden vor den Kopf gestoßen, weil sie für ihre Region und deren Bewohner Nützliches leisten wollen und müssen, mit lebensfernen Worthülsen und veralteten Konzepten nichts anfangen können und diese ablehnen. Die gewaltige Potenz der zahlreichen „roten“ oder sympathisierenden Regionalchefs wurde vertan.

- Aus der Analyseschwäche resultierte das Unvermögen, realistische, für die Mehrheit der Bevölkerung verständliche Schlussfolgerungen, Aufgaben und politische Losungen zu formulieren und diese in parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion zur Massenwirksamkeit zu bringen. Die Parteiführung hatte sich im Parlamentarismus verfangen, ihre hauptsächliche Stärke, die keine andere Partei hat, ihre Massenbasis und ihren Organisationsgrad sträflich vernachlässigt. Das trifft auch für die Arbeit in alternativen Bewegungen und besonders unter der Jugend zu. Dem Alterungsprozess der Partei konnte nicht wirksam entgegen getreten werden.

- Die Führung der KPRF erwies sich als unfähig für Dialog und das produktive Austragen von Konflikten. Maßgeblich hat dazu der patriarchalische, unduldsame Führungsstil Genadi Sjuganows beigetragen.

- Schließlich haben die zweifelhaften Arrangements mit Oligarchen (Jukos, Beresowski) und den Rechten im Wahlkampf 2003 der KPRF schweren Schaden zugefügt. Nicht wenige Veteranen verließen daraufhin die Partei.

Eine beachtliche Zahl von Mitgliedern, die sich nicht gänzlich aus der Politik zurückziehen wollten, wechselte in der Folgezeit zu der 1998 gegründeten Partei Rodina (Linksnationalisten) und der Rentnerpartei.

Die KPRF arbeitet mit einigen sich kommunistisch bezeichnenden Splitterparteien und Gruppen zusammen. Die einflussreichste ist die Russische Kommunistische Arbeiterpartei – Revolutionäre Partei der Kommunisten (RKRP – RPK) mit ihrem Vorsitzenden Viktor Tjulkin. Sie hat bei den letzten Dumawahlen mit etwa 2,3 Prozent Stimmen ein beachtliches Ergebnis erreicht. Ihr Einfluss ist vor allem in Petersburg stark. Dort hat auch die von Viktor Anpilow geführte Partei Werktätiges Russland (TR) ihr Hauptbetätigungsfeld. Zusammenarbeit besteht auch mit der Kommunistischen Jugendliga (SKM) und der Roten Jugendavantgarde.

Die Wahlen vom 11. März 2007 in 14 Regionen, die etwa die gleiche niedrige Wahlbeteiligung (39,17%) wie die vorangegangenen Regionalwahlen hatten, verliefen für die KPRF erfolgreich. Nach Einheitliches Russland, das auf 46 Prozent kam, errang sie mit 15,77 Prozent den zweiten Platz vor Gerechtes Russland, das 11,7 Prozent erreichte. Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber den Regionalwahlen von Oktober 2006 oder den Duma-Wahlen von 2003. Besonders

in folgenden Regionen konnte die KP beachtlich zulegen: im Orlower Gebiet (von 16,29% 2003 auf 23,78%), im Omsker Gebiet (von 16,24 auf 22,41%), im Moskauer Gebiet (von 9,68 auf 18,58%), im Murmansk-Gebiet (von 7,44 auf 17,47%), im Leningrader Gebiet (von 9,05 auf 17,05%) und in Petersburg (von 8,48 auf 16,02%). Allein die KPRF konnte bei diesen Wahlen insgesamt ihre absolute Stimmenzahl vergrößern, und zwar um über 45 000. Alle anderen Wähler verloren: die Liberaldemokratische Partei (Shirinowski) – 607 000, Einheitliches Russland – 505 000, die Union der Rechten Kräfte – 125 000. Zu bedenken ist auch, dass der KPRF weitaus weniger finanzielle, mediale und administrative Ressourcen zur Verfügung standen.

Es scheint, als würde die KPRF zur Zeit die Talsohle verlassen. Es zahlt sich aus, dass sie sich wieder konkreter und sichtbarer in die sozialen Auseinandersetzungen einbringt und die Arbeit an der Basis, u. a. mit Gewerkschaften, verstärkt hat. Die Bemühungen, mit Hilfe junger Soziologen und Computerspezialisten die Lage vor Ort zu analysieren und exakter herauszufinden, was die einfachen Bürger bewegt, haben sich offensichtlich ausgezahlt. Man hat sich nicht auf das übliche Parteiengezänk eingelassen, das im Wahlvolk für Überdruß sorgt, sondern eigene Akzente gesetzt, eigene Ansätze für realistische Problemlösungen angeboten. Nicht zu übersehen sind die Bemühungen um Zugang zu Wissenschaft und Wissenschaftlern, für eine unabhängige und besser geförderte Akademie der Wissenschaften. In den Wissenschaftszentren des Moskauer Gebiets schnitt die KPRF bei den letzten Regionalwahlen besonders erfolgreich ab: Im Sternenstädtchen erhielt sie 34 Prozent, in den Ortschaften Shukowski 30 Prozent und Jubilejnij 37 Prozent.

Die KPRF ist verstärkt bemüht, eigene Gesetzesvorlagen ins Parlament einzubringen und mit außerparlamentarischen Aktivitäten zu verbinden. Die Hinwendung zu konstruktiver, realpolitischer Oppositionsarbeit, an der es in den vergangenen Jahren gefehlt hat, was von vielen bemängelt wurde, ist erkennbar. Die Fakten und Bewertungen der jüngsten Regionalwahlen sind dem Bericht des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des ZK der KPRF, Iwan Melnikow, auf dem 9. Plenum vom 24. März 2007 entnommen, der sich in letzter Zeit häufig zu Wort gemeldet hat.

Die Partei Gerechtes Russland

Am 28. Oktober 2006 wurde in Moskau in der Akademie des Staatsdienstes die Partei Gerechtes Russland gegründet. In ihr haben sich die drei Parteien Rodina, die Russische Partei der Rentner und die Russische Partei des Lebens zusammengeschlossen. Zum Parteivorsitzenden wurde der Vorsitzende des Föderationsrates, Sergej Mironow, gewählt. Der ehemalige Chef der Rentnerpartei, Igor Sotow, wurde Sekretär des Zentralrates, der Vorsitzende von Rodina, Alexander Babakow, ein bekannter Großunternehmer und Millionär, Sekretär des Präsidiums des Zentralrats. Die redigierte Satzung von Rodina wurde zur Grundlage der neuen Partei. Präsident Putin hatte eine Grußbotschaft geschickt, in der „die Entscheidung, die Kräfte zu bündeln, um eine Stärkung der demokratischen und sozialen Grundlagen unseres Staates zu erreichen“, hervorgehoben wurde.

Am 26. Februar 2007 fand der 1. Parteitag statt. Die Partei soll eine staatstragende, Mitte-Links-Kraft werden, die sich vor allem um soziale Belange und die Auseinandersetzung mit Ungerechtigkeiten kümmern will. Ein klares politi-



schies Programm konnte nicht erarbeitet werden. Der Vorsitzende der Partei Mironow verkündete populistische Losungen nach sozialer Gerechtigkeit hier und heute und forderte, dass ein Großteil der Mittel aus dem riesigen Stabilitätsfonds (gespeist aus den Importerlösen für Öl und Gas) für soziale Zwecke ausgegeben werden soll. Er erklärte, dass man in Russland Sozialismus aufbauen müsse, und dass er als Verfechter sozialistischer Ideale eine kapitalistische Entwicklung in Russland ablehne.

Dennoch bleibt der Eindruck, dass die neue Partei als Instrument der vom Kreml „gelenkten“ Demokratie funktionieren und durchaus auch als Gegengewicht gegen die die Duma und die regionalen Parlamente beherrschende Partei Einheitliches Russland wirken soll, deren Alleinherrschaft Probleme verursacht und deren Möglichkeiten sich trotz der Ergebnisse bei den letzten Regionalwahlen offensichtlich erschöpfen. Die im Dezember 2007 anstehenden Duma-Wahlen, bei denen keine Direktmandate mehr möglich sind, dürften ein realeres Bild ergeben. Die neue Partei soll Sammelbecken für kritisch gestimmte Kräfte werden und der Parlamentsarbeit Auftrieb geben, von der man in der Bevölkerung nicht viel hält. Sie soll im linken Wählerspektrum fischen und der KP Stimmen abjagen, ähnlich, wie es Rodina schon einmal bei den letzten Duma-Wahlen gelungen war. Hier wiederholt der Kreml ein Manöver mit neuen und alten Kräften. Das dürfte für die KP bei den kommenden Duma-Wahlen ein ernstes Problem werden, wenn sie auch im Moment im Aufwind ist. Bei den Regionalwahlen Anfang Oktober 2006 hatten die drei Bestandteile von Gerechtes Russland noch einen getrennten Wahlkampf geführt und dabei beachtliche Ergebnisse erzielt. Bei den Wahlen in 14 Regionen am 11. März wurden die Erwartungen dagegen nicht erfüllt. Der zweite Platz musste mit deutlichem Abstand der KPRF überlassen werden.

Die Neue Linke

Die Neue Linke ist ein eher lockeres Sammelbecken verschiedener Gruppen. Die neuen Linken betrachten sich als die wahren Linken in Russland und kritisieren alle anderen, vor allem die KPRF, als opportunistisch und angepasst. Es werden Anstrengungen unternommen, um mit autonomen Gewerkschaften zu kooperieren.

Die Neue Linke ist zahlenmäßig schwach. Festgefügte Organisationsformen bestehen nicht. Hauptsächlich wird über das Internet kommuniziert. Die Arbeit ist projektorientiert. Es haben einige Wochenend-Veranstaltungen mit jeweils rund 150 Teilnehmern stattgefunden, die mit dem Treffen von Golyzino im Jahre 2004 begonnen wurden. Hauptakteur war dabei Boris Kargalitzki. Das letzte (vierte) Treffen fand im Juli 2006 anlässlich des G8 Gipfels in Petersburg statt, zugleich als 2. Russisches Sozialforum deklariert. Hier spielte Carine Clement vom Institut für Kollektive Aktion (IKD) neben Kargalitzki eine führende Rolle. Das Treffen war überschattet von einer provokativen Aktion Boris Kargalitzkis und Semjon Shaworonkows von der Anti-Oligarchen-Front (KOFr). Sie hatten ein von niemandem autorisiertes Papier „Sturmwarnung“ vorgelegt, in dem harsche Korruptionsvorwürfe vor allem gegenüber der KPRF und Rodina vorgebracht wurden. Mit dem Papier wurde die langjährige Zusammenarbeit mit dem einflussreichen Jugendfunktionär der KP Ilja Ponomarjow stark beschädigt. Turbulenzen erreichten auch das Moskauer Institut für Probleme der Globalisierung

(IProg), das als Forschungsinstitut und zugleich wichtige inhaltliche Stütze der neuen Linken gilt. Kargalitzki wurde als Direktor abgelöst. Es wird nun von seinem Gründer Michail Deljagin geleitet.

Zu beachten ist die Gruppe um Alexander Busgalin, Professor an der Moskauer Universität. Unter seiner Leitung erscheint die Zeitschrift *Alternativy* mit lesenswerten Beiträgen zu globalen Entwicklungen, zu Fragen des Marxismus und zum Trozismus. Die Gruppe, der etwa 30–40 Intellektuelle hauptsächlich aus dem Hochschulbereich angehören, ist politisch weniger ambitioniert. Ihre Versuche, Kontakt zu Streikenden in Betrieben zu finden, waren wenig erfolgreich.

Russlands Linke und die Globalisierung: Alterglobalisten versus Antiglobalisten

In Russland besteht eine durchaus nennenswerte globalisierungskritische Bewegung, die nicht nur von der Linken getragen wird, sondern auch von konservativen, nationalen bis nationalistischen, klerikal-orthodoxen und sogar antisemitischen Kräften ausgeht.

Zwei Hauptrichtungen und -gruppen sind auszumachen. Das sind zum einen jene, die sich als Alterglobalisten bezeichnen. Sie fühlen sich eher mit der Antiglobalisierungsbewegung des Westens verbunden. Ihre Repräsentanten sind Boris Kargalitzki, Alexander Busgalin, Alla Glintschikowa, Semjon Shaworonkow, die regelmäßig an den Weltsozialforen teilnehmen und dort als Stimme und Gesicht der globalisierungskritischen Bewegung Russlands wahrgenommen werden.

In die zweite Hauptgruppe sind diejenigen Globalisierungsgegner einzureihen, die nationale bis nationalistische Anliegen hervorheben. Sie vereint die Sorge, dass das nationale Kulturerbe der globalisierten Massenkultur geopfert werden könnte. In den Augen der Antiglobalisten versuchen die Alterglobalisten, die Weltprobleme, einschließlich der sozialen, im Rahmen westlicher Wertvorstellungen zu lösen. Diese antiglobalistische Strömung ist sehr komplex. Ihr können Parteifunktionäre wie Gennadij Sjuganow mit seinem Buch *Globalisierung und die Zukunft der Menschheit* (2002), Intellektuelle wie der Kulturphilosoph Alexander Panarin, der Politikphilosoph Sergej Kara-Murza, der Wirtschaftswissenschaftler Michail Deljagin oder der Schriftsteller und Herausgeber Alexander Prochanow, zugeordnet werden.



Der Oktober – für uns, für Russland und für die Welt

Das Volk muss seinen revolutionären Feiertag zurückerhalten.

Russische Intellektuelle zur Oktoberrevolution:

- Prof. Dr. W. G. Arslanow, Kunstwissenschaftler
- Prof. Dr. G. A. Bagaturia, Philosoph
- Prof. Dr. A. W. Busgalin, Ökonom
- Prof. Dr. M. I. Wojejkow, Ökonom
- A. I. Worobjow, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften
- Prof. Dr. A. A. Galkin, Historiker
- Prof. Dr. S. S. Dsarasow, Ökonom
- Dr. L. G. Istjagin, Historiker
- Prof. Dr. W. S. Kelle, Philosoph
- Dr. A. I. Kolganow, Ökonom
- Prof. Dr. W. T. Loginow, Historiker
- Dr. R. A. Medwedew, Historiker
- Prof. Dr. E. N. Rudyk, Ökonom
- Dr. S. L. Serebrjakowa, Historikerin
- Prof. Dr. B. F. Slawin, Philosoph
- Dr. O. N. Smolin, Philosoph, Abgeordneter der Staatsduma
- M. F. Schatrow, Dramatiker

Aus: Moskowskie Nowosti, 1.–7. Juni 2007

Es ist kein Zufall, dass der bevorstehende 90. Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland die Gemüter erregt. Im Oktober 1917 wurde in der Tat die Welt erschüttert, haben sich ihre ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundlagen verändert.

Viele Medien stellen dieses welthistorische Ereignis als einen gewöhnlichen Umsturz dar, der von einem Häuflein Verschwörer und Abenteurer mit Hilfe westlicher Geheimdienste herbeigeführt wurde. Für diese Version wird alles eingesetzt – die offene Lüge, die Verfälschung der Tatsachen, widerwärtiger Tratsch über die Teilnehmer und Führer der Revolution. Immer wieder werden solche von angesehenen Historikern verschiedener Länder längst widerlegten Erfindungen in Umlauf gesetzt, wie: der „Oktoberputsch“ sei von dem „deutschen Agenten“ Lenin und dem „angloamerikanischen Spion“ Trotzki provoziert worden. Hier gerät das russische Volk zum willenlosen Spielball „revolutionärer Extremisten“. Dabei hätte ohne seine entscheidende Rolle die Revolution weder ausbrechen noch siegen können.

Keine Verschwörung, sondern eine soziale Revolution

Zur Oktoberrevolution kam es nicht, weil Verschwörer oder Agenten ausländischer Mächte sie ausgelöst haben. Sie war ein soziales Erdbeben, ein Orkan, ein Tsunami, den keinerlei Appelle hätten in Bewegung setzen können. Sie brach aus, weil die vielfältigen Quellen der Unzufriedenheit des Volkes sich zu einem Strom vereinigten, der alles mit sich fortriss. Diesen Vorgang als Ergebnis einer Verschwörung zu betrachten ist zumindest merkwürdig. Wenn es so gewesen wäre, wie hätte sich dann in kürzester Zeit in diesem riesigen Land anstelle der alten Macht eine neue etablieren können, die das Volk Russlands unterstützte, ja im Bürgerkrieg sogar mit der Waffe in der Hand verteidigte?

Die Kritiker des „Oktoberputsches“ „vergessen“ aus gutem Grund die tiefe Krise, in die die Monarchie und die ihr

nachfolgende Provisorische Regierung Russland gestürzt hatten. Verblendet von der Devise „Krieg bis zum siegreichen Ende!“, wollte der Staat die wahren Nöte des Volkes nicht sehen. Die genannten Kritiker wollen auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Monarchie vor der Revolution sichtbar zerfiel, was die zahllosen Intrigen und Konflikte am Zarenhof, die Niederlagen an der Front sowie die schließliche Abdankung des Zaren und Oberkommandierenden der russischen Armee, Nikolaus II., eindeutig belegen. Auch die der Monarchie nachfolgende bürgerliche Regierung erwies sich als unfähig, die Probleme der Zeit zu lösen – den Krieg zu beenden und den Bauern Land zu geben.

Der Oktober 1917 war der Höhepunkt der großen sozialen Revolution im Russland des 20. Jahrhunderts. An ihre Spitze traten revolutionäre Sozialdemokraten, die früher als andere die Nöte und Sehnsüchte der einfachen Menschen, die schwerwiegenden Probleme der russischen Gesellschaft erkannten, deren Lösung zur Jahrhundertwende anstand. Die Hauptrolle spielten Wladimir Uljanow (Lenin) und seine engsten Mitkämpfer. Keiner der Führer der Oktoberrevolution war ohne Fehl und Tadel. Aber sie dürfen weder vergöttert noch dämonisiert werden. Die böswilligen Verleumdungen, die man heute gegen sie vorbringt, entbehren jeder realen Grundlage. Sie hatten keine anderen Auftraggeber als ihre eigenen revolutionären Ideale. Irdische Verführungen wie Geld und andere Attribute bürgerlichen Wohlstandes waren für sie ohne Bedeutung. Für sie galt allein das Maß selbstlosen Einsatzes für die Freiheit und das Glück der Unterdrückten und Notleidenden.

Revolutionen sind nicht nur Gewaltakte

Die Oktoberrevolution wird nicht selten ein „gewaltsamer Umsturz“ genannt. Dabei liefen die Ereignisse in Petrograd fast ohne Opfer ab. Wir sind beileibe keine Verfechter von Gewalt, halten sie aber in bestimmten Stadien der historischen Entwicklung angesichts der Antagonismen, die zwischen Klassen und Nationen entstehen können, für unvermeidlich. Dann kommt es häufig zu Gewalt, was die bürgerlichen Revolutionen in den Niederlanden, in England oder Frankreich gezeigt haben. Auch die Abschaffung der Sklaverei in den USA war vom amerikanischen Bürgerkrieg, dem größten Blutvergießen des 19. Jahrhunderts, begleitet. Beim Niedergang des Feudalismus in Russland gab es ebenso Kriege und Revolutionen.

Zu all diesen Erscheinungen kam es nicht, weil politische Intriganten ihr Spiel trieben, sondern weil das bestehende System in eine Krise geraten war und seine chronischen Probleme nicht mehr auf evolutionärem Wege gelöst werden konnten. Gewaltsame Revolutionen entstehen unter besonderen Bedingungen, wenn die herrschenden Klassen bei dem Streben nach Reichtum und Erhalt ihrer Privilegien das Wohlergehen des Volkes vollkommen missachten. Dann haben die besitzlosen Klassen keine andere Wahl, als ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das lehrt uns die große russische Revolution des 20. Jahrhunderts.

Zugleich beschränkt sich die soziale Revolution nicht auf Gewalt, schon gar nicht auf den Einsatz von Waffen. Ihr Endziel besteht darin, eine neue Welt aufzubauen, bessere Bedingungen für das Leben aller Menschen, nicht nur der Spitzen der Gesellschaft, zu schaffen. In diesem Sinne sind Revolutionen in der Tat Lokomotiven der Geschichte, die deren Gang beschleunigen.



Was hat die Oktoberrevolution gebracht?

In der Geschichte vieler Länder hat es zahlreiche Aktionen der Werktätigen gegen den Kapitalismus gegeben. Aber nur in unserem Lande haben sie ein so umfassendes Ausmaß angenommen. Dadurch wurde Russland im 20. Jahrhundert zum Epizentrum der globalen Entwicklung, in dem sich alle Grundprobleme der damaligen Welt bündelten und der Ausgang der Krankheit entschieden wurde, an der der Kapitalismus vor allem litt – der Konfrontation von Arbeit und Kapital. Die russischen Arbeiter bewiesen den Willen und die Entschlossenheit, den Konflikt zu lösen. Sie stürzten den Kapitalismus und vollzogen den Übergang zu einem progressiveren Gesellschaftssystem, dem Sozialismus. Im Gefolge der Pariser Kommune brachte die Oktoberrevolution die untersten Schichten der Gesellschaft zur Macht – die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz, die deren Interessen Ausdruck verlieh. Sie errichtete die Sowjets als demokratischste Form der politischen Macht, die dem vom Krieg zermürbten Volk den lang ersehnten Frieden, Boden und die Chance auf nationale Selbstbestimmung brachte.

Die Revolution brachte Millionen Werktätige zu gesellschaftlichem Handeln und bewies damit anschaulich, dass nicht nur die Elite Subjekt der Geschichte werden kann. Im Ergebnis der Oktoberrevolution bildeten sich zwei gegensätzliche Gesellschaftssysteme heraus, was die weitere Entwicklung der Menschheit wesentlich bestimmte. Unter dem Einfluss dieses Ereignisses entstand die nationale Befreiungsbewegung, begann das System des Kapitalismus sich selbst zu reformieren. Als eine Auswirkung der russischen Revolution kam es schließlich zum Zerfall der Kolonialreiche, zum Sturz lange überlebter Monarchien.

Die Oktoberrevolution brachte eine über den Nationen und Konfessionen stehende einigende Idee hervor – die Idee der sozialen Befreiung und Gerechtigkeit. Auf dieser Grundlage entstand erstmalig in der Geschichte ein freiwilliger Zusammenschluss gleichberechtigter Völker – die UdSSR. Die vom Oktober 1917 ausgehenden Ideen und Aktionen entsprachen dem, wonach viele Titanen von Wissenschaft und Kunst strebten – Timirjasew und Wernadski, Platonow und Majakowski, Scholochow und Eisenstein. Der vom Oktober eingeschlagene Weg in eine sozialistische Zukunft fand seinerzeit die aktive Unterstützung so bedeutender Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts wie George Bernard Shaw, Picasso, Einstein und Ziolkowski.

Die sowjetische Geschichte hat viele Seiten

Mit dem Oktober 1917 beginnt die sowjetische Geschichte. Das war kein Spaziergang über den Newski-Prospekt. Es ist eine Geschichte großer Errungenschaften und schrecklicher Tragödien. Wir wissen, dass nach dem friedlichen Übergang zur Macht der Werktätigen in den meisten Gouvernements Russlands ein blutiger Bürgerkrieg ausbrach, der von ausländischer Intervention, „weißem“ und „rotem“ Terror begleitet war.

Da keinerlei historische Erfahrungen vorlagen, unterliefen der Sowjetmacht viele Fehler. Einer war die Politik des „Kriegskommunismus“, die das Land in eine Krise stürzte. Es ist den Bolschewiki zu danken, dass dieser Kurs bald aufgegeben und die Neue Ökonomische Politik eingeleitet wurde, der erste Fall in der Geschichte, da man Elemente von Sozialismus und Kapitalismus erfolgreich miteinander verband.

Vieles davon ist später von einigen europäischen Ländern übernommen worden und ist heute in China zu erkennen. Mit der NÖP gelang es, die Wunden des Krieges in kürzester Frist zu heilen. Die russische Wirtschaft erreichte bald wieder das Niveau der Vorkriegszeit. Gestützt auf die Erfahrungen und die Bedeutung der NÖP arbeitete Lenin einen Plan für die weitere Entwicklung des Sowjetstaates aus, der radikale ökonomische und politische Veränderungen im Lande vorsah. Deren Ziel war vor allem ein Durchbruch bei der Entwicklung von Energiewirtschaft, Kultur und Bildung, Bereichen, die nicht nur für das 20. Jahrhundert entscheidende Bedeutung erlangen sollten, sondern diese auch im 21. Jahrhundert noch besitzen. Für diese Umwälzung musste das politische System demokratisiert, mussten Arbeiter an die Leitung des Staates herangeführt, musste die Partei erneuert werden. Dazu gehörte auch die Absetzung Stalins von der Funktion des Generalsekretärs der Partei, da seine mangelnde Loyalität, seine Brutalität und sein Machtmissbrauch bereits damals sichtbar wurden.

Diese Vorhaben sollten jedoch nicht Realität werden. Das nach Lenins Tod entstehende Machtregime verkündete zwar weiterhin den Sozialismus als Ziel, unternahm aber vieles, was dem widersprach. So wurden die von der Revolution verkündeten politischen Freiheiten der Bürger wieder abgeschafft. Industrialisierung und gewaltsame Kollektivierung forderten einen all zu hohen Preis. Die Volksherrschaft der ersten Jahre der Revolution entartete zur Herrschaft der Bürokratie und ihres Führers Stalin. Die Massenrepressalien der Stalinzeit, die Verletzung der Rechte von Menschen und ganzen Völkern in der UdSSR sind für uns Verbrechen. Sie haben die Ideale der Revolution und des Sozialismus diskreditiert. Wir sind uns all dieser Tatsachen bewusst, können aber die pseudowissenschaftliche Lüge und das einseitige Trommelfeuer der Propaganda gegen die gesamte sowjetische Geschichte nicht akzeptieren. Diese hatte viele Seiten: In ihr rangen demokratische und bürokratische Tendenzen miteinander und wechselten einander ab. Auf die Freiheit der NÖP folgte der Stalinsche Totalitarismus und auf diesen das von Chruschtschow eingeleitete „Taufwetter“. Der Autoritarismus Breschnews wurde schließlich von der Perestroika abgelöst, die die Errichtung eines humanen, demokratischen Sozialismus verkündete.

Kein Land hat eine unumstrittene Geschichte. Die grausamen Kolonialkriege Großbritanniens und Frankreichs oder die Sklavenhalterei in den USA dürften kaum besser gewesen sein als der sowjetische Gulag. Das hat aber nie ausgeschlossen, dass es in diesen Ländern auch soziale und kulturelle Errungenschaften gab. Warum spricht man derartige Errungenschaften dem sowjetischen Volk ab, das den Faschismus besiegt, eine einmalige Kultur und Literatur geschaffen, soziale Sicherheit für alle gebracht und der Menschheit den Weg in den Weltraum gebahnt hat? Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Oktoberrevolution eine bis zu dieser Zeit nicht gekannte kreative Energie in der Gesellschaft freisetzte, viele Ideen des Internationalismus realisierte und die früheren Unterschichten der russischen Gesellschaft zu den Höhen der nationalen und der Weltkultur führte. Auch der Enthusiasmus der Massen, die sich die neuesten Ergebnisse von Wissenschaft und Technik zu eigen machten, darf nicht aus der sowjetischen Geschichte gestrichen werden. Er ist Ausdruck von revolutionärer Romantik und Heldentum, die Millionen sowjetischer Menschen ergriffen.



Warum das sowjetische Modell scheiterte

Wenn wir auch zum Wesen der in der UdSSR entstandenen Gesellschaftsordnung verschiedener Meinung sind, stimmen wir doch darin überein, dass eine Gesellschaft, die den Sozialismus errichten will, früher oder später scheitern muss, wenn sie die von der Oktoberrevolution hervorgebrachten Prinzipien der Volksherrschaft, des Internationalismus, der Gerechtigkeit und des Humanismus missachtet oder aufgibt.

Das totalitäre Regime legte der Initiative der Menschen Fesseln an, was das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft wesentlich behinderte. Warenmangel war ihr ständiger Begleiter. So konnte das Lebensniveau der Werktätigen nicht dem der entwickelten Länder der Welt angenähert werden, was eine wesentliche Ursache dafür ist, dass die Sowjetmacht zusammenbrach. Eine zweite Ursache ist darin zu sehen, dass es an realer Demokratie in Politik und Wirtschaft fehlte, was sich angesichts der weltweiten Revolution in Technologie und Information besonders verheerend auswirkte. Die bürokratische Macht entfremdete sich völlig von den Werktätigen. Der Versuch, dies durch die Perestroika zu verändern, führte nicht zum gewünschten Ergebnis. Dadurch kam es zum Niedergang der KPdSU und der Sowjetmacht, was von bestimmten politischen Kräften dafür genutzt wurde, die UdSSR aufzulösen und Russland auf den Weg eines wild wuchernden oligarchischen Kapitalismus zu führen. Massenarbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard des Volkes, eine tiefe soziale Spaltung der Gesellschaft, wuchernder Nationalismus und steigende Kriminalität sind die Folgen.

Das Scheitern des sowjetischen Gesellschaftsmodells bedeutet nicht, dass die Ideale der Oktoberrevolution falsch waren. Wie die Ideen des Christentums nicht für die Praxis der Inquisition verantwortlich gemacht werden können, bedeutet auch der Stalinsche Totalitarismus kein Ende der Ideale der Revolution. Das historische Ziel des Sozialismus ist nicht in einem Anlauf zu erreichen. Schon wächst eine neue Generation heran, die den Kapitalismus als System nicht akzeptiert. Wir haben allen Grund zu der Hoffnung, dass sie den Idealen der Oktoberrevolution neues Leben einhauchen wird.

Was macht die Größe des heutigen Russlands aus?

Den Ideen der Oktoberrevolution folgten nicht nur proletarische Internationalisten sondern auch Anhänger der Stärkung und Entwicklung Russlands als Großmacht. Diese Ideale bereiteten auch jenen den Weg, die die nationale Kultur Russlands in andere Länder tragen wollten, die als Patrioten bereit waren, das Sowjetland vor jedem Aggressor zu schützen. Das zeigte sich besonders augenfällig im Großen Vaterländischen Krieg, wo die Souveränität der UdSSR und die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt wurden.

Die Revolution bewies die Standhaftigkeit des russischen Volkes, das einen alternativen Entwicklungsweg zum Kapitalismus eingeschlagen hatte. Diesen Vorgang als eine Verschwörung von Extremisten hinzustellen ist auch deshalb gefährlich, weil es einer antirussischen Geschichtsbetrachtung Vorschub leistet, wonach Russland so unberechenbar sei, dass es eine permanente Gefahr für die Welt darstelle. Von Russland, so behaupten gewisse Kreise, sei nur Unheil zu erwarten, weshalb man es an die Kandare nehmen und kontrollieren müsse, seine Naturschätze, seine energetischen und geistigen Ressourcen ausbeuten dürfe.

Das Russland von heute sollte derartige provokatorische Erklärungen nüchtern betrachten und unerschütterlich seinen Weg gehen. Russland beweist nicht dadurch Größe, dass es ausländische Muster blind nachahmt, aber auch nicht dadurch, dass es sich in nationalem Hochmut gegenüber anderen Völkern erhebt. Russlands Größe liegt in der Nutzung der Talente und der kreativen Kraft seines Volkes, im Erwerb des Wissens und der Erfahrungen der Weltzivilisation und -kultur.

Nur wenn Russland die Armut und die tiefe soziale Teilung der Gesellschaft überwindet, das Leben seiner Bürger wesentlich verbessert, ihre sozialen und demokratischen Rechte tatsächlich erweitert und dafür alles Gute aus seiner eigenen Geschichte nutzt, wird es wieder zu einer starken Macht werden, die ihre Gegner ernst nehmen müssen.

Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution ist kaum zu überschätzen. Ihre positiven Folgen sind offensichtlich. Ein Drittel der Menschheit ist eine Zeitlang auf dem Weg vorangeschritten, den sie gebahnt hat. Viele Länder folgen ihm noch heute und ziehen dabei Lehren aus den Niederlagen und Tragödien der Vergangenheit. Die Oktoberrevolution hat bewiesen, dass eine andere, eine gerechtere Welt möglich ist. Diese ist heute das Ziel der verschiedensten sozialen und politischen Kräfte, Länder und Völker. Davon zeugt die neue Welle revolutionärer Umwälzungen in einigen Ländern Lateinamerikas und Asiens.

Die Oktoberrevolution war und bleibt unser Schicksal, ein wichtiger Teil der Geschichte Russlands, von dem wir uns nicht lossagen können. Fehler hat es überall und zu allen Zeiten gegeben. Keine der großen Revolutionen der Vergangenheit ist frei davon. Trotzdem werden die Jahrestage dieser Revolutionen in allen Ländern offiziell begangen. Nur in Russland nicht. Hier wird die revolutionäre Vergangenheit schwarz in schwarz gemalt.

Am Vorabend des 90. Jahrestages der Oktoberrevolution erheben wir unsere Stimme gegen diese Praxis. Das Volk muss seinen revolutionären Feiertag und die Wahrheit über den Oktober zurückerhalten. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in einem Lande leben, das seine große Revolution erlebt hat. Auf sie können und müssen wir stolz sein.



Politische Resolution der Nationalleitung der Partei der Werktätigen (PT – Brasilien)

*Beschlossen auf ihrer Tagung am 20./21. April 2007
zur Vorbereitung des III. Parteitages vom 31. August bis
2. September 2007 in São Paulo (gerinfügig gekürzt)*

Die Wiederwahl Lulas im Oktober 2006 hat eine neue Lage im Lande geschaffen. Diese ist wie bisher geprägt von der Konfrontation zwischen den fortschrittlichen, linken Kräften einerseits und den konservativen, neoliberalen Kräften andererseits. Aber zur Situation von 2002 gibt es zwei wichtige Unterschiede:

Erstens bestehen heute im Unterschied zu der im Oktober 2002 eröffneten Periode günstigere Bedingungen (international, innenpolitisch, wirtschaftlich und auf Verwaltungsebene) für die fortschrittlichen und linken Kräfte, ihr Programm umzusetzen. Zugleich verfügen diese Kräfte nicht über einen unstrittigen Präsidentschaftskandidaten, was die Erwartungen der Konservativen und Neoliberalen nährt, im Jahre 2010 die Regierungsmacht zurückerobern zu können.

Die Regierung, die Kräfte der Regierungskoalition und die PT stehen vor der Aufgabe, die bestehenden Bedingungen so gut wie möglich zu nutzen, um das Konzept umzusetzen, das in den Wahlen von 2006, vor allem im zweiten Wahlgang, gesiegt hat. Die Ankündigung des „Programms für die Beschleunigung des Wachstums“ (PAC), das Programm für die Entwicklung des Bildungswesens, die Schaffung eines öffentlichen Fernsehnetzes, die politische Reform und die Erweiterung der lateinamerikanischen Integration – all das sind wichtige Teile dieses Konzepts.

Die administrativen Erfolge der Regierung schaffen allein nicht die Voraussetzungen für die Kontinuität einer demokratischen und volksnahen Politik. Es ist notwendig, die PT zu stärken, das Lager der demokratischen und Volkskräfte, das aus linken Parteien und sozialen Bewegungen zusammengesetzt ist, wiederaufzubauen und die notwendige Taktik für die nächsten Wahlen zu definieren.

Da ein Kandidat für die Wahlen von 2010 noch nicht feststeht, wird der Wettbewerb zwischen den Parteien und Persönlichkeiten der Regierungskoalition angeheizt. Ein Beispiel dafür war die Wahl des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, in der zwei Abgeordnete aus der Unterstützungsbasis der Regierung, ein Vertreter der PT und ein kommunistischer Kandidat, gegeneinander antraten und beide Unterstützung von Teilen der Mitte und der Rechten erhielten.

Kurz vor der Wahl von Arlindo Chinaglia zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung hatte die Regierung bereits den Plan für die Beschleunigung des Wachstums vorgelegt und damit bestätigt, dass in der zweiten Amtszeit von Lula der Schwerpunkt auf Entwicklung liegen soll. Das Programm für Investitionen und Maßnahmen im Bildungswesen wird später offiziell verkündet werden.

Vor der Regierung und den Koalitionsparteien steht die Aufgabe, das PAC, die Maßnahmen im Bildungswesen und weitere Sozialmaßnahmen auf legislativer und administrativer Ebene auf den Weg zu bringen. Der PT und den Linksparteien kommt es zu, dafür zu kämpfen, dass das PAC bei Erweiterung der nachhaltigen staatlichen Umweltpolitik zu Entwicklungsergebnissen führt, die mit politischer Demokrati-

sierung, nationaler Souveränität und kontinentaler Integration einher gehen. Mit anderen Worten, die PT muss weiter daran arbeiten, dass Lulas zweite Amtszeit den politischen Zielen gerecht wird, die das Volk in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen bestätigt hat.

Positive Ergebnisse des PAC können verschiedenen politischen Kreisen und sozialen Schichten zugute kommen. Deshalb werden die politischen Wirkungen des PAC sowohl von der politisch-ideologischen Auseinandersetzung über seine Ziele abhängen als auch vom politischen und sozialen Kampf darum, wer von ihnen profitieren soll. Die PT wird den Dialog mit den Schichten des Volkes suchen, die direkt oder indirekt vom PAC betroffen sind oder begünstigt werden. Mit dieser Absicht wird sich die PT politisch in den „Karawanen für Bildung“ engagieren und danach streben, ihre Mitglieder und die Gesellschaft zur Verteidigung eines qualitativ hochstehenden öffentlichen Bildungssystems zu mobilisieren. Die Bildungspolitik der Regierung Lula, besonders ausgehend vom Programm für die Entwicklung des Bildungswesens, wird ein wichtiges Instrument zur Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft im Kampf gegen die Privatisierungslogik in der Bildung sein.

Der strategische Erfolg des zweiten Mandats von Lula, die Frage, ob das demokratische Volksprojekt fortgeführt werden kann, wird von verschiedenen Faktoren abhängen: der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Projekten für Brasilien, dem Wiederaufbau des Lagers der demokratischen und Volkskräfte, der Stärkung der PT, der richtigen Kombination von sozialer und institutioneller Regierungsfähigkeit. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, entspricht die Zusammensetzung der zweiten Regierung Lula im Wesentlichen dem Kräfteverhältnis im Nationalkongress, berücksichtigt aber nicht gebührend die anderen Faktoren, wie die soziale Regierbarkeit und die Übereinstimmung mit der Bewegung, die im zweiten Wahlgang entstanden ist.

Die PT ist daran interessiert, dass die Beziehungen zu den Parteien der Koalition so weit wie möglich eine institutionelle Basis haben. Aber das darf nicht zu Verzögerungen bei der Zusammenstellung des Kabinetts führen, die von bestimmten Sektoren ausgenutzt wird, um die PT zu verschleißen. In der Regierungskoalition müssen wir der Wiederherstellung des demokratischen und das Volk vertretenden Lagers die größte Bedeutung beimessen und den ständigen Dialog mit der PSB (Sozialistische Partei) und der PCdoB (Kommunistische Partei) führen. Man muss darauf hinweisen, dass die Regierungskoalition mit dem demokratischen und das Volk vertretenden Block (PCdoB, PSB, PDT, PV, PMN) nicht identisch ist, mit dem wir traditionell zu Wahlen in den Staaten und Kommunen antreten.

Nachdem die Besetzung der Ministerien abgeschlossen ist, steht die PT vor der Aufgabe, für den Erfolg der zweiten Regierung Lula zu sorgen, besonders für den Erfolg der Bereiche, die von PT-Mitgliedern geführt werden. Das bedeutet auch, dass wir diese Genossen periodisch zur Rechenschaftslegung über ihre Tätigkeit vor den Instanzen der Partei auffordern.

Die Partei muss das Zusammenwirken mit den übrigen Kräften der Koalition stets gegen den Erhalt und die Ausweitung der Spielräume der PT abwägen. Fortzusetzen ist der Dialog mit Präsident Lula über die Bestimmung des Charakters der zweiten Amtszeit und ein angemessenes Verhältnis zwischen Regierung und Partei.



Wir bestätigen frühere Beschlüsse der Nationalleitung über die Zusammensetzung der Regierung in den Bereichen Sozialpolitik, Wirtschaft und Kommunikation. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Gesamtheit der PT in adäquater Weise an der Regierung beteiligt sein soll. Wir bekräftigen schließlich unsere Meinung über den strategischen Charakter des Ministeriums für Verteidigung und die Notwendigkeit, es mit der politischen Kraft und den administrativen Mitteln auszustatten, dass es seine Rolle adäquat spielen kann.

Krise des Luftverkehrs: die Probleme lösen und der Opposition entgegenzutreten

Die Krise des Luftverkehrs hat gezeigt, wie brisant eine Mischung von Wirtschaftswachstum und Mängeln in der Infrastruktur sowie der Leitungstätigkeit der institutionellen Ebene werden kann. Sie hat offenbar gemacht, dass die Regierung nicht in der Lage ist, Krisen zu bewältigen und mögliche Engpässe vorherzusehen. Die PT tritt für die Entmilitarisierung des Flugwesens ein. Die zivile Kontrolle des Luftverkehrs ist mit den Erfordernissen der nationalen Verteidigung durchaus vereinbar. Wir sind der Meinung, dass die zivile Kontrolle, wie alle internationalen Erfahrungen zeigen, auch dazu beiträgt, die zivilen Behörden in der Person des Präsidenten und seines Verteidigungsministers gegenüber den Streitkräften zu stärken. Die Provokationen reaktionärer Kräfte unter dem Dach der Streitkräfte und einiger Medien müssen von der Regierung mit Entschlossenheit zurückgewiesen werden. Wir akzeptieren nicht den Standpunkt, dass das Land zwischen militärischer Hierarchie, Rechten der Werktätigen und ziviler Autorität zu wählen habe. Die Vorschläge zur Privatisierung der staatlichen Flughafengesellschaft Infraero lehnen wir ab.

Ein gutes Funktionieren des Flugwesens hängt davon ab, dass wir die Rechte der zivilen Behörden, mehr Investitionen, die Qualifizierung der Geschäftsführung, Kontrolle der Tätigkeit der privaten Unternehmen, die Rechte der Werktätigen und die Zusammenarbeit mit der Luftwaffe in ein richtiges Verhältnis zueinander bringen. Die Opposition, die die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Krise in der Luftfahrt verlangt, will damit eine ähnliche Situation schaffen wie im Jahre 2005. Deshalb müssen Regierung und Koalitionsparteien sich der Opposition entgegenstellen, die bereits eingeleiteten Untersuchungen beschleunigen und vor allem eine radikale Veränderung in der Arbeitsweise von Infraero herbeiführen.

Notwendig ist eine geschlossene Front gegen die Rechte, der es nicht um eine sachliche Diskussion und um Lösungen für die Probleme der Kontrolle des Luftverkehrs geht, sondern darum, mit den Untersuchungen des Ausschusses die Regierung Lula zu schwächen und für die 2008 und 2010 anstehenden Wahlkämpfe Kräfte zu sammeln. Dieses Ziel verfolgen sowohl die PSDB (Sozialdemokratische Partei) als auch die PFL/DEM (Liberale), wenn auch mit unterschiedlicher Taktik. Auch deshalb muss die PT eine feste Haltung gegenüber den Gouverneuren von der Opposition, besonders denen der PSDB, einnehmen.

Die PT steht in entschiedener Opposition gegen die konservativen und neoliberalen Gouverneure, vor allem der Staaten Minas Gerais, Rio Grande do Sul und São Paulo. Wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten, so beim Tarifstreit von Yeda Crusius und beim tragischen Einsturz der Metro in

der Stadt São Paulo gezeigt hat, können die Gouverneure der Opposition mit der Komplizenschaft der großen Massenmedien und konservativer Vertreter der Justiz rechnen. Die Probleme, vor denen diese Staatenregierungen stehen, ergeben sich aus ihren politischen Projekten. Die institutionellen Beziehungen, die unsere Bundesregierung zu den Regierungen der Opposition unterhält, müssen mit einer hoch wirksamen Konfrontation auf Parteiebene verbunden werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bedeutende Teile der Opposition einen konservativen Diskurs bevorzugen, der zuweilen die Mehrheit der Bevölkerung gewinnt, wie es beim Referendum über den freien Verkauf von Feuerwaffen der Fall war und in der gegenwärtigen Debatte zu Themen wie Todesstrafe, Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, Abtreibung und Glaubwürdigkeit der Institutionen offenbar wieder geschieht. Verwirrend wirkt auf die Opposition die anhaltend hohe Popularität der Regierung und des Präsidenten. Diese setzt sich jedoch nicht automatisch in Wählerstimmen für die PT bei den nächsten Wahlen um.

Bedeutung erlangt die Fähigkeit der PT, sich als Zentrum für die Formulierung der Politik auf den verschiedenen Gebieten und strategischer Orientierungen für die Regierung zu erweisen. Das ist die Hauptform und die angemessene Weise, Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese ihre Arbeitsweise beschleunigt, das Wirtschaftswachstum steigert und den Zugang immer breiterer Schichten der Bevölkerung zu den öffentlichen Angelegenheiten gewährleistet. Auch deshalb, weil trotz allem, was wir in der ersten Amtszeit geleistet haben, die Krise und die soziale Ungleichheit weiterhin tief sind.

In diesem Sinne bekräftigt die PT die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer deutlichen Absenkung des Zinssatzes. Sie bekräftigt auch die Notwendigkeit, den Index der Produktivität (in der Landwirtschaft) zu aktualisieren, der auf die Agrarreform Einfluss hat (es handelt sich um Kennziffern, die darüber entscheiden, ob ein Landgut als unproduktiv eingestuft wird und damit für die Enteignung in Frage kommt – d. Ü.).

Der Kampf um die Hegemonie bei der Entwicklung eines demokratischen Gesellschaftsprojekts im Interesse des Volkes hat in der Agrarreform einen seiner Grundpfeiler. Die Demokratisierung des Landbesitzes und die agro-industrielle Entwicklung der Ansiedlungszentren fördern die Wertsteigerung und schaffen die praktischen Voraussetzungen dafür, dass die bäuerliche Familienwirtschaft die Kombination von Ernährungssouveränität und Produktion von nichtumweltschädlichen Treibstoffen, wie Äthanol und Biodiesel, garantieren kann und so ihre Überlegenheit gegenüber Agrobusiness und Monokultur beweist.

Bedeutung gewinnt schließlich auch die Tätigkeit unserer parlamentarischen Fraktionen sowohl für die Verteidigung früherer Maßnahmen wie der Steuerreform als auch für die Absicherung der Regierungsmehrheit in der Abgeordnetenkammer und unseres Einflusses im Senat. Dafür sind Maßnahmen zur Realisierung des PAC, des Entwicklungsplans für das Bildungswesen und der politischen Reform im Interesse von Regierung und Gesellschaft erforderlich.

Die politische Reform im Jahre 2007 verabschieden

Die Debatte über die politische Reform darf nicht auf den Nationalkongress und die Spitzen der Parteien beschränkt bleiben, sondern muss in die ganze Gesellschaft getragen werden, damit eine breite, demokratische und partizipative



politische Reform zustande kommt, die sich nicht allein auf eine Reform des Wahlsystems beschränkt. Die Staatsmacht als solche, die Form, wie sie ausgeübt und kontrolliert wird, muss reformiert werden. Dafür ist die Stärkung von Mechanismen der direkten Demokratie wie Plebiszite, Referenden und Volksinitiativen sowie die Weiterentwicklung der Mechanismen der partizipativen Demokratie und gesellschaftlichen Kontrolle von grundlegender Bedeutung. Wir bekräftigen auch die historische Position der PT gegen die Zulässigkeit der Wiederwahl. Die Politische Reform muss auch die Demokratisierung der Information und Kommunikation sowie mehr Transparenz und Kontrolle der Justiz einschließen.

Die PT übernimmt die politische Verantwortung, diese Fragen mit ihren Führern, Abgeordneten und Mitgliedern zu erörtern und diese darauf zu orientieren, die Vervollkommnung der repräsentativen Demokratie und des Wahlsystems zu unterstützen, die kurz vor der Abstimmung im Kongress steht. Ebenso wird die PT den Dialog zu diesen Fragen einschließlich der Sperrklausel mit der PCdoB, der PSB und der PDT suchen.

Ohne andere wichtige Veränderungen zur Festigung der Demokratie in Brasilien zu vernachlässigen, werden wir uns für die unverzügliche Einführung der öffentlichen Finanzierung der Wahlkämpfe, die Abstimmung nach Kandidatenlisten der Parteien bei Sicherung der Geschlechterquotierung von Frauen und Männern, für die Beendigung der proportionalen Koalitionen, für die Möglichkeit von Parteienbündnissen und die Festlegung von strengen Kriterien für die Parteitreu als wichtige Elemente für die Erweiterung der Demokratie und Verbesserung des brasilianischen Wahlsystems einsetzen.

Die repräsentative Demokratie in Brasilien steckt in einer ihrer schlimmsten Krisen, die gekennzeichnet ist von Illegitimität, Diskreditierung, Demoralisierung der Legislative, Vertrauensbruch und Zerstörung der Möglichkeit stabiler und dauerhafter Vereinbarungen und Kompromisse. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit zur Selbstkritik und zur Überwindung der jüngsten Fehler gibt, dann ist es die Auseinandersetzung in den brasilianischen Parteien über die politische Reform. Die wichtigsten Veränderungen, die in dem entsprechenden Gesetzentwurf vorgesehen sind, können in vier Punkten zusammengefasst werden:

Erstens, Kandidatenlisten der Parteien und Abschaffung der Möglichkeit, für einzelne Personen auf der Liste zu stimmen. Über die Aufstellung der Kandidatenliste entscheidet jede Partei selbst. Wenn diese auf Treffen oder Konventen der Partei bestätigt werden, entsprechen sie dem Kräfteverhältnis ihrer Strömungen und Tendenzen und sind Ausdruck der innerparteilichen Demokratie. Damit könnte auch auf die Tatsache Einfluss genommen werden, dass der Anteil der Frauen im nationalen Parlament nicht einmal 5 Prozent beträgt, obwohl sie über die Hälfte der Bevölkerung stellen. Geschlechterquotierte Parteienlisten könnten es ermöglichen, mit diesem Rückstand Schluss zu machen und objektive Kriterien für die Wahl von Frauen als Abgeordnete zu schaffen. Die gewählten Vertretungen wären somit repräsentativer für die Zusammensetzung der Gesellschaft.

Zweitens, öffentliche Finanzierung des Wahlkampfes. Die Ausgaben für die politischen Parteien werden beschränkt, um mit dem Krieg der Parteien um die Finanzierung mit allen öffentlich nicht genannten „Helfern“ Schluss zu machen. Im Wahljahr wird ein Fonds gebildet, dessen Umfang nach

der Zahl der Wähler bei den letzten Wahlen, multipliziert mit 7 Reais, bestimmt wird. Diese Summe erhalten die Parteien als Grundbetrag. Dazu kommt ein weiterer Teil entsprechend der Vertretung der Parteien in der Abgeordnetenversammlung.

Drittens, Senkung der Sperrklausel. Die ist wichtig, damit der Handel mit Wahlzulassungen (Sigla) aufhört, durch die keine gesellschaftliche Repräsentation ausgedrückt wird. Wir schlagen vor, das Minimum auf 2 Prozent der gültigen Stimmen festzusetzen, die auf ein Drittel der Bundesstaaten verteilt sein müssen.

Viertens, Verbot von Scheinbündnissen (Zählgemeinschaften) von Kleinstparteien zur Erlangung von Abgeordnetenmandaten.

Diese Punkte reichen nicht aus, um alle Themen einer umfassenden politischen Reform abzudecken, aber sie sind von grundsätzlicher Bedeutung, um das politische und Parteiensystem Brasiliens zu qualifizieren. Ohne Reform werden das Parlament und die Parteien weiter an Legitimität verlieren. Vetternwirtschaft, Kauf von Abgeordneten und Klientelismus werden immer weiter um sich greifen. Wenn es nicht gelingt, den Missbrauch der ökonomischen Macht zu zügeln, der in den Wahlen vorherrschend ist, wird die Demokratie immer mehr entwertet.

Orientierung für die Fraktion zur politischen Reform

Die Nationalleitung der PT fordert die Fraktion im Nationalkongress auf, die Auseinandersetzung über die Politische Reform vorrangig zu behandeln und dafür zu sorgen, dass die Reform noch in diesem Jahr verabschiedet wird, damit die Wahlen 2008 nach neuen Regeln ablaufen können. Die Nationalleitung sieht dabei die folgenden Fragen als vorrangig an:

- a) die Parteitreu (die Verhinderung des Fraktionswechsels von Abgeordneten – d. Ü.),
- b) die öffentliche Finanzierung der Wahlkämpfe,
- c) die Wahl nach Kandidatenlisten der Parteien,
- d) die Abschaffung der Koalitionen in Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht.

Gesellschaftliche Mobilisierung und Wiederaufbau des Lagers der demokratischen und Volkskräfte

Die PT begrüßt die Stärkung der sozialen Bewegungen in der jüngsten Zeit, die sich in zweifacher Hinsicht zeigt:

Zum einen haben die sozialen Bewegungen neue Formen ihrer landesweiten Koordinierung entwickelt, wodurch einheitliche Positionen und gemeinsame Aktionspläne erleichtert werden. Vor allem sei die Koordinierungsorganisation der sozialen Bewegungen hervorgehoben, die an Legitimität und Mobilisierungsfähigkeit gewonnen hat und bei der politischen und sozialen Entwicklung im Lande eine wachsende Rolle spielt.

Zum andern haben die sozialen Bewegungen das Jahr mit Kampfaktionen zur Vertretung ihrer politischen Projekte, Forderungen und Vorschläge eingeleitet. Beispiele sind die Demonstrationen anlässlich des Bush-Besuches, die Aktionen der CUT für die Erhaltung des Vetorechts des Präsidenten Lula, die Bewegung für sozialen Wohnungsbau und die Kampagne der MST für die Agrarreform.

Die PT hält es für bedeutsam, dass die sozialen Bewegungen ihre Forderungen in organisierter Form durch die Mobilisierung der ganzen Gesellschaft an die Regierung herantragen. Sie will sich an diesen Bemühungen durch Mobilisie-



rung ihrer Mitgliedschaft und durch den ständigen Dialog mit den Führungen der sozialen Bewegungen beteiligen.

Ebenso wie die politische Reform grundlegend ist für die institutionelle Regierungsfähigkeit, hängt die soziale Regierungsfähigkeit von einem großen Engagement für die Organisation und Mobilisierung der Volksschichten zur Verteidigung ihrer Rechte und Forderungen ab. Es geht im Grunde darum, dass die Bewegungen und die großen sozialen Kämpfe entscheidende Bedeutung für die Entwicklungswege des Landes gewinnen. Die PT muss dem traditionellen Aktionskalender der sozialen Bewegungen für ihre Mobilisierung besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir begrüßen die Kampagne, die die Werktätigen ohne Obdach und ohne Land im April entwickelt haben. Wir rufen unsere Mitglieder auf, daran teilzunehmen und die Feier des 1. Mai, die Veranstaltungen „Schrei nach Land“, den Kongress der Studentenorganisation UNE und den Kongress der MST zu unterstützen.

Die PT und der 50. Kongress der Nationalen Studentenunion (UNE)

Die PT trägt eine hohe Verantwortung für die Durchführung des 50. Kongresses der UNE, auch um konkrete Alternativen für die nächsten Jahre vorzuschlagen. Diese Verantwortung beginnt bereits mit der Wahl der Delegierten für den Kongress. Es ist gut, wenn die Mitglieder und Sympathisanten der PT in der Studentenbewegung diese Wahl zu großen öffentlichen politischen Diskussionen mit massenhafter Beteiligung der Studenten nutzen, in denen es um die Richtung und die Herausforderungen an die Studentenbewegung geht. Gleichzeitig gilt es PT-Mitglieder für die Delegiertenlisten zu benennen und zu wählen. Es ist wichtig, dass die Partei mit einer einheitlichen Position in diese Wahl geht.

Den Dialog mit den sozialen Bewegungen wieder aufnehmen

Die Nationalleitung der PT muss den Dialog mit den großen sozialen Bewegungen Brasiliens wiederaufnehmen. Es geht darum, die Beziehungen zwischen den politischen und sozialen Kräften, die das Lager der demokratischen und Volkskräfte bilden, neu zu verhandeln. Die PT muss ständigen Kontakt zur CUT, der UNE, den Bewegungen für Land und zur Verteidigung der bäuerlichen Familienwirtschaft halten, ebenso zur PCdoB, der PSB und der PDT, die Grundbestandteile des Lagers der demokratischen und Volkskräfte sind. Dabei ist davon auszugehen, dass die PT den strategischen Charakter des gesellschaftlichen Drucks als eine der Hauptkräfte in der Auseinandersetzung um die Richtung der Regierungspolitik und die Erhöhung des Einflusses der Volkskräfte anerkennt.

Die linken Parteien, die CUT und die UNE, die Bewegungen für Land und für die Familienwirtschaft wie auch weitere soziale Bewegungen und Gewerkschaftszentralen müssen Bündnisse schließen, ihre Forderungen auf der Linie des Programms des zweiten Wahlgangs vertreten, um so den Spielraum des konservativsten Kerns der Regierungskoalition einzuschränken, ohne mit dem Linksradikalismus konform zu gehen, der die Existenz und Rolle der Regierung Lula nicht adäquat bewertet.

Zur Zeit der Regierung von Fernando Henrique Cardoso vereinigte das Nationale Forum verschiedene gesellschaftliche Kräfte im Widerstand gegen das neoliberale Projekt. Jetzt schlägt die PT vor, die Zentrale der Sozialen Bewegun-

gen zu stärken, ein Instrument zur Vereinigung der Kämpfe und Kräfte der Bewegungen, die danach streben, unsere Regierung nach links zu drängen.

Das Nationale Exekutivkomitee der PT wird die Zentrale der Sozialen Bewegungen und die Führungen der wichtigsten sozialen Bewegungen Brasiliens zu bilateralen Gesprächen einladen und im August das erste Kolloquium zwischen der PT und den sozialen Bewegungen durchführen, selbstverständlich unter Achtung der Autonomie dieser Organisationen und im Streben nach gemeinsamem Handeln.

Verteidigung des Vetos gegen die Ergänzungsbestimmung 3

Präsident Lula legte zum Gesetz, das die Super-Steuerbehörde schafft, sein Veto gegen den Artikel ein, der den Steuerbeamten verbietet, gegen Schein-Dienstleistungsverträge, die abhängige Beschäftigung verschleiern, vorzugehen. Die PT setzt sich zusammen mit den sozialen Bewegungen dafür ein, dass das Veto des Präsidenten gegen die Ergänzungsbestimmung 3 aufrechterhalten bleibt. Das ist ein entscheidender Punkt der Verknüpfung von institutionellem und sozialem Kampf zur Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse. Die PT beschließt eine Kampagne zur Verteidigung der Arbeiterrechte in Unterstützung des Vetos des Präsidenten Lula gegen die Ergänzungsbestimmung 3 und kritisiert deren deregulierenden Charakter für die Rechte der Arbeiterklasse.

Der neoliberale Konservatismus versucht wieder an Boden zu gewinnen

Die neoliberale Opposition, die in den Wahlen von 2006 eine Niederlage erlitten hat, strebt an, eine Reform des Arbeitsrechts und der Vorsorgesysteme auf die Tagsordnung zu setzen, die einen Abbau von Rechten einschließt. Die Maßnahmen und Haltungen der Regierung auf diesem Gebiet müssen immer genau auf das Gegenteil gerichtet sein: das Recht auf Arbeit und die Vorsorgesysteme der brasilianischen Bevölkerung zu stärken. Vorschläge, die darauf hinauslaufen, das Rentenalter zu erhöhen, das gegenwärtige Rentensystem nach chilenischem Vorbild in ein privates System mit individueller Kapitalbildung umzuwandeln, sind auch politisch unhaltbar. Bereits jetzt ruft die Propagierung von Maßnahmen wie die Einschränkung des Streikrechts Empörung im Lager der Volkskräfte hervor. Die PT hat immer das Streikrecht verteidigt und wird das auch weiter tun.

Die PT hält es für notwendig, der Kritik der CUT und anderer sozialer Bewegungen am Gesetzentwurf PLP 01/07 (Begrenzung der Personalkosten im öffentlichen Dienst – d. Ü.) Aufmerksamkeit zu widmen. Die Nationalleitung fordert die Fraktion der PT auf, eine vermittelnde Lösung zwischen der Position der Regierung und den sozialen Bewegungen zu suchen und dieses Problem in der Nationalleitung der Partei zur Diskussion zu stellen.

Die konservative und neoliberale Opposition versucht ein Klima der Entpolitisierung und des Konservatismus in der brasilianischen Gesellschaft zu schaffen. Beispiele dafür sind der demagogische Angriff gegen die Ministerin Matilde Ribeiro, der die Nationalleitung der PT ihre Solidarität ausdrückt, die Kritik am Engagement des Ministers Franklin Martins für die soziale Kommunikation, dessen Anwesenheit in der Regierung die PT mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt, oder die Angriffe gegen den Minister Waldir Pires, dem wir ebenfalls die Solidarität der Partei erklären.



Gegenwärtig konzentrieren die Konservativen ihre Angriffe vor allem auf die Frage der Gewalt und der Kriminalität. Wie immer werden barbarische Verbrechen, die die Nation erschüttern, von der Rechten und den Medien manipuliert, die Emotionen schüren, um bedeutende Errungenschaften auf dem Gebiet der Menschenrechte anzugreifen und die schreienden Mängel der Sozial- und Sicherheitspolitik des Staates vergessen zu machen. Die PT ist sich der Bedeutung des Themas bewusst und wird sich mit ihm auf der nächsten Tagung der Nationalleitung beschäftigen, auf der eine Sonderresolution über unsere Politik zur öffentlichen Sicherheit verabschiedet werden soll. Um diese Diskussion zu organisieren, wird die Nationale Exekutivkommission der PT beauftragt, gemeinsam mit Genossen, die gegenwärtig in der Regierung in diesen Bereichen tätig sind, ein Seminar mit PT-Mitgliedern über Menschenrechte und öffentliche Sicherheit durchzuführen.

Die PT ist nicht einverstanden mit jenen, die die arme Bevölkerung und die Jugend zu kriminalisieren versuchen, die den Streitkräften Polizeifunktionen zuweisen möchten oder die Ausbreitung von privaten Sicherheitsunternehmen und organisierten Milizen akzeptieren, um der Bevölkerung und den Unternehmen angebliche Sicherheit zu bieten. Die PT setzt sich für die Schaffung eines einheitlichen Sicherheitssystems im Lande ein, das die verschiedenen Polizeikräfte integriert, wobei der Aufklärungsarbeit erstrangige Bedeutung zukommt. Die Tätigkeit der Sicherheitskräfte im Rahmen der Legalität und der öffentlichen Ethik muss gestärkt werden. Die PT spricht sich auch für wirksame Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit aus, ohne aus dem Auge zu verlieren, dass die entscheidende Ursache die soziale Krise ist, das Erbe von Jahrzehnten konservativer Entwicklungsstrategie, neoliberaler Politik und von Regierungen, die Verbrechen vertuscht haben.

Verteidigung der Rechte der Frau

Die oft hysterische Haltung der Konservativen ist zutiefst widersprüchlich. Viele zum Beispiel, die nach der Todesstrafe schreien, beteiligen sich an der Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch mit dem Gerede vom „Schutz des Lebens“. In der Auseinandersetzung um die Rechte der Frau lässt sich die PT von ihren historischen Positionen leiten, von den Erfordernissen der öffentlichen Gesundheit und von der Verteidigung des laizistischen Charakters des Staates. In diesem Sinne billigt sie die mutige Haltung, die Gesundheitsminister José Gomes Temporão in der Auseinandersetzung um dieses Thema einnimmt.

Wie die jüngsten Erfahrungen in Portugal zeigen, ist dies der Weg der Überzeugung und des demokratischen Dialogs. Nach verlässlichen Daten kam es in Brasilien 2005 zu 1,1 Millionen heimlicher Abtreibungen, was die Unverantwortlichkeit und Haltlosigkeit der Argumente jener zeigt, die die gegenwärtige Gesetzgebung verteidigen, welche sogar die Frauen kriminalisiert, die bei illegalen Eingriffen sterben oder ernste gesundheitliche Folgen davontragen.

Die Auseinandersetzung über Energiebasis und Biotreibstoffe

Ein weiteres strittiges Thema betrifft die Energiebasis, das Abkommen Brasiliens mit den USA über die Äthanolproduktion. Die PT beschließt eine Debatte innerhalb der Partei, die insbesondere die Bundesregierung, die sozialen Bewegun-

gen auf dem Lande und Experten einschließen soll, um ihre Position in dieser Frage festzulegen. Diese Debatte muss auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Die erste ist die Analyse der Veränderungen in der Politik der US-Regierung und ihre Widerspiegelung in Lateinamerika, besonders in Südamerika. Eine weitere Ebene ist, wie die mit uns verbündeten Regierungen in Südamerika das Abkommen Brasilien-USA sehen. Eine dritte Ebene der Analyse ist das Thema der Energiebasis des Landes, besonders die Produktion von Äthanol und ihre Wirkungen auf die Geopolitik und die internationale Wirtschaft. Schließlich gibt es auch die Ebene des sozial-ökonomischen Modells, besonders, wie Monokultur und Agrobusiness zu behandeln sind, wie der Missachtung der sozialen Rechte, der Konzentration der Einkommen entgegengetreten werden und die Vielfalt unserer produktiven Basis verteidigt werden kann.

Die Partei ist sich bewusst, dass Wissenschaft, Technologie und landwirtschaftliche Forschung eine herausragende Rolle für die nachhaltige Entwicklung spielen müssen, in der alle Segmente der Landwirtschaft ihren gesicherten Platz haben.

Die Medien demokratisieren

Wir sehen es als sehr wichtig an, dass die Regierung eine Nationale Konferenz über Kommunikation einberuft. Wir setzen uns für die Schaffung und Stärkung eines öffentlichen wie auch eines staatlichen Radio- und Fernsehnetzes ein.

Der III. Parteitag der PT

Eine feste Haltung zu der in der brasilianischen Gesellschaft gegenwärtig laufenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung ist von wesentlicher Bedeutung für die Wiederherstellung des Einflusses der PT, für ihr Zusammengehen mit der demokratischen Intelligenz, in der weiterhin eine kritische und oppositionelle Haltung zur PT und zur Regierung Lula vorherrscht. Der III. Parteitag ist ein Teil dieser Bemühungen. Die Veröffentlichung der Thesen der verschiedenen Strömungen, die Diskussionen, die von den Leitungen und anderen Instanzen der Partei wie auch von den Unterstützern der jeweiligen Thesen angeregt werden, stellen die PT bereits mitten in den Prozess der Vorbereitung ihres III. Parteitages hinein. Im Mai und Juni werden sich diese Debatten intensivieren.

Der III. Parteitag muss als Teil des breiten Dialogs der Partei mit ihrer sozialen und Wählerbasis gesehen werden. Dabei geht es um die Schaffung einer politischen und sozialen Bewegung, die nicht nur den Erfolg der Regierung Lula, sondern die institutionelle Kontinuität des Projekts der demokratischen und Volkskräfte grundsätzlich garantiert.



Der Kampf für die Menschenrechte ist Teil des Kampfes gegen den Imperialismus

Interview mit Soccoro Gomes für die belgische Wochenzeitschrift „Solidaire“, erschienen am 14. März 2007. Soccoro Gomes ist Mitglied des Zentralkomitees der KP von Brasilien und Minister für Justiz des Bundesstaates Pará.

Pará ist ein Bundesstaat im Nordwesten Brasiliens, zu dem das Amazonas-Delta gehört. Er ist 41-mal größer als Belgien und hat 5,5 Millionen Einwohner. Die Hauptstadt von Pará ist Belém mit 1,2 Millionen Einwohnern. Soccoro Gomes berichtet über seine Arbeit als Justizminister.

Wie bewerten Sie Ihre Nominierung zum Minister für Justiz des Bundesstaates Pará?

Unsere Partei, die Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB), ist ein historischer Bündnispartner der Partei der Werktätigen (PT, die in Brasilien mit einer Mehrparteienkoalition, darunter die PCdoB, regiert – d. Ü.). Hier, im Bundesstaat Pará, wurde ein Bündnis aus demokratischen und sozialen Kräften sowie linken Parteien zur Unterstützung der gemeinsamen Kandidatur der Wahlsiegerin und jetzigen Gouverneurin Ana Júlia Carepa gegründet. Nach dem Wahlsieg haben diese Kräfte eine gemeinsame Komponente innerhalb der neuen Regierung gebildet. Meine Person wurde von der PCdoB für die Regierung vorgeschlagen. Es ist als wichtig und außerordentlich positiv zu bewerten, dass ich als KP-Vertreter in die Regierung gewählt worden bin, denn unsere Partei kann in ganz Brasilien und insbesondere in Pará auf eine lange Geschichte der Beteiligung an sozialen Kämpfen für Gerechtigkeit, Landreform und Menschenrechte zurückblicken. In den Reihen unserer Partei gibt es viele Opfer zu beklagen, die von den Latifundistas (Großgrundbesitzer mit archaischen und halbfeudalen Produktionsmethoden) umgebracht wurden. Wir glauben, dass der Kampf für die Menschenrechte Teil des Kampfes gegen Imperialismus und Neoliberalismus ist. Man kann nicht von Menschenrechten sprechen, ohne vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von Unabhängigkeit und Souveränität, der Annahme und Durchsetzung staatlicher Politik gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu sprechen. Letztere sind die Geißeln der heutigen Welt. Ihre Ursache liegt in der Konzentration des Reichtums in den Händen Weniger. Der Neoliberalismus verschärft dieses Problem, weil Menschen nach seiner Logik nur zählen, wenn sie Besitz und Geld haben, wenn sie konsumieren, während im gleichen Atemzug der Staat dazu angehalten ist, nicht in die Gesellschaft zu investieren. Jahrzehntelang ähnelte der brasilianische Staat der Geschäftsführung eines Großunternehmens: seine Rolle bestand darin, die gesellschaftlichen Ressourcen zugunsten einer kleinen Gruppe von Multimillionären und transnationalen Unternehmen umzuverteilen. Es ist unsere Aufgabe, mit dieser Logik zu brechen.

Wie sehen Ihre täglichen Aufgaben aus, wie hat Ihr Amt als Justizminister des Staates Pará Ihr Leben verändert?

Ich habe gerade mein Mandat als Regionalabgeordneter abgegeben. Dieses war mit großen Zielen und Aufgaben verbunden: dem Kampf gegen soziale Ungleichheit, für die Agrarreform, für regionale Entwicklung, für die Unabhängig-

keit des Landes, für Frieden und gegen Krieg. Jetzt bin ich von der Legislative in die Exekutive gegangen. Das ist ein bedeutsamer Wechsel, denn nun sind wir dafür verantwortlich, diese Ziele öffentlicher Politik in die Tat umzusetzen. Wir müssen sie realisieren, obwohl wir ein schweres Erbe angetreten haben: das Erbe eines ausgeplünderten und abgewirtschafteten Staatswesens, eines hohen Sozialdefizits, der Arbeitslosigkeit, die eine Form von Gewalt ist, der sozialen Ausgrenzung, der Diskriminierung in allen Bereichen, insbesondere im Wirtschaftssektor durch diskriminierende Armut. Das sind unsere täglichen Aufgaben. Folglich ist es unsere Pflicht zu versuchen, Fortschritte in der öffentlichen Politik zu erzielen, hin zur Gewährleistung und zum Schutz von Menschenrechten vor Diskriminierung in jeglicher Form.

Welche grundlegenden Veränderungen wollen Sie und Ihre Mitarbeiter im Justizwesen und bei den Menschenrechten erreichen?

Wir befassen uns gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer Regierungspolitik für Menschenrechte, die es bisher nicht gab, und der Gründung eines Amtes für Menschenrechte. Die Erarbeitung eines solchen Neugestaltungsprozesses, das ist die Frage, die wir jetzt behandeln müssen. Natürlich starten wir nicht bei Null. Wir zählen auf die Bedeutung, die diese Frage im kollektiven Gedächtnis einnimmt, auf die Tatsache, dass es bereits zahlreiche Organisationen in diesem Bereich gibt, darauf, dass viele Volkshelden ihr Leben im Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte, gegen die Latifundien, für die Landreform gelassen haben. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, all diese Erfahrungen, dieses kollektive Gedächtnis in fortschrittliche öffentliche Politik umzuwandeln, immer in dem Bewusstsein, dass Brasilien keine Insel, sondern Teil der Weltgemeinschaft ist. Wir können nicht in Frieden leben, wenn die Welt im Krieg ist, wenn es eine Großmacht gibt, die Länder, deren kulturelles Erbe und deren Bevölkerungen überfällt und zerstört, die ganze Völker massakriert, die Genozide in mehreren Regionen dieser Erde fort dauern lässt, wenn es eine Supermacht gibt, deren Waffenarsenal immense Ressourcen verschlingt und der Summe der Waffenarsenale aller anderen Länder gleichkommt. In einem solchen Kontext Menschenrechte zu verteidigen bedeutet, einen erbitterten Kampf gegen den Krieg, für Frieden und die Souveränität der Völker zu führen, und gleichzeitig hier und jetzt jeden Tag eine öffentliche Politik zu gestalten, die die Menschenrechtskultur stärkt. Und wir müssen begreifen, dass zu den Menschenrechten auch das Recht der Bevölkerung auf Arbeit, auf Nahrung, auf Bildung, Gesundheit und Sicherheit gehört, dass diese Rechte umfassend respektiert werden müssen.

Wie beteiligen sich die Kommunisten an der Lula-Regierung?

Die Lula-Regierung wurde in einem globalen Kontext gebildet, in dem die Großmächte die Entwicklung der als „Entwicklungsländer“ oder „Drittwellenländer“ qualifizierten Länder sabotieren. Sie ist eine Regierung, die versucht, dem Staat eine größere Investitionskraft zu verleihen. Aber das Wachstum, auch im wirtschaftlichen Bereich, war bisher begrenzt. Präsident Lula hat dennoch angekündigt, dass 2007 das Jahr des Wachstums werden wird. Aus konservativer Sicht bedeutet Wachstum ausschließlich, den wirtschaftlichen Kuchen anwachsen zu lassen und die Zuteilung einiger sozialer



Krümel auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben. Nein, so darf es nicht laufen. Nach dem neuen Verständnis der Regierung Lula bedeutet Wachstum soziale Integration in einem gerechten Rahmen und die Umverteilung von Einkommen. Wir Kommunisten gehören der Regierung über das Sportministerium an. Der Minister, der selbst aus der Union der Sozialistischen Jugend kommt, leistet einen großen Beitrag, um den Sportsektor zu einem Instrument der sozialen Integration zu machen.

Es ist jedoch sehr wichtig, Folgendes zu betonen: Die Regierung Lula ist keine sozialistische Regierung. Sie ist eine Koalitionsregierung, eine demokratische Regierung, die aus Parteien der Mitte und der Linken besteht. Sie ist eine Regierung mit Widersprüchen, die das Verhältnis der verschiedenen Kräfte unserer Epoche widerspiegeln. Wir Kommunisten sind an der Regierung beteiligt, aber wir stellen nicht die Mehrheit.

Ein besseres Leben hängt nicht von der Regierung ab

Interview mit João Pedro Stédile, Führer der MST (Bewegung der Landlosen) Brasiliens. Die Fragen stellten Maria Inês Nassif und Cristiane Agostine; aus: „Valor Econômico“, São Paulo, 23. Januar 2007

Hat die MST jemals organisatorische Bindungen zur Partei der Werktätigen (PT, Partei des Präsidenten Lula) unterhalten? Hat es einen Bruch gegeben?

João Pedro Stédile: Wir haben keine solche Bindungen. Wir sind in einer neuen historischen Etappe entstanden, als es bereits eine kritische Sicht auf das Verhalten der klassischen Linken mit ihren einfachen Transmissionsriemen gab: das Zentralkomitee leitete die Gewerkschaftsbewegung, die Studentenbewegung, die Bauernbewegung, die Wohngebietsbewegungen. Diese Praxis wurde überwunden durch die Krisen der 60er Jahre, durch die Thesen von Che Guevara und die Erfahrungen in ganz Lateinamerika. Als die MST entstand, nahm sie bereits die Vision in sich auf, dass die Massenbewegungen autonom sein müssen. Das ist keine Ablehnung der Parteien: Wir wissen, dass sie ein Grundinstrument für die Organisation des Staates sind. Aber die Erfahrungen der Linken sind tragisch gewesen, und es war für den Aufbau stabilerer und aktiverer Massenbewegungen wichtig, dass diese trotz ideologischer Nähe und möglicher gemeinsamer Projekte für die Gesellschaft ihre organisatorische Unabhängigkeit von den Parteien bewahrten.

Was wäre geschehen, wenn die MST mit der PT verbunden gewesen wäre?

Sie wäre heute schon erledigt. In den klassischen Linksparteien wurde jede ideologische Auseinandersetzung, die auftrat, automatisch auf die Massenbewegungen übertragen. Und sie splitteten sich auf – nicht wegen politischer, sondern wegen ideologischer Differenzen. In der PT gibt es noch Überbleibsel davon. Die MLST (radikale Abspaltung von der MST) entstand zusammen mit der PT-Strömung Sozialistisches Brasilien. Die PCdoB (Kommunistische Partei von Bra-

silien) versuchte zehn Jahre später die MLT (Bewegung für den Kampf um Land) aufzubauen, aber vergebens.

Ist das Problem der CUT (Einheitliche Gewerkschaftszentrale) ihre übermäßige Bindung an die PT?

Die Probleme der CUT sind anderer Art. Ihr ist es nicht gelungen, sich als Massengewerkschaftsbewegung aufzubauen. Daher hat sie sich in Anlehnung an die klassische europäische Form als eine Föderation von Gewerkschaften konstituiert. Es gab eine politische Auseinandersetzung bei der Gründung der CUT: Linke Strömungen traten dafür ein, dass die Zentrale eine Bewegung mit Einheiten in den urbanen Zentren, den Munizipien sein müsste, aber sie unterlag, und die Gewerkschaftszentrale als Föderation siegte. An der Basis bestimmt nicht die CUT, sondern die Führung der jeweiligen Einzelgewerkschaft. Es gibt weitere Schwierigkeiten, vor denen die CUT steht, Folgen der tragischen Veränderungen in der Welt der Industriearbeit, die Ergebnis der Herrschaft des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne sowie der technologischen Revolution der 90er Jahre sind. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung Brasiliens die Folgen der ideologischen Krise, die über die Gewerkschaftsarbeit hereinbrach, möglicherweise mit der größten Wucht zu spüren bekommen. Da man viel Geld hat, verflüchtigten sich die sozialistischen Ideen bald. Es wurde keine ideologische und politische Bildung mehr betrieben, und man führte nur noch den Kampf um Verbesserungen in den Betrieben, der nicht dazu beiträgt, die Arbeiterklasse in Krisenzeiten zu organisieren. In der Krise ist das, worauf sich die Einheit der Arbeiter stützt, die Ideologie.

Behält die progressive Kirche neben den sozialen Bewegungen nach wie vor ihre Bedeutung?

Seit 1990 hat die Kirche stark unter den Wirkungen des Neoliberalismus gelitten. Das verringerte ihren Einfluss in den organisierten Sektoren der Arbeiterklasse auf dem Lande und vor allem in der Stadt. Das war die Amtszeit von Papst Johannes Paul II., der das gesamte Episkopat auf eine neokonservative Position festlegte. Das hatte Einfluss auf die pastorale Orientierung der brasilianischen Kirche. Aber sie hat auch sehr wichtige Erfahrungen in der Zeit der Diktatur, in der vorsichtigen seelsorgerischen Arbeit im Untergrund gesammelt. Mit der Redemokratisierung und einer stärkeren Ideologisierung der Massenbewegungen zog sich die pastorale Arbeit auf ein mehr kirchliches Gebiet zurück. Außerdem bringt der Neoliberalismus in der Arbeiterklasse mit der Verarmung der Massen ein „Lumpenproletariat“ hervor. Mit diesen Schichten der Armen, die in den großen Städten leben, weiß die katholische Kirche nichts anzufangen. Ihrer Tradition gemäß arbeitet sie auf dem Lande und unter den organisierten Sektoren: Arbeiter mit fester Beschäftigung, gut organisierte Familien mit kleinem Eigentumshäuschen. Aber wenn die Familie auseinander fällt oder wenn es sich um Immigranten handelt oder um einen armen Teufel, findet die Kirche keinen Zugang zu ihm. Er bleibt den Sekten überlassen.

Warum sind die sozialen Bewegungen in der Stadt so schwach?

Die Dynamik des Massenkampfes in den kapitalistischen Gesellschaften bringt im Verlauf der Geschichte Wellenbewegungen hervor. In Brasilien hatten wir eine Welle des Aufschwungs der Massenbewegungen – als die werktätigen



Klassen sich organisierten und versuchten, die Auseinandersetzung um ein Projekt für die Entwicklung der Gesellschaft zu führen. Diese Phase begann um 1900 und reichte bis 1935. Dann bereitete ihnen die eben an die Macht gelangte industrielle Bourgeoisie eine Niederlage und errichtete eine Diktatur, die Periode von Vargas. Daraus ergab sich ein Rückgang der Bewegung von 1935 bis 1945. Die Führungen der Bewegungen und Organisationen gingen ins Gefängnis und wurden beseitigt. Von 1945 bis 1964 gab es eine neue Welle des Aufschwungs mit neuen Führern und neuen Formen der Volksorganisation. Die Arbeiterklasse kämpfte für ein gesellschaftliches Projekt und verlor den Kampf. Die Bourgeoisie verbündete sich mit der Regierung der USA, zwang dem Land eine neue Diktatur auf. Wieder wurden die Führungen ins Gefängnis geworfen, gefoltert und ins Exil getrieben. Das ging bis 1978, 1979.

Dann kam die Krise der abhängigen Industrialisierung, das Fehlen von Beschäftigung und die Inflation. Die Werktätigen verloren allmählich ihre Angst vor der Diktatur. Sie wiesen ihr aber alle Schuld zu, nicht dem Gesellschaftsmodell. So bereitete sich ein neues Szenarium von Kämpfen vor, ein Wiederaufbau der Organisationen der Werktätigen. Daraus entstanden die CUT, die PT und die MST. Dieser Prozess hielt bis 1989 an. In den Wahlen von 1989 kämpften wir für ein anderes Gesellschaftsprojekt. Lula als Kandidat war nur der Wortführer dieses Projekts, das eine Niederlage erlitt. Der Sieg von Collor war kein Wahlsieg oder Sieg seiner Person, sondern ein neuer Pakt zwischen den brasilianischen Eliten, die angesichts der Krise des Industrialisierungsmodells den Neoliberalismus übernahmen.

Aber es war eine demokratische Periode ...

Von 1989 bis jetzt war keine Militärdiktatur nötig. Es gab eine Diktatur des Kapitals, und das bewirkte einen Rückgang der Massenbewegung. Ihre wichtigsten Führer brauchten nicht ins Exil geschickt zu werden: Sie wurden politisch geschlagen und ideologisch kooptiert. Das bewirkte, wie in jeder Zeit des Niedergangs, eine Krise in den Organisationen.

Widerlegt der Sieg von Lula im Jahre 2002 nicht diese Einschätzung?

Zeiten des Rückgangs der Massenbewegungen sind Zeiten der Niederlage der Arbeiterklasse und den Projekten für Veränderungen entgegengerichtet. Das Neue in Brasilien ist, dass mitten im Niedergang, als niemand es erwartete, Lula die Wahlen gewann. Es dauerte eine Zeit, bis die sozialen Kräfte sich darüber klar wurden, dass sein Sieg nicht der Sieg des Projekts von 1989 war. Und nicht aus Unehrllichkeit: Er stellte bereits in dem „Brief an das brasilianische Volk“ klar, dass er die neoliberale Politik weiterführen werde. Seine Wahl änderte nichts an den strukturellen Problemen der Werktätigen. In einem so widrigen Umfeld sind die Herausforderungen immens. Sie hängen nicht vom politischen Willen oder von politischen Entscheidungen ab, sondern davon, ob eine neue historische Etappe beginnt. Die braucht ihre Zeit, um aufgebaut zu werden. Nun ist eine verlorene Amtszeit vorüber, und es hat sich eine neue Generation von Führern der Arbeiterklasse gebildet, die den Wiederaufschwung der Bewegung anführen wird. Wir sind im Tief und wissen nicht, ob wir noch weiter absteigen werden oder ob es in einem bestimmten Moment, irgendwann einen Wiederaufstieg der Massenbewegung geben wird.

Was bedeutet ein Projekt der Arbeiterklasse?

Die Arbeiterklasse steht vor verschiedenen Herausforderungen, um ein solches Projekt wiederherzustellen. In erster Linie gilt es zum sozialen Kampf überzugehen, denn die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Siege über das Kapital hängen weder von der Regierung noch vom Willen der Führungen ab. Der soziale Kampf trägt auch zivilisatorischen Charakter, denn er führt Menschen zusammen, ist einheitsstiftend und sinngewand für die Gesellschaft. Wenn die Menschen die Möglichkeit verlieren, den sozialen Kampf zu führen, flüchten sie sich in den Individualismus. Und der Individualismus für den Armen ist das Banditentum. Rosa Luxemburg warnt, dass die Arbeiterklasse historisch gesehen nur zwei Wege hat: Sozialismus – aber nicht doktrinär verstanden, sondern als Vergesellschaftung der Güter – oder Barbarei.

Die zweite Aufgabe: Anstrengungen zu unternehmen für die Herausbildung von Führungskräften; den Wert des Studiums, des Wissens zurückzugewinnen, damit jene Kräfte, die sich auf natürliche Weise in der Arbeiterklasse herausbilden, die Fähigkeit erlangen, die jeweilige Situation, in der wir uns befinden, zu interpretieren. Sonst werden sie unweigerlich manipuliert – vom Staat, von den Politikern oder von den Medien. Was schafft Bewusstsein? Das Studium, das Begreifen, die Weiterbildung. Dabei geht es nicht um Doktrinarismus, um das Auswendiglernen von Lehrbüchern. Es geht um die Fähigkeit, die Welt, in der wir leben, zu erkennen, um Lösungen für die Probleme zu finden.

Die dritte Aufgabe ist, mit dem Volk verbundene Kommunikationsmittel zu schaffen, die kulturellen und politischen Einfluss im Volk gewinnen können.

Die vierte Herausforderung ist, die Einheit unter den verschiedenen Bewegungen herzustellen, die zersplittert sind. Die städtischen Bewegungen und die auf dem Lande sind auseinandergefallen. Die Asambleia Popular (Volksversammlung), die in ihrem Ursprung eine visionäre Idee der CNBB (Brasilianische Bischofskonferenz) war, dient dieser Einheit.

2006 formulierte die Asambleia ein gemeinsames Dokument. Soll es der Regierung präsentiert werden?

Wir werden die Diskussion um ein Projekt für das Land in unserer Basis fortsetzen, damit die Menschen die Situation verstehen, in der wir leben. Dann werden wir in den Prozess des Aufbaus eines alternativen Projekts zum Neoliberalismus eintreten, aber wir wissen, dass das ein langfristiger Prozess ist. Das ist kein Forderungskatalog. Es ist ein Prozess, in dem Erkenntnis darüber akkumuliert wird, was die Lösungen für die strukturellen Probleme des Landes sind. Dies ist eine Zeit zum Säen, nicht zum Ernten. Wir pflanzen Bäume, nicht Salatköpfe, die man nach drei Wochen ernten kann. Die Reifezeit wird Jahre brauchen. Es ist ein Einigungsprozess, und wir greifen einige Punkte heraus: Herabsetzung der Preise für Elektroenergie, Veränderungen in der Landwirtschaft, Zugang zu Bildung, Arbeit und Obdach für die Volksmassen. Alles das gipfelt in der Herausforderung, Konsens über das zu erreichen, was ein Projekt sein könnte. Denn die Linke hat keins, die PT hat keins, weder die Regierung hat eins noch die Arbeiterklasse. Das Projekt der herrschenden Klassen besitzt die absolute Hegemonie.

Im zweiten Wahlgang haben Sie klar für Lula optiert. Warum?



Der erste Wahlgang war ein Wettbewerb um das Marketing, keine Auseinandersetzung um Ideen. Aber die reaktionärste Gruppe der Bourgeoisie stimmte für Geraldo Alckmin. Das Dossier (Anspielung auf einen Skandal zu Lasten der PT im Wahlkampf) war ein Signal, dass es möglich war, Lula eine Niederlage zu bereiten. Die Opposition griff zu allen Mitteln – und verlor. Das veränderte das Kräfteverhältnis für die Rechte, es ging um die Konsolidierung des neoliberalen Prozesses unter der Kontrolle einer reaktionärerem Gruppierung. Wir mobilisierten uns, um das Schlimmste zu verhindern. Wenn Alckmin gesiegt hätte, wäre der Prozess des Wiedererstarkens der Kräfte der Arbeiterklasse verlangsamt worden. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber es wäre gewesen, als ob man das Risiko einginge, das antikommunistische Dekret AI-5 aus der Zeit der Militärdiktatur zu reproduzieren. Der Sieg von Alckmin hätte die Niederlage der Arbeiterklasse verlängert und auch Auswirkungen auf ganz Lateinamerika gehabt. Er hätte die Positionen von Hugo Chávez und Evo Morales geschwächt. Allerdings hatte der Wahlkampf für uns keine Priorität. Wir leisten politische Arbeit an der Basis – keine Wahlpropaganda, sondern Bewusstseinsentwicklung.

Um die Unterstützung der Volksbewegungen zurückzugewinnen, sprach Lula wieder mehr wie ein Linker ...

Lula machte aus wahltaktischen Gründen eine Wendung nach links und griff Themen auf, die wichtig waren, um Alckmin zu schlagen, wie das Thema der Privatisierungen. Aber selbst im zweiten Wahlgang kam es nicht zu einer Auseinandersetzung um das Gesellschaftsprojekt. Die Politik in Brasilien ist so desorganisiert im Hinblick auf Klasseninteressen, dass selbst die Wahlkämpfe viel mehr politische Fetische bedienen als von realen Kräften geprägt sind: Lula stand für das Volk und Alckmin für die Reichen. Aber im politischen Kampf gab es solchen Unterschied in den Ideen nicht. Im Vordergrund stand der Fetisch, nicht die Ideen. Wir, die sozialen Bewegungen, setzen nur auf eins: auf die Fähigkeit des Volkes zu kämpfen. Wenn das Volk kämpft, sich mobilisiert, werden wir einen neuen Aufschwung haben, und das wird die Regierung nach links stoßen. Wenn nicht, wird alles so bleiben, wie es ist.

Was hat sich von der ersten zur zweiten Amtszeit Lulas verändert?

Die Regierung ist jetzt ehrlicher, transparenter. Die Illusion von 2002, als es den Fetisch gab, dass dieser Lula der von 1989 wäre, ist etwas zurückgegangen. Wir haben vier Jahre gebraucht, um uns darüber klar zu werden. Diesmal sagte der Präsident beim Amtsantritt: „Wir sind aus verschiedenen Kräften zusammengesetzt, nicht nur aus Linken. Und in meiner Regierung werde ich Kräfte der Rechten, der Linken und des Zentrums haben.“ Bestens! Es wäre schlecht, wenn die Minister weiter davon schwätzten, dass dies eine Regierung für den Wandel sei.

Wie stehen Sie zu den Sozialprogrammen der Regierung Lula, besonders zu Bolsa Família (Familienbeihilfe)?

Sie retten einigen Hungernden das Leben.

Ist das demobilisierend?

Nein. Bolsa Família betrifft die ärmsten der Armen. Aber die Menschen müssen sich bewusst werden, dass es in den letzten 15 Jahren bei einer Konzentration der Einkommen geblieben

ist. Niemals verfügte das Kapital über einen so hohen Anteil am Nationaleinkommen, der bei 62 Prozent angelangt ist. Was unter der Regierung Lula geschehen ist, bestand darin, dass unter denen, die von ihrer Arbeit leben, eine größere Gleichheit hergestellt wurde. Diejenigen, die mehr verdienen, die Mittelklasse, wurden etwas proletarisiert. Diejenigen, die ganz unten waren, ohne Einkommen, stiegen auf 74 Reais. Aber das ist keine Lösung für sie, es ist auch keine politische Lösung für die Regierung. Die Regierung macht sich nicht die Illusion, dass diese Basis ihr Bollwerk in den Wahlen oder das der PT sein wird. Im allgemeinen stimmen diese Menschen für Lula, aber bei Gouverneurs- und Parlamentswahlen für die Konservativen. Nehmen Sie das Parlament – den Kongress. Wir haben einen Präsidenten, der die Rechte geschlagen hat, aber einen Kongress, der noch konservativer ist als vorher. Der brasilianische Wähler ist entpolitisiert. Er wählt nicht nach Ideologie, sondern aus Anhänglichkeit, aus Bekanntschaft, nach Propaganda. Wir akzeptieren Bolsa Família als notwendige Maßnahme, es muss aber eine zeitweilige Maßnahme sein. Die wirklichen Lösungen sind die Agrarreform, die Landverteilung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, der soziale Wohnungsbau und Bildung für alle. Das ist es, was eine Umverteilung der Einkommen bewirkt.

Sie wurden zum Gespräch mit dem Präsidenten eingeladen?

Wir wollen sicherstellen, dass die Gespräche mit dem Präsidenten in den Regeln stattfinden, die die Präsidentschaft vorgibt: Es müssen formale Audienzen sein. Wir wollen den Präsidenten Lula nicht als Genossen behandeln. Das liegt auf einem anderen Feld der sozialen Beziehungen. Aber der Präsident hat uns zu einem Gespräch noch im Januar eingeladen.

Welche Empfehlungen geben Sie für die Agrarreform?

Wir haben eine lange Liste von Punkten, die mehr als einzelne Forderungen sind; es sind Empfehlungen. So z. B. die Anbindung der administrativen Struktur des INCRA (Institut für Ansiedlung und Agrarreform) an das Präsidentenamt, um dieser Behörde mehr Beweglichkeit zu verleihen. Darin ist keine Unterschätzung des Ministeriums für Agrarentwicklung (MDA) zu sehen. Das MDA hat die Aufgabe, die Familienwirtschaften zu schützen – für die Agrarreform ist es nicht tauglich. Wir wollen eine neue administrative Struktur für die Agrarreform, die drei Behörden vereint: das INCRA, die CONAB (Nationale Gesellschaft für die Versorgung) – die eine grundlegende Rolle spielt, um die Produktion in den Ansiedlungen zu ermöglichen – und eine dritte Behörde, die die Regierung Collor geschlossen hat, das ehemalige EMBRATER (Nationales Institut für landwirtschaftliche Beratung). Es soll die technische Unterstützung und die staatliche Beratung organisieren. Eine technische Unterstützung für die Siedler und kleinen Produzenten existiert nicht, das ist ein Märchen. Wir haben auch die Idee, bestimmte Regionen für vorrangig zu erklären, um ehrliche Produzenten zu beruhigen. Durch die Regellosigkeit, mit der die Enteignungen durch das INCRA durchgeführt werden, können sich die falschen Leute beunruhigt fühlen. Im Sinne der Agrarreform und des Statuts über den Boden ist es, Regionen auszuwählen, wo das Lati-fundium vorherrscht. Dort wird dann die Reform in einer ganzen Region durchgeführt. Die übrigen brauchen sich



nicht zu beunruhigen. In diesem Land gibt es viel schlecht genutzten Boden. Die Regierung muss nur aufwachen und das Gesetz anwenden.

Welche Sicht haben Sie auf die aktuelle Entwicklung in Lateinamerika?

Die Sicht von Via Campesina ist, dass auf institutionellem Gebiet drei verschiedene Blöcke von Regierungen entstanden sind. Ein Block ist der der linken Regierungen: Kuba, Venezuela, Bolivien und jetzt auch Ecuador. Es gibt den Block der Gemäßigten, die eine ambivalente Politik betreiben: manchmal antineoliberal und antiimperialistisch und manchmal pro-marktwirtschaftlich. Das trifft auf Brasilien zu: Es ist gegen die ALCA, aber es ist für die WTO. Zu dieser Gruppe gehören auch Argentinien, Uruguay und Peru. Die dritte Gruppe ist pro-neoliberal: in Südamerika Chile, Paraguay und Kolumbien.

Die Parteien und eine neue Gesellschaft

XI. Internationales Seminar in Mexiko, 9.–11. März 2007

Von Roswitha Yildiz und Dietmar Schulz, AK Lateinamerika der AG Friedens- und Internationale Politik

Das Seminar von Linksparteien und progressiven Bewegungen, das seit 1997 jährlich stattfindet und von der Partei der Arbeit (PT) Mexikos ausgerichtet wird, ist ein breites Forum der Linkskräfte vor allem aus Lateinamerika, das hinsichtlich der vertretenen Parteien und politischen Positionen noch vielfältiger ist als das Forum von São Paulo.

An der elften Auflage des Seminars nahmen nach Angaben des Veranstalters Vertreter von über 100 Parteien und Organisationen aus 36 Ländern teil. Darunter vor allem aus den Ländern Mittel- und Südamerikas und der Karibik sowie der VR China, der KVDR, aus Vietnam, Laos, Russland sowie einige Vertreter europäischer und afrikanischer Parteien und Organisationen. Hinzu kamen eine große Anzahl (150–200) von Mitgliedern der PT oder anderer gesellschaftlicher Organisationen und Parteien Mexikos. Die PRD (Partido Revolucionario Democrático), mit der veranstaltenden PT in einem Wahlbündnis bei den nationalen Wahlen des vergangenen Jahres vereint, war durchgängig durch Mitglieder ihrer nationalen Führungsorgane vertreten.

Roswitha Yildiz und Dietmar Schulz vertraten die Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. die Linkspartei.PDS. Roswitha Yildiz informierte in einem Redebeitrag mit dem Titel „Fünfzig Jahre Europäische Union und der Europäische Verfassungsvertrag“ über die wichtigsten Inhalte des Vertrages und stellte Memorandum und Vorschläge für einen Alternativen Verfassungsvertrag der Linksfraktion sowie die Charta der Grundsätze für ein anderes Europa vor.

In seiner traditionellen Eröffnungsrede wies Alberto Anaya Gutierrez, Generalsekretär der Partei der Arbeit Mexikos, auf die überaus positive Bilanz des Voranschreitens der Linkskräfte in Lateinamerika in den letzten Jahren hin und würdigte in diesem Zusammenhang ausführlich die Erfolge der Linken in Venezuela, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Bo-

livien, Ecuador und anderen Ländern. Die Entwicklung in Bolivien sei ein „revolutionärer Prozess, der Hoffnung gibt.“ Besonders würdigte der Redner in diesem Zusammenhang die Wiederwahl Lulas in Brasilien und die Wahlsiege der Sandinisten um Daniel Ortega in Nicaragua sowie von Rafael Correa Delgado in Ecuador. Wiederholt betonte er die großen Anstrengungen Kubas und auch Venezuelas zur Unterstützung der Linksbewegungen in Lateinamerika und darüber hinaus und unterstrich die unverbrüchliche Solidarität der Linken mit Kuba. Dem argentinischen Präsidenten Kirchner sei es hoch anzurechnen, dass er Chavez in Argentinien eine Bühne biete, während Bush auf seiner Tour durch Lateinamerika im Nachbarland einen Auftritt habe,

Im Mittelpunkt seiner Eröffnungsrede sowie seines späteren Diskussionsbeitrages stand jedoch die Analyse der Wahlen in Mexiko und die aktuelle innenpolitische Lage des Landes. Nach einer Würdigung der gemeinsamen Anstrengungen der Wahlallianz aus PRD, PT und Convergencia sowie einer Verurteilung der Wahlfälschungen und des Wahlbetruges durch das bürgerliche Lager stellte er die Frage, warum der Linken der Wahlsieg gestohlen werden konnte. Als Antwort verwies er auf die verbesserte wirtschaftliche Lage in Mexiko, die zu einer Stabilisierung des bürgerlichen Regimes geführt habe. Außerdem sei das bürgerliche Lager durch die hohen Umfragewerte des linken Kandidaten Lopez Obrador alarmiert worden und habe außer auf eine breite politische Diffamierungskampagne bereits frühzeitig auf eine Manipulation der Wahlen gesetzt und diese vorbereitet. Dazu sei eine Atmosphäre des „fraude patriótico“, des aus Sorge um das Vaterland gerechtfertigten Wahlbetruges, geschaffen worden, dem die Linkskoalition nicht energisch genug entgegen getreten sei.

Weiter führte er aus, dass Fehler der Linkskoalition den knappen Wahlausgang und die damit verbundene Möglichkeit eines Wahlbetruges begünstigt hätten. Dabei nannte er die zu einseitige Orientierung auf die Person des Präsidentschaftskandidaten zu Lasten inhaltlicher Aussagen, die fehlende Aussöhnung mit dem historischen Führer der PRD, Cuauhtémoc Cárdenas, die mangelnde Bereitschaft, ein Bündnis mit bereitwilligen progressiven Teilen der Gewerkschaften, der Kirche und der Unternehmer einzugehen, sowie handwerkliche Mängel der Wahlkampagne. Insgesamt sei man zu siegessicher gewesen und zu wenig auf die Wähler und deren Interessen eingegangen. Auch unmittelbar nach den Wahlen habe die Linkskoalition durch eigene Fehler (nicht ausreichende Präsenz bei der Auszählung) an Boden verloren.

Als positiv würdigte Anaya den trotz Betrug erreichten hohen Stimmenanteil und die aktive Unterstützung durch die Bevölkerung sowie den guten Zusammenhalt der Koalition. Diese sei durch die Umwandlung in die „Frente Amplio Progresista“ nach den Wahlen auf eine qualitativ neue Stufe gehoben worden.

Die weitere Zusammenarbeit in der Frente Amplio Progresista stellte auch Saúl Escobar, Sekretär für internationale Verbindungen der PRD, in seiner Begrüßungsrede heraus. Es sei notwendig, angesichts einer feindlichen Regierung und Presse eine linke, zum Kampf entschlossene Kraft aufzubauen. Mexiko befinde sich in einer Krise, deren Ausgang ungewiss sei. Bei dieser Krise gehe es nicht um die Präsidentschaft oder die Aufteilung der Macht zwischen Bürokraten und politischen Parteien. Die Mobilisierung der Bevölkerung



nach dem Wahlbetrug erkläre sich mit der sozialen Polarisierung, die das Land seit einigen Jahrzehnten durchlebe.

In einer Einschätzung zu den Wahlen, die Escobar in der neuen, anlässlich des Seminars vorgestellten Zeitschrift „Contexto Latinoamericano“ veröffentlicht hat, weist er darauf hin, dass das Wählerverhalten die Existenz von zwei Mexikos offenbart habe. Ein Sektor, der die Entwicklung des Landes optimistisch sieht, von einem Mexiko ohne Grenzen in der Nähe zu den USA und dem Freihandelsabkommen profitiert, und der andere, der durch eben diese Politik eine ständige Ausgrenzung erfährt und sich nicht repräsentiert fühlt von einem Staat, der sich als Verwalter privater Interessen versteht. Dies zeige sich auch in einer geografischen Spaltung. In seinen Schlussfolgerungen aus den Wahlen betont er besonders die Notwendigkeit, Allianzen zu suchen, nicht nur zwischen Parteien, sondern zwischen den „verschiedensten Ausdrucksformen der sozialen Bewegung“. Parteien müssten offener sein für eine unterschiedliche Vertretung der Gesellschaft und weniger als geschlossene Politikbürokratie agieren. Die Aktivität der Linken dürfe sich nicht auf die „gestión política“, politische Geschäftsführung, beschränken, notwendig sei die Mobilisierung der Bevölkerung und die Organisierung der Gesellschaft unabhängig von den politischen Machtgruppen.

Der erste Arbeitsschwerpunkt „Bilanz der Wahlprozesse und Erfahrungen der Mitte-Links-Regierungen in ihrer Politik gegenüber den Massen“ stand vor allem im Zeichen theoretischer Erörterung zu den Aufgaben der Parteien, während konkrete Erfahrungen hinsichtlich der Politik linker Regierungen eher selten waren. Weitgehende Übereinstimmung gab es zu der vielfach vorgetragenen Auffassung, dass die Übernahme der Regierungsgewalt und damit eines Teils der politischen Macht nur ein erster Schritt sein kann.

In einem Einführungsreferat zu diesem Thema trug die argentinisch-kubanische Soziologin Isabelle Rauber vor, dass eine linke Regierung „nur die bereits in der kapitalistischen Gesellschaft existierenden Strukturen und Mechanismen übernehmen kann.“ Für den Aufbau und die Gestaltung einer neuen Gesellschaft seien diese jedoch unzureichend. Isabel Rauber, deren Forschungsschwerpunkt, vereinfacht ausgedrückt, soziale Bewegungen und politische Repräsentation ist, betont in ihrem Konferenzbeitrag, dass die menschliche Zivilisation, will sie überleben, sich mit neuen Gesetzen neu begründen muss. Erforderlich seien andere Grundsätze für die Entwicklung von Wohlstand und Fortschritt, neue Formen der Solidarität, ein anderes Verhältnis zur Natur. Die Entwicklung des Nordens bilde dabei keinen Bezugsrahmen mehr, sie sei weder erreichbar noch erstrebenswert. Als Protagonisten der Veränderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht sie die sozialen Bewegungen, die als Antwort auf den Wegfall des sozialistischen Blocks, die technologischen Umwälzungen und auf die globale ideologische Offensive des Kapitals unter US-Hegemonie entstanden seien. Die Bewegungen hätten in den letzten 30–40 Jahren Kampferfahrungen gesammelt, die sich heute abzeichneten als „neues strategisches Konzept der sozialen Transformation“, des Aufbaus einer sozio-kulturellen Befreiungskraft. Damit stelle sich die Frage nach den Zielen, Inhalten, dem Subjekt der Veränderung, die Frage der politischen Macht neu.

Dieses strategische Konzept habe sich nicht die Aufgabe gestellt, die Macht zu ergreifen, um dann den Prozess der sozialen Veränderung in Gang zu setzen, stütze sich nicht

auf eine Avantgarde-Partei als Vermittler, sondern stelle sich dar als „Errichtung der Macht von unten“. Das passiere allerdings nicht spontan, sondern erfordere eine bewusste politisch-organisatorische, systematische und kollektive Arbeit. Dazu bedürfe es einer politischen Organisation, eines „politischen Instruments“, das die Protagonisten organisiert und führt, wobei allerdings klar sein müsse, dass diese politische Organisation nicht das „politische Subjekt des Wandels sei“.

Alle Diskussionsteilnehmer verwiesen auf die Notwendigkeit enger Verbindungen zwischen (linken) politischen Parteien und Massenorganisationen bzw. sozialen Bewegungen. Dabei wurden immer wieder Begriffe wie direkte und partizipative Demokratie, partizipative Haushalte und parallele politische Strukturen, d. h. Strukturen und Mechanismen zur Beteiligung an der Machtausübung über die „klassischen“ Strukturen der bürgerlichen Parlamente und Regierungsapparate hinaus, ins Spiel gebracht. Dabei zeigte sich, dass unterschiedliche Auffassungen zur praktischen Umsetzung solcher Vorstellungen bestehen. Besonders die brasilianischen Genossen (PT und PCdoB) verwiesen mit Hinblick auf ihre Erfahrungen mit den partizipativen Haushalten in Rio Grande do Sul bzw. Porto Alegre auf die dringende Notwendigkeit der politischen Befähigung und Vorbereitung der Bevölkerung für diese Schritte, da die Arbeit mit den partizipativen Haushalten sonst leicht zu „Verteilungskämpfen“ degenerieren könne.

Insgesamt unterstrichen zahlreiche Diskussionsteilnehmer die Notwendigkeit, den Widerspruch zwischen einsetzender politischer Passivität großer Bevölkerungsgruppen nach der Erringung der Regierungsgewalt durch linke Regierungen („Demobilisierung nach dem Motto, das Ziel ist erreicht, jetzt lasst unsere Politiker machen) einerseits und übergroßen Erwartungen und Ungeduld hinsichtlich schneller sozialer Umwälzungen andererseits konstruktiv zu überwinden. Dies sei nur möglich, wenn die politischen Parteien der Linken den Prozess der Mobilisierung und politischen Bewusstseinsentwicklung ihrer sozialen Basis aktiv vorantreiben. Dazu wurde oft auf das Beispiel Venezuela verwiesen.

Beim zweiten Schwerpunktthema „Selbstbestimmungsrecht der Völker, energetische und natürliche Ressourcen und die Verteidigung gegen imperialistische Aggressionen“ standen vor allem die Fragen der nationalen Verfügungsgewalt über die Rohstoffe und Energieressourcen der einzelnen Länder im Vordergrund. Wirtschaftswissenschaftler, vor allem aus Mexiko und Chile, zeigten an den Beispielen Erdöl, Wasser und Kupfer, dass eines der Hauptziele imperialistischer Politik in der Gegenwart darin besteht die Verfügungsgewalt über Natur- und Energieressourcen weltweit zu erlangen. Alle Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass die Erlangung und Verteidigung der nationalen Souveränität und des wirtschaftlichen und sozialen Selbstbestimmungsrechts der Völker auf das Engste mit der Frage der nationalen Verfügungsgewalt über die natürlichen und energetischen Ressourcen der einzelnen Länder verbunden ist. Zum dritten Tagesordnungspunkt hatten alle Teilnehmer die Möglichkeit, über die politische Entwicklung in ihren Ländern zu berichten.

Einer der Höhepunkte war dabei sicher der Auftritt von Ollanta Humala (Partido Nacionalista Peruano/Unión por el Perú) aus Perú.

Ollanta Humala, der im 2. Wahlgang gegen den Kandidaten der APRA unterlegene Präsidentschaftskandidat, hat,



überraschend für die meisten Teilnehmer, am Seminar teilgenommen und gleichzeitig seine Aufnahme in die Arbeitsgruppe des Forums von Sao Paulo, die im Anschluss an das Seminar tagte, beantragt. Damit hat er sich offen an die Seite derjenigen linken Kräfte gestellt, die, wie er in seinem Beitrag betonte, „angesichts der amoralischen oder unmoralischen Gesetze des Marktes“ ein gefestigtes Konzept der Solidarität vorangebracht haben. Seit 2004 (nach einer militärischen Erhebung gegen Fujimori im Jahr 2000) Militär im Ruhestand, verweist er gern auf seine militärischen Erfahrungen. Die Aktivität, die er am meisten liebt, sei die militärische Laufbahn. Der Widerspruch zwischen einem Peru, das er sich erträumte, und der Realität, die er vorgefunden habe, brachte ihn zur Politik. Seine politischen Forderungen sind ein starker Staat, der über die nationalen Ressourcen verfügt, eine verfassungsgebende Versammlung und partizipative Demokratie, also die klassische Klaviatur der Linken. Er habe deren Forderungen „aufgesaugt“, sagt Renán Raffo, Generalsekretär der Peruanischen Kommunistischen Partei, in einem Beitrag zum „Phänomen Humala“ in der schon erwähnten Zeitschrift „Contexto Latinoamericano“. Die PCP, die beim Seminar ebenso wie die Sozialistische Partei mit Diaz Canseco vertreten war, sichert Humala „bedingungslose Unterstützung“ zu. Die mangelnde Einheit der Linken, so Raffo, sei Schuld daran, dass Humala nicht im ersten Wahlgang gewonnen habe. Das habe auch nichts zu tun mit den tatsächlichen Stimmen (Die Linke lag unter einem Prozent). Einheit verkörpere Macht und Fähigkeiten und wirke so anziehend auf den Wähler.

Vertrauen in die Fähigkeiten der Linken erwachse beim Wähler, wenn er merke, dass die FMLN im Ausland Freunde habe, so Blanca Flor de Bonilla, Abgeordnete und Koordinatorin für Auslandsbeziehungen im salvadorianischen Parlament auf die Frage, wie die eingeforderte Solidarität denn konkret aussehen solle: „Kommt wenigstens, wenn wir euch einladen.“

Die Rechte rüste angesichts der Wahlen 2009 ideologisch und militärisch auf, da sie fürchtet, dass die FMLN, die mit über 50 Prozent auf kommunaler Ebene vertreten ist, dieses Ergebnis auf nationaler Ebene wiederholen könnte. Der Freihandelsvertrag werde in voller Schärfe angewandt, die Rechte und die Regierung billigten die politische und militärische Einmischung der USA. Im Schlussteil ihres Beitrages, wo es vorwiegend um Probleme der Emigration, der Korruption und um die Gewaltproblematik ging, betonte sie noch einmal, dass das Volk El Salvadors und die FMLN in dieser Phase des Kampfes internationale Solidarität benötigten, „Hilfe und Begleitung, diplomatischer, parlamentarischer, politischer und sozialer Art, um bei den Wahlen 2009 die Rechte besiegen zu können“.

Ein weiterer Höhepunkt war die Rede von Piedad Cordoba, Mitglied des kolumbianischen Senats und des Lateinamerikanischen Parlamentes sowie der Nationalleitung der Bewegung „PODER CIUDADANO“, einer linken Strömung der Liberalen Partei Kolumbiens. Damit nahm erstmalig eine Vertreterin einer der beiden großbürgerlichen Parteien Kolumbiens an einem Treffen linker Kräfte in Lateinamerika teil. In einer sehr emotionalen Rede sprach sie von einer Legitimitätskrise der Regierung Uribe und klagte den Präsidenten an, verantwortlich für die Verbrechen der Paramilitärs in Kolumbien zu sein. Sie äußerte sich klar zugunsten einer Zusammenarbeit mit der neuen Linksbewegung „Polo Demo-

cratico“ und forderte alle linken, progressiven und demokratischen Regierungen Lateinamerikas und der Welt auf, die diplomatischen Beziehungen zur Regierung Uribe sofort abzubauen.

Unmittelbar nach dem Ende des Seminars wurde bekannt, dass ein Videomitschnitt der Rede von Piedad Cordoba im Internet aufgetaucht und dann im kolumbianischen Fernsehen gesendet worden sei. Sie habe daraufhin Morddrohungen erhalten und die Liberale Partei habe sich von ihrer Forderung nach einem diplomatischen Boykott der Regierung Uribe distanziert.

Die Teilnehmer aus Guatemala nutzten zumindest teilweise die Tribüne des Seminars um interne nationale Parteikonflikte auszutragen. Zuerst sprach Cesar Montes für die Partei „Encuentro por Guatemala“, die die bekannte Menschenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt hat. Er griff die guatemalteke Linke (URNG/ANN) als Linksdogmatiker an, bezichtigte sie machistischer und rassistischer Vorurteile gegenüber Rigoberta Menchú und meinte, sie beteilige sich an einer „schwarzen Kampagne“ der Rechten gegen ihre Kandidatin.

Hector Nuila, Generalsekretär der URNG, ging auf diese Vorwürfe bewusst nicht ein und informierte über die Entwicklung der neuen linken Wahlkoalition MAIZ.

Max Cabrera, Sekretär für Internationale Beziehungen der ANN, verurteilte den Missbrauch des Seminars für innenpolitische Auseinandersetzungen, ging dann aber gleichwohl auf die Angriffe ein. Er würdigte ausführlich die Verdienste von Rigoberta Menchú in Sachen Menschenrechte, verwies aber dann darauf, dass sie mit ihrer Kandidatur das Spiel der rechten Kräfte des Landes unterstütze und ganz klar die Rechte repräsentiere. Er sprach der Partei „Encuentro por Guatemala“ jegliches Recht ab, sich eine Partei der Linken zu nennen.

Sehr herzlich wurde von den Teilnehmern die Delegation der FSLN aus Nicaragua unter Leitung von Jacinto Suárez, Koordinator der Nationalleitung der FSLN, aufgenommen. In seinem Beitrag erläuterte er hinsichtlich der politischen Zielstellungen der Ortega-Regierung, dass es darum gehe, „Strukturen einer Macht von unten“ zu errichten. Mittel dazu seien die direkte und partizipative Demokratie und die per Präsidialdekret auf allen Leitungsebenen zu schaffenden „Volksräte“ (consejos populares), die zur Einbeziehung der Bevölkerung in die Beratung und Beschlussfassung aller staatlichen Maßnahmen dienen. Außerdem wurde ein Programm zur massiven Einsparung von Verwaltungsausgaben (Dienstwagen, Handys, Gehälter, usw.) beschlossen. Die eingesparten Mittel sollen für Sozialmaßnahmen wie kostenlose medizinische Grundversorgung, kostenlose Grundschulbildung, Schulbauten, usw. verwendet werden. Zu den weiteren Leitlinien der Regierungspolitik gehöre die Gestaltung des Außenhandels unter Beachtung der nationalen Souveränität, das Eintreten für die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration Lateinamerikas, die Ausgestaltung der ALBA-Mitgliedschaft und die Betonung des internationalistischen und antiimperialistischen Charakters der sandinistischen Regierung.

Da die Mitgliedsparteien der Frente Amplio aus Uruguay bei dem Treffen stark vertreten waren, spielte deren Politik in der Diskussion eine relativ große Rolle. Der Repräsentant einer Partido Obrero Revolucionario, einer relativ kleinen



trotzkistisch ausgerichteten Partei, sprach dabei wiederholt von einer „tiefen Krise der Frente Amplio“, die allerdings von den anderen Vertretern von FA-Mitgliedsparteien im Plenum bzw. in Einzelgesprächen energisch bestritten wurde. Sie unterstrichen, dass die Frente Amplio aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung und der konkreten Bedingungen des politischen Prozesses in Uruguay, insbesondere des Kräfteverhältnisses, derzeit keine wesentlich andere Politik hinsichtlich der eingeleiteten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen durchführen könne. Allerdings wollte man durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den konsequent revolutionären Kräften (vor allem MPP/Ex-Tupamaros und KPU) stärkere Akzente zugunsten einer „Tempoerhöhung“ setzen.

Zum Abschluss des XI. Seminars wurden im Plenum zahlreiche Resolutionen eingebracht und (mit einer Ausnahme) angenommen, so z. B.

- zur Solidarität mit Kuba
- zur Unterstützung der sandinistischen Regierung Nikaraguas
- zur Solidarität mit Bolivien und Venezuela
- zur Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Puerto Ricos und aller anderen kolonialen Gebiete in Lateinamerika und der Karibik
- zur Solidarität mit dem Volk El Salvadors.

Das XII. Seminar „Die Parteien und die neue Gesellschaft“ wurde für den 7. bis 9. März 2008 einberufen. Als vorläufige Schwerpunkte der Diskussion wurden folgende Punkte bestätigt:

1. Die Entwicklung einer alternativen Konzeption zur Nation
 - Staatliche Strukturen und Verfassungsgebende Versammlungen
 - Soziale Bewegungen und Volksmacht
 - Wirtschaft.
2. Neokolonialismus und die Gegenoffensive des Imperialismus angesichts des Vorschreitens der Linkskräfte. Alternative Integrationsprozesse.
3. Thematische Foren
 - Migration
 - Naturressourcen, Umwelt und globale Erwärmung
 - Massenmedien
 - Wahlsysteme.
4. Fallstudien und aktuelle Themen
 - Nikaragua/Venezuela/Mexiko/Kolumbien.

VI. Hemisphärisches Treffen des Kampfes gegen die Freihandelsverträge und für die Integration der Völker

Abschlussklärung, Havanna, 5. Mai 2007

Das Hemisphärische Treffen ist die aktuelle Form der Treffen gegen die ALCA, nachdem diese Gesamtamerikanische Freihandelszone von den USA wegen des Widerstandes in vielen Ländern in der geplanten Form nicht realisiert werden konnte und die USA statt dessen versuchen, mit einzelnen Ländern bilaterale Freihandelsverträge zu schließen. Einberufen wird es von der Alianza Social Continental (Kontinentale Soziale Allianz – ASC), der eine Vielzahl Netzwerke und Organisationen aus Süd-, Mittel-, Nordamerika und der Karibik angehören. Das Treffen findet seit 2001 jährlich in Havanna statt.

An alle Völker Unseres Amerikas

Wir beenden dieses VI. Hemisphärische Treffen zu einer Zeit, da sich auf dem Kontinent zum Wohle unserer Völker neue und bessere Bedingungen entwickeln, um die düstere Etappe des Neoliberalismus und der hegemonialen Pläne des USA-Imperialismus zu überwinden. Trotz dieser positiven neuen Erscheinungen erfordert es die Lage in der Mehrheit unserer Länder, den Widerstand zu verstärken. Beispiele dafür sind die Aktionen der sozialen Bewegungen und des Volkes von Kostarika gegen die Verabschiedung der Freihandelsverträge oder der Kampf des Volkes von Oaxaca zur Verteidigung seiner Rechte, auf den die Regierung Mexikos mit brutalen Massenrepressalien geantwortet hat, die eine große Zahl von Toten, Verletzten und Verhafteten gefordert haben.

Wir führen unverändert den Kampf gegen den Imperialismus und seine neoliberale Politik in der Region, besonders gegen die Praktiken des Freihandels in der Form der Freihandelsverträge (TLC), der Abkommen über ökonomische Partnerschaft (EPA) und der Allianz für Sicherheit und Prosperität Nordamerikas (ASPAN). Dies sind Ausdrucksformen einer noch gefährlicheren Phase des Hegemoniestrebens der USA, das die Region seit jeher bedroht. Wir lehnen auch die Vertiefung der Freihandelsabkommen ab, die die Europäische Union Lateinamerika und der Karibik anbietet – die „europäische ALCA“ – besonders die ausschließenden, geheimen und illegitimen Verhandlungen, die sie mit der Andenregion, dem Mercosur und Mittelamerika führt.

Dem ökonomischen und politischen Modell, das die Macht der großen Unternehmen und des Agrobusiness fördert, die durch massive Investitionen in Sektoren wie Landwirtschaft, Bergbau und Staudämme die Lebensbedingungen der Bauern in den indigenen und afrostämmigen Gemeinden bedrohen, setzen wir die Unterstützung für umfassende Agrarreformen und Ernährungssouveränität entgegen. Dabei geht es uns um die Verteidigung von Boden und Territorien, um den politischen Schutz der Naturressourcen, der Kultur und der Selbstorganisation der Völker.

Wir bleiben bei unserer entschiedenen Anklage gegen ein Modell, das auf die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, auf die Ausbeutung der Werktätigen und auf die Missachtung der ökonomischen und sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung hinausläuft. Es ist ein System der Ausgren-



zung, das Menschen von ihrem Grund und Boden vertreibt, sie aber als Immigranten verfolgt und zu Verbrechern stempelt. Wir weisen auf die zentrale Rolle der multinationalen Gesellschaften bei diesem Modell der Ausplünderung hin, das die sozialen Rechte und die Umwelt zerstört.

Energisch weisen wir die Kriminalisierung unserer Kämpfe für Selbstbestimmung, Demokratie, Gerechtigkeit und Autonomie zurück. Wir wenden uns entschieden gegen einen neuen „Plan Condor“, mit dem die Sicherheitskräfte und Armeen der Region nach von den USA vorgegebenen Kriterien, Doktrinen und Mechanismen der Aufstandsbekämpfung zusammengefasst werden sollen. Ziel ist die Kontrolle und Disziplinierung der Bevölkerung des Kontinents, die in ihren eigenen Ländern zu verdächtigen Elementen und Verbrechern erklärt wird. Wir entlarven und verurteilen die Doppel-moral der Politik der Vereinigten Staaten, die einerseits fünf Kubaner unter der falschen Anschuldigung des Terrorismus gefangen halten und andererseits einen der gefährlichsten Terroristen der Region, den Verbrecher Luis Posada Carriles, auf freien Fuß setzen.

Wir unterstreichen die Notwendigkeit, die Energiebasis unserer Länder zu diversifizieren und nach erneuerbaren Energiequellen zu suchen sowie die vorhandenen rationell zu nutzen. Aber wir schlagen Alarm angesichts der Gefahr, die der Einsatz von Biotreibstoffen für die Ernährungssouveränität und die Umwelt mit sich bringt. Da es verschiedene Sichten und Meinungen in dieser Frage gibt, ist es notwendig, die Kenntnisse und die Diskussion darüber zu vertiefen.

Überzeugt von der Notwendigkeit, Alternativen zum Neoliberalismus aufzubauen, müssen wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, Konsens über eine Integration der Völker zu erzielen, die von einem politischen Programm gestützt wird. Dies soll zum Dialog über jene Probleme der Integration beitragen, die die Interessen der Völker berühren. Wir begrüßen den Fortschritt des Integrationsprozesses nach den Ideen der ALBA (von Hugo Chavez initiierte Bolivarische Initiative – d. Ü.) und die Entscheidung, darin Raum für die Beteiligung der sozialen Bewegungen zu schaffen. Dieser Prozess sollte breit und plural angelegt sein und die sozialen Bewegungen der Region in ihren verschiedenen Formen einschließen. Nur so kann er eine feste Grundlage erhalten. Zugleich ist er eine Unterstützung für die Kritik und den Widerstand gegen Projekte wie die ASPAN, die den Willen des Imperiums verkörpern und zu einer Vertiefung des neoliberalen Modells führen sollen.

Die Integration kann nur erfolgreich sein, wenn dabei die Rechte, die Umwelt und die Siedlungsgebiete der indigenen Völker respektiert und geschützt werden. Deshalb verurteilen wir Initiativen wie den Plan Puebla-Panama und die IIRSA (Initiative für die Integration der Infrastruktur Südamerikas), die weit davon entfernt sind, unseren Gemeinden Nutzen zu bringen oder den Dialog mit ihnen zu erleichtern. Ihr Ziel ist nur der Profit für die Verfechter eines Produktionsmodells, das die Umwelt zerstört und die soziale Ausgrenzung in der Region weiter vorantreibt.

Als ein Ergebnis des Kampfes auf unserem Kontinent und weltweit begrüßen wir die Entscheidung der Regierung Ekuadors, ihr Land zum Gläubigerstaat zu erklären und eine integrale, partizipative Überprüfungscommission für die Schuldenforderungen einzusetzen, die in rechtswidriger Weise an sie gestellt werden. Wir begrüßen auch die Entscheidung verschiedener Regierungen, sich aus dem CIADI (Internatio-

nales Zentrum für die Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten) zurückzuziehen und ihre Mitgliedschaft in anderen multilateralen Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und BID (Interamerikanische Entwicklungsbank) zu überprüfen, die unseren Völkern ihre Bedingungen aufzwingen und ihnen nur Ausplünderung, Zerstörung und Verarmung bringen. Wir fordern von allen Regierungen der Region, dass sie sich diesen Initiativen anschließen und ebenfalls Überprüfungscommissionen für die Schulden und das Agieren der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Bezahlung rechtswidriger Schulden soll eingestellt, die Verantwortlichen für Wirtschafts- und Umweltvergehen sollen bestraft und zusammen mit den betroffenen Völkern Strategien der Rückerstattung und Wiedergutmachung festgelegt werden.

Wir begrüßen die Schaffung neuer regionaler Instrumente einer souveränen Finanzierung wie die Bank des Südens und den Stabilisierungsfonds des Südens. Zugleich unterstreichen wir unsere Hoffnung und die Forderung, dass diese Institutionen dazu dienen mögen, echte Alternativen einer souveränen und solidarischen Integration und Entwicklung zu unterstützen, die Beteiligung, Gleichheit und nachhaltige Entwicklung der Völker des Planeten fördern.

Wir unterstreichen die Notwendigkeit, den Konsens und die kontinentale Verflechtung der sozialen Bewegungen, Netzwerke und Organisationen zu festigen, die den Kampf für die Autonomie und die Rechte unserer Völker führen. Die Kampagne zum 500. Jahrestag (der Entdeckung Amerikas – d. Ü.), die zapatistische Erhebung, die Mobilisierung gegen die Verschuldung, die kontinentale Kampagne gegen die ALCA, die Formierung vieler sektoraler und thematischer Netze sind die Grundlage des großen Bündnisses von Akteuren des Kampfes gegen den Neoliberalismus in den Amerikas, die wir als Bestandteile der Alianza Social Continental (ASC) anerkennen.

Wir übernehmen die Verpflichtung und die Verantwortung, zum Weltsozialforum im Januar 2008 auf dem Kontinent als Teil der globalen Agenda eine breite Volksbewegung zu mobilisieren. Wir versichern erneut unsere Unterstützung für die Durchführung des ersten Sozialforums der Vereinigten Staaten, denn wir wissen, dass die Hauptschlacht gegen den Imperialismus in seinem eigenen Land geschlagen wird.

Wir laden alle ein, im Jahre 2008 zum VII. Hemisphärischen Treffen wieder nach Havanna zu kommen.

“Für die Integration der Völker! Ein anderes Amerika ist möglich!“

Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Verteidigung, Militarisierung, Gerechtigkeit und Straflosigkeit

Die Militarisierung ist im 21. Jahrhundert zum bevorzugten Instrument der USA-Politik geworden, um den Zugang zu Naturressourcen und ihre Monopolisierung zu sichern, den Widerstand abzuschwächen oder zu unterdrücken, der Herausbildung alternativer hegemonialer Blöcke entgegenzutreten und einen normativen Wandel durchzusetzen, der die Interessen des Großkapitals und die Globalstrategie der USA fördert.

Zur Durchsetzung der Militarisierung werden zwei große Gruppen von Mechanismen eingesetzt: die Einschüchterung, wozu der Aufbau eines kontinentalen Netzes fester Stützpunkte, zeitweiliger Basen und Truppenübungen, Patrouillen, Kontrollen und die Tätigkeit der Geheimdienste zu rechnen sind, und die Beschwichtigung, worunter humanitäre Opera-



tionen, Katastrophenvermeidungs- und -hilfsaktionen, der Aufbau einer kontinentalen Datenbank, die über den Plan Condor hinausgeht, wenn auch gleichen Charakters, die Nutzung von Medien zur Ausschaltung des gesunden Menschenverstandes und Verbreitung einer militaristischen Vorstellungswelt, die Zerstörung lokaler oder alternativer Medien und die Förderung von supranationaler, extraterritorialer Gesetzgebung, einschließlich Verfassungsänderungen fallen, die die Rechte der Völker mit Füßen treten oder die Logik des Antiterrorkampfes und der Aufstandsbekämpfung zu legitimieren trachten.

Die Errichtung ausländischer Militärbasen oder die militärische Besetzung durch ausländische Truppen während sogenannter Friedensmissionen oder Kampfaktionen gegen den Drogenhandel oder den Terrorismus stellen nicht nur eine Verletzung der Souveränität und der Demokratie dar. Die Völker bekommen sie auch dadurch zu spüren, dass sie zur Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten gezwungen werden. Jugendliche müssen ihr Studium unterbrechen, wenn, wie in Haiti geschehen, Universitäten zu Kasernen umgewandelt werden. Mädchen und junge Frauen werden vergewaltigt, Kinder und Frauen zur Kriegsbeute gemacht. Kinder werden morgens tot im Bett aufgefunden, getroffen von verirrtten Kugeln bei nächtlichen Schießereien, oder werden gezwungen als Spione zu dienen. Bauern werden enteignet. Es kommt zu Alkoholismus, Prostitution, Verschmutzung des Wassers und vielen anderen Eingriffen in das tägliche Leben der Gemeinden, die auseinanderfallen, sich eingeschüchtert, Verfolgungen ausgesetzt sehen und in einer Art Gefängnis ohne Gitterstäbe leben müssen.

Unter Hinweis auf regionale Besonderheiten und geopolitische Veränderungen wird die Strategie zur Beherrschung des Kontinents heute in Form von Projekten zum Aufbau der Infrastruktur für Entwicklung vorangetrieben. Damit werden neue physische und politische Grenzen gezogen. Das ist der Fall beim Plan Puebla-Panama-Putumayo, der vor kurzem verkündet wurde und den alten Plan Puebla-Panama in militarisierter Form wieder aufnimmt. Das betrifft auch die Initiative für die regionale Integration der Infrastruktur Südamerikas (IIRSA). Solche Megaprojekte bilden die neuen Nervenstränge des Kontinents. Sie ziehen die Trassen für die Ausbeutung der Ressourcen und die Disziplinierung der Völker. Wo jetzt Waren transportiert werden, können auch Truppen vorgehen. Und sie tun es.

Aber wenn das die Nervenstränge sind, die das Imperium zieht, dann stellt das Herzstück ein Projekt zur Einordnung der Region in die Standpunkte, Logiken und Prioritäten der inneren Sicherheit der USA dar, das von den drei Präsidenten Nordamerikas unterzeichnet wurde und der Beginn einer neuen ALCA auf dem Gebiet von Sicherheit und Militarisierung zu werden droht. Die Allianz für die Sicherheit und Prosperität Nordamerikas (ASPAN) soll eine Verbindung von Aspekten der Energiepolitik mit denen der Sicherheit gewährleisten. Letztere liegt in Verantwortung des Kommandos Nord der US-Armee, da es sich um Gebiete handelt, die angeblich für die nationale Sicherheit der USA von Bedeutung sind.

Angesichts dieser Bedrohung für die Selbstbestimmung der Völker und ihr Streben nach Gerechtigkeit und Demokratie haben wir, die Kampagne für die Entmilitarisierung der Amerikas (CADA), uns zusammen mit anderen Netzwerken und Organisationen auf die folgenden Grundlinien und Vor-

schläge verständigt, die wir in Form eines Aktionsplanes vorstellen:

- Durchführung einer kontinentalen Kampagne gegen die Achse ASPAN – Plan Puebla-Panama-Putumayo-IIRSA. Dabei suchen wir die Verknüpfung mit anderen Netzwerken, die sich mit Themen wie Agrobusiness, Freihandelsverträge, Staudämme, Bergbau und anderen befassen. Diese Kampagne wird, ohne unsere lokalen Kämpfe außer acht zu lassen, das Schwergewicht auf die subregionalen Probleme legen, die kritische Punkte für die Militarisierung darstellen. Dies sind u. a.: ASPAN; Honduras – El Salvador – Guatemala; Kostarika; Haiti; Guantánamo; Paraguay – Triple Frontera; Kolumbien;
- Fortsetzung der kontinentalen Kampagne zur Beobachtung der Militärbasen und militärischen Aktionen in Lateinamerika, einschließlich der Hemisphärischen Konferenzen des Militärs;
- Durchführung des II. Treffens über Militarisierung in Honduras im 2. Halbjahr 2008;
- Beginn einer Eilkampagne, um zu verhindern, dass die Basis Manta an Peru übergeben wird;
- Zurückweisung von Änderungen der nationalen Gesetzgebung oder des Aufzwingens von supranationalen Gesetzen, die eine Kriminalisierung der Kämpfe der Völker zum Ziel haben und ihre Fähigkeit zur Selbstbestimmung sowie zum Schutz ihrer Ressourcen und Territorien einschränken;
- Kontinentale Kampagne und Aktionen im nationalen Maßstab, damit die Regierungen ihre Truppen aus Haiti zurückziehen, gleichzeitig eine Solidaritätskampagne mit dem Volk Haiti;
- Grußschreiben an die Regierung Ekuadors wegen ihrer Entscheidung, nicht an den Manövern UNITAS teilzunehmen, und an den Präsidenten Boliviens als Unterstützung seiner Entscheidung, die bolivianischen Truppen aus Haiti abzuziehen;
- Kampf für die Rückgabe von Ländereien und Gütern, Entschädigung für Verluste, die die Bevölkerung der jeweiligen Gebiete durch Militärbasen oder durch die Anwesenheit ausländischer Truppen erlitten hat;
- Kampagne zur Schließung der ILEA (US-Ausbildungsstätte für Polizeikräfte für den Kontinent) in El Salvador und Beteiligung an der Kampagne zur Schließung der Schule der Amerikas;
- Kampagne zur Aufdeckung der Unterdrückung in Kolumbien und gegen den Plan Colombia II, Schaffung der Voraussetzungen für die Entsendung einer internationalen Beobachtermission in dieses Land.



Irakische Kommunistische Partei: Pressekonferenz in Bagdad zum 8. Parteitag

Das neu gewählte Zentralkomitee der Irakischen Kommunistischen Partei hielt am 16. Mai 2007 an seinem Sitz in Abu Nuwas in Bagdad eine Pressekonferenz für die irakischen Medien über ihren 8. Parteitag ab.

In einem kurzen Eröffnungs-Statement wies das Mitglied des Politbüros Mufid al-Jazairy darauf hin, dass die Dokumente für den Kongress bereits am 6. September 2006 der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben wurden. Über die Parteizeitung Tarik Al-Shaab (Weg des Volkes), in öffentlichen Veranstaltungen und den Parteiorganisationen wurden die Entwürfe diskutiert, damit sie die Hoffnungen und das Streben möglichst breiter Teile des irakischen Volkes zum Ausdruck bringen.

Danach sprach Generalsekretär Hamid Madschid Musa ausführlich über dieses wichtige Ereignis im Leben der Irakischen KP, die kürzlich ihr 73-jähriges Bestehen gefeiert hat. Zwar hätten auch alle bisherigen Parteitage im Irak stattgefunden, dieser 8. Parteitag habe aber eine besondere Bedeutung, weil er seit dem 3. Kongress im Jahre 1976 zum ersten Mal wieder in Bagdad abgehalten wurde, erklärte er.

„Ende der siebziger Jahre wurde dann ein blutiger Feldzug begonnen, um die Partei physisch zu liquidieren, alle Formen der Freiheit zu beseitigen und eine brutale Diktatur zu errichten. Aber nach 31 Jahren ist die Partei wieder da und tagt in Bagdad. Sie hat neues Leben gewonnen und im ganzen Irak Zellen und Organisationen aufgebaut.“

„Dass die Kommunisten darauf bestehen, ihre Parteitage im Irak und, wenn möglich, in Bagdad abzuhalten, beweist ihre Entschlossenheit, an der Seite des Volkes zu stehen. Nach 31 Jahren schwerer Kämpfe voller Selbstaufopferung sind die Kommunisten ins Zentrum von Bagdad zurückgekehrt. Die Diktatur ist zusammengebrochen und hat ein ruhmloses Ende gefunden.“

Ein historischer Augenblick

Der Kongress habe viel Zeit darauf verwandt, die aktuelle Lage im Irak, das Zusammenwirken von inneren und äußeren, regionalen und internationalen Faktoren zu erörtern, erklärte Hamid Madschid Musa. Die Partei und ihre Mitglieder stellen sich dieser historischen Situation als einende patriotische Kraft, die sich für die höheren Interessen des Volkes einsetzt. Sie wirkt durch ihre Politik und Praxis für die nationale Einheit und wird so zur Friedenskraft für eine breite nationale Bewegung, zum Hebel für breiteste demokratische Aktionen. Sie kämpft für ein Ende der ausländischen Besatzung und Kontrolle, für die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit. Sie lehnt autoritäre Herrschaft in jeder Form ab und wirkt daran mit, das Fundament eines modernen demokratischen irakischen Staates zu legen, der auf gesicherten Bürgerrechten und sozialer Gerechtigkeit beruht.

„Die komplizierte politische Lage in Irak mit ihren vielfältigen Möglichkeiten wurde offen, realistisch und gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse debattiert. Beschlüsse wurden darüber gefasst, wie mit der aktuellen Situation umzugehen ist und welche Kräfte an einer Überwindung der Krise interessiert sind. Wenn es gelingt, diese Kräfte in Regierung,

Parlament und Gesellschaft zusammenzuführen, können die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden. Das aber erfordert von allen, wo sie auch stehen, auf innere Kämpfe und prinzipienlose Streitigkeiten zu verzichten, die unser Vaterland ausbluten, seinen Reichtum verschleudern, vor allem das Blut seines Volkes vergießen und die Hoffnung zerstören.“

Gewalt nützt nur den Feinden

„Der Weg von Gewalt und Gegengewalt wird nicht zum Sieg einer Seite führen. Sekten-Fanatismus zerstört alle Sekten. Der Einsatz bewaffneter Milizen hat zu noch mehr Blut und Gewalt geführt. Die Politik der Quoten für die Glaubensgemeinschaften hat die Krise nicht gelöst, sondern sie, im Gegenteil, weiter zugespitzt.“ Der Parteitag kam zu dem Schluss, dass „der einzige Weg zur Rettung des Landes eine patriotisch-demokratische Lösung ist. Die Partei stellt dies zur öffentlichen Diskussion in Form eines konkreten Programms, das die Grundlage für die Einheit der Kräfte des Volkes bilden soll, die sich für eine solche Rettung einsetzen.“

Nationale Versöhnung

Das erfordert vor allem die Orientierung auf nationale Versöhnung als die beste, ja, die einzige Option der gegenwärtigen Lage. „Nationale Versöhnung als Politik ist den Kommunisten seit dem Zusammenbruch der Diktatur nicht fremd. Sie haben sich angesichts der komplizierten Situation, um das schmerzhafteste Erbe der Diktatur zu überwinden, sehr zeitig darauf eingestellt. Wir sind froh darüber, dass dieses Konzept angenommen und heute selbst von jenen vertreten wird, die zunächst darüber erschrocken waren. Das ist gut. Wenn diese Erkenntnis früher gekommen wäre, hätte dieser lange schmerzhafteste Weg vermieden werden können. Es ist aber wichtig, den Prozess zu aktivieren, um endlich ein günstiges Klima für den Dialog zu schaffen. Zahlreiche komplizierte Fragen erfordern konkrete Initiativen und wechselseitige Zugeständnisse.“

Aufgaben

Der Generalsekretär des ZK der Irakischen KP legte die vom 8. Parteitag gestellten Aufgaben für die Parteiorganisationen und Mitglieder dar. Dazu gehören konkrete Initiativen, um divergierende Standpunkte in der Gesellschaft einander anzunähern und Bündnisse zu schließen.

Der Parteitag debattierte auch über die äußeren Faktoren, die die gegenwärtige Krise beeinflussen, darunter Iraks Beziehungen zu den Nachbarländern und Mächten der Region. „Die Folgen des Terrorismus, der von einigen Nachbarstaaten gefördert wird, bleiben nicht auf irakisches Gebiet beschränkt. Seine Flammen werden auch sie erreichen, wie gewisse Entwicklungen zeigen. Daher liegt es im Interesse aller, gegen den Terrorismus vorzugehen.“

Programm

Hamid Madschid Musa erläuterte die Rolle des vom 8. Parteitag beschlossenen Parteiprogramms für die Mobilisierung der Partei und ihrer Anhänger. Dabei hob er hervor, dass die irakischen Kommunisten Ratschläge von außen zurückweisen, die nicht den Interessen des irakischen Volkes dienen. Als Beispiel nannte er Empfehlungen der Weltbank und des IWF, die eine neoliberale Politik zum Ziel haben, ohne die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu berücksichtigen.



Er betonte, die Alternative der Kommunisten sei das patriotisch-demokratische Projekt, das die Partei als Grundlage für den Zusammenschluss aller Kräfte der nationalen Rettung vorlegt.

Die Zukunftsvision der Kommunisten und der Sozialismus

Der 8. Parteitag hat ein theoretisches Dokument diskutiert, in dem aus den Erfahrungen mit dem Sozialismus in der Sowjetunion und einigen osteuropäischen Ländern Lehren gezogen werden. „Unsere Entscheidung ist der Sozialismus. Aber was für einen Sozialismus wollen Kommunisten für ihr Volk? Der Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und einigen Ländern Osteuropas Anfang der neunziger Jahre hat den Glauben der irakischen Kommunisten an den Sozialismus nicht erschüttert. Aber sie haben schmerzvolle Diskussionen hinter sich, in denen auf Mängel hingewiesen wurde und Lehren aus vergangenen Erfahrungen gezogen wurden, um ein irakisches Konzept des Sozialismus zu entwickeln. Die erste Lehre besteht darin, dass es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann.“

Das theoretische Dokument soll öffentlich debattiert werden, „denn die Option der Kommunisten für die Zukunft ist eine sozialistische Option“.

Demokratisierung und Erneuerung

Hamid Madschid Musa erläuterte die Bedeutung des 8. Parteitages als wichtiger Meilenstein bei der Demokratisierung und Erneuerung der Partei, die vom 5. Parteitag im Jahre 1993 eingeleitet wurde. Bereits im Vorfeld des 8. Parteitages wurde breit über Prinzipien und Mechanismen zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie diskutiert. Diese umfassen den Abbau von Hierarchien, eine Vereinfachung des Kontaktes zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft, die Stärkung des Prinzips der kollektiven Führung mit Hilfe von Mitgliederbefragungen zu wichtigen Themen, breitere Teilnahme von Führungsmitgliedern an Versammlungen und Diskussionen aller Ebenen. Da die Partei das föderale Prinzip beim Aufbau des irakischen Staates unterstützt, musste sie den Parteaufbau entsprechend anpassen, darunter Mechanismen für das Verhältnis zur Kurdischen Kommunistischen Partei des Irak erarbeiten.

„Die neuen innerparteilichen Regeln berücksichtigen die jüngsten Entwicklung im Lande und die Erfordernisse einer Partei, die offene Beziehungen zu andern Kräften mit ähnlichen Zielen sowie zu sozialen Bewegungen entwickeln will.“

Mit Befriedigung stellte Hamid Madschid Musa fest, dass es in den Diskussionen auf dem Parteitag vor allem darum ging, wie die Partei noch engeren Kontakt zu den Volksmassen, besonders zu den Arbeitern herstellt, um ihre Forderungen und Nöte besser zu verstehen und enger mit ihnen zusammenzuwirken. Besondere Aufmerksamkeit galt der Arbeit unter den Frauen, der Jugend und den Studenten, der Erneuerung von Partei und Gesellschaft.

Der Parteitag lief bei hoher Transparenz ab. „Es wurde nicht versucht, Mängel zu vertuschen. Alles, was die Partei daran hindert, noch wirksamer im Interesse des Volkes zu arbeiten, wurde angesprochen.“

Auch die neue Parteiführung wurde in diesem Geiste gewählt. Der 8. Parteitag sicherte das Recht jedes Delegierten, sich um Parteiämter zu bewerben oder vorgeschlagen zu werden. So war die Zahl der Kandidaten fast doppelt so groß

wie die der zu besetzenden Funktionen. Die Parteiführung wurde zur Hälfte erneuert. Hamid Madschid Musa wies darauf hin, dass unter den Mitgliedern des Zentralkomitees zwei Frauen sind, was lange nicht der Fall war.

Auf der Pressekonferenz wurde der Nationale Tag für die Toten in Massengräbern um zwölf Uhr mit einer Schweigeminute begangen.

Plattform für Indonesiens Linke

Dita Indah Sari über die Schwierigkeiten des Parteaufbaus; aus: „Neues Deutschland“, 25. Juni 2007

Dita Indah Sari saß als Gewerkschaftsführerin drei Jahre in Haft, als Indonesien von Diktator Suharto beherrscht wurde (1968 – 1998). Sie war Gründungsmitglied der Demokratischen Partei (PRD) und ist heute Präsidentin der Linkspartei Paper-nas (Partei der Einheit für Nationale Befreiung), die offiziell im Januar dieses Jahres gegründet wurde. Dita Indah Sari nahm als Gast am Gründungsparteitag Der Linken teil. Carsten Hübner befragte sie für ND.

Die linke Sammlungspartei Papernas wurde vor einigen Monaten offiziell gegründet. Wie hat sich die Partei seither entwickelt?

Papernas ist der Versuch, für die zersplitterte indonesische Linke eine landesweite Wahlplattform für 2009 zu schaffen. Bis dahin haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Aber der Zulauf ist groß. In mehr als zwei Dritteln der Provinzen haben wir inzwischen Strukturen aufbauen können. Die Empörung über Korruption, Vetternwirtschaft und soziale Not breiter Schichten ist in der Bevölkerung riesig. Viele Menschen suchen nach einer politischen Alternative, weil sie ihre Interessen in der etablierten Politik nicht vertreten sehen. Papernas stützt sich als Wahlplattform deshalb nicht nur auf Parteien wie die PRD, sondern vor allem auch auf Studentenorganisationen, Gewerkschaften oder Basisbewegungen wie die Bewegung der städtischen Armen (Urban Poor Movement), in denen sich die Bewohner der Armenviertel organisieren.

Auf welche Hindernisse stößt der Parteaufbau?

Da ist zunächst der tief sitzende Antikommunismus in Indonesien. Besonders die alten Eliten und radikale Islamisten malen das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand. Das hat zur Folge, dass wir bei Parteiversammlungen und Demonstrationen immer wieder gewalttätigen Angriffen ausgesetzt sind, die uns einschüchtern sollen. Häufig arbeiten dabei offizielle Stellen und militante Gruppen Hand in Hand. Schon unser Gründungskongress war ja von Bewaffneten belagert worden und musste früher als geplant beendet werden, weil die Polizei unseren Schutz nicht gewährleisten wollte. In einzelnen Fällen ist der Druck auf unsere Aktivisten so groß, dass sie aus Angst ihre Parteifunktion wieder aufgeben haben. Dazu kommt, dass wir natürlich viel weniger Geld für unsere politische Arbeit haben als die Parteien, die von den Eliten gestützt werden. Gerade in einem so großen und bevölkerungsreichen Land wie Indonesien bringt das immense Probleme beim Parteaufbau mit sich.



Suchen Sie deshalb die Zusammenarbeit mit gemäßigt nationalistischen und islamischen Organisationen und Parteien?

Papernas stützt sich programmatisch auf drei Säulen: die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen wie Öl und Gas, den Aufbau nationaler Schlüsselindustrien und den Kampf gegen den Schuldendienst an das Ausland, der die Entwicklung unseres Landes zu ersticken droht.

Deutschland liegt als Kreditgeber Indonesiens übrigens auf dem dritten Platz, nach der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltbank. Alle demokratischen Kräfte, die sich diesem politischen Kernprogramm verpflichtet fühlen, sind eingeladen, sich an der Wahlplattform zu beteiligen. Das entspricht dem Selbstverständnis von Papernas. Große Unterstützung erhalten wir zum Beispiel von Abdurrahman Wahid, besser bekannt als Gus Dur, der von Oktober 1999 bis Sommer 2001 Präsident Indonesiens war, bis er aus dem Amt gedrängt wurde. Gus Dur ist ein liberaler Muslim, langjähriger Vorsitzender der größten islamischen Organisation Nahdlatul Ulama, der rund 30 Millionen Menschen angehören.

Papernas fehlt es bisher an prominenten Führungsfiguren. Könnte Gus Dur diese Lücke schließen?

Die Zusammenarbeit mit bekannten Persönlichkeiten wie Gus Dur ist sehr wichtig, gerade weil unsere Mitgliedschaft sehr jung ist. Gleichzeitig setzen wir darauf, dass sich bei breiter Verankerung von Papernas weitere Führungspersonen mit Massenwirksamkeit entwickeln. Am wichtigsten ist uns jedoch, dass die Funktionsträger, egal ob prominent oder nicht, für Unbestechlichkeit und soziale Gerechtigkeit stehen. Nur so werden wir die Menschen davon überzeugen können, dass es eine echte Alternative zur etablierten indonesischen Politik gibt.

Internationale Umschau

Eine gemeinsame Regionalregierung als Wählerauftrag

Ergebnisse der Wahlen zum nordirischen Regionalparlament am 7. März 2007

Von Uschi Grandel, Aktivistin der Nordirland-Solidarität; aus: www.info-nordirland.de

Am 7. März 2007 hat die Bevölkerung in Nordirland ihre Vertreter für die gemeinsame Regionalregierung gewählt. Das Kräfteverhältnis der Parteien für die Regierung durch eine Wahl neu festzulegen, war einer der Eckpunkte des Abkommens von St. Andrews, das in mühevollen Verhandlungen im Herbst 2006 erreicht wurde. Es basiert auf dem 1998 geschlossenen Karfreitagsabkommen und ist die Grundlage, auf der die Regionalregierung zum 26. März dieses Jahres wieder etabliert werden soll.

Die zentralen Verhandlungspartner des St. Andrews Agreement waren die britische und die irische Regierung, sowie die beiden stärksten Parteien der irischen, bzw. der pro-britischen Gemeinschaften in Nordirland. Auf pro-britischer Seite ist dies die DUP, die Democratic Unionist Party mit Parteichef Ian Paisley, auf Seite der irischen Bevölkerung ist es die irisch-republikanische Partei Sinn Féin. Ihr Präsident ist Gerry Adams.

Die anderen Parteien, die irisch-nationalistische SDLP, die pro-britische UUP, beide zur Zeit des Karfreitagsabkommens jeweils stärkste Parteien, mittlerweile jedoch bedeutend geschwächt, sowie die kleine Alliance Party, spielten in den Verhandlungen praktisch keine Rolle. Die Wahl bestätigte die DUP mit 30,1 Prozent und Sinn Féin mit 26,2 Prozent der Erststimmen als stärkste Parteien deutlich vor der UUP mit 14,9 Prozent und der SDLP mit 15,2 Prozent. Die Alliance Party erhielt 5,2 Prozent der Erststimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 63,5 Prozent.

Sowohl Sinn Féin als auch die DUP haben im St. Andrews Agreement einem Kompromiss zugestimmt, der entscheidende Änderungen ihrer bisherigen Politik beinhaltet.

Sinn Féin – Anerkennung der Polizei

Für Sinn Féin war dies die Anerkennung der Polizei und der Gerichtsbarkeit. Dies ist ein gewaltiger Schritt im Konfliktlösungsprozess, da die Polizei während des Konflikts nicht unparteiisch, sondern aktiver Konfliktpartner war. Die Polizei hat – wie andere staatliche Stellen auch – die gesamte Bevölkerung der irischen Viertel als Terroristen diffamiert, hat die mehrheitlich katholische Bevölkerung diskriminiert, schikaniert und Willkür und Gewalt walten lassen. Man schätzt, dass der Zusammenarbeit der Polizei mit pro-britischen Todesschwadronen Hunderte von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Sinn Féin hat in langen Verhandlungen die Grundlage dafür gelegt, die Polizei der Kontrolle durch die Geheimdienste zu entziehen, und sie damit weg von solchen Machenschaften und hin zu ihren wahren Aufgaben zu führen. Sinn Féin nennt das „civic policing“. Ihr Sonderparteitag hat dieser



Politikänderung und damit der Anerkennung der Polizei im Januar 2007 mit überwältigender Mehrheit zugestimmt und damit den Weg zur Allparteienregierung geöffnet. (Siehe *Die Linke-International*, Nr. 1/2007.)

Dem Sonderparteitag voraus gegangen war ein beeindruckendes Exempel demokratischer Diskussion in den irisch-republikanischen Vierteln. Sinn Féin hatte Nordirland weit öffentliche Veranstaltungen organisiert, um das Thema zu diskutieren. Zu den Veranstaltungen kamen Tausende, um ihre Probleme mit der Anerkennung der Polizei zu artikulieren und eine gemeinsame Haltung zu finden. Diskutiert wurde ernsthaft und auf hohem Niveau. Die irisch-republikanischen Viertel in Nordirland sind ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie hoch und wie progressiv das politische Bewusstsein in der Bevölkerung ausgeprägt sein kann. Dementsprechend lag die Wahlbeteiligung deutlich über dem Durchschnitt von 63 Prozent, in etlichen der irisch-republikanischen Hochburgen bei 70 Prozent und darüber.

DUP – gemeinsame Regierung mit Sinn Féin

Eine komplette Umkehr ihrer bisherigen Politik ist die Umsetzung des St. Andrews Abkommens für die DUP. Die DUP hat sich im St. Andrews Abkommen zur gemeinsamen Regierung mit Sinn Féin und damit zur Machtteilung zwischen Unionisten und der irischen Hälfte der Bevölkerung bekannt. Natürlich nicht ohne wenn und aber. Und ganz sicher kann man sich bei der DUP, die Tom McGurk von der Sunday Business Post als eine Art Mischung aus „(protestantischen) Taliban und (konservativen) Technokraten“ beschreibt, nie sein. Trotzdem ist das Abkommen ein gewaltiger Schritt weg von der bisherigen Politik der Gegnerschaft zum Karfreitagsabkommen und zur gemeinsamen Allparteienregierung.

Allerdings zeichnet sich dieser Schritt seit längerem ab: Die Wahlen zum britischen Unterhaus von 2005 hatten der DUP einen glorreichen Sieg über ihren Rivalen UUP beschert. Der Wahlslogan der DUP deutete damals bereits schon in Richtung Kompromiss: „Ein fairer Deal“ war die Losung. Das war meilenweit weg von den anti-katholischen und anti-irischen Hassparolen, mit denen die DUP seit ihrer Gründung den Konflikt geschürt hatte. Bereits 1964 rief Ian Paisley in flammenden Reden seine Anhänger auf, selbst in das irisch-republikanische Viertel West Belfast zu marschieren, um die Fahne der irischen Republik aus dem Fenster eines Büros der damals noch verbotenen Partei Sinn Féin zu entfernen, falls die Polizei dies nicht umgehend erledige. Viele betrachteten den Aufruhr, der daraus resultierte, als eigentlichen Beginn der „Troubles“. Ian Paisley's „Never, never, never“ („Niemals, niemals, niemals“) zu jedem kleinsten Kompromiss ging als geflügeltes Wort in die irische Geschichte ein. Noch heute redet kein DUP-Politiker in der Nähe einer Kamera mit Sinn Féin, erst vor kurzem reiste Paisley zu seinen allerersten Gesprächen mit irischen Regierungsvertretern nach Dublin.

Dementsprechend groß waren die Erschütterungen in der DUP. Einige getreue Anhänger verließen die Partei, um mit dem ewig-gestrigen Robert McCartney und seiner UK/UP unter der Losung „keine Zusammenarbeit mit Terroristen“ zu kandidieren. Sie erlitten bei der Wahl eine vernichtende Niederlage.

Unionistische Alleinherrschaft ist politisch nicht mehr möglich

Vielleicht ist das das beeindruckendste Ergebnis dieser Wahl. Die unionistische, pro-britische Bevölkerung hat in ihrer Mehrheit klar den religiös-rassistischen Angstparolen unionistischer Hardliner eine klare Absage erteilt und sich in großer Mehrheit für eine gemeinsame Regierung ausgesprochen. Das war auch das eindeutige Stimmungsbild, das die BBC am Tag nach der Wahl in den unionistischen Vierteln einholte. Alle interviewten Passanten hofften auf eine Einigung und das Zustandekommen der Allparteienregierung. Sogar die UDA, die größte und gewalttätigste pro-britische Terrorgruppe, die seit dem Friedensabkommen etliche Morde verübte, fühlte sich bemüßigt, in einer Stellungnahme zu verkünden, dass sie gewählte Sinn Féin Politiker akzeptieren und nicht bedrohen werde.

Diese neue Dynamik wäre ohne den einseitigen und weit reichenden Schritt der IRA im Sommer 2005 wohl nicht möglich geworden. Die IRA hatte damals erklärt, den bewaffneten Kampf zu beenden und ihre Ziele mit ausschließlich friedlichen und demokratischen Mitteln zu verfolgen. Im Herbst 2005 hatte sie ihr gesamtes Waffenarsenal zerstört. Seitdem beginnt das Feindbild IRA seine Wirkung in der unionistischen Bevölkerung zu verlieren.

Die nächsten Wochen bis zum 26. März werden von intensiven Verhandlungen bestimmt sein. Sollte die DUP am Ende tatsächlich der gemeinsamen Regierung zustimmen, wäre dies ein wichtiger Schritt im nordirischen Konfliktlösungsprozess. Eine solche Regierung wäre ein sichtbares Zeichen, dass die Diskriminierung der irischen Bevölkerungshälfte – der berüchtigte protestant state for a protestant people – politisch nicht mehr möglich ist.

(Anmerkung der Redaktion: Am 8. Mai 2007 wurde die neue nordirische Regierung in ihr Amt eingeführt. Regierungschef ist Ian Paisley, sein Stellvertreter Martin McGuinness von Sinn Féin.)

„Freundschaft, Liebe, Gas...“

Zur gegenwärtigen Außenpolitik Russlands

Interview mit Juli Kwizinski, Abgeordneter der Staatsduma der Russischen Föderation für die KPRF, stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, von 1986 bis 1990 Botschafter der UdSSR in der BRD. Die Fragen stellte Peter Linke, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau. Aus: „Neues Deutschland“, 16. März 2007

Wie sehen Sie die grundlegenden Prioritäten russischer Außenpolitik? Wie schätzen Sie den Stand der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland ein, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Diskussionen über die Notwendigkeit einer neuen deutschen Ostpolitik?

Meiner Meinung nach mangelt es der Außenpolitik Russlands nach wie vor an Klarheit. Sie speist sich aus zwei recht widersprüchlichen Tendenzen. Zum einen gibt es da unsere allseits bekannte Kompradorenbourgeoisie und die Oligarchen. Beide sind nach wie vor daran interessiert, den Weltmarkt ungehindert mit mineralischen Rohstoffen und Ener-



gierressourcen zu beliefern beziehungsweise absolut alles zu importieren. Damit hängen sie in hohem Maße von der Situation auf den Weltmärkten sowie dem Wohlwollen der USA und der Europäischen Union ab. Genau wie unter Jelzin ist diese Gruppe bereit, die Politik Russlands vollständig den Wünschen des Westens unterzuordnen, ist sie doch mit Letzterem eng verbunden: Im Westen leben ihre Familien und Kinder, dort parken sie ihr Geld, liegen alle ihren Interessen, während Russland für sie lediglich Objekt der Ausplünderung und der Erwirtschaftung von Profit ist. Diese Gruppe bleibt sehr einflussreich. Putin versucht aus ganzer Kraft, ihre Interessen zu bedienen, indem er sich vorrangig auf den Export unseres Öls, Gases, Stahls und anderes konzentriert.

Gleichzeitig beginnt diese Gruppe an Einfluss zu verlieren, da der Wunsch der produzierenden russischen Bourgeoisie, eine gewisse selbständige Politik zu betreiben, auf die Füße zu kommen, die Produktion anzukurbeln und sich international als selbständige Kraft zu präsentieren, trotz aller Schwäche stärker wird. Die Aktivitäten dieser Gruppe decken sich teilweise mit der Politik der Kompradoren. Dies muss berücksichtigt werden, ist doch die alte Oligarchie, nachdem sie ihre Macht und ihren Reichtum vermehrt hat, nicht länger bereit, alles dem Westen zu überlassen und beginnt, die Zähne zu zeigen. Dem Westen wird gesagt: Wir verweigern Euch den Zugriff auf Russlands Bodenschätze und Leitungssysteme, wir sind nicht gewillt, unsere Positionen im Bankensektor aufzugeben. Auffällig ist eine gewisse „Geschäftigkeit“, hinter der Russlands Wunsch steht, eine selbständigere Rolle zu spielen, was wiederum sehr heftige Reaktionen im Westen hervorruft, insbesondere in den USA, aber auch in der Europäischen Union.

Derartiges Verhalten wird als Versuch einer Rückkehr Russlands zu imperialer Politik hingestellt. Vorwürfe werden laut, Russlands Demokratie sei mangelhaft, die Pressefreiheit werde unterdrückt, die Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen und verschiedener Stiftungen eingeschränkt. All dies ist freilich nicht neu, doch jetzt wird auf diese Art und Weise versucht, psychologischen Druck auf den Kreml und die herrschende Partei „Einiges Russland“ auszuüben. Letztere wiederum macht dies sehr nervös und lässt sie über Liebesentzug und unfaire Behandlung klagen. Nicht ohne Grund: Russland befindet sich gegenwärtig in einer Situation, die mit der Situation Deutschlands nach dem Versailler Vertrag oder Sowjet-Russlands nach dem Frieden von Brest-Litowsk vergleichbar ist. Das Programm, das seinerzeit vom Kaiser und Hitler formuliert wurde, und das auf die Zerstückelung Russlands, seine Umwandlung in eine Rohstoffkolonie, die Reduzierung der Bevölkerung auf ein für die Rohstofferschließung notwendiges Niveau sowie die Verhinderung technologischer Entwicklung abzielte, haben wir bereits absolviert. Erinnert sei nur an das, was auf die Ereignisse von 1991 folgte. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass es diesmal nicht von Deutschland ausging und ohne Krieg erreicht wurde. Herbeigeführt wurde es durch jene Haufen westlicher „Kreuzritter“, die nach dem sogenannten Putsch des Jahres 1991 in Russland einfielen, das Land ihren Interessen unterwarfen und es in dieser Lage halten wollen. Freilich kann dies nicht von Dauer sein. Früher oder später wird Russland als Großmacht wieder auferstehen. Früher oder später wird dies zu einem grundlegenden Konflikt zwischen den Bedürfnissen Russlands und der gegenwärtigen, unveränderlich scheinenden Politik der EU, der

NATO und der USA führen. Dies dürfte, so glaube ich, die Stunde der Wahrheit sein, wo sich zeigen wird, wer bereit ist, die Unausweichlichkeit dieser Entwicklung zu begreifen, sich ihr nicht verweigert und entsprechende Beziehungen der Kooperation, der Unterstützung oder Neutralität mit Russland entwickelt. Allerdings wird es auch eine zweite, sehr große Gruppe permanenter Störenfriede geben. Dies ist unvermeidlich. Keine Ahnung, welche Haltung Deutschland einnehmen wird, aber ich meine, sehr wahrscheinlich gehen wir in unseren Beziehungen sehr schwierigen Zeiten entgegen. Das heutige Gerede darüber, dass sich alle phantastisch verstehen, sich unterstützen und lieben, geht von den aktuellen Verhältnissen aus, die für uns nicht länger hinnehmbar sind. Ob sich Deutschlands Politik in einer Richtung entwickeln wird, wie sie für uns wünschenswert wäre, kann ich nicht sagen, leicht wird es auf keinen Fall.

Warum eigentlich? Deutschland sucht doch gegenwärtig auch nach neuen außenpolitischen Ansätzen.

Deutschland bewegt sich im Kielwasser der US-Politik weil es, wie Japan und andere, daraus Vorteil zieht, weil es ihm ermöglicht, Russlands Naturreichtümer, sein Human-Potenzial und vieles mehr intensivst auszubeuten. Im Unterschied zu früher ist Deutschland dabei nicht mehr allein, auch wenn heute auf Deutschland ein nicht unerheblicher Teil der in Russland erzielten Gewinne entfällt ...

Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die EU? Ist sie ein selbständiger Akteur oder folgt sie mit Blick auf die nationalen Interessen Russlands der Politik des nordatlantischen Bündnisses?

Unserer Politik gegenüber der EU ist eine gewisse Schizophrenie eigen. Hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft ist die EU ja fast mit der NATO identisch. Und die NATO, das ist immer noch die USA. Alles, was die USA wollen, macht die NATO und wird die NATO machen. Wenn wir sagen, Deutschlands Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis sei schlecht und gefährlich, im gleichen Atemzug jedoch versichern, seine Mitgliedschaft in der EU sei interessant und gut, so stimmt bei uns im Oberstübchen etwas nicht. Man muss begreifen, dass es hier um ein und dasselbe geht. Wohin die NATO ihren Fuß gesetzt hat, dorthin folgte bald der zweite Fuß der EU ...

Es handelt sich bei NATO und EU also nicht um alternative Strukturen?

Nein, davon kann keine Rede sein. Wenngleich es in beiden Organisationen Bestrebungen gibt, im Umgang mit den USA mehr Bewegungsfreiheit zu erlangen. All dies steckt freilich noch in den Anfängen und ist bisher wenig nachhaltig. Und ich glaube, daran wird sich solange nichts ändern, wie die USA zusammen mit der EU und NATO schalten und walten können wie bisher.

Wie kann Russland auf die Veränderungen innerhalb der EU Einfluss nehmen? Bedarf es einer aktiveren Politik seitens Russlands?

Unsere Politik hat sehr einfach zu sein: Derart starke staatliche Vereinigungen wie die EU oder die NATO vor der eigenen Haustür zu haben, ist einfach gefährlich. Daher wäre jede Politik, die auf die Konsolidierung der EU hinausläuft, nicht richtig. Was wir brauchen, ist eine nicht allzu starke Union, schwach genug, um nicht in der Lage zu sein, eine



eigene globale Politik ohne Unterstützung Russlands zu betreiben, gleichzeitig jedoch stark genug, um mit russischer Hilfe ein bestimmtes Gegengewicht zur Politik der USA zu schaffen. Wir dürfen auf keinen Fall in der EU aufgehen, uns ihr unterordnen und ihre Bedingungen akzeptieren. Hoffnungen, wie sie Schröder hegt, wonach Putin angeblich denken würde, mit Unterstützung der EU Russland zu einer Großmacht auf Augenhöhe mit Amerika zu machen, sind töricht. Die EU will das nicht, Amerika auch nicht, und Putin würde es nicht hinkriegen.

Die EU ist noch weit davon entfernt, sich als eine Art eurasische Struktur oder Organisation zu begreifen ...

Die anstehenden Verhandlungen zwischen Russland und der EU über eine neue Charta oder ein neues bilaterales Nachfolge-Dokument werden recht schwierig sein. Ein klares Ergebnis ist nicht in Sicht. Die Perspektive einer Einigung sehe ich sehr skeptisch, haben doch die Forderungen der EU nichts mit gleichberechtigter Zusammenarbeit zu tun, sondern zielen auf die Unterordnung Russlands unter die Interessen der Union. In unserem Land gibt es wahrscheinlich Kräfte, die sich darauf durchaus einlassen würden, allerdings verhindern dies die Verhältnisse in unserem Land.

Kann die Ostpolitik Russlands, seine Beziehungen zu China, Japan und dem Iran, zu einer Verbesserung der Beziehungen Russland – EU beitragen? Gibt es hier ungenutzte Reserven?

Je besser und intensiver unsere Beziehungen zu China und den Ländern Südostasiens sind, umso mehr wird uns die EU lieben. Tatsache ist, dass in jenem Teil der Welt gegenwärtig neue Institute entstehen, die eine Alternative zu den globalistischen Strukturen darstellen. Ihnen gebührt unsere ganze Aufmerksamkeit. Alle gegenwärtig existierenden internationalen Organisationen wie UNO, WTO, Weltbank und dergleichen sind Instrumente der globalen Politik der imperialistischen Welt und dafür konstruiert, die Interessen dieser Politik zu bedienen. Den Asiaten, auch in Ostasien, ist das klar. Daher haben sie damit begonnen, eigene Mechanismen zu schaffen, die ein potenzielles Gegengewicht zum bestehenden System bilden. Wir dürfen diese Prozesse nicht verschlafen, müssen uns dort einbringen und unseren Platz finden. Sein Scheitern wäre vorprogrammiert, würde sich Russland als eurasische Macht nur auf den Westen orientieren.

Ist Russland bereit und willens, sich in diese Prozessen nicht als „westliches“, sondern als eurasisches oder pazifisches Land einzubringen? Oder sieht sich Russland mit Blick auf Asien als Teil der westlichen Welt?

Jein. Zum einen sind da Sibirien und der Ferne Osten, unsere Territorien, gewaltige Territorien, deren Bedeutung für das regionale Kräfteverhältnis nicht unterschätzt werden sollte. Zum anderen gibt es unsere Pazifik-Flotte. Schließlich und endlich die Energie-Ressourcen Sibiriens, die in der Region gebraucht werden. Ich idealisiere nicht unsere gegenwärtig in diesem Teil der Welt verfolgte Politik, die meiner Meinung nach recht unsystematisch und schwachbrüstig ist. Allerdings bewirken die dort ablaufenden Prozesse, dass diese Politik zunehmend zielgerichteter wird. Die Grundlagen dafür sind vorhanden. Sehr groß ist das Interesse, jene Gebiete zu halten, die Migrationsströme zu regulieren und mit China das Vorgehen im pazifischen Raum abzustimmen.

Gegenwärtig sind wir und China natürliche geopolitische Verbündete. Im chinesischen Interesse ist es, unsere Industrieproduktion und wirtschaftliche Wiedergeburt zu unterstützen, da es sonst in der Region keinen Kräftepol geben wird. Uns wiederum liegt an der Festigung der chinesischen Position in der Welt, an der Schaffung einer ständigen, die USA in ihre Schrankenweisenden Kraft. Bisher hat Washington in der Region uneingeschränkte Kontrolle ausgeübt. Das wird sich ändern. Wir werden auch weiterhin in der Taiwan-Frage an der Seite Chinas stehen. Wir unterstützen Pekings Wunsch nach Schaffung bestimmter Industriezweige, die Voraussetzung dafür sind, dass China zu einer Weltmacht wird. Und natürlich sind wir daran interessiert, dass es zwischen Indien und China künftig keine Streitigkeiten und keinerlei Konfrontation gibt, dass das russisch-chinesisch-indische Dreieck, dessen kolossale Bedeutung für die Situation in der Welt unumstritten ist, funktioniert.

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit und andere regionale Strukturen, an denen Russland beteiligt ist, für die Vertiefung der Integration in Asien?

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zeigt, wie notwendig neue Mechanismen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Asien sind. Die Schanghaier Organisation wurde mit sehr bescheidenen Zielen gegründet als eine zweitrangige Struktur mit einem Sekretariat irgendwo in Usbekistan, das nicht viel mehr zu tun hatte, als zu erörtern, wie man Terroristen fängt. Inzwischen entwickelt sie sich rasant, ihr wird großes Interesse entgegengebracht, auf der Tagesordnung steht die Erweiterung ihrer Kompetenzen. Die Chinesen haben damit begonnen, die Frage einer Vereinigung der Schanghaier Organisation mit unseren GUS-relevanten Strukturen zu sondieren. Natürlich verfolgen sie damit eigene Interessen. Und dennoch streben in diese Organisation Indien, der Iran und Afghanistan, was die USA, die vergeblich um Zutritt nachsuchen, gewaltig beunruhigt. Ich weiß nicht, ob der Schanghaier Organisation eine rosige Zukunft beschieden ist. Auf alle Fälle beweist sie jedoch nachdrücklich, dass die Vereinigung Asiens auf Grundlage gemeinsamer politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen ein Gebot der Stunde ist.

Zu den bilateralen Beziehungen: in Deutschland ist zu hören, dass es zwischen Auswärtigem und Bundeskanzleramt Meinungsverschiedenheiten in Sachen Ostpolitik gibt. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass sich Berlin um die Ausarbeitung einer eigenen Strategie gegenüber Russland drückt. Zur Begründung wird auf die europäischen Rahmenbedingungen verwiesen, die eine ausformulierte deutsche Russland-Politik überflüssig machten. Und in Russland? Geht man auch dort davon aus, dass Deutschland sich im Rahmen der EU bewegt und daher eine spezielle Politik gegenüber Deutschland überflüssig sei?

Ja, auch einen solchen Ansatz gibt es. Allerdings dominiert bei uns traditionell die Vorstellung, dass, wann immer Russland mit Deutschland zusammenarbeitet, das Paradies auf Erden ausbricht und große Umbrüche Platz greifen. So dachte man unter Alexander II und unter Lenin. Und diese Sichtweise auf die Entwicklung der Beziehungen mit Deutschland als sich gegenseitig ergänzende Beziehungen ist ungebrochen.



Ein ewiges Rapallo sozusagen ...?

Ja, obgleich deutsche Politiker bei dem Wort Rapallo die Augen verdrehen und es mit der Angst bekommen. Gleichzeitig gibt es auch bei uns Leute, die glauben, jetzt müsse alles über die EU und deren Gremien gemacht werden. Ich denke, dies ist nicht richtig und habe auch schon gesagt warum: Die Festigung und Konsolidierung der EU „bis zum Erbrechen“ liegt überhaupt nicht in unserem Interesse. Ihren Politikern, die meinen, Deutschland habe keine eigenständige Ostpolitik, weil es eine gemeinsame europäische Politik gäbe, traue ich nicht so recht. Wie formulierte es Gerhard Schröder als frischgebackener Bundeskanzler so schön: Ach wie gut, dass wir Deutschen gelernt haben, unsere nationalen Interessen als die kollektiven Interessen Europas auszugeben ...

Trotzdem meine ich, dass es insbesondere den Entscheidungsträgern im Kanzleramt derzeit an Phantasie und Mut mangelt, eine eigenständige außenpolitische Linie zu formulieren. Ganz zu schweigen von der dünnen Personaldecke ...

Aber warum sollten ihnen daran gelegen sein? Ich habe bereits gesagt: Was sich gegenwärtig in Richtung Russland tut, reicht ihnen vollkommen aus. Sie müssen nichts verändern, nur so weitermachen wie bisher. Und solange dies möglich ist, wird es keine besondere Ostpolitik Deutschlands geben. Dieser Zustand wird so lange anhalten, wie Russland nicht dagegen hält. Wenn es dazu bereit ist, wird es zur Krise kommen.

Und Russland?

Russland scheint bisher mit allem zufrieden zu sein. Freundschaft, Liebe, Gas, man trifft sich, plaudert miteinander. Mir fällt es schwer, in einer solchen Politik ein größeres strategisches Kalkül zu erblicken. Allerdings wird sich dies unweigerlich ändern, wenn Russland auf die Füße kommt. Bis dahin braucht das Land keine besondere Deutschland-Politik. Wir haben, was wir haben. Und Gott sei es gedankt.

Eine echte Doktrin

Der Westen bleibt das Hauptthema im Denken der russischen Führung

Von Alexej Bogaturow; aus: Nesawissimaja Gaseta, 28. Mai 2007

Die nächsten Präsidentschaftswahlen in Russland finden in einem knappen Jahr statt. Genügend Zeit, um sich auf Neues einzustellen. Aber es ist bereits klar, dass die Frage, welches Erbe Putin hinterlässt, Autoren im In- und Ausland reichlich Stoff bieten wird, so viel Verschiedenes wurde in den Jahren seiner Präsidentschaft getan. Das betrifft vor allem die Außenpolitik. Unter Putin hat Russland seine erste wirkliche außenpolitische Doktrin bekommen, nicht die gewohnte monotone Aufzählung dessen, was erreicht wurde, sondern die knappe Darlegung einiger weniger Aufgaben, streng ausgewählt und deshalb von entscheidender Bedeutung.

Angemessene Verantwortung

Mit der genannten Doktrin meine ich nicht den Außenpolitischen Bericht des Außenministeriums vom März 2007 oder die jüngste Botschaft des Präsidenten an die Föderationsversammlung. Auch in Putins viel diskutierter Münchener Rede sollte man nicht nach Spuren dieser Doktrin suchen. Alle diese Dokumente sind zwar repräsentativ, aber letzten Endes zweitrangig. Darin wird, angewandt auf verschiedene Situationen, Putins außenpolitischer Grundgedanke, dass der internationale Einfluss Russlands mit seinen neuen ökonomischen Möglichkeiten in Übereinstimmung gebracht werden muss – lediglich erläutert und konkretisiert.

Der Gedanke selbst ist wesentlich früher formuliert worden. Am 26. Juni 2006 kam der Präsident im Außenministerium zu dem üblichen Treffen mit Botschaftern und Repräsentanten der Russischen Föderation zusammen. Offizieller Anlass war der Terroranschlag auf russische Diplomaten in Bagdad mit tödlichem Ausgang. Es sollte um die Schwierigkeiten des Diplomatenstandes unter den neuen internationalen Bedingungen gehen. Doch der Präsident hielt dort die konzeptionell gehaltvollste Rede eines russischen Spitzenpolitikers seit dem Zerfall der UdSSR. Erstmals wurden die neuen Prioritäten der Russischen Föderation in der internationalen Politik klar und prägnant formuliert. In fast alltäglichem Ton, aber überraschend für die Zuhörer erklärte Präsident Putin: „Russland muss insgesamt eine seiner Stellung und seinen Möglichkeiten angemessene Verantwortung für die globale soziale und wirtschaftliche Entwicklung tragen.“ Das war ungewohnt. Der Präsident forderte eine Stärkung der ökonomischen Positionen des Landes und verlangte, Russlands politischen Einfluss in der Welt mit seinen gewachsenen wirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Bisher sind zwei offizielle außenpolitische Doktrinen der Russischen Föderation bekannt – aus den Jahren 1992 und 2000. Beide folgen einer anderen Logik, die noch aus der Zeit Gorbatschows stammt. Die Prioritäten der russischen Außenpolitik werden dort direkt und indirekt von der Orientierung auf „Freundschaft“ oder „Partnerschaft“ mit einzelnen Staatengruppen (dem Westen oder nicht dem Westen, der EU oder der GUS, den USA oder China) definiert. In der Rede vom Juni 2006 orientierte der Präsident die außenpolitischen Prioritäten Russlands erstmals seit fünfzehn Jahren nicht an einzelnen Ländern sondern an den großen globalen Problemen.

In diesem Sinne kann man die Forderung nach Übereinstimmung des politischen Einflusses Russlands mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten als die erste globale Doktrin der Russischen Föderation ansehen, soweit davon angesichts des bislang noch schwächelnden Wirtschaftsaufschwungs im Lande überhaupt die Rede sein kann. Das neue Verständnis der Rolle Russlands in der globalen Politik fand seinen Niederschlag in der Präambel des ersten offiziellen Außenpolitischen Berichts der Russischen Föderation in ihrer ganzen Geschichte, den das Außenministerium am 28. März 2007 veröffentlichte. Das Thema eines starken, selbstbewussteren Russlands zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Dokument.

Auch der Form nach ist die neue Konzeption die erste echte Doktrin, die die gesamte Weltpolitik umfasst. Sie ist kein weitschweifiger Ministeriumsbericht wie die offiziellen



Doktrinen von 1992 und 2000 sondern ein relativ kurzer Text, in dem viele Positionen bewusst kompakt formuliert werden.

Die Grundgedanken der Rede vom Juni 2006 sind neben dem bereits genannten Außenpolitischen Bericht auch auf der großen Pressekonferenz des Präsidenten am 1. Februar 2007 und in seiner Botschaft an die Föderationsversammlung vom 26. April 2007 ergänzt und konkretisiert worden.

Entideologisierung à la Putin

Die inhaltlichen Neuerungen von 2006/2007 bilden mehrere Gruppen. Während die russische Führung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Weltpolitik durch das Prisma der Solidarität der demokratischen Staaten sah, hat sich das Verhältnis zur Solidarität, zur ideologisch-politischen Nähe und zu gemeinsamen Aktionen mit dem Westen seit dem Jahre 2000 verändert. Seit Bosnien und Kosovo ist es per definitionem unmöglich geworden, weiterhin von übereinstimmenden Interessen Russlands und der NATO-Staaten zu sprechen. Noch weniger war das seit Beginn des Krieges der USA und Großbritanniens gegen den Irak zu erwarten. Moskau wollte nun keine Bündnisse „aus Solidarität“ mehr. In der Rede vom Juni 2006 wurde dies klar ausgesprochen: Russland will nicht die Konfrontation, aber „an gewissen ‚Heiligen Allianzen‘ werden wir uns nicht beteiligen“, erklärte Putin.

Der ironische Hinweis auf die „Heiligen Allianzen“ sollte wohl die Absage an die bisherige „Solidarität der Demokraten“ bedeuten. Statt dessen setzte sich Moskau jetzt aktiver für den Dialog zwischen den Kulturen ein. So ist wohl auch zu verstehen, dass im Jahre 2000 erstmalig eine russische Delegation an einer Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz als Beobachter teilnahm.

Die „Entideologisierung à la Putin“ wirkt wie das Gegenstück zur „liberalen Ideologisierung“ unter Jelzin oder als Analog zur „Entideologisierung à la Gorbatschow“, die Ende der achtziger Jahre ablief. Dabei scheint Putins Logik der Gorbatschows näher zu stehen als den Prioritäten Jelzins, der ihm zur Macht verhalf.

Der Sinn der Diversifizierung

Ein zweiter wichtiger Gedanke in den konzeptionellen Überlegungen Russlands ist Diversifizierung. Dieser Begriff, den jeder gut kennt, der mit Weltenergieproblemen zu tun hat, ist unter Spitzenpolitikern erst nach dem Jahre 2000 in Umlauf gekommen. Seit 2007 ist Diversifizierung ein Schlüsselbegriff des Programms der Bush-Administration zur Stärkung der Energiesicherheit der USA, die vom Import aus der politisch instabilen Region des Nahen Ostens unabhängiger gemacht werden soll. Die Amerikaner wollen ihre Erdölbezugsquellen über den ganzen Erdball verteilen, damit das Gewicht des einzelnen Lieferanten verringern und die Sicherheit ihrer Importe insgesamt erhöhen.

In der russischen Führung wird dieser Begriff breiter angewandt. Nach den Reden des Präsidenten zu urteilen, ist Diversifizierung vor allem ein außenpolitisches Instrument, mit dem Russland seine Abhängigkeit von den Transitländern (Ukraine und Belarus) einschränken und statt dessen für seine Energieträger neue Exportwege über den Grund der Ostsee und die nordrussischen Häfen erschließen will.

Zugleich gehört dazu auch die Verringerung des Gewichts der EU-Länder als Abnehmer von russischem Öl und Gas.

Verständlicherweise hat die EU wie die USA ihre Absicht kundgetan, alternative Energiequellen breiter nutzen und den Import aus Russland möglichst verringern zu wollen. Moskau denkt seinerseits über die Organisation seines Exports nach China und den Bau von neuen Rohrleitungen zum Pazifik nach. In diesem Sinne, so betonte Putin, „verteidigen wir unsere wirtschaftlichen Interessen und nutzen unsere Konkurrenzvorteile, wie das alle Staaten tun“.

Diversifizierung hat für Russland noch einen weiteren Sinn. Ungeachtet seines Strebens, den vertrauensvollen Dialog mit den USA aufrechtzuerhalten, ist es im Verhältnis beider Staaten zu Veränderungen gekommen. Zwar ist in der praktischen Politik noch kein Anwachsen der Feindseligkeiten zu verspüren, aber es wird deutlich, dass Moskau zu besonders riskanten Unternehmungen Washingtons vorsichtig auf Distanz geht.

In der US-Administration selbst tauchen Zweifel auf, inwieweit die USA noch auf eine Fortsetzung der partnerschaftlichen Beziehungen mit Moskau rechnen können, wenn sie Bushs militärpolitische Linie in grenznahen Bereichen Russlands immer härter durchsetzen. Daher ist Diversifizierung auch ein (vorläufig allerdings eher symbolischer) Hinweis darauf, dass es neben der Tendenz der vorrangigen Annäherung Russlands an den Westen auch eine stärkere Entwicklung der Partnerschaft mit Ländern geben kann, die nicht den G8 angehören, zum Beispiel mit Indien, Brasilien und China.

Eine differenziertere Weltsicht

Drittens machen die angeführten Dokumente deutlich, wie sehr sich die russische Weltsicht insgesamt differenziert hat. Sah man die Globalisierung bisher als einen unvermeidlichen Prozess, der aus den USA gesteuert wird und die internationale Stellung Russlands potenziell untergibt, so hat inzwischen eine vorsichtig positive Sicht die Oberhand gewonnen. Es wird anerkannt, dass die Globalisierung zu einer „gleichmäßigeren Verteilung der Ressourcen für Einfluss und wirtschaftliches Wachstum führt, dass sie die objektive Grundlage für eine multipolare Entwicklung der internationalen Beziehungen legt“.

In russischen Regierungskreisen stellt man offenbar mit Befriedigung fest, dass in der Welt „allmählich das Gleichgewicht und die Wettbewerbssituation wieder Einzug halten, die mit dem Ende des Kalten Krieges verloren gegangen sind“.

Die Gefahrenquellen

Viertens werden auch die Gefahrenquellen für die internationale Stabilität auf neue Weise definiert. Sah man diese in den neunziger Jahren vor allem in den nicht abgeschlossenen inneren Veränderungen in Russland selbst, so taucht in diesem Jahrzehnt der Begriff der Bedrohung von außen wieder auf. Dazu zählt man das Anwachsen der Konfliktfelder in der Weltpolitik, das Verschwinden der Abrüstungsfrage von der globalen Tagesordnung, die Versuche, eine unipolare Welt zu schaffen, anderen Staaten politische Systeme und Entwicklungsmodelle aufzuzwingen, das Völkerrecht willkürlich auszulegen und anzuwenden.

Als eine solche Bedrohung wird der Kurs des Westens gesehen, die Trennungslinien in der Weltpolitik aufrechtzuerhalten, indem er seine Einflussosphäre durch Kooptierung neuer Mitglieder immer weiter ausdehnt. Auch auf die „Ent-



scheidung zur Reideologisierung und Militarisierung der internationalen Beziehungen“ wird hingewiesen.

In offiziellen Texten der russischen Regierung wird man den Begriff der Konfrontation kaum finden. Aber immer häufiger ist von Wettstreit – nicht der Länder und Völker, sondern der Werte und Entwicklungsmodelle – die Rede. Dieser Wettstreit, so heißt es, nimmt Züge eines Kampfes der Kulturen an.

Beitrag zur Agenda der internationalen Politik

Fünftens hat die russische Führung – ebenfalls erstmalig – die für sie optimale Variante des Zustandekommens internationaler Entscheidungen umrissen. In seiner Rede vom Juni 2006 forderte Putin die russische Diplomatie auf, „sich nicht nur an der Realisierung der internationalen Agenda zu beteiligen, sondern auch auf deren Zustandekommen Einfluss zu nehmen“. Das soll durch Beförderung der Idee von einer „kollektiven Führungstätigkeit der wichtigsten Staaten geschehen, die für die Lage in der Welt objektiv besondere Verantwortung tragen“. Als Hauptinstrument der Lösung weltweiter Probleme sieht man die multilaterale Diplomatie an.

Zu diesen Gedanken in den Dokumenten passt ein weiterer – „eine auf dem Völkerrecht begründete Kultur der internationalen Beziehungen ohne das Aufzwingen von Entwicklungsmodellen und das Forcieren des natürlichen Ganges der Geschichte. Hier spielen Fragen der Demokratisierung des internationalen Lebens, einer neuen Ethik im Umgang der Staaten und Völker miteinander, eines verstärkten wirtschaftlichen und humanitären Zusammenwirkens der Staaten eine besondere Rolle.“

Gelenkter Antiamerikanismus

Das außenpolitische Denken in Russland wird heute eindeutig von einer nachdrücklichen, wenn auch leicht verschleierte Kritik des amerikanischen Führungsanspruchs bestimmt. Moskau versucht neuerdings den Spieß der Kritik umzudrehen. Bisher warf der Westen ihm permanent Missachtung der Demokratie und Missbrauch von Gewalt vor. Jetzt dagegen kritisiert Russland die USA für ihre Alleingänge, ihren Unilateralismus und besteht auf den Werten demokratischen Umgangs, des Völkerrechts, der Gerechtigkeit und Rechts-treue in dem Sinne, wie es auch die Institutionisten in amerikanischen politischen Kreisen fordern. Die USA antworten natürlich weiterhin mit Vorwürfen von mangelnder Freiheit und Demokratie in Russland.

Die Gefahren dieser gegenseitigen Kritik sollten nicht überschätzt werden. In den fünfzehn Jahren neuer Beziehungen hat sich zwischen Russland und den USA sowie Russland und dem Westen eine Art „Symmetrie gelenkter Militanz der Wortgefechte“ eingebürgert. Die Russen haben inzwischen bei ihren westlichen Partnern gelernt, wie man Kritik äußert und steuert. Erfreulicherweise scheint es, dass man diesen Aspekt der Beziehungen im Kreml und im Weißen Haus auf ähnliche Weise sieht. Nicht zufällig sprach die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice daher bei ihrem Blitzbesuch im Mai in Moskau so eindringlich davon, dass man „die Leidenschaften nicht überkochen lassen sollte“. Dazu neigen in gleichem Maße Medien und Parlaments-abgeordnete in den USA und Russland.

Bislang erfüllen die forschenden antiamerikanischen Artikel, die weiterhin in Moskau erscheinen, dieselbe Funktion, die antirussische Äußerungen in den USA haben. Anzahl und Stil

entsprechen hier wie dort den jeweils aktuellen außenpolitischen Interessen. Immer wenn Wahlen ins Haus stehen, wird der Ton schärfer. Der „gelenkte Antiamerikanismus“ in Russland ist ein Zwillingsbruder der „gelenkten Russophobie“ in den USA. Der Unterschied besteht nur darin, dass letztere raffinierter ist und auch besser gesteuert wird. Schließlich haben die USA auf diesem Gebiet eine längere Tradition. Da muss Russland noch viel lernen. Aber die Grundrichtung ist die Gleiche.

Das Denken in globalen Begriffen

Die Doktrin von der Übereinstimmung des außenpolitischen Einflusses mit dem Wirtschaftspotenzial stellt die dritte Generation außenpolitischer Konzeptionen Russlands dar. Sie zeugt davon, dass die russische Diplomatie in ihr konzeptionelles Reifestadium eingetreten ist. Sie ist heute in der Lage, Konstrukte vorzulegen, die ein internationales Auditorium beeindrucken und gehaltvollen außenpolitischen Programmen zugrunde gelegt werden können.

Im Unterschied zu den bisherigen Modellen bedeutet diese Doktrin, dass die russische Elite zum Denken in globalen Begriffen zurückkehrt oder sich ihm zumindest wieder zuwendet. Dieses geht über das Verhältnis Russlands zu West oder Ost weit hinaus. Natürlich bleiben die Beziehungen zu den USA und zur EU weiterhin das entscheidende Kriterium für die Wirksamkeit der praktischen russischen Diplomatie. Aber daneben rücken die globalen Probleme mehr und mehr ins Blickfeld der russischen Führung.

Darüber muss man sich nicht besonders freuen oder grämen. Zweifellos ist es zu begrüßen, wenn Russland das Feld seiner internationalen Interessen erweitert. Aber es besteht durchaus Anlass zur Sorge, ob die russische Außenpolitik über die Ressourcen verfügt, um eine derart aufwendige globale Politik zu betreiben, falls sie diese so versteht wie früher die Sowjetunion oder heute die USA.

Wenn man die konzeptionellen Dokumente gründlich analysiert, dann kann man noch nicht von einem radikalen Prioritätenwechsel in der russischen Außenpolitik sprechen. Vergleicht man beispielsweise Reden, Erklärungen und Berichte über die Beziehungen Russland-USA mit denen zu den Beziehungen Russland-China, dann ist nicht zu übersehen, dass das Hauptinteresse der russischen Führung nach wie vor dem Westen gilt.

Dabei spricht Russland heute ohne Zurückhaltung aus, wenn ihm an den westlichen Partnern etwas nicht passt. Das Schwergewicht liegt dabei auf dem Wunsch Moskaus, dass seine gewachsene Rolle im Rahmen der Partnerschaft stärker respektiert wird. Eine alternative antiwestliche Linie seiner Außenpolitik aufzubauen hat Russland offenbar nicht vor. Zumindest nicht unter Präsident Putin.

Aktuelle Aspekte der russischen Politik

Vortrag von Prof. Dr. Alexej Bogaturow in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1. Juni 2007; Zusammenfassung von Helmut Ettinger

Alexej Bogaturow ist Prorektor des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO). Er hat das MGIMO 1976 absolviert und beschäftigt sich seitdem mit Japan, der Außenpolitik der USA und allgemeinen Fragen der internationalen Beziehungen. Gegenwärtig ist er Dekan der Politologischen Fakultät.

Was beabsichtigt Präsident Putin mit seinen außenpolitischen Vorstößen der letzten Zeit (Rede auf der Sicherheitspolitischen Konferenz in München, Botschaft an die Nation, Erklärungen zu den geplanten US-Raketenabwehranlagen in Polen und Tschechien ...)? Will er im Vorfeld auf internationale Beschlüsse Einfluss nehmen oder reagiert er auf das Vorgehen der USA? Das sind zwei sehr verschiedene Dinge. Wenn Russland damit wirklich auf die US-Politik reagiert, wäre das eine bedeutende Veränderung seiner außenpolitischen Strategie. Wenn der Präsident mit diesen Schritten auf internationale Entscheidungen Einfluss nehmen will, dann strebte er damit nur eine Veränderung der Spielregeln an. Ersteres liefe auf eine echte Partnerschaft hinaus, letzteres auf die Forderung, Russland beim Fassen internationaler Entscheidungen mehr Beachtung zu schenken.

Ich neige zu der Annahme, dass es um eine Veränderung der Spielregeln geht. Präsident Putin kritisiert die USA in jüngster Zeit demonstrativ, mit scharfen Worten. Er weiß genau, was er tut. Dabei sind die Kritikpunkte nicht neu, sondern eher alte Probleme aus den letzten Jahren. Der Präsident will sich damit bessere Voraussetzungen für kommende Verhandlungen schaffen. Die nächsten Gelegenheiten sind das Treffen der G8 in Heiligendamm und Putins Besuch auf Einladung von Präsident Bush im Juli.

Die Begegnung Putin-Bush im Juli in den USA hat besonderen Charakter, weil es voraussichtlich die letzte der beiden Präsidenten ist. Sie werden eine Bilanz der acht Jahre ihrer Zusammenarbeit ziehen und zu erkennen geben, was sie ihren Nachfolgern und der Nachwelt in den russisch-amerikanischen Beziehungen hinterlassen.

Was zeichnet sich gegenwärtig ab? In den vergangenen fünfzehn Jahren haben Russland, Europa und die USA immer wieder ihre Gemeinsamkeiten herausgestellt – in den Sicherheitsfragen, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bis hin zu den Menschenrechten. Handelte es sich dabei um gemeinsame oder um parallele Interessen? Das wird am Beispiel der Sicherheitspolitik deutlich. Russland und die USA stimmen darin überein, dass die größte Gefahr für die internationale Sicherheit gegenwärtig von Asien ausgeht. Aus der gemeinsamen Einschätzung ziehen sie jedoch unterschiedliche Schlussfolgerungen. Die USA haben in den letzten Jahren die Infrastruktur der NATO erweitert. Russland ist der Auffassung, dass dadurch seine eigene Sicherheit bedroht wird. Kommen diese Unterschiede durch Fehleinschätzungen zustande oder sind sie in der internationalen Politik eine normale Erscheinung?

Wenn man fünfzehn Jahre lang die Betonung der Übereinstimmungen ernst genommen hat, dann ist das schon ein

Problem. Aber vielleicht hat Russland in den vergangenen fünfzehn Jahren von dem neuen Verhältnis zum Westen nur zu viel erwartet? In diesen fünfzehn Jahren ist Russland nicht Mitglied von NATO oder EU geworden, hat aber zu beiden Organisationen ein sachliches Verhältnis herstellen können. Sollte man also von den Beziehungen nicht zu viel erwarten, die bisherige Politik fortsetzen, und alles wäre in Ordnung?

So einfach ist die Frage nicht zu beantworten. Zunächst gibt es in den konkreten Beziehungen genügend Reibungen, die das Verhältnis trüben. Jedoch gestern hat Präsident Putin im Hinblick auf die USA zum ersten Mal von Imperialismus gesprochen. Aus welcher Quelle mag er diesen Begriff geschöpft haben? Vor einigen Jahren wäre ich davon ausgegangen, seine Berater hätten in einem Werk von Lenin oder in einem älteren sowjetischen Dokument nachgesehen. Ich bin mir aber sicher, dass sie weder das eine noch das andere lesen. Ihre Lektüre sind vor allem Arbeiten amerikanischer Politologen. Dort werden die USA häufig als Imperium beschrieben – ein Imperium der Demokratie und des Liberalismus. Putin kritisiert mit diesem Begriff die Politik der USA aus der Sicht solcher amerikanischen Liberalen wie z. B. Zbigniew Brzezinski. Aus dem Munde eines ausländischen Politikers ist das allerdings ein beträchtlicher Affront.

Der Grund für die scharfe Kritik liegt darin, dass die USA unter Bush konsequent danach streben, militärisch-strategische Unverwundbarkeit zu erreichen. Das ist eine tiefgreifende Veränderung ihrer militärischen Strategie, denn fünfzig Jahre lang haben sie sich im Verhältnis zur Sowjetunion darauf eingelassen, wechselseitig strategisch verwundbar zu sein. Russland steht auf dem Standpunkt, dass das Streben der USA nach strategischer Unverwundbarkeit eine Gefahr für seine Sicherheit und die internationale Sicherheit insgesamt darstellt. Deshalb hat Präsident Putin auf die Erweiterung der Infrastruktur der NATO (gemeint sind offenbar die NATO-Osterweiterung insgesamt und besonders die geplante Errichtung der Raketenabwehranlagen in Polen und Tschechien) so scharf reagiert. Deshalb hat er auch die Tests neuer strategischer Raketen Russlands so freudig begrüßt.

Mit letzterem Schritt tut Russland lediglich, was mit den USA vereinbart wurde. Sein Handeln steht dazu nicht im Widerspruch. Ich selbst habe an Gesprächen im Pentagon in den Jahren 2001/2002 teilgenommen, wo die amerikanische Seite erklärte, sie werde im strategischen Bereich tun, was sie für richtig halte. Russland stehe es frei, ebenso zu handeln. Das bedeutete, dass die USA sich durch frühere Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung nicht mehr gebunden fühlten. Russland war mit diesem Vorgehen absolut nicht einverstanden, konnte aber nichts dagegen tun. Heute handelt Präsident Putin nur so, wie es ihm Bush vor sieben Jahren geraten hat.

Ich bin sicher, dass die jüngsten russischen Raketentests im Pentagon niemanden erschreckt haben. Sie sollen vor allem die russische und die internationale Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass Russland immer noch in der Lage ist, die USA an dem Erreichen der strategischen Unverwundbarkeit zu hindern. Dabei steht Präsident Putin auch unter dem Eindruck dessen, was in der EU vorgeht, vor allem, wie sich das „neue Europa“ (die osteuropäischen Beitrittsländer) dort verhält. So ist in Artikeln ukrainischer Politologen davon die Rede, Osteuropa müsse seine bilateralen Beziehungen zu den USA nutzen, weil es sonst nur wenig Einfluss innerhalb der EU haben werde. Für die Ukraine selbst sind die bilateralen



Beziehungen zu den einzelnen westeuropäischen Staaten wichtiger als ihr Verhältnis zur EU insgesamt. Für Russland ist es heute leichter, mit dem „alten Europa“ eine gemeinsame Sprache zu finden als mit der EU insgesamt.

Dabei kann ich mir durchaus vorstellen, was die baltischen Staaten, zum Beispiel Estland, gegenüber Russland empfinden. Sie haben das Problem, mit einem Elefanten als Nachbarn zusammenleben zu müssen. Ähnlich geht es den Russen im Fernen Osten, die China zum Nachbarn haben. Der große Unterschied besteht nur darin, dass China von Russland als sein größtes Problem anerkannt wird, das es selbst lösen muss. Daher kann es sich schlechte Beziehungen zu China nicht leisten. Die baltischen Staaten dagegen glauben, das Verhältnis zu Russland sei jetzt nicht mehr ihr Problem sondern ein Problem der NATO und der EU.

Da ich selbst verschiedentlich an Sitzungen von EU-Kommissionen teilgenommen habe, weiß ich, wie schwer es der EU der 27 fällt, zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Das macht Russland die Sache aber nicht leichter. So muss es bei Verhandlungen mit Polen immer wieder herausfinden, ob dieses gerade als Polen oder als EU-Mitglied spricht. Die komplizierte Lage innerhalb der EU erschwert Russlands Verhältnis zu ihr beträchtlich.

Dabei hat Russland selbst schwierige innere Probleme, deren Lösung für die Außenwelt Bedeutung haben kann. Im Jahre 2008 steht hier (wie auch in den USA) der Wechsel des Präsidenten an. Dabei geht es nicht nur um Personen. Es könnte ein neuer Politikertyp in diese Funktion gelangen. Wenn man die Spitzenpolitiker verschiedener Länder in den letzten Jahren vergleicht – Koizumi, Berlusconi, Bush, Chirac und Putin – wenn man sieht, wie sie das Parlament oder die Medien behandelt haben, dann wirkten sie alle – von Angela Merkel einmal abgesehen – wie Cousins. Ihnen allen war eine gewisse Aggressivität im Auftreten eigen, die Reibungen schuf. Zugleich ließ sie diese Ähnlichkeit immer wieder eine gemeinsame Sprache finden.

Mit den Brüdern Kaczynski ist ein neuer Politikertyp aufgetaucht – der gnadenlose Populist. Sollte auch in Russland der nächste Präsident ein Populist sein, welche Kommunikation wäre zwischen beiden Ländern dann noch möglich?

Stellt man Polen die Frage, weshalb sich seine führenden Vertreter gegenwärtig so verhalten, dann lautet ein Argument, weil Polen als Staat nicht reich sei. Auch Russland ist kein reiches Land, wenn gegenwärtig auch die Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten sprudeln.

Diese hohen Einnahmen haben im Lande jedoch dazu geführt, dass die Faktoren für eine künftige Revolution wachsen. Dabei meine ich nicht den Typ Revolution, auf den die Vertreter der amerikanischen Carnegie-Stiftung in Moskau hoffen. Diese hat schon vor fünfzehn Jahren stattgefunden. Die kommende wird eine Revolution von links sein. Sicher nicht von dem Typ, wie sie Anfang des 20. Jahrhunderts geschah. Die hohen Öl- und Gaseinnahmen haben in Russland u. a. bewirkt, dass junge Leute keine Hoffnung haben, in absehbarer Zeit eine eigene Wohnung zu bekommen. Der Kauf von Eigentumswohnungen ist inzwischen zu einer der attraktivsten Geldanlageformen geworden, um eine inflationäre Entwicklung im Lande zu verhindern. Die Preise sind derartig in die Höhe geschossen, dass zum Beispiel ein junger Universitätsabsolvent, der eine gut bezahlte Stellung in der Geschäftswelt erhält, etwa 20 Jahre sparen muss, um sich eine bescheidene Wohnung leisten zu können. Derartige Einkom-

men erhält aber nur ein verschwindend kleiner Teil der jungen Menschen im Russland von heute. Die Schlüsselfrage lautet, wie lange es dauert, bis die jungen Menschen begreifen, dass sie im eigenen Lande keine Perspektive haben.

Die Staatsmacht sieht das Problem durchaus. Gegenwärtig ringen die politischen Parteien heftig miteinander um die Gunst der jungen Generation. Im Kreml hat man die Studentenerhebungen von 1968 in Westeuropa nicht vergessen. Ähnliche Entwicklungen sind in Russland durchaus vorstellbar. Daher versucht man den Druck zu kanalisieren und u. a. in Richtung Rechtspopulismus zu lenken.

In den letzten Jahren sind in Russland allein drei größere Jugendorganisationen gegründet worden, die sich gleichen wie ein Ei dem anderen. Ihre Mitglieder sind im Alter von 15–20 Jahren, meist armer Herkunft, wessen sie sich auch klar bewusst sind. Ich halte dort öfter Vorträge zu internationalen Fragen und kenne daher ihre Gemütslage. Auf vorsichtige Fragen nach ihrer Haltung zum Faschismus reagieren sie scharf ablehnend. Auch Politiker wie Schirinowski mögen sie nicht. Ihre Lieblingsworte sind Patriotismus und ein großes Russland. Begriffe wie Freiheit, ein gutes Verhältnis zum Westen oder Frieden sind ihnen dagegen fremd. Alle drei Organisationen werden von der (dem Präsidenten nahestehenden) Partei „Einheitliches Russland“ kontrolliert. Auch Putin nimmt auf ihre Entwicklung Einfluss. „Einheitliches Russland“ ist populistischer als der Präsident. Beide ergeben im Zusammenwirken eine mittlere politische Position. Sollte jedoch der künftige Präsident ein größerer Populist sein, gar in Richtung der Brüder Kaczynski gehen, dann könnte eine gefährliche Mischung entstehen. Aber auch unter den Kaczynskis ist „Polen nicht verloren“. Und Russland wird ebenfalls nicht untergehen.

Russland hat inzwischen die Elemente und Methoden des westlichen Pluralismus voll übernommen. Was die Presse schreibt, ist das Eine, was die Präsidialadministration verkündet, ein Zweites, und was das Außenministerium tut, ein Drittes. Die Medien werden in der Tat kontrolliert, aber man findet auch in Rundfunk und Fernsehen immer Sendungen für und gegen Putin, antikommunistische Programme neben ausführlichen Interviews mit dem KPRF-Vorsitzenden Sjuganow. Die Diplomatie scheint ein Eigenleben zu führen. Zuweilen glaube ich, dass sich Putin und Bush persönlich besser verstehen, als die Medien in den USA und Russland darüber schreiben.

China ist für Russland sehr wichtig, wird bisher aber noch nicht als eigenständiges Machtzentrum wahrgenommen, zumindest nicht von Putin. Von ihm ist in Russland viel weniger die Rede als von den USA. Die amerikanische Politik wird gründlich analysiert und Punkt für Punkt kritisiert, Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden herausgestellt. China wird stets nur als der große Nachbar bezeichnet, mit dem das Verhältnis im wesentlichen in Ordnung ist. Als jedoch kürzlich der chinesische Präsident Hu Jintao Russland besuchte, war aus den offiziellen Dokumenten kaum ein Ergebnis zu erkennen. China wird als Faktor der nationalen Sicherheit Russlands immer wichtiger, aber bisher spielt das in der Politik kaum eine Rolle.

Ich hatte 2004 Gelegenheit, während eines einjährigen Studienaufenthaltes in den USA deren Behandlung Chinas zu verfolgen. Die Entwicklungen in diesem Land werden von den USA mindestens so eingehend analysiert und debattiert wie in Russland die amerikanische Politik.



In der NATO geschieht es häufig, dass ausgesprochene Falken in Militär und Politik zu Tauben werden, wenn sie in Pension gehen. So fordern pensionierte französische Generale gern, man sollte die NATO auflösen, weil sie sich überlebt habe, etwas Neues müsste an ihre Stelle treten. Vor fünfzehn Jahren hätte ich dem sofort zugestimmt, heute klingt das nur noch wie ein alter Witz. Ich kann mir auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit nur eine Kompromisslösung vorstellen, die den ganzen eurasischen Kontinent erfassen muss.

Die unterste Etage könnte eine NATO sein, wie sie bis 1996 bestand und wie sie die Osteuropäer gerne sehen wollen – eine NATO, die die Sicherheit Europas verteidigt. Litauische Diplomaten erklären zum Beispiel, ihr Land sei in die NATO eingetreten, damit sie es verteidigt und nicht, damit sie sich in Afghanistan engagiert. Das ist allerdings nicht die Sicht der USA. Sie möchten den Verantwortungsbereich der NATO bis nach Asien, bis an die Westgrenze Chinas verschieben, das ehemalige sowjetische Mittelasien einbezogen. Ich nenne dieses Konzept „NATO Plus“. Als zweite Etage einer Kompromisslösung wäre das für mich vorstellbar, wenn Russland seinen Platz in dieser Struktur findet. Realistisch könnte dieses Konzept sein, weil es sich lediglich um die Transformation einer bestehenden Struktur handelt, nicht um etwas völlig Neues.

Als dritte Etage müsste in spätestens fünf bis zehn Jahren China in diese Struktur einbezogen werden. Das müsste auf eine Weise geschehen, dass die Sicherheit Russlands gewährleistet ist und China sich nicht benachteiligt oder gar bedroht fühlt.

Was das Verhältnis Russlands zu Indien betrifft, so wurde zur Sowjetzeit stets von einem inoffiziellen Bündnis mit diesem Land gesprochen. Das traf jedoch damals nicht die Realität und trifft sie auch heute nicht. Seit drei Jahren versuchen nun die USA, das Verhältnis zu Indien aufzubauen, das die Sowjetunion vor zwanzig Jahren hatte – kein offizielles militärisches Bündnis, aber enge Kontakte in der Praxis. Die USA geben die Unterstützung Pakistans nicht auf, helfen aber Indien zugleich, seinen Status als Atommacht zu legalisieren. Das ist immer das Ziel Moskaus gewesen – die Entwicklung in der Region zu beeinflussen, ohne formale juristische Verpflichtungen einzugehen.

Russlands Haltung zu Indien hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verändert. Es betrachtet Indien nicht mehr als Verbündeten und versucht es auch nicht mehr gegen China zu nutzen. Indien wird zunehmend interessanter, weil es sich wirtschaftlich rasend schnell entwickelt. In der letzten Zeit wird gern vom Zusammenwirken der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – gesprochen. Dieser misst Russland große Bedeutung bei. Der Terminus ist auch deshalb günstig, weil er nicht aus Russland stammt und der Vorwurf eines russischen Hegemoniestrebens in dieser Staaten-Gruppe nicht erhoben werden kann.

In Russland beobachtet man sehr genau, wie sich Indien in die internationale Arbeitsteilung einordnet. Gegenwärtig läuft ein Prozess des „outsourcing“ aus den entwickelten Ländern, besonders den USA, nach Indien. Dieses wird zur verlängerten Werkbank des Westens. Indische Ingenieure führen komplizierte Aufträge amerikanischer Firmen aus. Auch Russland steht vor der Aufgabe, seinen Platz in der internationalen Arbeitsteilung zu finden. Eine Rolle wie Indien kann und will es nicht übernehmen.

Auf einer internationalen Konferenz wurde kürzlich darauf verwiesen, dass die Hochschulausbildung in den naturwissenschaftlichen Fächern, zum Beispiel Physik, in Russland eine der besten und kostengünstigsten in der Welt sei. Russland könnte sich zum Beispiel international auf die Bachelor-Ausbildung in diesem Bereich konzentrieren. Bereits jetzt werben die USA Absolventen russischer Hochschulen ab, um sie, ausgehend von der vorhandenen, sehr guten Grundlage, für eigene Zwecke weiterzubilden. In dieser Hinsicht läuft ein klassischer brain drain, eine Ausplünderung geistiger Ressourcen. Wenn Russland daraus eine Dienstleistung für Hightec-Firmen überall in der Welt auf vertraglicher Grundlage machte, dann könnte dies ein Element für den neuen Platz Russlands in der internationalen Arbeitsteilung sein, wie Putin ihn sich vorstellt.

Bei alledem ist klar, dass Deutschland für Russland ein sehr wichtiger Faktor der internationalen Beziehungen bleibt, welcher Präsident auch immer im März 2008 gewählt wird.

In Beantwortung von Fragen von Teilnehmern hob Alexej Bogaturow folgende Momente hervor:

Weshalb will Russland an der NATO festhalten?

Wir sind Realisten. Die NATO kann nicht aufgelöst werden. Die USA wollen die alte NATO nicht mehr, das „neue Europa“ aber möchte gern daran festhalten. In einer „asiatisierten“ NATO fände sich auch ein Platz für Russland. 2001 haben die NATO und Russland den USA getrennt voneinander in Afghanistan geholfen. Russland hat das geleistet, was man von ihm erbat. Das hätte auch mehr sein können. Auch im Irak-Krieg haben sich die NATO-Staaten einzeln entschieden, wie sich dazu stellen. Russland hat seine Position ebenfalls klar gemacht.

Hat Russland die Absicht aufzugeben, selbst zu einem Integrationskern zu werden?

Russland ist ein Integrationskern. Dass Georgien oder die Ukraine sich nicht Russland anschließen wollen, ist heute kein Problem mehr. Kasachstan dagegen will das unbedingt, andere Staaten ebenfalls. Das ist kein Prozess, der sich gegen die EU richtet. Auch in Europa laufen verschiedene Integrationsprozesse nebeneinander her. So gibt es die EU und nach wie vor auch die EFTA. Gegenwärtig wird über das Verhältnis Russlands zur EU debattiert. Vielleicht spricht man einmal über das Verhältnis einer eurasischen Gemeinschaft zur EU. Russland geht an diese Fragen heute sehr pragmatisch heran.

Warum ist China eines der größten Probleme Russlands?

Das Hauptproblem in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten ist die Modernisierung des russischen Fernen Ostens. In Wladiwostok wird die Forderung laut, die Entwicklung von Singapur nachzuvollziehen. Man beschwert sich, dass Moskau nichts dafür tut. Man könnte die Bewohner Wladiwostoks fragen, ob sie wollen, dass zu der jetzt dort lebenden Million Russen zwei Millionen Chinesen kommen. Wenn der russische Ferne Osten industrialisiert werden soll, ist das ohne ausländische Arbeitskräfte nicht zu bewältigen. Die Gegend ist viel zu dünn besiedelt. Wenn dieser Prozess über zwanzig bis dreißig Jahre unter staatlicher Kontrolle abläuft, dann wäre das vorstellbar. Wenn er sich dagegen spontan vollzieht, könnte es zu schweren Spannungen kom-



men. Die chinesische Seite erklärt offiziell, sie fördere keinerlei Migration. Es bleibt aber die objektive Tatsache, dass die chinesischen Nordostprovinzen stark überbevölkert sind und sich auf der russischen Seite riesige, kaum besiedelte Räume erstrecken.

In Russland haben Wissenschaftler und Geschäftsleute großes Interesse an China. In offiziellen Dokumenten findet man jedoch nur sehr wenig konkrete Aussagen. Das liegt daran, dass sich Russland unverändert stark auf die Beziehungen zum Westen konzentriert. Es ist mit den Bedingungen zwar unzufrieden, hat diese Priorität aber bisher nicht verändert.

Die Lügen des „freien Handels“

Interview mit Alberto Acosta Espinosa, Quito, 2. Mai 2007. Das Interview führte der kolumbianische Journalist Fernando Arellano Ortiz. Aus: www.socialdemocracia.org – Artículos y Reflexión desde la Izquierda

Alberto Acosta Espinosa, Minister für Energie und Bergbau Ekuadors, einer der profiliertesten Ökonomen Ekuadors, der in Deutschland studierte, hat vor allem über Auslandsverschuldung, Währungspolitik und Freihandel gearbeitet, war lange Jahre Mitarbeiter des ILDIS (Lateinamerikanisches Institut für soziale Forschungen) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito und der FLACSO (Lateinamerikanische Fakultät der Sozialwissenschaften, eine Einrichtung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL), außerdem Berater der indigenen Bewegung Pachakutik und von Gewerkschaftsorganisationen.

Aus heutiger Sicht bestätigt sich, dass dieses Jahrzehnt wegen der negativen Auswirkungen des neoliberalen Modells für Lateinamerika ein verlorenes sein wird. Aber das hier angewandte ökonomische Schema wird durch die Freihandelsverträge in der Region vertieft. Haben denn diese Länder überhaupt eine wirtschaftliche und politische Perspektive, wenn sie im Neoliberalismus verharren?

Ich denke, wir müssen uns vor allem von der Phrase verabschieden, dass wir in den 90er Jahren ein verlorenes Jahrzehnt hatten und seit 2000 noch einmal ein halbes Jahrzehnt verloren haben. Die Behauptung ist zu allgemein, weil nicht alle in Lateinamerika verloren haben. Es gab auch Sektoren der Gesellschaft, die unter den Gewinnern gewesen sind. Das sind sehr mächtige Sektoren, jene nämlich, die in der Lage sind, das ökonomische Modell durchzusetzen, das heißt eine Lebensform, die nicht zum Nutzen der Mehrheit ist. Trotzdem halten sie sich und verfolgen ihre Pläne mit großem Druck nach der Logik des so genannten „freien Handels“ weiter.

Es heißt, wir hätten Jahre verloren, weil die Wirtschaftspolitik falsch war, wie wir meinen, oder weil die Instrumente nicht adäquat waren, wie die Neoliberalen sagen. Hier gilt es Klarheit zu schaffen. Das neoliberale ökonomische Schema verfolgt das Ziel, Gewinner hervorzubringen, ganz gleich, wie hoch die sozialen Kosten sind. Das Schlimme ist: Obwohl wir die Ergebnisse dieser Wirtschaftspolitik kennen, denn 20 Jahre neoliberal inspirierte Anpassungen sind genug, um eine Bewertung vornehmen zu können, versucht man in eini-

gen lateinamerikanischen Ländern immer so weiter zu machen. Und das selbst angesichts des Zusammenbruchs von Argentinien, der himmelschreiend war. Die Selbstkritik, die zum Beispiel der Internationale Währungsfonds übt, ist ein Witz. Seine Funktionäre sind Meister des Zynismus: Sie üben Selbstkritik, und die Schuld soll bei den Argentinern liegen.

Sind die Verhandlungen einiger Andenländer wie Kolumbien und Peru über Freihandelsverträge mit den USA auf amerikanischen Druck zustande gekommen?

Sicher setzt Washington dabei einige Druckmittel ein. Damit die Länder Investitionsschutzabkommen unterschreiben, droht es z. B. mit der Aufhebung der Zollpräferenzen für Exportprodukte der Andenländer. Wenn ein Land sie behalten will, muss es dieses Abkommen unterschreiben. Wir in Lateinamerika sollten aber ehrlich anerkennen, dass ein großer Teil dieses Drucks von den Gruppen kommt, die in unseren Ländern an der Macht sind. Ökonomen, die sich selbst orthodox, konservativ oder auch vernünftig nennen, tragen den neoliberalen Diskurs. Für sie ist das neoliberale Projekt nicht eine von außen aufgezwungene Sache, sondern genau das, was dem gesunden Menschenverstand entspricht. Angeblich gibt es dazu keine Alternative.

Nehmen wir die Lage in Ekuador, wie sie uns die vorangegangenen Regierungen hinterlassen haben. Dieses Land, das die Regierung von Präsident Correa jetzt aus dem neoliberalen Schema herausführen muss, hat durchgemacht, was ich als eine „Besetzung niedriger Intensität“ bezeichnen möchte. Da braucht man gar nicht bis in den Nahen Osten zu gehen und auf besetzte Länder wie Irak zu schauen. Die ekuadorianische Nation hat keine eigene Währung. Etwa durch direktes Eingreifen der USA? Nein, weil seine Eliten gescheitert sind, hat es seine eigene Währungspolitik, seine Geldpolitik aufgegeben. Ekuador hat die Kontrolle über seine Territorialgewässer den Schiffen der US-Marine übertragen. Etwa auf Druck Washingtons? Nein, weil dieselben Leute, die unsere nationale Währung auslieferten, auch die Basis Manta abgetreten haben. Damit wollten sie nicht nur, wie behauptet, in den Kampf gegen den Drogenhandel eingreifen, sondern auch in den bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Außerdem wollten sie verhindern, dass die Ekuadorianer diesem dollarierten Land den Rücken kehren. Dafür ist die Militärbasis in Manta da, mit der sie ein Stück nationale Souveränität abgetreten haben.

Auch die Unterzeichnung eines Abkommens darüber, dass Probleme mit US-Investoren in Ekuador vor internationalen Schiedsgerichten ausgetragen werden müssen, ist eine Entscheidung in unserem Lande gewesen. Das hat nicht nur Druck aus den USA bewirkt. Es gibt Leute, die das unterstützen, weil sie glauben, dass damit juristische Sicherheit garantiert ist. Das ist das einzige, was sie interessiert. Sie schweigen dazu, dass hier der Dollar zirkuliert, während in der Verfassung steht, dass die nationale Währung der Sucre ist. In diesem Fall spielt juristische Sicherheit keine Rolle.

Es ist nicht nur der Druck der transnationalen Erdölgesellschaften, sondern auch einige Leute im Lande wollen die Produktionsfelder der staatlichen Firma Petroecuador den Multis in die Hände spielen. Nicht neue Felder, die erst erkundet werden müssen, sondern die, die heute produzieren.

Wir müssen also in unseren Ländern ein Bewusstsein dafür schaffen, dass nicht alle Probleme in Washington, im Internationalen Währungsfonds oder in der Weltbank gemacht



sind, sondern dass wir bei uns eine Art Fünfte Kolonne in deren Dienst haben, die deren Gesinnung teilen und in ihrer Mittelmäßigkeit sogar glauben, dass sie diese Ideen selber hervorgebracht haben.

Ihre Analyse kommt der Überlegung des kolumbianische Senators Jorge Enrique Robledo nahe, dass diese Fünfte Kolonne, wie Sie sie nennen, ihr persönliches Glück mit dem Unglück ihrer Länder macht, denn das sind die großen Gewinner. Stimmen Sie dem zu?

In gewisser Hinsicht schon, aber man müsste sagen, dass es zwei Gruppen von Neoliberalen gibt: Realisten und Fundamentalisten. Erstere sind pragmatisch, letztere sind die „Poeten“. Die glauben, dass der Neoliberalismus eine unbestreitbare Ideologie sei, die eines Tages für die ganze Gesellschaft Früchte tragen wird. Die Realisten aber haben aus dem Neoliberalismus einen *modus vivendi* gemacht, sei es, weil sie im Dienst der transnationalen Interessen stehen oder weil sie an Beraterverträgen gut verdienen, oder weil sie sich mit eigenen Unternehmen in die globalen Wertschöpfungsketten eingliedern können.

Wie sehen Sie kurz- und mittelfristig die Situation der Andenländer, die bilaterale Freihandelsverträge abgeschlossen haben? Schließlich sind das nicht einfach nur Handelsverträge, sondern eine Art ökonomische Verfassung für vierzig oder fünfzig Jahre.

Ohne auf Einzelheiten der Freihandelsverträge einzugehen, sehe ich die Sache so: Der Begriff „freier Handel“ ist irreführend. Der Welthandel ist nicht frei, er war immer reguliert. Die Starken haben den Schwachen stets ihre Bedingungen aufgezwungen. Einen freien Handel hat es nie gegeben, England und die europäischen Länder entwickelten sich auf der Grundlage des Protektionismus oder dank der Macht ihrer Waffen. So die Engländer, als sie mit ihrer Flotte bei verschiedenen Gelegenheiten China beschossen, damit es das Opium konsumierte, das in Burma produziert wurde. Ebenso die USA. Wie oft haben sie die Marines in Marsch gesetzt oder in anderer Form Druck ausgeübt, um Vorteile zu erlangen. Außerdem geht es in einem Freihandelsvertrag nicht nur um Handel, sondern um viele andere Dinge: Investitionsschutz für die USA, den Schutz geistigen Eigentums, Beschränkungen für Regierungskäufe oder die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Das Thema ist also viel komplexer.

Meine Analyse hat zwei Aspekte: Erstens wird mit dem Freihandelsvertrag (TLC) nicht etwas ganz Neues beginnen, sondern es wird etwas verfestigt, was sich seit Jahren entwickelt hat. Sein Wesen – Öffnung des Binnenmarktes, Liberalisierung der Wirtschaft, Verringerung der Rolle des Staates, Beseitigung der Möglichkeit eines nationalen Entwicklungsprojekts – ist nicht neu. Die Öffnung der Märkte liegt in allen lateinamerikanischen Ländern weit zurück. Die Strukturanpassungen waren die Tür zur Vorbereitung des TLC. Der Hauptschlüssel, der diese Tür geöffnet hat, war die Auslandsverschuldung. Denn mit der Schuldenkrise kamen die Stabilisierungsprogramme, die das Terrain vorbereitet haben. Mit dem TLC werden sich die Dinge also nicht komplizieren, denn sie sind schon kompliziert genug. Auf dem Roulette des Neoliberalismus sind unsere Wirtschaften schon gesetzt. Das Problem steht jetzt so: Wenn das Modell im Lande Wurzeln schlägt, dann wird das Folgen haben, auch

für unsere Verfassung. Nach der Unterzeichnung des TLC muss sie umgeschrieben werden. Wir werden Länder mit einem eher kleinen Spielraum von Souveränität bekommen, wenn überhaupt noch etwas davon übrig bleibt. Vielleicht noch so viel, dass wir bestimmen können, wer unsere Nationalmannschaft im Fußball trainiert. Was Washington jetzt tut, ist definitiv die Vollendung der Annexion ganz Amerikas,

Wenn Peru und Kolumbien einen TLC mit den USA abschließen, erhält die Andengemeinschaft (CAN) doch ein Begräbnis dritter Klasse?

Seien wir ehrlich, ein besseres hat sie auch nicht verdient. Die CAN hat sich mit Phrasen von Bolívar geschmückt, aber da war nichts dahinter. Von einigen isolierten Schritten abgesehen, verfolgte sie reine Handelsinteressen. Wenn man ihre Entwicklung an Import und Export misst, dann muss man sagen, so macht man keine Integration. Integration ist viel mehr als das, und wir haben genug Potenziale, um uns zu integrieren. Dazu gehört unsere gemeinsame kulturelle Basis. Es liegt weder allein an unseren Regierenden, noch am Druck aus Washington, es ist auch Schuld der Gesellschaften, die es nicht verstanden haben, sich zu integrieren.

Ein Punkt muss besonders betont werden – die Souveränität. Wenn wir von der Möglichkeit der Wiederherstellung eines Groß-Kolumbiens ausgehen – ich bin ein Anhänger davon – dann müssen wir die erste Verfassung Ekuadors wieder in Kraft setzen, wo es heißt, dass wir uns zeitweilig von Kolumbien trennen, um im Großen denken zu können. Wenn wir uns mit Kolumbien, Peru, Bolivien und Venezuela in einem Projekt realer Integration vereinigen wollen, das nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial, kulturell und politisch ausgerichtet ist, dann müssen wir uns mit der Frage der nationalen Souveränität beschäftigen. Um langfristig aus der Dollar-Falle herauszukommen, könnte ich mir für Ekuador einen Prozess vorstellen, der den kolumbianischen Peso Schritt für Schritt ebenfalls als ekuadorianische Währung einführt. Man kann den Dollar nicht von heute auf morgen abschaffen, aber man kann den Peso als weitere ekuadorianische Währung in Umlauf bringen. Und was würde ich der kolumbianischen Regierung vorschlagen? Da muss ich allerdings überlegen, welcher kolumbianischen Regierung. Ich würde ihr vorschlagen, dass Ekuador seine Reserven in ausländischen Devisen und seine Erdölreserven in bedeutender Höhe als Partner in die Bank der Republik Kolumbien einbringt. Dann würde Ekuador mit vollem Stimmrecht an der Festlegung der Geld- und Währungspolitik teilnehmen. Damit würde ein bedeutender Integrationsraum geschaffen. Ideal wäre es, wie die Europäer eine gemeinsame Währung zu besitzen, weil wir damit regionale Souveränität gewinnen könnten. Ekuador gewänne regionale Souveränität, die es auf nationaler Ebene ohnehin schon verloren hat. Entweder wir vereinigen uns, um uns zu retten, oder wir bleiben uneinig und gehen unter.

Glauben Sie, dass der Mercosur als Integrationsprojekt vorankommt?

Der Mercosur hat einige sehr interessante Elemente. Er hat eine weniger komplizierte, weniger rigide Praxis als die Andengemeinschaft, von der ALCA oder dem TLC ganz zu schweigen. Außerdem schließt er einige Aspekte politischen Charakters ein. Ich sehe im Mercosur den Keim einer tiefer gehenden Integration. Aber er müsste mehr politischen Zu-



sammenhalt gewinnen. Von einer Position der Stärke aus und mit klaren Regeln könnte man dann zu besseren Bedingungen mit den Vereinigten Staaten verhandeln.

Ist zum neoliberalen Modell keine Alternative in Sicht?

Das neoliberale Modell muss abgelöst werden, nicht nur aus akademischer Sicht, sondern, weil es sozial, politisch und ökonomisch notwendig ist. Man braucht kein fertiges Modell zu haben, um vorwärts zu gehen. Dieses muss auf dem Marsch entstehen. Es gibt doch bereits Vorstellungen, wie eine Währungsunion der lateinamerikanischen Länder bewerkstelligt werden kann. Für die Auslandsverschuldung gibt es konkrete Vorschläge wie die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts, die Einleitung von Überprüfungen oder die Verhandlung der Verschuldung vor Gericht. Es gibt viele Optionen, die sich entwickeln können, einschließlich Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, aber aus einer Position der Souveränität heraus.

Dafür muss man erst einmal zur Macht gelangen – wie Präsident Correa in Ecuador.

Ja, man muss die Macht aufbauen. Es handelt sich nicht darum, die Macht im Sturm zu erobern, man muss sie aufbauen. Im Fall Ekuadors haben die Indios am 21. Januar 2000 verloren, als sie in den Präsidentenpalast einzogen. Dort war die Macht nicht, dort waren die Gespenster, die die Präsidenten nicht schlafen ließen. Deshalb sage ich, die Macht baut man auf, man erstürmt sie nicht. Mit der Regierung von Präsident Correa bauen wir sie auf.

Ecuador im Einklang mit den tiefgreifenden Transformationsprozessen in Lateinamerika

Interview mit Alberto Acosta Espinosa, Lima, 18. Januar 2007. Die Fragen stellte der italienische Journalist und Mitarbeiter bei internationalen Netzwerken Cristiano Morsolini.

Wie schätzen Sie die soziale und wirtschaftliche Lage in Ecuador ein?

Ecuador erlebt gegenwärtig einen massiven Zustrom von Ressourcen aus verschiedenen Quellen. Auf der internationalen Ebene steht Ecuador in den letzten Jahren außerordentlich gut da. Die Erdölpreise sind hoch: Das bringt der ekuadorianischen Wirtschaft zusätzliche Einnahmen. Im Jahre 2006 sind sie in schwindelerregender Weise gestiegen. Man rechnet mit zusätzlichen Einkünften von 900 Millionen Dollar. Wenn die gegenwärtigen Preise erhalten bleiben, könnten sie 2007 sogar auf 2 Mrd. Dollar anwachsen. Das liegt an der Reform des Gesetzes über die Kohlenwasserstoffe, die eine paritätische Beteiligung des Staates an den Sondereinnahmen aus den hohen Erdölpreisen ermöglicht. Diese paritätische Beteiligung ist nach meiner Auffassung übertrieben großzügig gegenüber den transnationalen Unternehmen, aber immerhin haben wir zusätzliche Einnahmen für die ekuadorianische Wirtschaft. Mit der Umsetzung des Gesetzes, das den Vertrag mit der US-Gesellschaft Occidental für abgelaufen erklärt und die Rückführung der Erdölfel-

der der Occidental an den Staat verfügt, werden weitere beträchtliche Einnahmen hinzukommen.

Außerdem fließen der ekuadorianischen Wirtschaft durch die Arbeit unserer Landsleute im Ausland bedeutende Ressourcen zu. Migrantinnen und Migranten überweisen immer mehr Geld an ihre Familien im Lande. Die Zentralbank Ekuadors schätzt diese Einnahmen im Jahre 2005 auf 1,7 Milliarden Dollar. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) rechnet sogar mit 2 Milliarden. Das sind weitere willkommene Mittel für die ekuadorianische Wirtschaft.

Eine dritte Quelle von Ressourcen, die in die ekuadorianische Wirtschaft fließen, ist das Anwachsen der privaten Auslandsverschuldung. Als im Jahre 2000 die Dollarisierung begann, stand die private Auslandsverschuldung bei etwa 2 Milliarden Dollar. Gegenwärtig beträgt sie mehr als 8 Milliarden. Dadurch haben wir neue Einnahmen.

An vierter Stelle seien die Drogendollars genannt. Durch Geldwäsche sickern Ressourcen auf nicht geplante Weise und in schwer zu bestimmender Höhe in die Wirtschaft ein.

Ich könnte einen weiteren Vorteil hinzufügen: die wachsende Nachfrage bei Rohstoffen in den USA und in einigen Volkswirtschaften wie China und Indien. Der Preisanstieg bei weiteren Naturschätzen, nicht nur bei Erdöl, kommt Ecuador ebenfalls zugute.

Auch der Verfall des Dollarkurses im Verhältnis zum Euro, besonders in den letzten Monaten, sei hier genannt. Diese Abwertung hat unseren Export stimuliert und dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit Ekuadors wiederherzustellen.

Insgesamt steckt die ekuadorianische Wirtschaft allerdings nach wie vor in einer Rezession. Bestimmte Bereiche der Industrie, Teile der Landwirtschaft, vor allem der bäuerliche Sektor müssen reaktiviert werden. Der Hauptteil der Ressourcen geht in die Entwicklung der exportierenden Branchen, vor allem von Erdöl und anderen Rostoffen. Das hat eine sehr geringe makroökonomische Wirkung im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und ist mit dem Rest der Wirtschaft kaum verbunden. Die Wirkungen unseres Überflusses an Naturreichtümern sind also sehr komplex. Ecuador ist ein armes Land, das reich an Naturressourcen ist. Es gelingt ihm noch nicht, die Exportwirtschaft in die Gesamtwirtschaft zu integrieren und die Einnahmen aus dem Exportgeschäft in ausgleichender Weise verteilen. Wir sind noch eine Gesellschaft, in der es keine Hebel gibt, um die Demokratie zu stärken. Wir erleben also, dass die charakteristischen Merkmale einer solchen Gesellschaft sich vertiefen: Klientelismus, Autoritarismus, Rentierdasein, Gier der herrschenden Gruppen.

Sie waren an einem Forschungsprojekt über die ekuadorianische Emigration nach Europa beteiligt. Was können Sie dazu sagen?

Als Folge der schweren Krise von 1999/2000, der Dollarisierung, die die Lebensbedingungen, Armut und Elend in der ekuadorianischen Gesellschaft verschärfte, ist in den letzten sechs Jahren die Zahl der Ekuadorianer gestiegen, die aus diesem „Dollar-Paradies“ flüchteten. Trotz aller positiven Erscheinungen, die ich eingangs erwähnte, hat sich die wirtschaftliche Lage der Mehrheit der Bevölkerung nicht verbessert. Das hat einen starken Migrationsdruck erzeugt. Die Menschen wandern nicht nur in die USA aus, sondern auch nach Europa. Das erste Ziel ist weiterhin Spanien, danach Italien. Wir haben ganze Gemeinden von Landsleuten, die in



Rom leben, in Genua, in Mailand und anderen Regionen.

Unsere Landsleute im Ausland versuchen sich neue Lebensverhältnisse aufzubauen. Warum sind sie weggegangen? Wegen der neoliberalen Wirtschaftspolitik, der Wirkungen des Washingtoner Konsens, der Auslandsschuld, dem Bankenskandal, der Korruption, dem Fehlen von Demokratie. Sie sahen im Lande keine Zukunft mehr. Die Leute verlassen das Land, weil sie verzweifelt sind. Wo die Menschen sich als Bürger entwickeln können, mobilisieren sie alle ihre Fähigkeiten, in ihnen erwacht, wie John Keynes sagt, der „tierische Geist“, um Unternehmer oder fähige, produktive Arbeiter zu werden, was nicht möglich ist in einer autoritären, oligarchischen Rentiersgesellschaft.

Wie stellt sich aus der Sicht der neuen Nationalen Überprüfungscommission die Verschuldung Ekuadors dar?

Gegenwärtig tritt der Verschuldungsprozess in eine neue Phase ein. Es wird jetzt weniger notwendig, neue Kredite der internationalen Finanzinstitutionen unter Kontrolle zu nehmen. Bisher hat sich Ekuador immer neu verschuldet, um seine alten Schulden zu bezahlen. Dank der neuen Ressourcen, die die ekuadorianische Wirtschaft vor allem aus dem Erdöl erhält, kann das jetzt reduziert werden. Aber solange eine Lösung der Schuldenfrage auf der Basis des Rechts nicht existiert, führt die Möglichkeit, die zusätzlichen Erdöleinnahmen in erheblicher Höhe in den Rückkauf der Schuldtitel zu lenken, schon durch die Vorankündigung erneut zu brutaler Korruption. Das ist eine neue Gefahr. Jetzt, wo wir Geld haben, um die Schuldtitel zurückzukaufen, haben nur die Besitzer solcher Schuldverschreibungen den Nutzen davon.

Das Thema der Verschuldung werden wir nicht von heute auf morgen lösen, und diese Probleme werden latent bleiben. So kann man sich vorstellen, dass Ekuador seine Verschuldung mit den steigenden Erdölpreisen wesentlich reduziert, aber es kann auch sein, dass damit erneut das Tor zur massenhaften Kreditaufnahme geöffnet wird, nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch im privaten. Wie ich schon erwähnte, ist die Auslandsverschuldung des privaten Sektors von 2 Mrd. auf über 8 Mrd. Dollar gestiegen. Die öffentliche Verschuldung liegt bei 11 Mrd. Dollar und ist in den letzten 5–6 Jahren konstant geblieben. Die Rückzahlung der Schulden beseitigt nicht die Gefahr einer erneuten korrupten Verschuldung, sondern erhöht sie, beschleunigt einen neuen Verschuldungsprozess. Das muss die Anhörungscommission zur Auslandsverschuldung vor Augen haben. Ich sehe sie als eine der wichtigsten und interessantesten Erscheinungen der letzten Zeit auf dem Gebiet des Schuldenmanagements an. Man muss die Schaffung dieser Kommission als ein Ergebnis des Drucks der Zivilgesellschaft sehen. Verschiedene soziale Organisationen, indigene Bewegungen, Bauern, Akademiker, verschiedene Stiftungen haben Druck erzeugt, um eine Atmosphäre der Transparenz bei der Behandlung der Auslandsverschuldung zu schaffen. Ich begrüße die Bildung dieser Kommission, aber man darf nicht glauben, dass damit schon alles transparenter wird. Es ist möglich, dass die Kommission nicht das notwendige politische Gewicht erhält, dass sie nicht genügend technische Kenntnisse hat, wenn sie nicht von Leuten unterstützt wird, die sich in der Materie auskennen. Mit der Regierung Correa müssen wir angemessene Ergebnisse garantieren, denn die Anhörungscommission ist eine grundlegende Aufgabe. Die Regierungen von Italien und Spanien befürworten den Tausch von Schulden

gegen soziale Investitionen, aber wir müssen sagen, zuerst prüfen wir diese Schulden, damit wir nicht Schulden, die durch Korruption zustande gekommen sind, in miserable Projekte der sozialen Entwicklung umwandeln.

Die Schuldenstreichung durch die norwegische Regierung schafft einen Präzedenzfall.

Dieser Fall ist ein sehr deutlicher Ausdruck der Lage, denn die Regierung Norwegens hat festgestellt, dass es sich um schändliche Schulden handelt, um nicht direkt zu sagen, Schulden, die auf Korruption beruhen. Es sind Schulden, die nicht den juristischen Normen entsprechen, nach denen Norwegen Entwicklungskredite vergibt. Man hat Geld geliehen, um Fischereifahrzeuge zu kaufen, und damit die norwegischen Werften begünstigt, die diese Schiffe bauen, ihre eigene Industrie. Außerdem wissen wir heute nicht, wo diese Schiffe hingekommen sind, sie sind verschwunden. Es gibt nicht nur Korruption in Norwegen, sondern auch in Ekuador, sie hat zwei Seiten. In diesem Sinne glaube ich, dass die norwegische Regierung ein historisches Zeichen setzte, als sie diese Schulden annullierte. Das geht gegen den Klub von Paris, denn sie erkennt an, dass diese Schulden auf Korruption beruhen. ...

Kann diese Annullierung der Schulden durch Norwegen ein Signal für ganz Europa sein?

Natürlich. Wenn es eine Umwandlung der Schulden geben soll, muss zuerst eine Anhörung und Überprüfung stattfinden. Das ist kompliziert, denn man wird entdecken, dass manchmal die Korruption nicht nur in den Schuldnerländern, sondern auch in den Gläubigerländern zu finden ist, nicht nur bei der Regierung in Quito und den Unternehmern in Ekuador, sondern vielleicht auch in den Regierungen in Rom oder Madrid, bei den europäischen oder USA-Unternehmen. Aber ein Prozess der Anhörung und Überprüfung ist wichtig, weil wir auf der Basis der Transparenz Lösungen für die Schuldenfrage finden können, die nicht nur einen technischen, finanziellen oder ökonomischen Ausweg aufzeigen, sondern dauerhafte Regelungen in Legalität und Legitimität darstellen.

Eine solche Lösung könnte Ihr Vorschlag sein, ein Internationales Schiedsgericht einzusetzen?

Ich glaube, dass das Internationale Schiedsgericht eine Option ist, die allen nützen würde, auch den Gläubigern, denn auch dort leiden Menschen unter dieser Situation der Illegalität und Illegitimität. Zum Beispiel die Hunderttausenden Rentner in Italien, die dazu gezwungen wurden, Papiere der argentinischen Staatsschuld zu kaufen und hereingelegt wurden. Das erinnert mich an die Geschichte von Charles Dickens über eine Frau, die von ihren Eltern etwas erbt, was sie für ein großes Vermögen hält, viele Papiere aus den Unabhängigkeitsschulden der lateinamerikanischen Länder, wir sprechen vom 19. Jahrhundert. Die Frau wartet auf den Tag, an dem diese Papiere eingelöst werden und sie wirklich reich sein wird. Sie bleibt arm und kann sich ihr Zimmer mit den Schuldverschreibungen der Unabhängigkeit Lateinamerikas tapezieren. So ist es einer bedeutenden Zahl von Italienerinnen und Italienern gegangen, die ihre Ersparnisse in solchen Papieren angelegt haben. So etwas, denke ich, ist negativ für alle. Heute müssen wir ein Schema finden, das sich auf Ausgleich, auf Transparenz, auf Legitimität und Legalität stützt.



Welche Situation ergibt sich nach den Mobilisierungen der sozialen Bewegungen gegen den Freihandelsvertrag mit den USA und den Plan Colombia? Welche Perspektive hat Präsident Correa?

Correa kann den Völkern Ekuadors wichtige Antworten geben. Er ist ein junger, fähiger Mann mit viel Charisma. Er hat sich dazu entschlossen, ein Projekt des Wandels voranzubringen, und kann mit der Unterstützung verschiedener politischer und sozialer Kräfte rechnen, die sich für eine radikale, revolutionäre Umgestaltung engagieren. Er hat eine Reihe Optionen und Vorschläge zur gesellschaftlichen Teilhabe im Land. Die Regierung Correa fügt sich in einen internationalen Kontext der Veränderung ein, in dem die Chance besteht, im Einklang mit Bewegungen für eine tiefere Transformation vorzugehen, die es in vielen Ländern Lateinamerikas gibt. Wir können den Freihandelsvertrag mit den USA nicht unterzeichnen, wir können nicht den transnationalen Erdölunternehmen weiter ihre Gewinne sichern, wir können nicht die Forderungen der Gläubiger der Auslandsschuld bedienen, wir können uns nicht an die Kriegslogik des Planes Colombia binden. Viele wichtige Dinge stehen auf dem Spiel, damit in Ekuador eine wirkliche Demokratie entsteht. Wir glauben an eine neue fortschrittliche Regierung, die auf den Wandel durch eine Bürgerrevolution setzt. An dieser werden wir zusammen mit Präsident Correa arbeiten.

Debatte

„Die Europäische Union neu gründen?“

Gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments; Berlin, 10. – 11. März 2007

Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein Ein soziales Europa oder kein Europa. Das ist die Frage, das ist die Antwort.

Thesen von André Brie, MEP

„Das ‚europäische Sozialmodell‘ hat seine Zukunft noch vor sich. Die europäische Linke könnte es zu ihrem Markenzeichen machen, zu ihrem gemeinsamen Projekt, wenn sie es sich nur traute.“ (Michael Krätke)

Zwölf Thesen und eine Nachbemerkung

1. Im Folgenden werden vor allem zwei Überzeugungen vertreten. Erstens: Eine erneuerte, neue deutsche Linke hat eine große politische Chance mit einer ganzen Reihe von großen Voraussetzungen. Eine davon ist es, eine europäische Linke zu sein und die weitere europäische Integration und Einigung aktiv und konkret zu unterstützen. Die erneuer-

te deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Zweitens: Es wird kein vereinigtes Europa geben, wenn es kein soziales Europa gibt. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist vor allem auf die Abwesenheit dieser entscheidenden Orientierung zurückzuführen. Keine politische Kraft könnte daher gegenwärtig proeuropäischer sein als die Linke, wenn sie diese Herausforderung annähme und ... sich nur traute.

Für die Linke in vielen Ländern der Europäischen Union, in Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, aber auch in zahlreichen neuen Mitgliedstaaten ergibt sich die dringende Frage, ob sie die weitere Integration will, welche Integration sie will, welche Antworten sie für die gravierenden Herausforderungen hat. Ausgesprochen und unausgesprochen gibt es auch in der deutschen Linken antieuropäische Positionen, die teilweise mit ernst zu nehmenden Argumenten vertreten werden. Ich teile die Kritik an der EU-europäischen Realität: an der Dominanz des Marktradikalismus für die gesamte Entwicklungsrichtung der EU (die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza, der Verfassungsvertrag, die Dienstleistungsrichtlinie, um nur einige wichtige Erscheinungen zu nennen); an der Abschottung gegenüber dem Süden der Erde; an der Einschränkung von Bürger- und Menschenrechten; an dem akuten Demokratiedefizit; an den machtpolitischen und militärischen Ambitionen in den internationalen Beziehungen und der äußerst unterentwickelten Bereitschaft, die europäischen Außenpolitiken auf die Stärkung der UNO, des Völkerrechts und Multilateralismus sowie auf eine ursachenorientierte und wirkungsvolle zivile Konfliktprävention auszurichten. Widerstand der Linken gegen diese Politik ist dringend erforderlich und muss deutlich stärker, öffentlichwirksamer und nachhaltiger werden. Das muss allerdings nicht nur auf den Verfassungsvertrag, sondern in gleicher Weise auch auf den geltenden Vertrag von Nizza zutreffen, der alles andere als eine positive Alternative ist, zumal er für weitere Beitritte von Ländern zur Europäischen Union, wie sie von großen Teilen der europäischen Linken unterstützt werden, keinen rechtlichen Rahmen mehr bietet. Nach meiner Überzeugung ist die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung und eine klammheimliche Freude der Linken am Scheitern der Europäischen Union keine ausreichende und verantwortungsvolle Alternative.

Erstens wird die von diesen politischen Kräften bevorzugte Definition der EU als einem imperialistischen Machtblock nicht der differenzierteren Realität der EU, den positiven historischen Seiten der bisherigen Integration sowie den sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten der europäischen Integration gerecht, die allerdings gegenwärtig brach liegen. Sie wären das eigentliche Feld linken Nachdenkens und linker Kämpfe. Zweitens stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte. Drittens würden die Möglichkeiten, die europäische Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus wenigstens auf dem europäischen Kontinent gefährdet werden. Diese Positionsbestimmung gilt nach meiner Überzeugung uneingeschränkt für die Linke in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern. Sie darf allerdings nicht schematisch auf die Linke aller europäischen Staaten



übertragen werden, die, wie beispielsweise in Dänemark, Schweden oder Norwegen, andere Bedingungen vorfinden, allerdings letzten Endes eine solche Autonomie auch im Windschatten der europäischen Integration haben. In der Kritik an der unsozialen und undemokratischen Realität der praktischen europäischen Politik besteht ohnehin auch mit europaskeptischeren linken Parteien Übereinstimmung.

2. Die europäische Integration hatte ein umwälzendes historisches Ergebnis zur Folge: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert. Dies war ein entscheidendes Element ihrer Akzeptanz in den Völkern und ist eine bleibende Aufgabe für die Einbeziehung weiterer Staaten, um insbesondere die brennenden Konflikte auf dem westlichen Balkan auszuzehren und durch die positive Perspektive intensiver europäischer Zusammenarbeit und Integration zu lösen. Über Jahrzehnte hat die Integration darüber hinaus zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Wachstum und gestärkter Binnen- nachfrage beigetragen. Sie hat zudem die menschlichen und kulturellen Kontakte und Begegnungen auf einem Großteil des Kontinents wesentlich gefördert. Trotz ihrer gravierenden Defizite und wiederholten Krisen ist die europäische Integration daher für die Linke ein positiver Bezugspunkt ihrer Politik.

Die berechtigte Kritik an der aktuellen Ausrichtung der europäischen Integration und Politik muss daher eine europafeindliche Haltung prinzipiell ausschließen. Das umso mehr, als die fortgesetzte europäische Integration die unerlässliche Chance bietet, die nationalstaatlichen Kämpfe um die Überwindung der neoliberalen Ideologie und ihrer fundamentalen Durchsetzung europäisch zu ergänzen sowie zeitgemäß zu erweitern. Die Nationalstaaten bleiben ein wesentlicher politischer Raum für die erforderlichen demokratischen und sozialen Veränderungen. Unter den heutigen Bedingungen ist er allein jedoch nicht hinreichend. So wie im 19. Jahrhundert die nationalen politischen Institutionen von der Arbeiterbewegung und anderen politischen und sozialen Kräften zum Kampffeld für die Fesselung des Manchester-Kapitalismus und darüber hinausweisende Alternativen gemacht wurden, muss und kann die Linke neben den nationalstaatlichen Möglichkeiten heute den europäischen Rahmen nutzen. Zwar werden gegenwärtig 40 oder sogar 50 Prozent der Bruttosozialprodukte von EU-Mitgliedsländern über den internationalen Handel realisiert, im deutschen Fall jedoch zu vier Fünftel davon innerhalb der EU. Sie ist ein riesiger und durchaus binnenmarktfähiger Wirtschaftsraum, der als politischer Raum genutzt werden könnte, die Rückkehr des Laissez-Faire-Kapitalismus über die neoliberale Globalisierung abzuwehren, die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle zu erhalten sowie europäisch zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Die herrschende Politik jedoch nutzt die europäische Integration nicht für Alternativen zur wirtschaftsliberalen Globalisierung, sondern als deren Vehikel und Beschleuniger.

3. Eine dem Frieden verpflichtete Europäische Union, eine politische Union, die ein Platz für den europäischen Kampf der Linken für soziale, demokratische und ökologische Alternativen ist, und ein offenes Europa menschlichen und kulturellen Reichtums sind die drei strategischen Möglichkeiten und Herausforderungen einer offensiv proeuropäischen Poli-

tik der Linken. Die Partei der Europäischen Linken hat sich dazu in ihrem Gründungsmanifest ausdrücklich bekannt:

„Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeglicher Form. Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent – neben der traditionellen politischen Ebene der Nationalstaaten, Regionen, Gemeinden und nicht abgeschottet von der internationalen Entwicklung – zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.“

Noch gibt es dafür mehr oder minder starke Anknüpfungspunkte. Trotz der bereits vollzogenen Zerstörung von bedeutungsvollen sozialen und demokratischen Errungenschaften in Deutschland, Österreich, Frankreich und anderen Ländern hat der einflussreiche US-Ökonom Jeremy Rifkin im Grunde Recht, wenn er auf die Journalistenfrage „Wie soll der ‚europäische Traum‘ bezahlt werden? Europa orientiert sich ja am US-Wirtschaftsmodell – etwa bei den Lissabon-Zielen“, antwortet: „Das ist ein Fehler. In Europa höre ich immer wieder: Eine starke Wirtschaft und der Sozialstaat stehen im Widerspruch zueinander. In Statistiken über wachstumsorientierte Wirtschaften führen aber stets die nordeuropäischen Länder. Ihr Geheimnis? Sie haben ihren Sozialstaat reformiert ...“ Noch etwas ist in Rifkins Vergleich zwischen den USA und Europa bedenkenswert: „Ihr diskutiert über Rechte, die wir nicht einmal kennen: Pensionen, Mutterschutz etwa. Menschenrechte und Nachhaltigkeit spielen in politischen Diskursen eine tragende Rolle. Der europäische Traum beruht auf Kooperation. Deshalb passt er auch in die globalisierte Welt – im Gegensatz zum individualistischen amerikanischen Traum.“ (*„Die Presse“, Wien, 20. Juli 2006*)

Man wird Rifkin entgegenhalten, dass die europäische Realität so leider nicht ist, nicht die Realität der europäischen Politik, auch kaum die Realität der vorherrschenden europäischen Diskurse. Das trifft zu, ändert aber nichts daran, dass die Linke in einer sozialen und demokratischen Änderung der europäischen Diskurse und Realitäten einen nachhaltigeren Platz als im alleinigen Widerstand finden könnte. In der erwähnten europäischen Umfrage zeigt sich, dass es dafür durchaus auch eine – wenngleich noch recht abstrakte – Grundlage in den Bevölkerungen gibt. Als besonders zentrale Herausforderungen für die europäische Integration in den kommenden Jahren werden angesehen: Erstens die Modernisierung und Demokratisierung der Gemeinschaft, ihrer Institutionen und Mechanismen und damit im Zusammenhang der Verfassungsprozess; zweitens der Umgang mit Bewerbern um eine EU-Mitgliedschaft sowie Möglichkeiten und Grenzen der Erweiterung und drittens die soziale Dimension Europas, was solche Aspekte wie Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut oder auch die Weiterentwicklung der „Lissabon-Strategie“ einschließt.

4. Die aktuelle Krise der europäischen Integration und Einigung ist ernster und tiefer als ihre zahlreichen Vorgängerinnen. Sie hat ein strukturelles Wesen. Desintegration, Re-



nationalisierung, die Rückentwicklung zu einer bloßen europäischen Freihandelszone sind trotz der weit fortgeschrittenen supranationalen Momente des bisherigen Integrationsprozesses keine Unmöglichkeit mehr. Im Gegenteil: Das vorherrschende Weiter-So wird mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit und Zwangsläufigkeit eben dazu führen. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus, einer der prominentesten konservativ-liberalen Kritiker der EU, hat dieser Möglichkeit als einem wünschenswerten Ziel deutlichen Ausdruck gegeben: „Ich bin überzeugt, dass es das Gebot der Stunde ist, die Zukunft der europäischen Integration auf eine grundlegend andere Art und Weise zu entwerfen, als dies bisher getan wurde. Wir sollten die Organisation Europäischer Staaten (OES) gründen, deren Mitglieder die einzelnen Staaten sind – nicht die Bürger dieser Staaten direkt, wie es in der europäischen Verfassung vorgeschlagen wird ... Die Mitgliedschaft in der OES darf ... nur durch einen gemeinsamen Glauben an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten (motiviert sein), in einigen Bereichen zusammenzuarbeiten, dies in gemeinsamem Interesse und zum gegenseitigen Vorteil. Der Mechanismus der Entscheidungsfindung muss einstimmig sein, zumindest in allen wichtigen Bereichen.“ (*Vaclav Klaus: Es ist Zeit, der EU eine solidere Grundlage zu geben; NZZ, 30. August 2005, S. 19*)

5. Die europäische Integration wird aus drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Richtungen bedroht: Zum einen vom fortlebenden und wieder erstarkenden Nationalismus, der insbesondere die aktuellen Europapolitiken Großbritanniens und Polens, aber trotz verbaler Abgrenzung auch das Konzept Vaclav Klaus' bestimmt. Im Nizza-Vertrag von 2000 hat diese Politik einen regierungsoffiziellen Erfolg feiern können. Eines der vor allem von rechtsnationalen Kräften offen erklärten Instrumente ist im übrigen eine prinzipien- und voraussetzungslose geografische Erweiterung der Europäischen Union mit dem Ziel, den inneren Zusammenhalt der EU zu lockern sowie den politischen und supranationalen Charakter der Integration zu blockieren. Zum anderen haben die Regierungen in den geltenden Verträgen ebenso wie im gescheiterten Verfassungsvertrag den realen Widerspruch und die erforderliche Einheit von geografischer Erweiterung und Vertiefung der Integration so sträflich unzureichend beantwortet, dass die Erweiterung bereits zur realen Bedrohung für den Bestand, erst recht für die Vertiefung der Integration geworden ist. Das darf kein Argument gegen weitere Beitritte von Ländern, die es wünschen, sein, zumal Stabilität und Frieden auf dem westlichen Balkan ohne eine solche Perspektive kaum denkbar scheinen. Es ist kontraproduktiv und unnützlich, die Frage nach den geografischen Grenzen der Europäischen Union zu stellen oder weitere Beitritte zu stoppen, es muss endlich die Frage nach der politischen „Finalität“ der europäischen Integration und deren inhaltlichen, vertraglichen und institutionellen Konsequenzen beantwortet werden (auch wenn diese Finalität in einer ferneren Zukunft sich neu darstellen könnte). Das gilt auch und besonders für die Linke. Nur auf diesem Wege werden auch die geografischen Grenzen sichtbar und von den betroffenen Völkern und Staaten selbst bestimmt werden können. Schließlich, und das ist die tatsächlich machtvollste Bedrohung, ist es der seit den achtziger Jahren (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von Maastricht 1992) zur Vertragsgrundlage avancierte neoliberale Markt- und Wett-

bewerbsradikalismus, der die europäische Integration in ihrer Grundsubstanz gefährdet. Von den Regierungen erklärt und sicherlich zum Teil auch beabsichtigt als vertiefte Integration stellt er im Zuge seiner Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000 und dem Verfassungsvertrag in Wirklichkeit die europäische Einigung in Frage. Die Linke lehnt ihn zu Recht als Angriff auf das europäische Sozialmodell (die unterschiedlichen europäischen Sozialmodelle) ab; sie hätte auch Grund, ihn als Bedrohung der europäischen Integration abzulehnen.

6. Das in der Lissabonstrategie konzipierte und in den Verträgen begründete Wettbewerbseuropa bedeutet nicht nur die Zerschlagung sozialer Bindungen in den Gesellschaften, sondern auch ein Europa der „Standort“-Konkurrenz zwischen den Staaten um die profitabelsten Kapitalverwertungsbedingungen durch niedrige Unternehmenssteuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards und den Abbau demokratischer Partizipation. In seinem Kern führt es die europäischen Gesellschaften nicht zusammen, sondern unweigerlich in einen Kapitalkostenwettbewerb gegeneinander. Die damit einhergehende und auch nationalstaatlich sowie von den Unternehmerverbänden vorangetriebene soziale Spaltung, Ausgrenzung und Deklassierung von Millionen Menschen innerhalb der europäischen Staaten wird von der Linken zu Recht skandalisiert, die europäische Seite jedoch vernachlässigt. War das wirtschaftliche Gefälle in der EU 15 (gemessen am Kaufkraftstandard) zwischen den am höchsten (etwa Inner London) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern) 2 zu 1, so hat es sich bereits in der EU 25 auf 10 zu 1 verschärft (Inner London bzw. Lubelskie in Polen). Einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter. (*Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union; Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004; Gerhard Gnauck: Schön, abgelegen, arm; Die Welt, 15. Februar 2005*).

Auch die wirtschaftliche Kluft zwischen den Staaten (BSP je Einwohner) ist ähnlich hoch. Nimmt man einmal Luxemburg aus, dessen Pro-Kopf-BSP um mehr als das Doppelte über dem EU-Durchschnitt liegt, so bleibt zwischen den wirtschaftlich stärksten Staaten (in dieser Reihenfolge: Irland, Dänemark, Österreich, Niederlande, Belgien, Schweden, Großbritannien, Finnland, Frankreich und Deutschland) und den wirtschaftlich schwächsten Ländern (Lettland, Rumänien, Bulgarien) ebenfalls ein Gefälle von 5 zu 1. Die europäische Kohäsionspolitik ist zwar dem Ziel verpflichtet, diese Unterschiede zu verringern, doch angesichts der wettbewerbsradikalen Lissabonstrategie, des unzureichenden Finanzrahmens der EU und ähnlicher nationaler Politiken, musste der damalige EU-Kommissar Michel Barnier im dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU eingestehen, das sich „die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern“ wird. (Europäische Kommission, Eine Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004) Vor allem die regionale Polarisierung nimmt weiter zu. Die primäre Antwort der EU-Kommission und der Mitgliedsländer ist der Wettbewerb zwischen den Staaten, der Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern (Zypern: 9,7 Prozent; Litauen: 12,8 Prozent, Lettland: 14,4 Prozent; zum Vergleich: EU-Durchschnitt; 23,7 Prozent), der Wettbe-



werb um niedrige Löhne (gesetzlicher Mindestlohn in Lettland: 116 Euro; Bulgarien: 77 Euro; Rumänien: 72 Euro), der Wettbewerb um andere niedrige Kosten für die Unternehmen. Auf diese Weise wird zum einen Europa nicht geeint, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander getrieben, zum anderen Motor für den Sozialabbau innerhalb der Mitgliedsländer: „Die gnadenlose Standortkonkurrenz führt in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften zu einem massiven Druck auf die Löhne, Sozialstandards aber auch Steuersysteme. Zugleich verhindert die permanente Drohung von Standortverlagerung wie auch die in Mittel- und Osteuropa vorhandene Massenarbeitslosigkeit, dass diese Länder ein höheres sozialstaatliches Niveau erreichen.“ (Michael Sommer, DGB-Vorsitzender: *Ein europäischer Sozialvertrag für das 21. Jahrhundert. Sechs Thesen, Berlin, 7. April 2005*)

7. Will die Linke der Zerstörung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in den Nationalstaaten wirkungsvoll entgegen treten, so muss sie zugleich für soziale Kohäsion und Solidarität in der EU eintreten, für eine europäische Binnenmarktpolitik, für die Reform des Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Novellierung des EZB-Statuts und die Veränderung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, für einen entscheidenden europäischen Beitrag zur Reregulierung des Weltfinanzsystems sowie für europäische Standards bei Unternehmenssteuern, Löhnen, Sozialleistungen gewerkschaftlichen Rechten. Die Vorstellungen des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors über eine europäische Wirtschaftsregierung und Sozialunion müssen in die gesellschaftliche Debatte zurückgeholt werden. Der Streit für eine soziale Alternative und für ein vereintes Europa ist in dieser Hinsicht untrennbar miteinander verknüpft.

Die tiefe Krise der europäischen Integration ist zugleich die Chance ihrer grundlegenden Erneuerung. Letzten Endes ist die weitere europäische Integration nur noch denkbar, wenn sie zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion geführt wird. Den Binnenmarkt könne man nicht lieben, meinte Jacques Delors, Europa als Sozialunion jedoch wäre das Projekt, das die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Integration zurückgewinnen könnten. Konkreteste und praktische Anstrengungen, den vorherrschenden Neoliberalismus auch im Einzelnen zu begrenzen, zurückzudrängen und zu überwinden, gehören ebenso dazu wie grundsätzliche Alternativen europäischer Politik und Integration, ihre vertraglichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen eingeschlossen. Wer das jedoch will, kann sich nicht mit linker „Konzeptemacherei“ (Rosa Luxemburg) und – notwendigen – Visionen begnügen, sondern muss zum langfristigen erfolgreichen intellektuellen, politisch-praktischen und organisatorischen Ringen, zu Politik (als Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft) um ein neues geistiges und politisches Klima in Europa, einen anti-wirtschaftsliberalen, einen europäischen Sozialstaatskonsens bereit und fähig sein, zum Ziel ebenso wie zum leider müheseligen Weg. Dazu gehört auch, dass gerade eine europäische Verfassung nicht auf Maximalforderungen begründet werden kann, sondern eines europäischen historischen Kompromisses bedarf.

8. Das französische und holländische Nein zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union haben die Krise der europäischen Integration nicht ausgelöst, sondern endgültig

kenntlich gemacht. Nach „Eurobarometer“ liegt die Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft in den Bevölkerungen nur noch bei 55 Prozent. Die Abstinenz bei den Europawahlen, das Desinteresse, die Vorbehalte und die Unkenntnis sind groß, nationalistische Einstellungen nehmen in den meisten EU-Ländern zu. Die politischen und sozialen Konsequenzen der Erweiterung von 2004 sind nicht bewältigt. Die Lissabon-Strategie, die aus der EU bis 2010 die „dynamischste“ Wirtschaftsregion der Welt machen sollte, ist in dieser Hinsicht gescheitert und wird dagegen vor allem als wirksames Vehikel zur Zerstörung der europäischen Sozialstaatsmodelle genutzt. Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ wird in jedem Dokument und jeder Rede feierlich beschworen und in wirkungsvolle Schritte zur Militarisierung der internationalen Politik der EU umgesetzt, von der Bereitschaft und Fähigkeit zu einer gemeinsamen Außenpolitik sind die Regierungen jedoch in fast allen entscheidenden Fragen weit entfernt. Der Europäischen Union ist die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entwicklung, Politik und Perspektive abhanden gekommen. Die europäische Integration als ein Friedensprojekt bleibt ein unaufgebbares und aktuelles Element ihrer Wiedergewinnung. Aber nur das Ziel einer europäischen Sozialunion könnte eine grundlegende und nachhaltige Neuentifizierung bewirken. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in seinem von der Öffentlichkeit und auch von der Linken ignorierten Diskussionsbeitrag vom 25. November 2006 „Das Europäische Sozialmodell – Richtschnur für Reformen“ nachdrücklich gefordert: „Die Europäische Union braucht eine kräftige Bestätigung ihrer sozialen Dimension, um das Vertrauen der Menschen in den Sinn und die Leistungsfähigkeit sowie insbesondere auch in die soziale Schutzfunktion, die ihr – unabhängig von der Kompetenzfrage – zugesprochen wird, zurückzugewinnen. Hierzu gehört auch, dass die Europäische Union ... ökologischen Fragen einen hohen Stellenwert einräumt. Nur so lässt sich die politische Union auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung vollenden.“ Die Linke kann über diese Forderungen mit konkreter Kompetenz hinausgehen. Dahinter zurückbleiben kann sie nicht.

9. Die Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrages durch die Linke ist meiner Meinung nach berechtigt und gut begründet. Für mich ist aber auch unbestreitbar, dass die Europäische Union eine Verfassung braucht. Ein „Grundgesetz“, das in der Tradition der amerikanischen Konstitution von 1787 – der ältesten noch gültigen schriftlichen Verfassung der Welt – und der Verfassung der Französischen Revolution steht. Weitreichende Souveränitäts- und andere Rechte sind an die EU abgegeben worden, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger einklagbare individuelle Rechte gegenüber den EU-Institutionen und wirkungsvolle demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten. Eine Reform der Regierungsverträge reicht daher nicht aus. Die Europäische Union muss sich tatsächlich, wie im Verfassungsvertrag behauptet, aber nicht realisiert, vom Willen und von den Rechten der Bürgerinnen und Bürger herleiten. Achtzig Prozent der Entscheidungen des Deutschen Bundestages und 60 Prozent der Entscheidungen in deutschen Gemeinderäten beruhen auf Brüsseler Verträgen und Richtlinien oder werden entscheidend von ihnen beeinflusst. Ohne Verfassung drohen Europa Desintegration und anarchische Renationalisierung. Es darf aber nicht allein darum gehen, die Schwächen des



Nizza-Vertrags auszumerzen. Eine europäische Verfassung muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso sichern wie eine durchgreifende Demokratisierung der EU. Sie muss die Grundlage bilden, auf der Europa eine friedlichere, sozialere und umweltgerechtere Weltpolitik unterstützen kann. Die Vielfalt der Nationen und Kulturen, der politischen Erfahrungen und religiösen Anschauungen, nicht zuletzt auch der Verfassungstraditionen selbst müssen sich in einer europäischen Verfassung widerspiegeln. Und sie muss der Integration eine nachhaltige, erneuerte Identität und Faszination verleihen und dazu beitragen, die wachsende Kluft zwischen „europäischen Bürgern“ und europäischer Politik zu überwinden. Dazu wäre im übrigen auch nur ein wesentlich kürzerer, sprachlich verständlicher und vom Ballast verfassungsfremder (und in demokratischer Hinsicht verfassungsfeindlicher) Elemente befreiter Verfassungsvertrag geeignet. Für die Festlegung einer Wirtschaftsordnung („offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ im Teil III), die Aufrüstungsverpflichtung der Staaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Teil I), die Beschränkung der Geldpolitik allein auf Preisstabilität (Teil III) oder die Aufnahme des Maastrichter Monetarismus in die Protokolle des Verfassungsvertrages findet sich in keiner demokratischen Verfassung auf der Welt ein Pendant. Sie sind unvereinbar mit allen geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsordnungen der Mitgliedsländer, stehen im krassen Widerspruch zu den im Artikel 1–3 und in der Grundrechtecharta formulierten Zielen der EU und verstoßen eindeutig gegen das in Artikel 1–10 formulierte aktive und passive demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger, weil sie unabhängig vom Wählerwillen die Politik einseitig wirtschaftsliberal, monetaristisch und militärisch festlegen. Die linke Kritik ist daher nicht ein Beharren auf einer „linken“, sondern auf einer demokratischen Verfassung. Die Teile I und II (Grundrechtecharta) des Verfassungsvertrages bieten bei allen Schwächen, um deren Beseitigung zu kämpfen wäre, die Grundsatzsubstantz einer möglichen und notwendigen europäischen Verfassung, wie es am 21. Januar 2007 auch vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD – Polen) vorgeschlagen worden ist: Der vorliegende Wortlaut des Verfassungsvertrages muss vereinfacht und gekürzt werden. Die wichtigsten Teile (I und II), welche die Ziele, die Zuständigkeiten und deren Wahrnehmung, die Institutionen, die Regeln des Beitritts und die Grundrechtecharta der Union umfassen, sollten erhalten bleiben. Alle anderen Fragen können politisch und rechtlich in Regierungsverträgen geregelt werden.

10. Für die Perspektive der europäischen Integration aus linker Sicht bleibt die soziale Verpflichtung der Europäischen Union jedoch ein Schlüsselproblem. Die hierzu in den „Zielen der Union“ (Artikel 1–3) formulierten Grundsätze sind unzureichend, auch wenn sich ausdrücklich die Union verpflichtet: „Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Es ist vor allem die Orientierung auf „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“, die das soziale Defizit der Union offenbart, auch wenn sich

der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ erstmalig in einem Vertrag der Europäischen Union findet. Abgesehen von seiner grundlegenden Aufweichung durch den zitierten Zusatz ist die soziale Marktwirtschaft für die erforderliche Entwicklung der Europäischen Union zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion völlig unzureichend. Sie wäre allerdings ohnehin eher eine politische, nicht eine verfassungsrechtliche Entscheidung. Ihr Wesen ginge weit über die Vorstellungen einer sozialen Orientierung und politischen Korrektur des Marktes hinaus und würde die grundlegende Abkehr von der Lissabon-Strategie und eine sozialstaatliche Politik der Europäischen Union, mindestens im Sinne der früheren Vorschläge Jacques Delors' bedeuten. Offiziell betont die Lissabonner Strategie die Verbindung von Wachstum und Beschäftigung mit dem sozialen Zusammenhalt. Die geforderten und gegenwärtig in der gesamten EU umgesetzten „Sozialreformen“ zielen jedoch darauf ab, den Sozialstaat nach dem Prinzip der „individuellen Eigenverantwortung“ umzugestalten. Das heißt beispielsweise in der Alterssicherung die Beschränkung der öffentlichen Rentensysteme auf eine alles andere als armutsfeste Basissicherung, zumal die prioritäre Orientierung auf kapitalgedeckte private und betriebliche Altersvorsorge vor allem der Schaffung eines europäischen Finanzmarktes dienen soll. Im Gesundheitswesen wird auf die Versorgung lediglich mit „medizinisch notwendigen“ Pflichtleistungen sowie erhöhte Zuzahlungen orientiert. Trotzdem noch auf dem Frühjahrsgipfel 2006 die Strategie bekräftigt wurde, sind zudem die beschäftigungspolitischen Ziele in der Realität weitgehend aufgegeben worden. Insgesamt ist bei den „Reformen“ im Sozialbereich keine Umstellung auf dauerhaft tragfähige Systeme erkennbar, sondern der europaweite Rückzug des Staates aus der kollektiven Fürsorge. Was viele nationale Regierungen in dieser Offenheit nicht wagen – auf europäischer Ebene wurde im Kern das US-amerikanische Sozialsystem zum Leitbild und mit dem Vehikel der EU-Politik auch in die Nationalstaaten durchgedrückt: Denunzierung des Sozialstaats als Wirtschafts- und Wettbewerbshindernis, Privatisierung und Kapitalmarktorientierung der sozialen Vorsorge, Deregulierung der Arbeitsmärkte. In einem entscheidenden Punkt jedoch unterscheidet man sich von den USA: Während Washington seine Finanz- und Wirtschaftspolitik am eigenen Binnenmarkt orientiert, setzen die EU-Kommission und die europäischen Regierungen auf den globalisierten und marktliberalen Weltmarkt und den Kostenwettbewerb der Mitgliedsländer gegeneinander statt auf die Nutzung und Entwicklung des großen europäischen Binnenmarktes, der europäischen Binnenmarktnachfrage und einer gemeinsamen solidarischen Wirtschafts-, Sozial- und Kohäsionspolitik.

11. Das bisherige europäische Sozialmodell mit einen sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen (*siehe: André Brie: Europäische Sozialpolitik: Der Abriss des Sozialstaats. Geschichtliche Wurzeln und Verläufe. Aktuelle Entwicklung. Im Anhang: Acht Thesen zu einer Alternative aus linker Sicht; www.andrebrie.de*) muss eine wahrhaft europäische Ergänzung erhalten und zu einer europäischen Sozialstaatspolitik weiterentwickelt werden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in durchaus mahnender Sicht auf die aktuelle Politik das europäische Sozialmodell als eines beschrieben, dem „ein Menschenbild zugrunde (liegt), das allen Menschen die gleiche Würde und die gleichen unveräu-



berlichen Rechte zuerkennt. Der Einzelne in seiner personalen Würde ist Ziel und Träger der gesellschaftlichen Prozesse. Die Freiheits- und Bürgerrechte, die aus diesem Menschenbild folgen, bedürfen notwendigerweise der Ergänzung durch Sozialrechte. denn Freiheit besteht nur dort, wo sie tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Sozialrechte sollen dies ermöglichen. Ihrer inneren Logik nach zielen sie auf Teilhabe aller am politischen und gesellschaftlichen Leben.“ Die sozialpolitische Realität in den europäischen Staaten und in der Union ist jedoch eine gänzlich andere: Sozialpolitik ist bestenfalls nachsorgende Korrektur und sekundäre Ergänzung kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Das ist auch das Wesen der „sozialen Marktwirtschaft“. Der Sozialstaat bedeutete dagegen nicht nur die Gleichwertigkeit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern ein prinzipiell anderes Herangehen: Mit seiner gesamten Politik, einschließlich der Wirtschafts- und Währungspolitik, würden der Staat und die Europäische Union auf (eine neue, zeitgemäße und nachhaltige) Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit und Sicherheit sowie eine solidarische Entwicklung der Europäischen Union verpflichtet. Letzten Endes wäre damit auch eine wesentlich stärkere binnenmarktorientierte Entwicklung der EU verlangt, die wirtschaftspolitisch bei weitem aussichtsreicher als die Lissabonstrategie wäre.

12. Damit schließt sich – für mich – der Kreis: Wer in Deutschland oder Frankreich um die Neugewinnung des Sozialstaats kämpft, muss die europäische Integration als entscheidenden Raum dieses Kampfes berücksichtigen und annehmen. Wer das Projekt der europäischen Integration nicht aufgeben will, muss und kann es nur in der Perspektive einer europäischen Sozialunion finden. Ohne eine grundlegend veränderte europäische Wirtschaftspolitik statt der „New Economy“ des Lissabon-Prozesses wird das nicht erreichbar sein. Demokratisierung der Europäischen Union (auf die ich hier nicht eingehen kann), sozialer Zusammenhalt, soziale Sicherheit und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele und ihr integraler Bestandteil zugleich sein. Die Grundzüge des dafür erforderlichen policy mix sind offenkundig:

- eine wirtschaftspolitische Kooperation zwischen der Europäischen Zentralbank, der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten und der Lohnpolitik,
- eine entspanntere Geldpolitik,
- eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik,
- eine binnenwirtschaftsorientierte Strategie für Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Strukturereformen, die auf „eine weitgehende Dematerialisierung der europäischen Wirtschaft“ gerichtet wären (*Klaus Dräger: Visionen für ein neues Sozialsystem: Hat die Linke ein Projekt für Europa? Unveröffentlichtes Manuskript*),
- eine Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen, Forschung und Bildung sowie die Entwicklung der Humanressourcen stärkt,
- eine konsequente Gleichstellungspolitik, die reale Verpflichtung der EU auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die unter anderem durch die Aufnahme der Arbeitslosenrate (mehr als 10%) in die Kriterien für die höchste Stufe der EU-Förderpolitik unterstützt werden kann,

→ eine Sozialunion mit europäischen Mindeststandards für soziale Leistungen, Löhne und Unternehmenssteuern, die schrittweise in „Sozialpolitik-Korridoren“ (*vgl.: Klaus Busch: Das Korridormodell – ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, International politics and Society, 2/1998*) nach oben angenähert werden sowie „quantitative und qualitative Vorgaben z. B. zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer armutsfesten sozialen Grundsicherung ..., die zu einer EU-Mindestnorm für Mindestlöhne (z. B. 65 % des nationalen Durchschnittslohns), zur Überwindung der Wohnungslosigkeit oder des Analphabetentums vereinbart werden.“ (Klaus Dräger)

13. Im Dezember 2001 setzten die Staats- und Regierungschefs der EU den Konvent zur Ausarbeitung der Verfassung mit der Erklärung ein: „Kurz, der Bürger verlangt ein klares, transparentes, wirksames, demokratisch bestimmtes gemeinschaftliches Konzept – ein Konzept, das Europa zu einem Leuchtturm werden lässt, das für die Zukunft der Welt richtungweisend sein kann, ein Konzept, das konkrete Ergebnisse zeitigt, in Gestalt von mehr Arbeitsplätzen, mehr Lebensqualität, weniger Kriminalität, eines leistungsfähigeren Bildungssystems und einer besseren Gesundheitsfürsorge. Es steht außer Frage, dass Europa sich dazu regenerieren und reformieren muss.“

Na also, sie wissen es doch eigentlich. Als Hochschullehrer hätte ich meinen Studenten unter eine entsprechende Arbeit geschrieben: „Versuch es noch einmal.“

Beitrag von Wolfgang Gehrcke, MdB

Die Auseinandersetzung mit der EU-Politik begegnet uns in zweifacher Hinsicht. Zum einen in der Gestalt der realen Europäischen Union mit all ihren Widersprüchen, Fortschritten und sozialen sowie politischen Verwerfungen. Zum anderen in Gestalt des Mythos Europa. Beides wirkt auf das Denken der Menschen ein, wenngleich in unterschiedlichen Formen. Im Laufe unserer Konferenz wurde häufiger Heinrich Heine bemüht. Ich will meinerseits einen Gedanken von Karl Marx zitieren, nämlich dass alle Kämpfe zweimal stattfinden – einmal in der Realität und zum anderen in der ideologischen Reflexion. Welche Formen die Kämpfe in den Köpfen der Menschen annehmen, ist oftmals nicht von der Realität der Kämpfe, sondern von der ideologischen Reflexion, also von den Mythen, abhängig. Lasst mich deshalb auf zumindest drei Mythen aufmerksam machen, die eine Auseinandersetzung lohnen. Wenigstens sollte die Linke nicht selbst auch noch auf diese Mythen hereinfließen bzw. sie weiter verbreiten:

Die Bertelsmann-Stiftung, der europaweite Braintrust der Neoliberalen, bemüht sich seit dem Scheitern des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden, den Mythos zu verbreiten, es sei gar nicht der gesamte Verfassungsvertrag abgelehnt worden, sondern nur sein Teil III. Unabhängig davon, dass keiner genau weiß, was für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und den Niederlanden der ausschlaggebende Punkt für ihre Ablehnung war,



bleibt Tatsache, dass in den Volksabstimmungen der gesamte Verfassungsvertrag abgelehnt wurde. Die Bertelsmann-Stiftung setzt nicht ohne Grund diesen Mythos in die Welt, sondern verbindet dies mit dem Vorschlag, eine „abgespeckte“ Variante des Vertrages, praktisch die Teile I und II, erneut vorzulegen. Aber auch in den Teilen I und II finden alle Punkte, die die Linke besonders kritisiert hat, ihre entsprechende Ausprägung. Ich befürchte, wenn die Linke sich auf diese Bertelsmann-Initiative einlässt, dass wir dann unser „Spielfeld“ einer prinzipiellen Kritik und grundsätzlicher Alternativen verlassen und auf dem „Spielfeld“ der Anderen von punktuellen Verbesserungen am vorliegenden Vertrag aufgesogen werden. Verschiedene Kolleginnen und Kollegen hatten ja bereits darauf aufmerksam gemacht, dass wir uns bei aller Freude über das französische und niederländische Ergebnis noch immer in der Defensive befinden.

Gezielt wird der Mythos verbreitet, die Europäische Union wäre Ausgangspunkt und Garant dafür, dass Europa in einer langen Phase gesicherten Friedens und stabiler Verhältnisse leben konnte. Dieses Argument findet sich in verschiedenen Varianten in allen Lobreden auf die EU wieder und wirkt auch auf die Linke ein. Setzt man sich aber näher mit diesem Bild auseinander, hält es einer kritischen Betrachtung nicht stand. Die Abwesenheit von Krieg in Europa, und das bedeutet noch lange keinen tatsächlichen Friedenszustand, war nur teilweise auf die Europäische Union, sondern zu größeren Teilen auf die Existenz zweier Blöcke in Europa zurückzuführen. Der extrem gefährliche Zustand des „Gleichgewichts des Schreckens“ hatte auch eine disziplinierende und begrenzt zivilisierende Wirkung. Kaum war dieser Zustand aufgehoben, ist auch der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Schlimmer noch: „Europa“ führte in Jugoslawien selbst Krieg. Nicht unerwähnt bleiben darf die Verwicklung mehrerer EU-Mitgliedstaaten in koloniale Kriege, denken wir nur an Frankreich mit seinen Kriegen in Algerien und Vietnam, an Belgien im Kongo und Großbritannien mit seiner Verwicklung in den Falklandkrieg. Nicht außer Acht lassen können wir ebenso die europaweite Hochrüstung.

Es ist ein Mythos, die Römischen Verträge ausschließlich als einen Akt der zivilen Vereinigung Europas und des Niederreißens von Grenzen in Europa darzustellen. Die Römischen Verträge hatten auch ihre Begründung darin, die Bundesrepublik Deutschland „westlich“ einzubinden, ihr nach 1945 einen Zugang zu den westlichen Nachbarstaaten, vor allen Dingen zu Frankreich, zu ermöglichen und den entwickelten Produktivkräften einen größeren Markt zu öffnen. Den Römischen Verträgen vorweg gegangen war der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu etablieren. Dieser Versuch scheiterte am 10. August 1954 an der französischen Nationalversammlung. Wer also über die Römischen Verträge redet, sollte nicht über die EVG schweigen.

Die Europäische Union, gegründet als zivile Organisation, hat sich in einem sehr raschen Tempo in Richtung eines imperialen Blockes fehl entwickelt. Immer stärker werden europäische Truppen in den Konflikten der Welt eingesetzt. In der EU sind Gremien geschaffen worden, die die militärische Kooperation organisieren und in die das Europaparlament weder Einblick hat noch irgendwelchen Einfluss ausüben kann. Zu nennen ist der Gemeinsame Generalstab, die Battle-Groups und ihre Kommandoeinrichtungen sowie vor allem das „PSK“. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich das „Politische

und Sicherheitspolitische Komitee“. Es setzt sich zusammen aus den politischen Direktoren der Außenministerien der Mitgliedstaaten und seine Aufgaben sind

- die Beobachtung der internationalen Lage im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP),
- Beiträge zur Festlegung der Politiken und
- die Überwachung der Entscheidungen und Beschlüsse des Rates.

Unter Aufsicht des Rates gewährleistet das PSK die politische Kontrolle und die strategische Leitung von Krisenmanagement-Aktionen. So kann es vom Rat ermächtigt werden, im konkreten Krisenfall Beschlüsse zu fassen. Unterstützt wird es dabei von einer Arbeitsgruppe „politisch-militärische Angelegenheiten“, von einem Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung sowie vom Militärausschuss (EUMC) und vom Militärstab (EUMS). (Siehe *Europa-Glossar auf www.europa.eu*)

Die politischen Direktoren und Botschafter dieses Komitees sind, soweit die von ihnen vertretenen Staaten NATO-Mitglieder sind, auf das Engste mit den jeweiligen Botschaftern in der NATO verbunden. Auf der Ebene der EU ist ein Militär-Industrieller Komplex entstanden. Auch wenn die europäische Rüstungsagentur, die im Verfassungsvertrag vorgesehen war, formal nicht zustande kam, ist die europäische Rüstung doch eng verzahnt, EADS ist nur ein Beispiel. Europa, ohne Russland, liegt mittlerweile an der Spitze der weltweiten Rüstungsexporteure. Die EU hat imperiale Ziele – in vielen Bereichen noch widersprüchlich, so auch in der Nachbarschaftspolitik, aber dennoch deutlich erkennbar.

Mit der Europäischen Union und ihren starken ökonomischen Potenzialen ist eines der stärksten Militärbündnisse der Welt entstanden. Diese Schritte der EU sind von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern nicht tatsächlich wahrgenommen worden. Der militärische Arm der EU ist eng verzahnt mit der NATO. Das schließt Differenzen durchaus ein. Auch einige Linke glaubten, dass mit den europäischen Militärstrukturen die NATO aus Europa heraus gedrängt werden würde. Im Gegenteil: Die NATO steht heute an den Grenzen Russlands und hat am europäischen Tisch Platz genommen.

Ein Vergleich der Politik der EU und der USA, eine Analyse von Übereinstimmung und Differenzen, ist für die Linke notwendig. Ein prinzipieller Unterschied ist mir besonders wichtig: Einzig die Vereinigten Staaten von Amerika sind ökonomisch und militärisch in der Lage, Kriege von weltweiter Bedeutung zu führen. Und: Sie waren und sind skrupellos genug, es auch zu tun. Den qualitativen und quantitativen Unterschied sollte die Linke nicht übersehen.

Offensichtlich ist die Weltherrschaftspolitik der USA und ihres Präsidenten Bush in die Krise geraten. Die USA sind immer noch in der Lage, der Welt Kriege aufzuzwingen und diese scheinbar militärisch zu gewinnen, aber sie sind nicht mehr in der Lage, unilateral mit den Folgen dieser Kriege fertig zu werden. Afghanistan und der Irak sind dafür beredte Beispiele. In den Vereinten Nationen haben sich die USA mehr und mehr isoliert. Während in Ost- und Mitteleuropa die Politik der Bush-Administration noch immer deutliche Unterstützung findet, sind in Westeuropa und Skandinavien Distanzen zu den USA unübersehbar. Auch die deutsche Politik folgt nicht mehr uneingeschränkt und vorbehaltlos den USA, wird sich aber ähnlich wie Großbritannien im Zweifelsfall immer noch auf die Seite der USA schlagen.



Neue Kräftekonstellationen wie China, Russland, Indien, Brasilien und andere gewinnen an Dynamik. In der US-amerikanischen Innenpolitik wächst der Widerstand gegen den Kriegskurs der Bush-Administration. In Lateinamerika, das die USA immer als ihren Hinterhof reklamiert haben, gibt es einen deutlichen Schwenk nach links. Bei den Menschen in vielen Teilen der Welt, bei sozialen, friedenspolitischen und globalisierungskritischen Bewegungen stoßen die Politik und der Machtanspruch der USA auf Abscheu und Widerstand.

Nach der Implosion des real existierenden Sozialismus in Europa konnte keine „Friedensdividende“ eingebracht werden, sondern mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien kehrte der Krieg nach Europa zurück. Der Paradigmenwechsel deutscher Außenpolitik ist unter Rot-Grün eingeleitet worden und wird unter Schwarz-Rot fortgesetzt. Offen werden neue Grundlagen deutscher und europäischer „Verteidigungspolitik“ formuliert: Rohstoffsicherheit, wirtschaftliche Interessen, Sicherung der Handelswege und vieles mehr. Dies alles dient nunmehr zur Begründung deutscher Militäreinsätze. Der Ex-Verteidigungsminister Struck hat das auf den Begriff gebracht: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Die Kriege gegen Afghanistan und den Irak, einmal mit direkter und einmal mit indirekter deutscher Beteiligung, haben die Welt auseinander gerissen. Jede und jeder, die und der sehen will, kann erkennen, dass diese Kriege militärisch nicht zu gewinnen sind, aber die Opfer unter der Zivilbevölkerung immer größer werden, das internationale Rechtssystem immer mehr zerstört wird und in allen Teilen der Welt Aufrüstung um sich greift. Die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, auch von atomaren Waffen, ist größer geworden. Auch das ist eine der Folgen des „Krieges gegen den Terror“ und der Unwilligkeit der Atommächte zur Abrüstung. Es schien so, als ob die Kriege um die Neuaufteilung der Welt von Europa weiter gezogen sind – in den Nahen und Mittleren Osten und nach Zentralasien.

Der Augenschein täuscht jedoch. Auch in Europa gibt es eingefrorene und ungelöste Konflikte, die den Keim neuer Gewalt in sich tragen. Der Ahtisaari-Vorschlag für den Kosovo ist zumindest für Serbien unakzeptabel und wird auch von Russland in dieser Form nicht geteilt. Mich erfüllt es mit Sorge und Misstrauen, wenn der EU-Außenbeauftragte Javier Solana auf der Konferenz der EU-Verteidigungsminister ein neues Kapitel-VII-Mandat für den Kosovo fordert und von den Europäern erwartet, „im Kosovo ihre bislang größte Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu starten“. Gegen die zunehmende Tendenz, militärische und ökonomische Gewalt an Stelle von Verhandlungen zu setzen, hat sich Russlands Präsident Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich ausgesprochen: „Heute beobachten wir eine fast durch nichts gezügelte und übertriebene Anwendung von militärischer Gewalt in den internationalen Angelegenheiten. Einer Gewalt, die die Welt in die Tiefen unablässiger Konflikte stößt. Auf diese Weise reichen die Kräfte nicht für eine umfassende Lösung zumindest eines einzelnen davon. Auch ihre politische Lösung wird unmöglich.“

Die Vereinbarungen zwischen den USA einerseits und Polen und Tschechien andererseits zur Installation eines Raketenabwehrsystems sind geeignet, ein neues Wettrüsten in Europa auszulösen. Ein Grundgedanke der Friedensbewegung aus den 70er Jahren verdient es, wieder aufgegriffen zu

werden: Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit miteinander und nicht gegeneinander sein. Die Linke muss sich wieder bewusst machen, dass Europa mehr ist als die EU. In diesem Sinne lässt sich vielleicht eine Position der Linken auf den Begriff verdichten: Europafreundlich, aber EU-kritisch.

Aus meiner Sicht ergeben sich für die Linke daraus drei strategische Eckpunkte:

Die europäische Linke muss ihre Kraft darauf konzentrieren, dass sich Europa von der Weltherrschaftspolitik der USA abkoppelt und einen anderen Weg geht. Die Forderung, die US-Stützpunkte in Europa zu schließen, die US-Atomwaffen abzuziehen und den jeweiligen Luftraum wieder nationaler Kontrolle zu unterstellen, – „Ami go home!“ – ist politisch richtig und findet Beifall in der Bevölkerung.

Der Kampf um ein anderes Europa hat nur dann einen Sinn, wenn er sich mit Vorschlägen für eine andere Politik verbindet. Die Alternative zu einer unipolaren Welt ist nicht eine bipolare, sondern eine Welt mit einer Vielfalt von Akteuren, gleichberechtigten Staaten, Völkern und Bewegungen. Wird die EU zu einer „USA light“, haben wir nichts gewonnen und die imperialen Ansprüche Europas sind nicht das Feld, auf dem wir uns bewegen sollten. Unsere Europa-Konzeption muss also beinhalten, dass Europa sozialer, demokratischer, toleranter und ziviler sein soll als die USA. Das macht einen Bruch der Linken mit der neoliberalen Politik unverzichtbar. Unser Kampf für ein anderes Europa und die Notwendigkeit, sich von den USA abzukoppeln, sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat dazu beigetragen, Auslandseinsätze der Bundeswehr einer kritischen Auseinandersetzung zu unterziehen. Grundsätzlich sind 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, von den Wählerinnen und Wählern der Linken 59,9 Prozent; 69 Prozent der Bevölkerung halten es für geboten, dass sich die „Bundeswehr von der einen oder anderen Mission zurück zieht“ (Infratest dimap, November 2006). Das konsequente Nein zu völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist zu einem wichtigen Teil der Identität, der Ausstrahlung der neuen Linken und zu einem wichtigen Motiv, uns zu wählen, geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung gegen Auslandseinsätze ist jedoch keine Konstante, auf die wir bauen können. Sie zu halten und von ihrer Rationalität zu überzeugen, das kann und muss ausgebaut werden.

Für eine solche Politik sehe ich in den parlamentarischen und außerparlamentarischen Räumen Partnerinnen und Partner, weit über das klassische Milieu und über bisherige Grenzen linker Bündnispolitik hinaus. Jeder Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses werden Veränderungen in der Alltagskultur, im Denken und Handeln der Menschen vorausgehen. Nicht ein Krieg der Kulturen, nicht ein neues Wettrüsten, sondern auch eine andere Kultur der Linken macht ein anderes Europa, eine andere Welt möglich.



Beitrag von Patrizia Sentinelli

Patrizia Sentinelli ist Stellvertretende Außenministerin Italiens

Wenn ein Europa des Friedens über die Supermacht Europa die Oberhand gewinnen soll, müssen wir für ein politisches Europa arbeiten. Dabei gibt es einige Startschwierigkeiten.

Wir wollen ein Europa, das in der internationalen Gemeinschaft eine aktive und dynamische Rolle spielt. Dafür brauchen wir jedoch eine europäische Linke, die in der Lage ist, die Realität zu beeinflussen und ihr den Stempel aufzudrücken.

Ein politisches Europa muss sich auf eine Demokratie gründen, in der die Teilhabe der Bürger bei der Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages eine wichtige Rolle spielt. Europa wird nie an Ansehen gewinnen, wenn die Bürger der Mitgliedstaaten außen vor bleiben. Blankoschecks für Regierungen darf es nicht geben. Vertretungsorgane sind vorhanden – die Parlamente. Daher müssen Parlamentarier und Bürger in der neuen Phase die Hauptakteure sein. Das Modell, das sich vorrangig auf die Zusammenarbeit der Regierungen gründet, ist zu überwinden.

Ein politisches Europa muss sich auch auf soziale und ökologische Rechte gründen.

Wenn wir ein Europa des Friedens errichten wollen, dann müssen die neoliberalen Parameter in Frage gestellt werden, denn sie führen zu Prekarität, zur Privatisierung der sozialen Daseinsfürsorge, gemeinschaftlicher Güter (wie dem Recht auf sauberes Wasser), der politischen Institutionen, ja, des gesamten Lebens.

Ein politisches Europa muss also ein soziales Europa sein, das sich für den verstärkten Schutz der Umwelt einsetzt.

Frieden ist nicht nur Abwesenheit von Krieg. Er ist ein täglich praktiziertes positives Verhältnis zwischen den Völkern, aber auch zwischen ihnen und der Umwelt. In dessen Mittelpunkt stehen die Rechte der Menschheit, nicht einzelner Menschen.

Die Vision von einem politischen Europa muss multilateral und multipolar sein. Die unilaterale Politik der Bush-Administration steckt heute in einer tiefen Krise, aber sie wird fortgesetzt und verstärkt den permanenten Krieg. Mit einer selbstständigen Politik kann Europa ihr wirksam entgegen treten, so wie es im Zusammenhang mit der Mission von Unifil in Libanon geschehen ist. Damit wurde eine neue Etappe eingeleitet.

In Italien hat Rifondazione Comunista hart für dieses Ziel gearbeitet und es schließlich auch erreicht.

Wenn wir das Modell eines monetären Europas überwinden wollen, können Fortschritte bei der Integration Europas von Nutzen sein. Ein Europa, in dem eine Linke, die eng mit den sozialen Bewegungen zusammenwirkt, etwas zählt. Ein erweitertes Europa.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Beitritt der Türkei positiv, der zur Lösung der Kurdenfrage beitragen könnte.

Eine Grundfrage für das politische Europa, das sich für einen dauerhaften Frieden einsetzt, ist die Lösung der historisch entstandenen Nahostfrage. Eine Zweistaatenlösung verbunden mit gegenseitiger Anerkennung wird nur möglich sein, wenn Europa eine selbstständige Außenpolitik verfolgt, die sich nicht dem Spiel mit dem permanenten Krieg unterordnet. Gleiches trifft auf die Somalia-Frage zu.

Das Zusammenwirken mit den sozialen Bewegungen hat grundsätzliche Bedeutung. Seit dem Anfang des neuen Jahrhunderts haben sie sich zu umfassenden, global aktiven Subjekten entwickelt. Es sind Bewegungen für den Frieden und für das Recht auf eine mögliche andere Welt. Ohne starke Verbindungen zu den sozialen Bewegungen verliert das Streben nach einem politischen Europa seine Orientierung.

Die Lage in Afghanistan wird immer besorgniserregender. Ein Europa des Friedens kann einen wichtigen Beitrag zur Einberufung einer internationalen Konferenz mit allen Staaten der Region leisten. Warum ist eine solche Konferenz für Italien so wichtig? Weil ein Strategiewechsel in Afghanistan nicht länger aufgeschoben werden darf. Ich muss hier nicht noch einmal betonen, dass wir uns sowohl in den Institutionen als auch bei Demonstrationen stets gegen die Truppenpräsenz in Afghanistan ausgesprochen haben. Aber ich möchte eure Aufmerksamkeit auf neue Elemente einer Konferenz lenken, die der amerikanischen Administration gar nicht passt. Sie könnte neue Bedingungen schaffen, um die militärische Option zu überwinden und eine abgestimmte zivile Zusammenarbeit in Gang zu setzen. Diese könnte das Leben der Bevölkerung verbessern, die zu den ärmsten in der Welt mit einer der höchsten Kindersterblichkeitsraten gehört (25 Prozent der Kinder sterben, bevor sie fünf Jahre alt sind). Zivile Projekte könnten auch die Institutionen, vor allem Legislative und Justiz, stabilisieren. Ein weiterer Aspekt sind die Herstellung von Opium und der Drogenhandel.

Aus all diesen Gründen braucht Europa ein stärkeres politische Subjekt der Linken. Dieses muss im Zusammenwirken mit den sozialen Bewegungen das Fundament für ein anderes Europa legen – auch innerhalb der Institutionen, in unserem Falle in der italienischen Regierung. Dabei habe ich sehr konkrete Prozesse im Auge, so zum Beispiel:

- Bei den EPA-Verhandlungen (EPA – Economic Partnership Agreement, Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der EU sowie den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes ACP – d. Ü.) müssen die Forderungen der Staaten des Südens berücksichtigt werden und die Richtschnur darstellen, um Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, gegen die Interessen der multinationalen Agrarkonzerne vorzugehen, die Biodiversität zu erhalten und lokale Entwicklung zu fördern.
- Bei der Friedenssicherung sind zivile Friedenstruppen zu schaffen, um die Orientierung auf vorwiegend militärische Lösungen zu überwinden.
- Bei der Entwicklungszusammenarbeit sind Selbstverwaltung und das Wachstum der Zivilgesellschaft zu fördern.
- Bei der Errichtung eines Europas des Friedens darf die Rolle der Frauen in den sozialen Kämpfen, in Politik und Wirtschaft nicht unterschätzt werden.

Ich bin überzeugt, dass der neue Dialog zwischen Europa und der anderen Seite des Mittelmeeres, das heißt, dem afrikanischen Kontinent, stark auf der sozialen und wirtschaftlichen Praxis von Frauen beruhen muss. Dabei geht es um die Gleichstellung der Geschlechter, den Kampf gegen jede Art von Missbrauch, Gewalt und Ausgrenzung, auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Vor einigen Tagen habe ich in Bamako, der Hauptstadt von Mali, an einer Konferenz mit westafrikanischen Frauen teilgenommen, die von der italienischen Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wurde. Afrika



verlangt von Europa eine ganz andere, offene Politik in Bereichen wie:

- Migration, die bisher ausschließlich als Sicherheitsproblem gesehen und daher unterdrückt wird,
- Landwirtschaftspolitik, die die lokale Produktion in Afrika abwürgt,
- Entwicklungshilfepolitik, die bisher kaum in der Lage ist, Hunger und Pandemien zu besiegen,
- Handel, der die Vorherrschaft der reichen Staaten des Nordens bisher nur weiter verfestigt,
- Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser, das für Millionen Menschen nach wie vor unerreichbar ist,
- der politischen Dimension des Kontinents, die immer noch heruntergespielt wird.

Ich denke, wenn wir eine neue Linke starten wollen, dann müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen, die auf ganz neue Vereinbarungen zwischen Nord und Süd hinauslaufen. Europa ist dazu in der Lage.

Die Europäische Union – Supermacht oder Friedensmacht?

Beitrag von Stefan Petre Damo, Rumänien

Einführung

Es ist nicht uninteressant zu prüfen, ob das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle System, das wir heute als Europäische Union bezeichnen, dem entspricht, was die Verfechter der Einigung Europas einst im Auge hatten. Diese Frage erscheint aktuell und angebracht, wenn man bedenkt, dass bereits nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Vereinigtes Europa ins Auge gefasst wurde, um neue Kriege zu verhindern und den Frieden auf dem Kontinent zu wahren. Nach 1945 bedeutete das vor allem, den historischen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu dämpfen, aber später kam auch die Wirtschaft stark ins Spiel, denn Monnet war Geschäftsmann, und die Schuman-Deklaration vom 9. Mai 1950 führte schließlich nach einem Jahr in Paris zur Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Frieden und Sicherheit, gemeinsames Wirtschaftswachstum und Wohlstand für die Völker Europas waren die Grundziele, die die Entwicklung der europäischen Idee von Graf Coudenhove-Kalergis' Buch 1923 über Spinellis Manifest von Ventotene 1941, Churchills Initiative für ein Vereinigtes Europa 1947, das Monnet-Schuman-Projekt drei Jahre später, den Spaak-Report von 1955 bis zum Vertrag von Rom im März 1957 begleiteten.

Die große Herausforderung für Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs

Die Geschichte der Europäischen Union war die Entwicklung Westeuropas und des liberalen Kapitalismus als Gegenstück zum sowjetisch beherrschten Osteuropa. In diesem Rahmen wurde sie von den USA unterstützt. Diese Strategie mag aus ideologischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Sicht in der Zeit des Kalten Krieges angebracht gewesen

sein, da sie den sowjetischen Expansionismus eindämmte und das internationale Kräfteverhältnis im Gleichgewicht hielt. Als aber Ende 1989 die letzte Diktatur in Rumänien fiel und als Anfang der neunziger Jahre die Sowjetunion zusammenbrach, wurde die Notwendigkeit eines neuen Vorgehens offenbar.

Ost und West sahen sich der großen europäischen Herausforderung gegenüber: Die mittel- und osteuropäischen Völker mögen davon geträumt haben, Freiheit, Demokratie und Wohlstand der Westeuropäer zu teilen, denn sie fühlten sich ebenso als Europäer wie diese. In der Europäischen Union dagegen gab es jene, die darauf erpicht waren, Demokratie und Freiheit sowie ihr eigenes politisches und kulturelles System zu exportieren. Angebot und Nachfrage hätten eigentlich perfekt zusammenpassen müssen.

In der Praxis gestalteten sich die Dinge dann wesentlich komplizierter. Die psychosoziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Rückständigkeit der Staaten der Region, wo fast ein halbes Jahrhundert lang keine natürliche Evolution stattgefunden hatte, kollidierte mit dem hegemonistischen liberalen Modell des Westens. Eine Tendenz zur Isolierung, zum Festhalten an der alten Lebensweise prägte die Zeit der Nachwehen der „Revolution“. Die frühen neunziger Jahre waren in Rumänien die Zeit der „ursprünglichen Demokratie“, da westliches Kapital nicht begrüßt wurde, weil die dortige Variation des Kapitalismus Zeit brauchte, um sich unter der täuschenden Maske einer gemäßigt linken Politik zu entwickeln. Präsident Iliescu beeilte sich, Verträge mit Russland zu schließen, wodurch er, vielleicht ohne es zu wollen, preisgab, welche Kräfte ihm zur Macht verholfen hatten.

„Ion Iliescu hatte große Zweifel, das Land rasch und unvermittelt in die Marktwirtschaft zu führen ... Verdeckte Interessen, verbreitete Korruption und Inkompetenz trugen wesentlich dazu bei, dass Rumänien nach dem Dezember 1989 so heftig ins Schlingern geriet.“ (*Ion Bulei, A History of the Romanians, Bukarest 2006, S. 209*)

Erst am 27. Februar 1995 beschloss die rumänische Regierung die Verfügung 111/1995, die eine Kommission damit beauftragte, eine Strategie für den Beitritt zu Europa auszuarbeiten. Fünf Jahre waren inzwischen verstrichen. Nutznießer dieser Verspätung war beileibe nicht das Volk ...

Wellen nationalistischer Gefühle und Haltungen – einige davon Überreste der früheren diktatorischen Regime, andere von den neuen herrschenden Systemen oder von ausländischen Interessen in der Region ausgelöst – erschütterten Osteuropa, vertieften bestehende Brüche in den Gesellschaften, brachten politische Parteien hervor, welche als extremistisch eingestuft werden konnten und ihre Länder in der internationalen Arena diskreditierten. „Wir verkaufen unser Land nicht!“ lautete eine verbreitete Losung, die in den frühen neunziger Jahren auf den Straßen Rumäniens gerufen wurde.

Laut Maurice Godelier umfasst der Übergang zu einer neuen Gesellschaft Veränderungen in Denken, Handeln und Produktionsweise. Heute vollziehen sich solche Übergänge außerdem im Zeichen der Demokratisierung. Während letztere in Osteuropa stark vorangekommen ist, bleibt der Wandel in den Einstellungen, im Denken, in der Mentalität und der politischen Kultur noch weit davon entfernt.

Mangelndes Wissen und Information sowie ein geringes Verständnis der besonderen Situation Mittel- und Osteuropas mischte sich auf Seiten des Westens häufig mit einer At-



titüde der Überlegenheit, was den Integrationsprozess anfangs auch nicht gerade beförderte.

Zwischen Hammer und Amboss – der amerikanische und der russische Faktor

Wenn wir die Frage beantworten wollen, ob die EU eine Supermacht oder eine Friedensmacht geworden ist, können wir die Rolle der USA und Russlands in der Gleichung EU – Osteuropa sowie das politische, wirtschaftliche und militärische Kräfteverhältnis in der Welt nicht außer Acht lassen.

Wie haben sich der amerikanische und der russische Faktor seit 1990 verändert? Dafür müssen wir bis zum Jahre 1948 zurück gehen, da Josef Retinger und Churchills Schwiegersohn Duncan Sandys kurz nach dem Haager Kongress in die USA fuhren, um dort für die europäische Integration zu werben. In ihren Gesprächen mit dem Begründer der CIA, William J. Donovan, und Allen Dulles, deren künftigen Direktor, wurde klar, dass die USA ein Interesse daran hatten, die Schaffung eines vereinigten Westeuropas zu unterstützen. Einige Forscher und Historiker sind der Meinung, dass das American Committee on a United Europe (ACUE) von 1949 bis 1960 vom State Department dazu benutzt wurde, das Projekt eines Vereinigten Europas in Form einer „liberalen Verschwörung“ voranzutreiben. Auf jeden Fall ist klar, dass Amerika nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem alten Kontinent einen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Brückenkopf schaffen wollte, der in der Lage war, dem Sowjetreich entgegenzutreten und dabei die expansionistische Doktrin der USA voranzubringen.

„Als der Kalte Krieg ausbrach und Europa für immer geteilt schien, brauchten die Amerikaner feste Unterstützung im Westen des Kontinents, weil sonst ihre Anwesenheit auf Dauer hätte vereitelt werden und die Ideologie des Ostens vordringen können. Daher zielte der Marshallplan darauf ab, die sowjetische Bedrohung auszuschalten sowie auf die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien Einfluss zu nehmen, aber auch der von Überproduktion bedrohten amerikanischen Wirtschaft einen ungeschützten Markt zu sichern.“ (*Virgil Magureanu, Political Sociology, RAO International Publishing Company, Bukarest 2006, S. 530*)

Bernard Cassen ging in „Le Monde Diplomatique“ vom Januar 2003 sogar so weit zu behaupten, bei der Vereinigung Europas hätten die USA eine größere Rolle gespielt als die Völker Europas, die eher Zuschauer als Gestalter des Prozesses ihres eigenen Integration waren.

Dieser Auffassung können wir uns nicht ganz anschließen, denn die Geschichte hat bewiesen, dass die Europäische Gemeinschaft für die USA selten ein bequemer Partner war. Zumindest drei Staaten – Frankreich, Deutschland und in der letzten Zeit auch Italien, seit es seine Truppen aus dem Irak zurückgezogen hat – stehen für eine selbstständige Position, die daran erinnert, wie de Gaulle in den sechziger Jahren Europa und europäische Politik definierte, nämlich nicht amerikanisch zu sein.

Ebenso offensichtlich ist, dass Russland, nachdem es die Staaten des ehemaligen Sowjetblocks freigeben musste, in der Politik der Region durchaus noch ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

Daraus folgt, dass die osteuropäischen Länder ein besonderes Verständnis und eine besondere Behandlung ihrer Situation im Dreieck zwischen den USA, der EU und Russland brauchen. Rumänien ist dabei vielleicht der offensichtlichs-

te. Seine Politik gegenüber der EU ist gleichsam gefangen zwischen dem Hammer seines historischen Komplexes als Nachbar des Großen Bruders Russland und dem Amboss des amerikanischen Traums, wie er sich in der Sehnsucht nach einem Einmarsch der Amerikaner nach 1945 materialisierte. Mitte der neunziger Jahre verschnürte die politische Klasse Rumäniens den Beitritt zur NATO und die Integration in die EU bewusst zum Gesamtkonzept einer „Euro-Atlantischen Integration“, womit sie den irrigen Glauben weckte, beides gehe Hand in Hand und werde sich gegenseitig befördern. Der Lauf der Dinge hat jedoch gezeigt, wie realitätsfremd diese Politik war. Im Juli 1997 empfahl die Europäische Kommission, Rumänien nicht in die erste Welle der Erweiterung einzubeziehen, weil es angeblich Rückstände in der Wirtschafts- und Verwaltungsreform aufweise und das Land über keine EU-kompatible, funktionierende Marktwirtschaft verfüge.

Wie sich herausstellte, war der NATO-Beitritt viel mehr eine amerikanische Angelegenheit, die mit dem kriegsgeschüttelten Nachbarn Jugoslawien und den strategischen Interessen der USA in der Region zusammenhing. Das erklärt weitgehend die proamerikanische Politik, die Rumänien seitdem betreibt. Folgerichtig hat das Land nun zum Zeitpunkt seines EU-Beitritts im Jahre 2007 bereits strategische Partnerschaften mit den USA und der NATO unterzeichnet, die zu beachten sind. Das mag auch den kürzlichen politischen Fauxpas des rumänischen Botschafters in Rom erklären, der zusammen mit einer Reihe seiner Kollegen einen Appell an die italienische Regierung unterzeichnete, in dem diese öffentlich aufgefordert wurde, ihre Truppen nicht aus Afghanistan zurückzuziehen.

Die Osterweiterung zwischen Mythos und Wirklichkeit

Mythen und Wunschenken sind in Osteuropa, besonders in Rumänien, tief verwurzelt. „Die heutige rumänische Gesellschaft wird von mächtigen mythischen Kräften getrieben. Aus diesem komplizierten Gewirr hat Raoul Girardet vier wichtige politische Mythen ermittelt, die für die gegenwärtige Gesellschaft prägend sind: die Mythen von der Verschwörung, vom Messias, vom Goldenen Zeitalter und von der Einheit. Rumänien scheint heute das ideale Milieu zu sein, wo alle vier sich in zahllosen Varianten begegnen, mischen und wieder voneinander trennen.“ (*Lucian Boia, History and Myth in the Romanian Consciousness, Humanitas Publishing House, Bukarest 2005, S. 383*)

Das lange Überleben der kommunistischen Diktaturen ist nur ein Beispiel dafür, dass der Boden für sie bereits in der Vergangenheit gut vorbereitet war.

„Das Problem liegt darin, dass der Umgang mit Geschichte, wie er sich gegenwärtig in diesem Lande entwickelt, einen beträchtlichen Rückstand gegenüber der westeuropäischen Kultur und Mentalität aufweist.“ (*Lucian Boia, a. a. O., S. 388*)

Am Anfang des neuen Jahrhunderts schwenkte die Stimmung in Rumänien allmählich von Widerwillen zu einem fast euphorischen Streben nach Beitritt zur EU um. Das brachte einen neuen Mythos hervor – den der europäischen Integration, der nichts anderes war, als eine verstärkte Wiederkehr des Mythos vom nationalen Interesse. Dieser breitete sich ab Mitte der neunziger Jahre in ganz Mittel- und Osteuropa aus, wo er sowohl bei der politischen Klasse als auch bei der



Bevölkerung Anklang fand. Institutionen nach EU-Vorbild wurden aufgebaut, Normen, Regeln und Gesetze verabschiedet. Gegenwärtig ist die europäische Integration eines der wichtigsten politischen Ziele von Regierung und Opposition gleichermaßen. Trotz alledem scheint die Bevölkerung wenig davon zu ahnen, was sie tatsächlich erwartet.

Wir sind der Meinung, dass es den Rumänen nach dem Beitritt zur EU besser gehen sollte als zuvor. Wir meinen auch, dass Rumänien von der EU nicht als Mitglied zweiter Klasse behandelt werden sollte.

Wie berechtigt letztere Forderung ist, zeigt eine ganze Reihe von Beispielen: Im Oktober 2006 verkündete Großbritannien offiziell, dass es seinen Arbeitsmarkt für rumänische Bürger schließen wird. Deutschland gab eine ähnliche Entscheidung bekannt, wenn sie auch nur teilweise greift. Italien denkt noch darüber nach, wie es sich entscheiden soll. Nur ganze drei EU-Mitgliedstaaten haben erklärt, dass sie ihren Arbeitsmarkt vom 1. Januar 2007 an für rumänische Bürger öffnen.

Was die Innenpolitik betrifft, so sollte die europäische Integration weit über die gegenwärtig offiziell verkündeten leeren Formen hinausgehen. Die rumänische Gesellschaft und ihre Mentalität müssen grundlegend umgestaltet werden.

„Die neuen Mitgliedstaaten sollten nicht nur elementaren Anforderungen genügen wie dem Vorhandensein stabiler demokratischer Institutionen, einer funktionierenden Marktwirtschaft und der Fähigkeit zur Übernahme des ‚acquis communautaire‘ (des rechtlichen Ist-Standes der EU – d. Ü.), sondern sie sollten auch wissen, dass sie für deren Umsetzung voll verantwortlich sind...“ (*Virgil Magureanu, a. a. O., S. 537*)

Einen Teil des Problems hat die politische Klasse Rumäniens selbst geschaffen. Sie hat es konsequent vermieden, das Volk über die Kosten des EU-Beitritts aufzuklären, hat den Mythos von der EU als einer Art Eldorado verbreitet, ohne über die Folgen nachzudenken. Mit dem Beitrittsprozess selbst hatte das Volk wenig zu tun. Dieser ist von der politischen Klasse und den Eliten vollzogen worden, die unmittelbar damit befasst waren. Wichtige Themen wie der Verfassungsvertrag, die Dienstleistungsrichtlinie oder das GATS, um nur einige zu nennen, sowie deren zu erwartende Wirkungen sind bisher der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten worden. Zugleich haben mehrere rumänische Regierungen auf außenpolitischem Gebiet nahezu alle ihr vorgelegten Bedingungen akzeptiert, um eigene politische Ziele zu erreichen, die als nationale Interessen ausgegeben wurden, ungeachtet der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die das Volk zu tragen hat.

„Der Grundfehler der politischen Klasse beim EU-Beitritt besteht darin, dass sie diesen zum Hauptziel erklärte, das unter allen Umständen erreicht werden muss. Wer etwas gegen dieses Vorgehen zu sagen wagte, wurde automatisch wie ein Feind des Volkes behandelt. Der EU-Beitritt ist ein Superziel von der Art geworden wie es die ‚Errichtung der allseitig entwickelten Gesellschaft‘ in der Vergangenheit war.“ (*Cozmin Gusa, Ten Sins of Romania, Asociatia Initiativa, Bukarest 2006, S. 103*)

Der Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU war insgesamt wohl eher eine Kombination aus innenpolitischen Zielstellungen dieser Länder und dem Druck der EU zur Osterweiterung als ein bewusster, von der Basis der Gesellschaften her gewachsener Prozess. Als äußerer Faktor

wirkte in dieser Richtung zum Beispiel Romano Prodis Reise durch Mitteleuropa im Jahre 2001, wo er den Tschechen erklärte, das Jahr 2004 sei ein „sehr wahrscheinliches Datum für die Erweiterung“.

Wie sehr es der politischen Klasse Rumäniens noch an Flexibilität und Anpassung an europäische Standards und Erfordernisse mangelt, zeigen solche Beispiele wie das Fehlen einer Strategie der Regierung für die Zeit nach dem EU-Beitritt, worauf Opposition und Medien immer wieder hinweisen, die wahnsinnig hohen Steuern, die seit Anfang Januar an der bulgarischen Grenze für große LKW erhoben werden, die so genannte „Umweltsteuer“ auf Gebrauchtwagen aus der EU, die extrem unpopulär ist, weil sie den Wert des Wagens meist übersteigt und dem Schutz der Oligarchen des Autohandels dient, an dem Ministerpräsident und Finanzminister kräftig mitverdienen, oder der jüngste Vorschlag der orthodoxen Kirche, ein Referendum für das Verbot der Homosexualität in Rumänien abzuhalten – sämtlich Probleme, die vor dem Hintergrund der eskalierenden politischen Auseinandersetzung zwischen Präsident und Ministerpräsident zu sehen sind.

Schlussfolgerungen und Vorschläge

Um die Kluft zwischen Ost und West zu überwinden, ist eine Nach-Erweiterungs-Strategie vonnöten – nicht nur im Interesse der neuen Mitgliedstaaten, sondern der gesamten EU.

Erstens müssen Wege gefunden werden, um die Integration der Völker und Gesellschaften vor jener der politischen Klassen zu vollziehen. Das erfordert internationale Unterstützung, aber auch nationale Anstrengungen in den neuen Mitgliedstaaten selbst. Am Anfang dieses Jahrzehnts hat die Europäische Kommission das lang erwartete Weißbuch veröffentlicht, in dem zugegeben wurde, dass die EU ein Demokratiedefizit hat. Mit anderen Worten, auf dem Wege zur Erweiterung sind die Völker Europas zurückgelassen worden und haben kaum europäisches Bewusstsein entwickelt.

Die Antwort der Kommission war die Einrichtung grenzübergreifender Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen, um so den fehlenden europäischen Demos zu schaffen. Zu diesem Zwecke stützte sie sich auf die so genannte organisierte Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern. In osteuropäischen Staaten wie Rumänien gibt es jedoch keine organisierte Zivilgesellschaft, und die entsprechenden NGO, die sie repräsentieren sollen, wurden Anfang der neunziger Jahre von oben geschaffen. Sie sind eher getarnte Sprachrohre der Regierung als Stimmen des Volkes. Daher sind wir der Meinung, dass die EU ihre Politik, nur mit gewissen NGO und Institutionen in osteuropäischen Ländern zusammenzuarbeiten, korrigieren muss. Diese hat bereits Rückschläge erlitten. Sie hat zu einem Anwachsen der Bürokratie geführt, den Fluss von Geldmitteln verzögert, eine NGO-Oligarchie hervorgebracht, die ausschließlich von diesen Mitteln profitiert, somit neue Ursachen für Korruption geschaffen und den wirklichen Akteuren der Gesellschaft die Gelegenheit genommen, eine faire Finanzierung ihrer Programme zu erreichen. Dadurch ist das paradoxe Phänomen eingetreten, dass EU-Mittel nicht vollständig abgerufen werden. Es ist an der Zeit, dass die EU endlich beginnt, mit den realen Akteuren der Gesellschaft zusammenzuarbeiten und ihre Fonds ihnen direkt zuzuleiten, statt über die von der Regierung geschaffenen NGO zu gehen, die eigene Interessen und Einflusssphären haben.



Wir stimmen zu, dass Krieg und Terrorismus als zwei miteinander zusammenhängende Elemente verurteilt und politisch behandelt werden müssen. Ein Hauptaspekt der Friedensfrage liegt im Verständnis dessen, wie der amerikanische und der russische Faktor die Außenpolitik osteuropäischer Länder beeinflusst haben. Rumänien, das geopolitisch im Dreieck von Schwarzem Meer, Balkan und Russland liegt, ist dabei zwar ein besonderer, aber durchaus relevanter Fall. Die Geschichte lehrt, dass die Rumänen niemals ein zum Kriege treibendes Volk waren. Dass Rumänien Truppen ohne Kampffähigkeit nach Irak und Afghanistan entsandt hat, sollte als kombinierte Wirkung des amerikanischen Faktors und der besonderen Situation auf der politischen Bühne Rumäniens gesehen und verstanden werden.

Die EU-Erweiterung ist eine Form von kontinentaler Globalisierung. Es hat den Anschein, dass die EU dabei ist, zu einem eigenen Machtzentrum zu werden. Kann dies durch die Dämpfung von Nationalismus und Hegemoniebestrebungen zu einer neuen Ära des Friedens führen? Wir meinen, dass die Antwort auf diese Frage noch offen bleiben muss.

Da ist einerseits die Politik der EU gegenüber den USA, Russland und – nicht überraschend, wenn wir deren Versuche der Einflussnahme auf die Region sehen – auch gegenüber den neuen Mitgliedsländern aus Osteuropa. Andererseits ist da die kulturelle Frage im weitesten Sinne. Dazu gehört erstens André Malraux' Fragestellung vom Ende des Zweiten Weltkrieges, ob es eine homogene europäische Kultur überhaupt gibt. Zweitens könnte der Versuch, eine solche gemeinsame europäische Kultur zu schaffen, die Gefahr heraufbeschwören, dass Europa zum kulturellen Eroberer wird, der nationale traditionelle Werte auslöscht und am Ende eine von Entfremdung geprägte Kommerzialisierung aller Lebensbereiche durchsetzt. Käme dies nicht der Vision André Malraux von einer „atlantischen Kultur“ nahe, einem Gemisch von amerikanischer und westeuropäischer Kultur? Im Sinne Spenglers dem von der Globalisierung ausgelösten kulturellen Abstieg zu widerstehen ist eine Aufgabe, die erst noch definiert und angepackt werden muss.

Wenn wir uns in der Debatte an der Frage festbeißen, ob das europäische Projekt von obskuren politischen Interessen initiiert wurde, welchen Anteil die USA daran hatten und ob es sich nicht gar um einen Mythos handelt, dann wäre das kein pragmatischer Ansatz und könnte sich am Ende als kontraproduktiv erweisen.

Wie dem auch sei – zum Abschluss möchte ich unterstreichen: Die Europäische Union ist eine Realität, der wir uns stellen müssen. Daher kann unsere Aufgabe nur sein, ihre positiven Errungenschaften zu bewahren, ihre Fehler zu korrigieren, sie zu einem freundlicheren gemeinsamen Haus, zu einem Faktor von Frieden und Demokratie für alle, zu einem Beispiel für Zivilisation und Kultur zu gestalten.

Analyse

Das Kosovo und die Statusfrage

Rechtliche Reflexionen und politische Optionen

*Von Alexander S. Neu, Referent der Fraktion Die Linke;
aus: Sicherheit und Frieden, Nr. 2/2006*

Im Oktober dieses Jahres entschied der UN-Sicherheitsrat, den Weg für Verhandlungen zur Klärung des endgültigen rechtlichen Status der serbischen Provinz freizugeben. Die so genannte Balkan-Kontaktgruppe ist die einflussreichste Kraft bei den anstehenden Verhandlungen. Sie besteht aus Frankreich, Russland, Deutschland, Großbritannien, Italien und den USA. Die Kontaktgruppe ist eine Fortführung der Bosnien-Kontaktgruppe, die sich während des Bosnien-Krieges Anfang der 90er Jahre gebildet hatte. Als externer Akteur erhebt sie einen Regulierungs- und Gestaltungsanspruch für den gesamten West-Balkan. Der UN-Sicherheitsrat soll schließlich das letzte Wort haben und die angestrebte Lösung völkerrechtlich absegnen.

All dem vorausgegangen waren die gewaltsamen Übergriffe von Kosovo-Albern gegen im Kosovo lebende Serben im Jahre 2004. Seit dem stand die serbische Provinz Kosovo wieder verstärkt auf der internationalen Agenda.

Die März-Unruhen 2004 werden vor allem von den Protagonisten der staatlichen Unabhängigkeit als Nachweis dafür gesehen, dass diese zwingend notwendig sei, um Stabilität in der Region zu erreichen.

Bemerkenswert ist, dass diese Kräfte es vermocht haben, die so genannte „Statusfrage“ zum Gegenstand einer völkerrechtlichen Betrachtung zu machen, obgleich dies vor dem Hintergrund der eindeutig definierten Resolution 1244, die unmissverständlich nur eine staatsrechtliche Lösung zulässt, gar nicht Gegenstand der Verhandlungen sein kann.

1. Die Republik Serbien und ihre Provinz Kosovo

Die serbische Provinz Kosovo ist historisch und verfassungsrechtlich ein fester Bestandteil der Republik Serbien. Eine staatliche Unabhängigkeit des Kosovo käme einer Teilung der Republik Serbien gleich.¹ Die Teilung der Republik Serbien wäre vergleichbar mit der Teilung der Republik Bosnien-Herzegovina oder Kroatien, was die internationale Staatengemeinschaft unter Anwendung von Waffengewalt seinerzeit verhinderte.

Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo würde die bislang mit Blick auf Jugoslawien als oberste Maxime praktizierte Politik der territorialen Integrität der jugoslawischen Nachfolgerepubliken gebrochen. Die daraus entstehende politische und völkerrechtliche Inkonsistenz und Opportunität ist nicht nur im Hinblick auf die künftige Statusfrage des Kosovo, sondern angesichts weltweit bestehender Unabhängigkeitsbestrebungen für die künftige völkerrechtliche Praxis generell von entscheidender Bedeutung. Um die Problematik in ihrer Komplexität verständlich zu machen, ist es zunächst erforderlich, den genauen verfassungsrechtlichen Status des Kosovo zu analysieren:



Das Recht der externen Selbstbestimmung wurde in der jugoslawischen Verfassung lediglich den sechs jugoslawischen Republiken zuteil, nicht jedoch den beiden serbischen Provinzen Kosovo und Vojvodina.

Als Träger der staatlichen Souveränität wurden die einzelnen Völker (Nationen) sowie die „Arbeiterklasse und alle Werktätigen“ definiert:

„Die sozialistische Republik ist ein auf der Souveränität des Volkes und auf der Macht und der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beruhender Staat.“²

Als Volk anerkannt wurden die Slowenen, Kroaten, Serben, bosnische Muslime, Montenegriner und Makedonier. Die übrigen Volksgruppen erhielten den Status von „Völkerschaften“ (Nationalitäten), der als Status für anerkannte Minderheiten zu bewerten ist. Der Zweck dieser auf den ersten Blick seltsam anmutenden Differenzierung zeigt sich bei näherer Betrachtung. Es handelte sich um eine Vorkehrung, die Grenzverschiebungen sowohl mit Blick auf den jugoslawischen Gesamtstaat als auch mit Blick auf die Republik Serbien verhindern sollte. Die beiden größten Ethnien Jugoslawiens, denen lediglich der Status einer Nationalität zuerkannt wurde, leben größtenteils in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihren Mutterländern (Albanien und Ungarn), so dass die Furcht vor Vereinigungsforderungen groß war und ist. Vor diesem Hintergrund wurden diesen Regionen zwar weitgehende Autonomierechte (Provinzstatus) innerhalb Serbiens – sogar mit paritätischen Beteiligungsrechten auf Bundesebene – zuerkannt, jedoch der Republikstatus aufgrund des damit verbundenen Sezessionsrechts nicht verliehen. Mit dem Terminus „Provinz“ wurden zwei wesentliche rechtliche Unterschiede zu den Republiken gezogen: Erstens kam den Provinzen keine Staatlichkeit zu, da der Terminus Republik eine Rechtskategorie darstellte, die die Möglichkeit des externen Selbstbestimmungsrechts implizierte. Und zweitens wurden die Nationalitäten nicht einmal als Träger der Autonomie anerkannt. Lediglich die „Arbeiterklasse und alle Werktätigen“, also eine soziale Klasse, wurde als Träger der autonomen Rechte, die den Provinzen zuerkannt wurden, definiert:

„Die sozialistische Provinz ist eine auf der Macht der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beruhende autonome, sozialistische, selbstverwaltende, demokratische gesellschaftlich-politische Gemeinschaft.“³

Somit ist die oft zu vernehmende Aussage, die Albaner hätten Autonomierechte gehabt, rechtlich ebenso unzutreffend wie die Behauptung, sie hätten auch oder zumindest quasi einen Republikstatus genossen. Lediglich der „Arbeiterklasse und allen Werktätigen“ der geographischen Region Kosovo – und das waren nahezu alle Einwohner ungeachtet ihrer Nationalität und somit auch die Kosovo-Serben – wurde eine Autonomie innerhalb der Republik Serbien eingeräumt.

2. Der völkerrechtliche Status der serbischen Provinz Kosovo

Die den NATO-Krieg 1999 beendende UN-Resolution 1244 stellt unzweideutig fest, dass das Kosovo ein Bestandteil der Bundesrepublik Jugoslawien ist: „... Kosovo kann eine substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen, ...“⁴ Die Resolution spiegelt das Ergebnis des Krieges von 1999 wider, den die Bundesrepublik Jugo-

slawien zwar verlor, aus dem die NATO jedoch auch nicht als eindeutiger Sieger hervorging. Die Resolution 1244 bestätigt die UN-Sicherheitsratsresolution (1199) aus dem Jahre 1998, die verabschiedet wurde, als Belgrad noch die Hoheitsgewalt über das Kosovo ausübte. In dieser Resolution wurde ebenfalls das „Bekenntnis aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“ bekräftigt. Der Sicherheitsrat unterstützte bereits hier „einen erhöhten Status für Kosovo, eine substantielle Autonomie und eine bedeutsame Selbstverwaltung des Kosovo“. Nichts anderes besagt eine weitere UN-Sicherheitsratsresolution (1345) aus dem Jahre 2001, als die Provinz bereits nahezu zwei Jahre von der UNMIK verwaltet wurde. Auch in diesem Resolutionsbeschluss bekräftigte der Sicherheitsrat seine „Verpflichtung zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik ... wie in der Helsinki-Schlussakte ausgeführt“.⁵

Angesichts der politischen Entwicklung von 1998 bis heute kommt hier eine Kontinuität im Hinblick auf den Status des Kosovo in Jugoslawien und in der Republik Serbien zum Ausdruck. Diese Haltung scheint nicht nur im UN-Sicherheitsrat vorzuherrschen, sondern war auch zwischen den ehemaligen Kriegsparteien, der NATO und der BR Jugoslawien, Konsens: In dem Military Technical Agreement, das die Kriegsparteien am 9. Juni 1999 zur Beendigung der Kämpfe unterzeichneten, wird das Kosovo mehrfach indirekt als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien („... Kosovo Provinzgrenze in den Rest des Territoriums der Bundesrepublik Jugoslawien.“⁶ sowie „... Kontrolle der Grenzen der Bundesrepublik Jugoslawien in Kosovo mit Albanien und Makedonien ...“) und sogar der Republik Serbien („... zu Orten in Serbien außerhalb Kosovo.“) genannt.⁷ Selbst die Statusänderung der BR Jugoslawien hin zu dem Staatenunion Serbien-Montenegro ändert nichts an der Souveränität Belgrads über das Kosovo, da die Staatenunion sich als völkerrechtlicher Rechtsnachfolger der BR Jugoslawien mit einheitlicher Rechtspersönlichkeit betrachtet und so auch von der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiert wird.

Auch wenn Montenegro den Staatenbund verlassen sollte, so würde verfassungsrechtlich Serbien die Souveränität über das Kosovo beibehalten. Bereits in der Präambel der Verfassungsurkunde wird die territoriale Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien bekräftigt:

„... der Staat Serbien, welcher die autonome Provinz Vojvodina und die autonome Provinz Kosovo und Metohija einschließt ...“

Darüber hinaus und vorsichtshalber mit Blick auf das Kosovo wird im Falle des Austritts Montenegros aus der Staatenunion die alleinige völkerrechtliche Rechtsnachfolge Serbien zuerkannt:

„... Sollte Montenegro aus der Staatenunion Serbien Montenegro austreten, würden die internationalen Instrumente (Angelegenheiten), die für die Bundesrepublik Jugoslawien von Bedeutung waren, insbesondere UN Sicherheitsratsbeschluss 1244, in ihrer Gesamtheit auf Serbien als der Rechtsnachfolger übergehen.“⁸

Angesichts dessen kann unter juristischem Aspekt – nehmen die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ihre eigenen Resolutionen und die UNO ernst – der Gegenstand der Verhandlungen über die Statusfrage nur staatsrechtlicher, nicht indes völkerrechtlicher Natur sein. Mit anderen Worten: Nicht die staatliche Unabhängigkeit steht zur Diskussion,



sondern lediglich die konkrete Ausgestaltung einer substantziellen Autonomie kann Gegenstand der Verhandlungen sein. Was aber kann eine für alle Seiten akzeptable und zuletzt auch tragfähige Lösung der Kosovofrage sein?

3. Lösungsmodelle

Eine sinnvolle und tragfähige Lösung muss einerseits den politischen Realitäten und Interessen und andererseits den völker- und verfassungsrechtlichen Grundlagen gerecht werden, so dass das Modell nicht zu dem allseits gefürchteten völkerrechtlichen Präzedenzfall wird. Nur so ist zum einen der Vorbehalt jener Staaten im UN-Sicherheitsrat, die mit ähnlichen nationalpolitischen Konflikten konfrontiert sind, zu überwinden und zum anderen der Präzedenzfall zu verhindern, auf den sich andere nationale Bewegungen berufen könnten. Vier Modelle lassen sich diskutieren:

3.1. Das Preševo-Modell

Das Preševo-Tal, das von den Albanern als „Ost-Kosovo“ bezeichnet wird, liegt östlich der serbischen Provinz Kosovo und ist Bestandteil Zentral-Serbiens, d. h. Serbien ohne seine Provinz Kosovo. In dieser Region leben mehrere ca. 70.000 Albaner. In den Jahren 2000–2001 hatte sich dort ein UÇK-Ableger breit gemacht und terroristische Anschläge verübt. Ähnlich wie im Kosovo zielte die UÇK darauf ab, das Eingreifen des Westens zu erzwingen.⁹ Der Westen machte diesmal indessen keine Anstalten, dem Manöver der UÇK zu folgen.

Statt dessen verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, in der die Aktivitäten der albanischen Seite mit scharfen Worten abgelehnt wurden.¹⁰

Zusätzlich wurde den jugoslawischen Sicherheitskräften erlaubt, in der Pufferzone auch mit militärischen Mitteln die staatliche Ordnung wieder herzustellen. Die Operation verlief unproblematisch und eine OSZE-Mission begleitete die Transformation der Gemeindeverwaltung zugunsten multiethnischer Strukturen.¹¹ Seitdem ist das Preševo-Tal im wesentlichen befriedet.

Die Frage ist, ob sich dieses Modell auch auf die Provinz anwenden ließe? Das Modell hätte eine reale Chance gehabt – wenn der Westen von Anfang an, also zu Beginn der Kosovo-Krise, Belgrad diplomatisch darin unterstützt hätte, einen besseren Weg zu finden, den Konflikt in der Region beizulegen, anstatt zugunsten der kosovo-albanischen Seite Partei zu ergreifen, Ultimaten zu formulieren und diese unter Androhung und Durchführung militärischer Maßnahmen zu unterstreichen. Letztlich bekamen kosovo-albanische Separationsforderungen erst durch die Parteinahme der NATO den entsprechenden Auftrieb.¹² Selbst nach Beendigung des Krieges und der Errichtung des UN-Protectorats wäre eine „Preševo-nahe Lösung“ möglich gewesen, wenn die UNMIK die Resolution 1244 textnah interpretiert und implementiert hätte.

Eine feste Position gegenüber beiden Konfliktparteien und nicht nur gegenüber Serbien oder den Kosovo-Serben hätte wesentlich mehr Druck auf die kosovo-albanische Seite ausgeübt, mit Belgrad über die konkrete Ausgestaltung substantzieller Autonomierechte zu verhandeln. Da allerdings die UNMIK nichts unversucht gelassen hat, um den kosovo-albanischen Wünschen zu entsprechen, ist es problematisch, bereits gewährte Rechte wieder zurückzunehmen.

3.2. Das Junktim-Modell

Das Junktim-Modell hat eine rein staatsrechtliche Dimension und verbindet zwei Ebenen,

→ die Republik Serbien und ihre Provinz Kosovo;

→ die Provinz Kosovo und ihre Enklaven sowie das nahezu ausschließlich serbisch bewohnte Nordkosovo.

Das Junktim-Modell verbindet die an die Kosovo-Albaner zu verleihenden Autonomierechte mit den Autonomierechten, die den Kosovo-Serben zu gewähren sind. Das Junktim-Modell setzt dort an, wo die Verantwortlichen in Pristina und Belgrad die Entscheidung in gegenseitigem Einvernehmen durch Verhandlungen herbeiführen müssten. Dieser Ansatz beinhaltet zudem einen hohen pädagogischen Aspekt: Beide Seiten sind gezwungen, miteinander und verantwortlich eine Lösung zu finden, die für diese Region, in der beide Volksgruppen leben, eine nachhaltige Stabilität erzeugt. Die internationale Staatengemeinschaft wäre nur für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich.

3.3. Das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes Serbiens

Das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes stellt die konsequente Fortsetzung des Junktim-Modells dar für den Fall, dass die kosovo-albanische Seite sich mit substantzieller Autonomie im Rahmen Serbiens nicht anzu-freunden vermag. Die bisherigen Verwaltungsgrenzen dürfen nicht als sakrosankt betrachtet werden. Um dies verständlicher zu machen, bedarf es eines Perspektivwechsels. Von der Annahme eines multiethnisch einheitlich existierenden Kosovo ist Abschied zu nehmen: Nicht das Kosovo wird geteilt, da es ohnehin im Rahmen der jugoslawischen Verfassung keine Staatlichkeit besaß, geteilt würde vielmehr Serbien. Die Frage ist vielmehr, ob Serbien den gesamten Südwesten seines Staatsgebietes (29 Gemeinden¹³) verliert oder nur den größten Teil (26 Gemeinden)?

Das mantrahaft wiederholte Argument, die bestehenden Grenzen müssten aufrechterhalten werden, kann angesichts der internationalen Handhabung der Desintegration der jugoslawischen Föderation, des Umgangs mit der Republik Serbien und seiner Provinz Kosovo sowie der nun vermutlich auch zur Disposition gestellten Gemeindegrenzen im Kosovo und der veränderten Gemeindegrenzen in Makedonien¹⁴ zugunsten der dortigen albanischen Bevölkerung nicht überzeugen. Es ist auffällig, dass das „uti-posseditis-Prinzip“ dann dem eigentlich nur sekundären, d. h. im Notfall anzuwendenden, externen Selbstbestimmungsrecht untergeordnet wird, wenn die territoriale Integrität und Souveränität des jugoslawischen Gesamtstaates und der Republik Serbien zur Diskussion gestellt wird. Dasselbe Prinzip hingegen als prioritäre, ja unausweichliche Option behauptet wird, wenn es um die territoriale Mitnahme – ungeachtet darin lebender Minderheiten – der jugoslawischen Erbmasse der nicht-serbischen Volksgruppen geht.

Vor diesem Hintergrund ist die Argumentation, mit einer Teilung des Kosovo und der damit einhergehenden Grenzveränderung würde man einen Präzedenzfall schaffen, ein rein politisch-opportunistisch motiviertes Argument, da man in Wirklichkeit eine politische und unter Umständen gewaltsame Konfrontation mit radikalen Kosovo-Albanern fürchtet. Ebenso wenig ist die These einer ethnischen Kettenreaktion haltbar: Erstens hat eine solche Kettenreaktion bereits auf



dem gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawien stattgefunden und wurde vom Westen nachträglich weitgehend anerkannt. Zweitens hat die internationale Staatengemeinschaft in den Jahren 2000 und 2001 im Preševo-Tal und in Makedonien gemeinsam mit den Regierungen in Belgrad und Skopje durch entschiedenes Handeln schließlich der ethnischen Kettenreaktion ein Ende gesetzt.¹⁵

3.4. Das Modell einer konditionierten Unabhängigkeit mit EU-Perspektive

Folgt man gegenwärtigen Diskussionen, etwa den Überlegungen der „International Commission on the Balkans“, so wird eine konditionierte Unabhängigkeit eines ungeteilten Kosovo mit europäischer Perspektive favorisiert.¹⁶ Was diese jedoch beinhalten soll, bleibt weitgehend unklar. Die konditionierte Unabhängigkeit soll temporär sein und in eine EU-Mitgliedschaft münden. Mit anderen Worten: In dem Moment, in dem das konditionale Moment aufgehoben würde und das Kosovo theoretisch die uneingeschränkte Unabhängigkeit besäße, würde mit dem Beitritt in die EU genau diese politische Unabhängigkeit wieder eingeschränkt werden. Auf diese Weise würde das Kosovo zwar einen souveränen, aber eben keinen unabhängigen Staat darstellen, da es ein erhebliches Maß an politischen Kompetenzen an die EU delegieren müsste.

Wie dies angesichts der Tatsache, dass das Kosovo die ärmste und unberechenbarste Region Europas ist und dies auf unabsehbare Zeit bleiben wird, politische Realität werden soll, bleibt unklar. Wenig überzeugend an dem Bericht der „International Commission on the Balkans“ sind die Äußerungen zu den Minderheitenrechten. Wie will die internationale Gemeinschaft nicht nur die geschriebenen, sondern vor allem die gelebten Rechte garantieren? Wie will die internationale Staatengemeinschaft eine schleichende Vertreibung und Verdrängung der nicht-albanischen Bevölkerungsteile verhindern?

Hierzu favorisiert die „International Commission on the Balkans“ zwar eine Dezentralisierung des Kosovo, was eine Übertragung möglichst vieler Verwaltungskompetenzen von Pristina auf die Gemeinden bedeutet. Dieser an sich begrüßenswerte Ansatz ist allerdings wiederum mit einer Konzession an die albanische Seite verbunden und höhlt damit das eigentliche Ziel wieder aus, diese Volksgruppen zu schützen. Gefordert wird eine Dezentralisierung mit einer Reform der Gemeindegrenzen, so dass es keine rein serbischen Gemeinden geben soll.¹⁷ Legitimiert wird dieser Ansatz durch die immer noch aufrechterhaltenen, jedoch empirisch widerlegten, Vorstellung von der Existenz einer multiethnischen kosovarischen Gesellschaft.¹⁸

Eine Untersuchung der International Commission on the Balkans zeigt ungewohnt offen die erschreckende Tatsache, dass 72 Prozent der befragten Menschen in Kosovo und 68 Prozent in Albanien einen ethnisch-reinen Staat bevorzugen. Diese Auffassung teilen in Serbien vergleichsweise wenige 19 Prozent und selbst in Bosnien-Herzegovina „nur“ 29 Prozent.¹⁹

Das mittelfristige und langfristige Resultat eines Konzeptes, das darauf zielt, die Gemeindegrenzen zu verändern, wird die Verdrängung der Serben und anderer Volksgruppen aus den lokalen Verwaltungsstrukturen und in Folge dessen aus dem Kosovo sein. Was die Skepsis gegenüber dem „konditionierten Unabhängigkeitsmodell“ und den darin erwähn-

ten Minderheitenrechten begründet ist die Frage, woher die Befürworter dieses Modells den Optimismus für den Erfolg eines multiethnischen Kosovo nehmen. Denn bislang hat die internationale Staatengemeinschaft in Gestalt der UNMIK und K-FOR dies nicht einmal ansatzweise vermocht. Im Gegenteil, sie hat 1999 der Flucht und Vertreibung von über 200 000 Nicht-Albanern tatenlos zugeschaut und bis heute die Grundlagen für die Rückkehr einer nennenswerten Zahl von Betroffenen nicht geschaffen. Dieses Versagen räumt sogar der „Report of the International Commission on the Balkans“ ein:

Die internationale Staatengemeinschaft hat in ihrem Versuch, Sicherheit und Entwicklung in die Provinz zu transportieren, ganz offensichtlich versagt. Ein multiethnisches Kosovo existiert nicht – außer in den bürokratischen Einschätzungen der internationalen Staatengemeinschaft. ... Die Situation der serbischen Minderheit in Kosovo ist die größte Anklage gegen den Willen und die Fähigkeit Europas, seine eigenen proklamierten Werte zu verteidigen.

Die konditionierte Unabhängigkeit, wie sie auch von dem Bericht der International Commission on the Balkans favorisiert wird, wirft mehr Fragen auf, als gesicherte Antworten gefunden werden können. Geht dieses Experiment schief, wofür angesichts der Erfahrungen mehr spricht als dagegen, dann sind die Opfer dieses westlichen Experiments erneut die Menschen vor Ort.

4. Bilanz

Diese Analyse zeigt, dass das Presevo-Modell nicht tragfähig ist. Nicht minder unrealistisch ist das konditionierte Unabhängigkeitsmodell, da es einer monoethnischen Bevölkerungsstruktur der Region Kosovo mit faktischer Duldung durch die internationale Staatengemeinschaft Tür und Tor öffnet.

Demgegenüber stellen das Junktim-Modell und das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes realistische Modelle dar, um weiteres menschliches Leid zu verhindern und dem internationalen Recht wieder Geltung zu verschaffen. Doch diese Modelle weisen weitere Vorteile auf: Zunächst bleibt festzustellen, dass sich beide Varianten nicht gegenseitig ausschließen. Entweder könnte das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes generell in den Mittelpunkt gestellt werden oder aber als ultimative Lösung Anwendung finden, wenn die kosovo-albanische Seite eine substanzielle Autonomie innerhalb Serbiens nicht akzeptiert. Das birgt zahlreiche konkrete Vorteile.

Das Gefühl in der serbischen Gesellschaft, ungerecht behandelt zu werden, würde erheblich reduziert, die Gefahr einer Hinwendung zu radikalen Parteien somit merklich abnehmen. Es wäre ein Signal an die Serben, dass ihre Reformen auch wirklich anerkannt und sie nicht für Milosevic weiterhin bestraft werden würden. Hierdurch würde Serbien aufgrund seiner Größe und zentralen geographischen Lage ein Stabilitätsfaktor in Südosteuropa.

Ein monoethnisches Kosovo – gedacht nicht als politische Gemeinschaft, sondern als Region – würde damit verhindert. Mit der Unabhängigkeit – ungeachtet ob konditioniert oder unkonditioniert – würden Flucht, Vertreibung und schleichende Verdrängung der nichtalbanischen Ethnien nicht gestoppt, sondern geradezu herbeigeführt. Umgekehrt könnte und würde eine Vielzahl nichtalbanischer Vertriebener und



Flüchtlinge in die drei nördlichen Gemeinden des Kosovo und Mitrovica-Nord zurückkehren und dort siedeln. Auf diese Weise könnte die internationale Gemeinschaft öffentlichkeitswirksam auf die Rückkehr einer großen Zahl Vertriebener und Flüchtlinge verweisen, die zwar nicht an ihre Heimatorte, so doch in ihre Region zurückgekehrt sind.

Darüber hinaus kann Belgrad im Rahmen des Junktim-Modells oder des Modells des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes bis zum Ibar-Fluss die Grenze effektiver vor illegalen Grenzüberschreitungen überwachen als dies irgendwo in den unübersichtlichen Bergen hinter den Gemeinden Leposavic und Zubin Potok der Fall wäre.

Die sowohl in Nord- als auch Süd-Mitrovica arbeitenden Trepca-Werke würden von den Regierungen in Belgrad und Pristina in einer Art Joint-Venture paritätisch verwaltet werden. Der Zwang, Trepca gemeinsam zu verwalten und das beiderseitige Interesse an einem funktionierenden und gewinnbringenden Werk dürften einen gewaltigen pädagogischen Effekt für beide Seiten mit sich bringen.

Den radikalen albanischen Kräften würde damit deutlich signalisiert, dass ihre berechnenden Gewaltexzesse von 1998 bis heute nicht durch ständiges Einlenken und Parteinahme des Westens belohnt würden. Die Gewalt als bislang erfolgreiches Instrument zur Durchsetzung ihrer Ziele würde damit definitiv als nicht mehr wirksam wahrgenommen werden müssen. Auf diese Weise müssten sie lernen, ihre politischen Interessen Serbien und der ganzen Region gegenüber durch verantwortungsvolle Politik und nicht durch Gewalt und Boykott zu artikulieren.

Die internationale Staatengemeinschaft würde mit beiden Modellen, die in einer Verhandlungslösung zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern erreicht oder auch nicht erreicht werden würden, aus dem völkerrechtlichen Dilemma herauskommen:

Sollten die Kosovo-Albaner eine substantielle Autonomie (Junktim-Modell) akzeptieren, wäre die Resolution 1244 erfüllt, da die Statusfrage keine völkerrechtliche Dimension bekäme, sondern eine staatsrechtliche Angelegenheit innerhalb Serbiens bliebe. Die internationale Staatengemeinschaft (hier UNO und EU) würde ihrerseits als externer Garant des Abkommens Pate stehen.

Sollte sich die kosovo-albanische Seite dem Junktim-Modell komplett verschließen, so würde damit der Automatismus für das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes als Bedingung ihrer (temporär) konditionierten oder auch unkonditionierten Unabhängigkeit eintreten. Die internationale Gemeinschaft würde auf diese Weise gegenüber Belgrad ein wirkliches substantielles Entgegenkommen für dessen freiwillige Zustimmung zu dem Verlust des größten Teiles der serbischen Provinz signalisieren. Durch den freiwilligen Verzicht Belgrads auf den größten Teil seines südwestlichen Territoriums wäre das Faktum einer von außen aufgezwungenen Teilung der Republik Serbien nicht mehr gegeben. Das internationale Recht würde dadurch nicht weiter ad absurdum geführt. Eine unerwünschte Signalwirkung an andere Minderheiten entfele. Ebenso würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker in diesem Falle gleichermaßen den Kosovo-Albanern als auch den Serben zuteil werden.

Schließlich sprechen für das Junktim-Modell oder das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes, dass die Vereinten Nationen und die EU mit den bereits erdrückenden wirtschaftlichen, sozialen und demographischen

Problemen des wesentlich größeren albanischen Teiles der Region Kosovo noch in den nächsten Dekaden in ausreichendem Maße beschäftigt sein werden.

Die Frage, ob das Modell des begrenzten südwestlichen Territorialverlustes dem Junktim-Modell vorzuziehen sei, muss sich die internationale Staatengemeinschaft nicht selbst stellen. Die Antwort wird die kosovo-albanische Seite zu liefern haben: Entweder werden die Kosovo-Albaner für eine substantielle Autonomie Kosovos in Serbien und somit auch für eine substantielle Autonomie der serbischen Gemeinden innerhalb des Kosovo stimmen, oder sie werden ungeachtet des Preises des Verzichts nahezu rein serbisch besiedelter Gemeinden des nördlichen Kosovo an Zentral-Serbien die Unabhängigkeit favorisieren.

Auf diese Weise müssen die Albaner akzeptieren und lernen, dass das von ihnen eingeforderte Selbstbestimmungsrecht – ungeachtet ob intern oder extern – gemäß dem Reziprozitätsprinzip ebenso den Serben zuteil werden muss. Eine Rückführung der nahezu rein serbisch bewohnten Gemeinden Zubin Potok, Zvecan, Leposavic und Nord-Mitrovica unter serbische Hoheitsgewalt stellt angesichts des unmittelbar angrenzenden Rest-Serbiens keinerlei Probleme dar. Ferner wird sich die Frage der serbischen Enklaven im Falle einer konditionierten oder wie auch immer zu beschreibenden Unabhängigkeit so oder so mittelfristig erübrigen. Auch hier sprechen die Erfahrungen seit Sommer 1999 für sich.

5. Fazit

Will die internationale Gemeinschaft für alle beteiligten Akteure eine trag- und zukunftsfähige Lösung finden, so dass auf der einen Seite die gültigen internationalen Normen nicht weiter ad absurdum geführt werden und auf der anderen Seite verhindert wird, dass durch Vertreibung und Verdrängung nichtalbanischer Bevölkerungsteile eine monoethnische Region Kosovo entsteht, so muss ihre Phantasie über das hinausreichen, was bislang gedacht wurde. Selbstgesetzte politische Tabus müssen auf ihre Realitätstauglichkeit hin überprüft und gegebenenfalls gebrochen werden, um nicht von vornherein den Handlungsspielraum aller Verhandlungsparteien unproduktiv einzuschränken. Auch die beiden Konfliktparteien müssen bereit sein, Tabus zu brechen: So sehr sich Belgrad darüber bewusst ist und die Kosovo-Albaner wissen, dass Belgrad kein ehrliches Interesse daran haben kann, ein Volk gegen seinen dezidierten Willen zu verwalten, so sehr sollte auch Pristina sich selbst gegenüber ehrlich sein und eingestehen, dass es kein Interesse daran haben kann, die serbische Ethnie im Norden des Kosovo gegen deren nicht weniger dezidierten Willen zu regieren. Das eingeforderte Selbstbestimmungsrecht muss dem Reziprozitätsprinzip Rechnung tragen. Das Jugoslawische Verfassungsrecht, die Verfassungsurkunde der Staatenunion Serbien und Montenegro und das internationale Recht bieten diese Möglichkeit. Hingegen wird das Problem nicht gelöst, wenn eine alte Minderheitenproblematik durch eine neue ersetzt wird. Dies schafft vielmehr neues Leid. Die Minimierung des Leidens der betroffenen Menschen, über die entschieden wird, muss im Vordergrund stehen und nicht strategische Interessen externer Akteure, versteckt hinter opportunistisch genutzten oder besser gesagt missbrauchten Prinzipien. Die beiden favorisierten Modelle bieten die Möglichkeit, beide Aspekte – Minimierung des Leidens durch



Selbstbestimmungsrecht sowie die Pflege des internationalen Rechts – miteinander zu harmonisieren. Eine unilaterale Anerkennungspolitik vorbei am UN-Sicherheitsrat würde hingegen einen völkerrechtlichen Supergau bedeuten. Der Westen sollte sich seine Lösungsoptionen genau überlegen, denn es steht weit mehr auf dem Spiel als die global betrachtet kleine und unbedeutende Region Kosovo.

Allein vor diesem Hintergrund existiert für den Westen schlichtweg kein Grund, den Forderungen der albanischen Seite vollständig nachzugeben oder sich durch Drohungen einschüchtern oder durch mitleidserweckende Attitüden lenken zu lassen. Das Kosovo ist auf Dekaden von westlichen, d. h. vor allem aus Brüssel kommenden, Finanzspritzen abhängig. Die EU und die gesamte internationale Gemeinschaft sind die machtvolleren Akteure und sollten dementsprechend die Gestaltungskompetenz wieder an sich reißen.

Anmerkungen

- 1 *Verfassung der SFR Jugoslawien – Erster Teil – Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien – Artikel 1, 4, S. 9f.*
- 2 *Ebd. S. 92 f.*
- 3 *Ebd., Artikel 4.*
- 4 *Resolution 1244 (1999).*
- 5 *Resolution 1199 (1998), Adopted by the Security Council at its 3930th meeting on September 1998”, <http://daccessdds.un.org/doc/UN-DOC/GEN/N98/279/96/PDF/N9827996.pdf?OpenElement>; *Resolution 1345 (2001), Adopted by the Security Council at its 430st meeting, on 21 March 2001. <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N01/298/89/PDF/N0129889.pdf?OpenElement>.**
- 6 *FRY: Federal Republic of Yugoslavia*
- 7 *Military Technical Agreement, Art. I. und II.*
- 8 *Constitutional Charter of the State Union of Serbia and Montenegro, 2003, Präambel und Art. 60, S. 10.*
- 9 *Die Politik der UÇK bedroht die bestehenden Grenzen, in: Le Monde diplomatique, 12.4.2001*
- 10 *UNO Resolution 1345 (2001).*
- 11 *OSCE Press Release, „OSCE welcomes constitution of municipal assembly of Bujanovac”, Belgrade 16.09.2002. <http://www.osce.org/item/6979.html>; *Konfliktbarometer (HIK), Jugoslawien, <http://www.hiik.de/de/barometer2001/texte/jugoslawien.htm>.**
- 12 *Heinz Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg – Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999. Baden-Baden 2000.*
- 13 *Die OSCE-Homepage spricht fälschlicherweise von 30 Gemeinden, zählt dann aber nur 29 auf. <http://www.osce.org/kosovo/13985.html>. Informationen zur Deutschen Außenpolitik, „Entweder oder“, 7.11.2004, <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2004/47472.php>*
- 14 *Ebd.*
- 15 *Report of the International Commission on the Balkans: The Balkans in Europe's Future, Sofia [Centre for Liberal Strategies]. April 2005, S. 19 ff, www.balkan-commission.org/activities/Report.pdf.*
- 16 *So Rolf Ekeus, Hoher Kommissar der OSZE für Nationale Minderheiten, auf der Veranstaltung „Der westliche Balkan. Politische Ordnung, wirtschaftliche Stabilität und internationales Engagement: Kosovo“, Berlin, 2005.*
- 17 *Report of the International Commission on the Balkans, S. 19.*
- 18 *Ebd. Siehe auch Graphik 22, S. 53.*
- 19 *Report of the International Commission on the Balkans, S. 19.*

Das Weltsozialforum und die Kämpfe der Volksmassen

Von Samir Amin, Direktor des Forum du Tiers Monde, Dakar, Senegal, Mitbegründer der Bewegung der Weltsozialforen

1. Das Weltsozialforum war vom ersten Treffen (Porto Alegre, 2001) bis zum siebenten (Nairobi, 2007) erfolgreich, die nationalen und regionalen Foren desgleichen. Das ist unstrittig. Dieser Ansatz entsprach, wie sich zeigt, wirklich einem objektiven Bedürfnis vieler Aktivisten und Bewegungen in ihrem Kampf gegen den Neoliberalismus und die Aggressionen des Imperialismus, bis hin zu den militärischen. Dabei fanden Bewegungen und Aktivisten viele neue Formen für organisiertes aktives Eingreifen in die Gesellschaft.

Typisch für die vorherrschende politische Kultur der Linken war im 19. und 20. Jahrhundert der vertikal-hierarchische Aufbau der Parteien, Gewerkschaften und Vereine mit der darauf beruhenden Praxis. Unter den damaligen Bedingungen konnten sie Bewegungen auslösen, die radikale und reformistische soziale Wandlungen, Revolutionen und nationale Befreiungsakte vollbrachten und so die Welt insgesamt zugunsten der Volksklassen veränderten.

Doch diesen Aktionsformen waren Schranken und Widersprüche eigen, die in den 1980er/1990er Jahren deutlich hervortraten. Parteien ernannten sich selbst zu „Vortrupps“ und behaupteten, die „erfolgreiche“ Strategie „wissenschaftlich“ erkannt zu haben. Das Demokratiedefizit dieser Formen wurde letztlich Ursprung von Enttäuschungen. Reformen und Revolutionen brachten Regimes hervor, denen man zumindest nachsagen kann, dass sie häufig ihre Versprechen schlecht einlösten, oft aber entarteten, und dies zuweilen ins Kriminelle. Diese Versager gestatteten dem dominanten Kapital und dem Imperialismus seit den 1980er/1990er Jahren, wieder in die Offensive zu kommen.

2. Unter dem Banner von Neoliberalismus und Globalisierung zur Offensive übergegangen, erlebten Kapital und Imperialismus einen Moment der Euphorie, der kurzlebig war (1990–95). Sehr bald begannen die Volksklassen den Widerstandskampf gegen diese Offensive.

Die Kämpfe dieser ersten Welle spielten sich im Wesentlichen auf den Feldern des Widerstands und der Abwehr jener Offensive in deren vielen Dimensionen ab: Widerstände gegen den ökonomischen Neoliberalismus, gegen den Sozialabbau, gegen Polizeiwillkür, gegen die militärischen Aggressionen des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten. Diese Widerstandsfelder hingen wie eine Kette zusammen, und je nach den örtlichen Bedingungen wurde auf dem Hauptfeld der unmittelbaren Herausforderung der betroffenen Völker gekämpft. In diesem Sinne sind hier die Forderung nach Marktregulierung, dort das Eintreten für Frauenrechte, für den Schutz der Umwelt, der öffentlichen Dienstleistungen, der Demokratie wie auch der bewaffnete Widerstand gegen die Aggressionen der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten (Irak, Palästina, Libanon) untrennbar miteinander verbunden.

In diesen Abwehrkämpfen haben die Völker Neues entwickelt. Die alten politischen Kräfte der organisierten Linken hielten sich größtenteils aus diesen ersten Kämpfen heraus, zauderten angesichts der Aggression, billigten mitunter die liberalen, imperialistischen Optionen. Die Bewegung wurde



durch neue Kräfte in Gang gebracht, mitunter quasi spontan. Mit ihrer Entfaltung brachten sie das Grundprinzip der demokratischen Praxis voran: keine vertikalen Hierarchien, mehr horizontale Kooperationsformen in der Aktion. Diese Ausbreitung demokratischen Bewusstseins ist als Zivilisationsfortschritt zu werten. Soweit sie sich in den Sozialforen spiegelt, sind diese als durchweg nützlich für die Entwicklung der jetzigen Kämpfe zu werten.

3. Die Widerstandskämpfe waren erfolgreich, das ist nicht zu bestreiten. Ihretwegen gerieten Kapital und Imperialismus mit ihrer Offensive an den Beginn – aber erst den Beginn – der Niederlage. Dieses Scheitern zeigt sich in allen Dimensionen jener Offensive.

Das Vorhaben der USA, die ganze Erde unter militärischer Kontrolle zu halten, um den Erfolg der aktuellen Globalisierung zu garantieren und deren Effizienz durch „Präventiv“-kriege zu sichern (Einmärsche in Afghanistan und Irak, Okkupation Palästinas, Aggression gegen Libanon) ist ganz offenkundig politisch fehlgeschlagen.

Das neoliberale Wirtschafts- und Sozialprojekt, das der Kapitalakkumulation eine starke, stabile Grundlage geben und um jeden Preis die maximale Profitrate sichern sollte, lässt sich so nicht durchsetzen, wie seine Urheber-Instanzen (Weltbank, IWF, WTO, Europäische Union) selbst eingestehen. Es gibt da „Pannen“: Die Doha-Runde der WTO sitzt fest, der IWF steht vor der Pleite. Aktuell droht eine heftige Finanz- und Wirtschaftskrise.

4. Dennoch wäre es verfehlt, sich zu diesen Erfolgen zu gratulieren. Sie genügen noch nicht für einen Wandel der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Volksklassen und bleiben deshalb fragil, solange die Bewegung nicht vom defensiven Widerstand zur Offensive übergegangen ist. Nur diese kann die Gestaltung der positiven Alternative anbahnen, den Weg zu einer möglichen und, wohlverstanden, besseren „anderen Welt“.

Für die kämpfenden Völker besteht die Herausforderung voll und ganz darin, wie sie auf die hier aufgeworfene Frage antworten. François Houtart benannte sie mit Nachdruck: Vom kollektiven Bewusstwerden der Herausforderungen ist überzugehen zur Formierung aktiver sozialer Transformationskräfte.

Diese Herausforderung geht natürlich die Völker selbst an, weit über die Foren hinaus. Doch wie weit findet das kollektive Bewusstwerden auf den Foren seinen Ausdruck? Gewiss weist es, wie immer in der Geschichte, je nach Ort, Zeitpunkt und Bewegung einen unterschiedlichen Reifegrad auf. Tragen die Foren aber darüber hinaus dazu bei, wie erforderlich, vom Bewusstsein zur Formierung von Transformationskräften voranzukommen? Im weiteren soll versucht werden, diese Frage zu beantworten.

Dieses Vorankommen ist und bleibt schwierig. Denn es verlangt erstens, dass die Kämpfe radikaler werden und zweitens, dass sie in ihrer Mannigfaltigkeit zu gemeinsamen Aktionsplänen zusammenfinden (die „Konvergenz in der Mannigfaltigkeit“, wie es das Weltforum der Alternativen formuliert). Solche Pläne verlangen eine strategische politische Vision, das Bestimmen von kurz- und längerfristigen Zielen (der Perspektive, wonach sich die Alternative definiert).

Radikaler werden – das betrifft nicht die Redeweise der Kampfteilnehmer, sondern den Zusammenhang ihrer Aktio-

nen mit einem Alternativprojekt, mit dem sie die bestehenden gesellschaftlichen Machtsysteme ablösen wollen: soziale Hegemonien (Klassenbündnisse und Kompromisse), die sich als Alternativen zu den machthabenden sozialen Hegemonien durchsetzen (zu den vom Kapital, vom Imperialismus und ihren Hörigen in den lokalen Kompradorenklassen dominierten Bündnissen). Konvergenz verlangt mehr als eine verschwommene Koordinierung der Aktionen oder gar einen bloßen Meinungs-austausch, die nicht über ihre Zersplitterung (und mithin Schwäche) hinaushefen. Konvergenz kann nur aus einer Politisierung (im guten Wortsinn) der fragmentierten Bewegungen entstehen. Dieses Erfordernis bestreitet der Diskurs der „unpolitischen Zivilgesellschaft“, eine direkt aus den USA importierte Ideologie, die noch immer viel Schaden anrichtet.

Konvergenz in der Mannigfaltigkeit und Radikalisierung der Kämpfe werden ihren Ausdruck finden in der unumgänglichen Bestimmung von Etappenzielen (wovon manche nichts hören wollen, weil sie es gleich für Kompromisserei und Opportunismus halten), die erstens fortschreitende Demokratisierung als Vorgang ohne Ende (und nicht als endgültiges Rezept, wie beim Modell der westlichen politischen Repräsentativdemokratie) im Verein mit sozialem Fortschritt (statt losgelöst davon), und zweitens die Bekräftigung der Souveränität der Staaten, Nationen und Völker ermöglichen. So sind Formen einer ausgeglichenen, nicht einseitig von Kapital und Imperialismus aufgezwungenen Globalisierung durchzusetzen.

Solche Inhalte für die Gestaltung von Alternativen werden freilich nicht alle akzeptieren.

Manche meinen, Demokratie mit Mehrparteiensystem und Wahlen sei auch losgelöst von der sozialen Frage (die dem Markt überantwortet bleibt) „besser als nichts“. Dabei scheinen die Völker Asiens und Afrikas insgesamt nicht gewillt zu sein, sich für diese Form von Demokratie ohne sozialen Fortschritt (und zur Zeit sogar mit sozialem Rückschritt) zu schlagen. Sie beteiligen sich oft lieber an kaum demokratischen pseudo-religiösen und pseudo-ethnischen Bewegungen. Man kann sich darüber beklagen; besser wäre, sich nach dem Warum zu fragen. „Demokratie“ lässt sich weder aus Europa exportieren, noch von den USA aufzwingen. Die Völker des Südens können sie nur in Kämpfen für den sozialen Fortschritt erringen, so wie es in Europa war (und bleibt).

Werden Nation, nationale Unabhängigkeit und Souveränität auch nur erwähnt, so bekommen manche gleich allergisches Hautjucken. „Souveränismus“ gilt da nahezu als Makel und passé. Die Nation rechnet als Wegwerfartikel, mit der Globalisierung sei sie ohnehin überholt. Die These ist in den europäischen Mittelklassen populär, die Gründe, mit Problemen bei der EU-Integration verbunden, liegen auf der Hand. Im Süden dagegen findet sie überhaupt keinen Widerhall, übrigens auch nicht in den USA oder in Japan.

Eine Transformation in Etappen schließt die langfristige Perspektive nicht aus. Für die einen, wie den Verfasser dieser Zeilen, heißt sie „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“; andere sind gegen „Sozialismus“; für sie ist er durch seine Praxis im vorigen Jahrhundert endgültig diskreditiert.

Die Konvergenz praktisch umzusetzen wird schwierig bleiben, wenn sie auch im Grundsatz schon anerkannt wäre. Denn es ginge darum, zweierlei zu vereinbaren, erstens die in und mit den Kämpfen erworbenen fortgeschrittenen demokratischen Praktiken (kein Zurück zu den von „Avantgar-



den“ kommandierten Bewegungen!), zweitens die Erfordernisse vereinten Handelns, die je nach der örtlichen bzw. nationalen Lage geringer oder anspruchsvoller sein können.

Den Grundsatz der erforderlichen Konvergenz akzeptieren nicht alle. Abgelehnt wird er von mehr oder minder postmodern orientierten autonomistischen Strömungen. Die Bewegungen, die sie inspirieren, verdienen als solche Respekt; sie gehören zur Front der Kämpfe. Manche behaupten sogar, die Bewegung an sich mache selbst dann die Alternative aus, wenn sie zerstreut sei, weil das individuelle Subjekt damit bereits zum eigentlichen Akteur der Transformation werde (in Negris theoretischer Vision). Ich kann dieser These nicht folgen. Das ist wohl der Fall bei vielen in großen Kämpfen stehenden Volksbewegungen. Man sollte auch hoffen, dass aus früheren Zeiten überkommene Organisationen – politische Parteien, Gewerkschaften usw. – sich im Sinne der erforderlichen demokratischen Praxis zu wandeln vermögen. Die Denker der autonomistischen Strömungen behaupten, die Welt verändern zu können, ohne die Macht zu ergreifen. Die Geschichte wird erweisen, ob das möglich oder eine Illusion ist.

Jedenfalls gibt es, ob nun bei „großen“ oder „kleinen“ Organisationen, den Konflikt zwischen der Logik des Kampfes (wo dessen Erfordernisse überwiegen) und den Organisationslogiken (wo die Ambitionen von „Führungen“ bzw. nach Führungsrollen Strebenden auf Teilhabe an der bestehenden dominanten Macht überwiegen und den Opportunismus begünstigen).

Die Konvergenz ist nur dann auf globaler und regionaler Ebene zu gestalten, wenn sie zuvor auf der nationalen Ebene geschaffen wird. Denn ob man will oder nicht, sind gerade dort die Herausforderungen und ihr Rahmen konkret zu fassen, wird gerade dort das Umschlagen der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Volksklassen geschehen oder nicht geschehen. Die regionale und die globale Ebene können die nationalen Vorstöße reflektieren, sie gewiss auch erleichtern (oder wenigstens nicht behindern), aber kaum mehr bewirken.

5. Fortschritte in Richtungen, die zur Gestaltung der Alternative führen können, gibt es gerade jetzt in Lateinamerika, doch so gut wie nirgends in Europa, Asien und Afrika.

Solche Vorstöße wie in Brasilien, Venezuela, Bolivien, Ecuador und künftig womöglich mit Erfolg auch anderswo – in Nicaragua, Mexiko oder Peru – entstehen eben durch die Radikalisierung von Bewegungen, welche politische Konvergenz und damit das Gewicht der wirksamen „kritischen Masse“ erreicht haben. Es sind insofern revolutionäre Vorstöße, als sie das Umschlagen der politischen und sozialen Verhältnisse zugunsten der Volksklassen eingeleitet haben. Sie hatten Erfolg, weil sie die demokratische Führung der Bewegungen mit der politischen Klarstellung ihrer Projekte real und praktisch verbunden haben. So konnten sie die anderswo vorherrschende Zersplitterung überwinden.

Dass die so gebildeten Staatsgewalten Probleme bereiten, dass sie Gefahr laufen, unter dem Druck äußerer Zwänge und der lokalen privilegierten Klassen stecken zu bleiben – wer wollte das bestreiten? Soll man deswegen geringschätzig beurteilen, welche Möglichkeiten diese Machtwechsel (!) für die Bewegungen der Volksmassen bieten? Diese Staatsgewalten gestatten weitere Vorstöße durch Verbinden (statt Trennen) von Demokratisierung und sozialem Fortschritt mit

der Bekräftigung der nationalen Unabhängigkeit (von den USA). Anderswo sieht die Wirklichkeit, obwohl gekämpft wird, weniger günstig aus.

In Europa erhält die „Gestaltung der Europäischen Union“ dermaßen Vorrang, dass man leicht zum Sozialliberalismus ableiten und auf die Illusionen verfallen kann, welche die Rhetorik vom „Dritten Weg“ und vom „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ weckt. Wird „die Bewegung“ im Selbstlauf über diese Hürden hinwegkommen? Persönlich zweifle ich daran und meine, dass entscheidende Orientierungswechsel der politischen Macht dafür Vorbedingung sind, insbesondere der Bruch mit dem Atlantismus, denn die NATO ist der Feind der europäischen Völker. Andere meinen das nicht. In Osteuropa, das sich in seinen realen Beziehungen zu Deutschland und Westeuropa zum Analogon dessen entwickelt, was Lateinamerika in seinen Verhältnissen zur USA war (und noch ist), sind die Illusionen noch größer.

In Asien und Afrika erlebt man zur Zeit Verirrungen, die wir „kulturalistisch“ nennen. Sie schüren die Illusion von „Zivilisations“projekten auf der Basis pseudoreligiöser und pseudoethnischer Zusammenschlüsse. Der Diskurs der „kulturellen Mannigfaltigkeit“ führt hier häufig in die Sackgasse. Im übrigen hat die Macht des Kapitals und des Imperialismus durchaus nichts gegen diesen Diskurs und ermutigt ihn sogar.

Es wird dringlich, genauer zu wissen, wie sich das vereinigte Vorgehen (siehe oben) durchgesetzt hat, und genauer zu wissen, aus welchen Gründen die Bewegung anderswo relativ stagniert, sich abschwächt und in manchen Fällen auch geschlagen wird. Das müsste Hauptgegenstand vieler Debatten in den Foren und anderenorts sein. Die Weltforen als Stätten der Begegnung sind weniger dafür gerüstet, den geeigneten Rahmen für gründliche Auseinandersetzungen mit diesem Gegenstand zu bieten. Die nationalen, auch die regionalen Foren sind dazu besser geeignet oder können geeigneter werden.

6. Die Vorschläge des „Aufrufs von Bamako“ (vom Januar 2006) sollten dazu anregen, mehr Gewicht auf derartige gründlichere Debatten zu legen. Es sind nur Vorschläge, nicht etwa durchgedrückte „Beschlüsse“ (wer sich dazu erdreistete, wäre nicht befugt zu verlangen, dass sie befolgt werden!). Sie wurden natürlich von den extrem autonomistischen Strömungen ebenso wie von der Masse „unpolitischer“ NGO grundsätzlich abgelehnt. Doch anderswo finden sie Anklang.

Die Charta des WSF untersagt solche Initiativen wie in Bamako keineswegs; außerdem wurde der Appell auf Vollversammlungen von Bewegungen bestätigt. Dennoch erbot sich die Initiative das „Sekretariat“ des WSF. Wieso? Vielleicht weil es die Vorschläge des Aufrufs im Grunde nicht billigt. Muss man daraus folgern, das Sekretariat sei im Einvernehmen mit den „unpolitischen“ NGO (und womöglich mit den extrem-autonomistischen Strömungen) dafür, die anderen Aktionsströmungen vom Forum auszuschließen? Wer bestreitet denn, dass das betreffende Dokument, von 200 Teilnehmern binnen eines Tages und einer Nacht erarbeitet, Unzulänglichkeiten, ja Widersprüche aufweist? Muss man deswegen seinen Verfassern „Arroganz von Intellektuellen“, überholte „avantgardistische“ Haltungen, ja sogar gefährliche politische Motive vorwerfen? Dann wäre zu beweisen, dass die extrem autonomistischen Strömungen nichts vor-



bringen als die spontane, beredte und kohärente Meinungsäußerung der Massen; dass es keine „Intellektuellen“ gebe, welche die Thesen dieser Strömungen formulieren! Bewiesen werden müsste, dass die „unpolitischen“ NGO nicht Diskurse führen, die in Wirklichkeit offenkundig politischen Sinn haben, weil sie die Stichworte der Machthaber aufgreifen (Bekämpfen der Armut, gute Regierungsführung, zugespitzter Kulturalismus usw.).

7. Die Weltsozialforen haben eine Geschichte und eine Vorgeschichte. Sie sind nicht plötzlich vom Himmel gefallen. François Houtart, Bernard Cassen und andere haben die wesentlichen Etappen dieser Geschichte seit dem „Anderen Davos“ in Davos (1999) in Erinnerung gerufen.

Hier geht es nicht darum zu bewerten, wie diese sich in den letzten sieben Jahren entfaltet hat. Selbst wenn man – wie wir – meint, dass sie mit Sicherheit Erfolg und reale Auswirkungen gebracht hat, sollte der Akzent nicht auf dem Eigenlob, sondern auf den Schwächen liegen.

Die Foren haben verschiedene „verantwortliche“ Leitungsinstanzen (Sekretariat, Internationaler Rat, „Führungen“ der wichtigsten Bewegungen und der vertretenen NGO). Das sind Machtpositionen wie andere auch, und es wäre naiv, das zu übersehen. Häufig ist ihr Hauptanliegen die Eigenbewertung nach internen, teils ganz banalen Leistungskriterien (Menge der Teilnehmer, Anzahl, vielleicht auch Qualität der Debatten, unmittelbar materielle Organisationsfragen). Das wirkliche Bewertungskriterium für die Foren ist ein „externes“: Tragen sie dazu bei, das Voranschreiten der Kämpfe (statt Stagnation oder Rückgang) zu fördern? Zu wünschen wäre, dass diese Dimension der Herausforderung auf den Vollversammlungen und Treffen, welche jene Instanzen organisieren, ein stärkeres Echo fände.

Um die Kritik noch etwas weiter zu treiben, wagen wir zu sagen, dass die Weltforen an einem (zunehmenden?) Ungleichgewicht unter den anwesenden Teilnehmern leiden. Als an finanziellem und geistigem Aufwand äußerst kostspielige Operationen sind die Foren eher attraktiv für die über Personal und Finanzierungsmittel verfügenden (und zuweilen tatsächlich für die Kämpfe eintretenden) NGO – diejenigen aus dem Norden, aber auch, grob gesagt, jene ihrer Klienteles aus dem Süden – als für die großen im Kampf stehenden Bewegungen. Aber die zu Hunderten Millionen in erbitterte Kämpfe verwickelten Bauern, ganze Völker, die den Maschinenwaffen und Bomben imperialistischer Okkupanten trotzen, kommen höchstens hier und da in einem „Workshop“ zu Wort. Dagegen können viele andere, nach der Tragweite ihrer Aktion zuweilen unbedeutende Organisationen auf einem Dutzend Workshops Werbung betreiben. Offen gesagt, gehören manche dieser Organisationen eher zum System (als Sicherheitsventile) als zur Alternative. Die Frage nach der „Offenheit der Foren“ (die im Prinzip nicht anzufechten ist) wird problematisch. Ihre Handhabung muss stärker beachtet werden.

Diese Mängel der Weltforen finden sich auch bei den nationalen Foren. Doch hier sind die im Konflikt mit der bestehenden Ordnung liegenden Kräfte unmittelbar vor Ort, und das erleichtert es zumindest potenziell, die genannten Schwächen zu überwinden. Ob die Bilanz mehr oder weniger positiv ausfällt, wird abhängen von den konkreten Bedingungen und von den gegebenen Erschwernissen (nationale politische Konkurrenten) oder günstigen Momenten (Radikalisierung der Kämpfe).

8. Der Wiederaufbau einer „Front der Länder und Völker des Südens“ ist eine der Grundvoraussetzungen für das Entstehen einer nicht auf imperialistische Vorherrschaft gegründeten anderen Welt.

Ungeachtet der bedeutenden Transformationen aller Art, die in Vergangenheit und Gegenwart von den Gesellschaften des Nordens ausgingen, sind diese doch nach wie vor an den Karren des Imperialismus gespannt. Nicht erstaunen sollte es deshalb, dass die großen weltweit bedeutsamen Transformationen vom Aufbegehren der Völker der Peripherien herrührten, von der russischen Revolution (im seinerzeit „schwächsten Kettenglied“) bis zur chinesischen Revolution und zur in Bandung gegründeten Front der Nichtpaktgebundenen, die zeitweilig den Imperialismus zwangen, sich an Logiken „anzupassen“, die seinem Expansionsstreben widersprachen. Bandung und die Trikontinentale bewirkten 1955 bis 1980 eine multipolare Globalisierung. Diese Seite im Buch der Geschichte ist jetzt umgeschlagen.

Die Bedingungen der jetzigen Globalisierung verhindern ein „Remake“ von Bandung. Die zur Zeit herrschenden Klassen der Länder des Südens versuchen bei dieser Globalisierung mitzuziehen. Zuweilen setzen sie darauf, sie zu ihren Gunsten umlenken zu können, und bekämpfen sie deshalb nicht. Zudem teilen sie sich in zwei Gruppen. Die einen, wie China und die aufstrebenden Länder Asiens und Lateinamerikas, haben ein „nationales“ Projekt; es ist im wesentlichen kapitalistisch, nuanciert durch vorhandene oder fehlende Zugeständnisse an die Volksklassen, doch jeweils in offenem oder gedämpftem Gegensatz zu den Strategien des Imperialismus; das bleibt von Fall zu Fall zu diskutieren. Die anderen haben kein eigenes Projekt und willigen ein, sich einseitig den Erfordernissen der imperialistischen Entfaltung „anzupassen“; hier haben die Herrschenden Kompradoren-Charakter.

Zwischenstaatlich bilden sich Bündnisse (der Regierungen) mit veränderlicher Geometrie, wie man in der WTO sah. Diese Annäherungen eröffnen nicht zu unterschätzende Möglichkeiten für die Bewegungen der Volksklassen; Illusionen verbieten sich allerdings.

Ist es möglich, dass eine Front der Völker des Südens entsteht, die weit über Annäherungen zwischen herrschenden Klassen hinausreicht? Behindert wird das von den oben genannten kulturalistischen Verirrungen und den daraus folgenden pseudo-religiösen bzw. pseudo-ethnischen Zusammenstößen unter Völkern des Südens. Somit fällt es weiterhin schwer, solch eine Front zu gestalten. Weniger problematisch würde es, wenn und insofern sich die Staaten, die ein eigenes Projekt haben, unter dem Druck ihrer Völker in entschiedener antiimperialistischer Richtung bewegen könnten. Dazu müssten ihre Projekte eine illusionäre Bahn verlassen – jene der Annahme, dass entschieden und ausschließlich „national-kapitalistische“ Mächte imstande seien, die imperialistische Globalisierung zu ihren Gunsten umzusteuern und ihren Ländern zu ermöglichen, aktive Mitwirkende jener Globalisierung zu werden und an der Gestaltung des Weltsystems teilzuhaben (statt sich ihm einseitig anzupassen). Solche Illusionen sind noch weit verbreitet. Genährt werden sie von Schmeichelreden an die Adresse der „aufschließenden Schwellenländer“ mit entsprechender National-Rhetorik; dafür sorgen Dienstleistungseinrichtungen des Imperialismus. Doch in dem Maße, wie die Fakten diese Illusionen Lügen strafen, werden sich neue national-populäre und antiimpe-



rialistische Blöcke den Weg bahnen können und dem Internationalismus der Völker voran helfen. Hoffentlich werden die fortschrittlichen Kräfte des Nordens das begreifen und unterstützen.

9. Abschließend sei gesagt: Die Zukunft der Foren wird nicht so sehr davon abhängen, was sich dort intern abspielt, sondern eher davon, was sich auswärts entwickelt, in den Kämpfen der Völker und der Evolution der Geostrategie der Staaten.

Diese Schlussfolgerung soll nicht Pessimismus bezüglich der Foren wecken, wohl aber Bescheidenheit bei der Bewertung ihrer Leistungen.

Parallel zu weiteren militanten Aktionen der Foren (und nicht im Gegensatz dazu) sind deshalb andere Interventionsformen erforderlich, um gründlicher über gemeinsame Aktionen nachzudenken, die über weltweite Protesttage gegen Verschuldung oder Präventivkriege bzw. für Frauenrechte, für den Zugang zu Wasser usw. hinausgehen.

Das Weltforum der Alternativen befasst sich damit seit seiner Gründung (1997). Als Netzwerk zahlreicher Think Tanks, die unmittelbar mit den gegen das System kämpfenden sozialen und politischen Kräften verbunden sind, will es Gruppenarbeiten (und nicht nur Meinungsaustausche) anregen, welche die Bildung gemeinsamer Aktionsfronten fördern könnten. Beispiele wären: Gruppen von Gewerkschaftern („Wiederaufbau einer vereinten Front der Arbeit“), von Bauernbewegungen („Bodenrechte für alle Bauern durchsetzen!“), von politischen Kräften, die nicht in die Weltpolitik des Kapitals und des Imperialismus einwilligen (Arbeiten zu Fragen des Völkerrechts, zur Reform des Systems der Vereinten Nationen bzw. der Systeme zur Wirtschaftssteuerung in der Globalisierung usw.).

Viele andere nationale, regionale und weltweite Netzwerke unternehmen verdienstvolle Bemühungen in vergleichbaren Richtungen. Statt einer langen Aufzählung seien als Beispiele genannt, was ATTAC in Frankreich leistet, weiter die Arbeiten des „Focus on the Global South“, der ARENA und vieler anderer.

Eine stärkere Präsenz solcher Programme auf den Foren wäre sehr zu wünschen, damit ihre Effizienz ansteigt.

Statistik

Internationale Aktivitäten

Übersicht über ausgewählte internationale Aktivitäten des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 1. Januar bis 30. Juni 2007

8. – 9. Januar 2007

Gesine Löttsch und Ulrich Maurer besuchten als VertreterInnen der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag die Sozialistische Partei (SP – Niederlande).

12. – 14. Januar 2007

In Berlin tagten Vorstand und Rat der Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linken (EL), gastgebende Partei war die Linkspartei.PDS. 46 internationale und 22 deutsche TeilnehmerInnen und Gäste waren anwesend. Traditionell beteiligten sich die EL-VertreterInnen an der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 14. Januar in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

12. – 16. Januar 2007

Am XIII. Treffen des Forums von Sao Paulo in San Salvador nahmen für die Linkspartei.PDS Wolfgang Gehrcke, Dietmar Schulz und Harald Schindel teil. Dietmar Schulz führte im Anschluss daran vom 17. – 18. Januar in Guatemala Gespräche mit VertreterInnen der URNG.

18. – 21. Januar 2007

Den Gründungsparteitag der indonesischen Einheitspartei für die nationale Befreiung (Papernas) in Jogjakarta besuchte für die Linkspartei.PDS Carsten Hübner.

18. – 20. Januar 2007

Helmut Scholz weilte auf Einladung der Grünen Partei Bulgariens zu Gesprächen mit dem Parteivorsitzenden Alexander Karakachanov in Bulgarien. In Rumänien traf er den Vorsitzenden der Sozialistischen Allianzpartei, Constantin Rotaru.

22. Januar 2007

Zum Neujahrsempfang der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag kamen etwa 50 internationale Gäste und VertreterInnen des diplomatischen Corps.

20. – 25. Januar 2007

Am Weltsozialforum in Nairobi nahmen zahlreiche VertreterInnen der Linkspartei.PDS teil, darunter Gabi Zimmer, Feleknas Uca, Helmut Markov, Klaus Lederer, Bernd Schneider, Nora Schüttpelz, sowie für die Fraktion Die Linke im Bundestag Heike Hänsel und Hüseyin Aydin.

26. – 28. Januar 2007

Das XXXI. Treffen des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF) fand auf Einladung der Linkspartei.PDS in Berlin statt. 37 TeilnehmerInnen aus 13 europäischen Ländern wohnten der Beratung bei und verständigten sich zu Fragen der EU-Innen- und Justizpolitik, Menschen- und Bürgerrechten, den Entwicklungen im Nahen Osten und dem bevorstehenden G8-Gipfel.



5. – 7. Februar 2007

Der Vorsitzende der Linkspartei.PDS, Lothar Bisky, besuchte in Begleitung von Helmut Scholz die Sozialistische Partei (SP – Niederlande) und führte Gespräche u. a. mit dem SP-Vorsitzenden Jan Marijnissen, mit Generalsekretär Hans van Heijningen und mit Senator Tiny Kox.

10. – 11. Februar 2007

Auf dem V. Parteitag der Partei für Freiheit und Solidarität (ÖDP – Türkei) in Ankara wurde die Linkspartei.PDS von Kadriye Karci vertreten.

8. – 18. Februar 2007

Eine Abordnung von Cuba Sí und der Linkspartei.PDS – Reinhard Thiele, Justo Cruz und Gerd Gampe – nahm zusammen mit 55 deutschen Verlagen an der internationalen Buchmesse in Havanna teil.

14. Februar 2007

Oliver Schröder und Anne Quart empfangen eine Schülerlennendelegation aus Norwegen.

20. Februar 2007

Wolfgang Gehrcke führte in Paris ein Gespräch mit Marie-George Buffet, Vorsitzende der Französischen KP und Präsidentschaftskandidatin.

20. Februar 2007

Helmut Scholz traf in Berlin mit Issam Haddad, dem Deutschlandvertreter der Libanesischen KP, zu einem Gespräch zusammen.

22. – 26. Februar 2007

Der Vorsitzende der Grünen Partei Bulgariens, Alexander Karakachanow, hielt sich zu einem Besuch in Berlin auf und führte Gespräche mit Helmut Scholz, Gregor Gysi, Bodo Ramelow, Jan Korte und Eva Bulling-Schröter. In der Rosa-Luxemburg-Stiftung traf er mit Evelin Wittich, Christiane Schulte und Marlies Linke zusammen.

8. März 2007

Helmut Scholz und Kadriye Karci trafen in Berlin den Europa-vertreter der türkischen DTP, Fayik Yagizay, zu einem Gespräch.

9. – 11. März 2007

An zwei thematisch verbundenen Konferenzen der Linksfraktion im Bundestag „Die Linke und die Zukunft Europas“ am 9. März und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Fraktion GUE/NGL „Die Europäische Union neu gründen?“ am 10. und 11. März in Berlin nahmen etwa 70 internationale ReferentInnen und Gäste teil, darunter Fausto Bertinotti (Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer und EL-Vorsitzender), Marie-George Buffet (Nationalsekretärin der FKP), Patricia Sentinelli (Vizeaußenministerin Italiens), Francis Wurtz (Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im EP), Alekos Alavanos (Vorsitzender von Synaspismos, Griechenland) und Franco Russo (Europäisches Sozialforum).

9. – 11. März 2007

An einem von der Partei der Arbeit (PT – Mexiko) organisierten Seminar zum Thema „Die neue Gesellschaft und die poli-

tischen Parteien“ in Mexiko City nahmen für die Linkspartei.PDS Dietmar Schulz und Roswitha Yildiz teil.

14. März 2007

Dietmar Bartsch, Helmut Scholz, Konstanze Kriese und Bernd Ihme führten in Berlin Gespräche mit Frau Zhang Wenhong, Mitarbeiterin am Institut für Weltsozialismus beim ZK der KP Chinas zu deren Forschungsthema „Linkspartei. PDS in Deutschland“.

17. März 2007

Auf dem diesjährigen kurdischen Neujahrsfest (Newroz) in Berlin überbrachte Jan Korte die Grußworte des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS.

17. – 18. März 2007

Zu einem von der AKEL Zyperns in Nikosia organisierten euro-mediterranen Treffen linker Parteien mit dem Thema „Die Entwicklung im Mittelmeerraum und im Nahen Osten: die Rolle linker Parteien und Bewegungen“ reiste Harri Grünberg als Vertreter der Linkspartei.PDS.

26. – 30. März 2007

Prof. Sun Jinsong, Mitarbeiterin der Parteihochschule der KP Chinas, weilte zu einem Forschungsaufenthalt zur Vorbereitung einer Publikation über die Linkspartei.PDS in Berlin und führte Gespräche mit Dietmar Bartsch, Katja Kipping, Petra Pau, Bodo Ramelow, Klaus Ernst, Klaus Lederer, Heinz Vietze, Konstanze Kriese und Bernd Ihme.

20. April 2007

Helmut Scholz und Oliver Schröder empfangen in Berlin Tamas Morva von der Ungarischen Arbeiterpartei zu einem Gespräch.

27. – 29. April 2007

Zum 4. Parteitag der Partei der Italienischen Kommunisten in Rimini reiste Oliver Schröder.

4. – 6. Mai 2007

Am Jahreskongress der Rot-Grünen Einheitsliste Dänemarks nahm Wenke Brüdgam-Pick als Vertreterin der Linkspartei. PDS teil.

9. Mai 2007

Anne Quart und Oliver Schröder führten in Berlin ein Gespräch mit einer Delegation der Libanesischen KP.

9. – 10. Mai 2007

An einem von der politischen Stiftung des Linksbundes (Finnland) organisierten internationalen Konferenz zum Thema „Linke Politik in Europa“ in Helsinki nahmen als ReferentInnen Judith Dellheim und Helmut Scholz teil.

10. Mai 2007

Vojtech Filip, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens, weilte zu einem eintägigen Besuch in Berlin und führte Gespräche mit Lothar Bisky, Helmut Scholz, und Hans Modrow. In der RLS traf er Evelin Wittich.

11. – 13. Mai 2007

Auf Einladung der Vereinten Linken (Spanien) bestritt Anne-



gret Gabelin als Vertreterin der Linkspartei.PDS im Vorfeld der spanischen Regional- und Kommunalwahlen am 27. Mai eine Pressekonferenz und eine öffentliche Veranstaltung in Zaragoza zum Thema Wohnungspolitik und Bürgerpartizipation.

19. – 20. Mai 2007

Zum Parteitag der Partei der Kommunisten von Belarus reiste für die Linkspartei.PDS Oliver Schröder nach Minsk.

2. – 8. Juni 2007

An der Rostocker Großkundgebung gegen den G8-Gipfel sowie zahlreichen Veranstaltungen am Rande und im Rahmen des G8-Gegengipfels beteiligten sich auf Einladung der Linkspartei.PDS 250 ausländische AktivistInnen von EL-Mitgliedsparteien. Die Linkspartei.PDS, die Partei der Europäischen Linken, die Fraktion der GUE/NGL und die Fraktion Die Linke im Bundestag waren mit Infoständen und eigenen Veranstaltungen vor Ort vertreten und beteiligten daran zahlreiche ausländische ReferentInnen.

2. – 3. Juni 2007

Zum Parteitag des Linksblocks (Portugal) reiste Helmut Scholz nach Lissabon.

2. – 4. Juni 2007

Auf Einladung der KP Israels und der Palästinensischen Volkspartei (PPP) nahm Michael Leutert für die Linkspartei.PDS an einer internationalen Konferenz anlässlich des 40. Jahrestages der Besetzung Palästinas in Jerusalem teil.

3. Juni 2007

Zum Fest der Französischen KP in Toulouse reiste als Gastredner Fritz Schmalzbauer.

5. Juni 2007

Helmut Scholz führte in Berlin ein Gespräch mit Turo Bergman, Internationaler Sekretär des Linksbundes (Finnland).

8. – 10. Juni 2007

Zum Parteitag der KP Finnlands reiste als Vertreterin der Linkspartei.PDS und der Partei der Europäischen Linken Katalin Gennburg.

15. – 16. Juni 2007

An der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS und am Gründungsparteitag der Partei Die Linke nahmen auf Einladung der Linkspartei.PDS 103 internationale Gäste von 69 Parteien aus 47 Ländern teil, dazu die BotschafterInnen von Belarus, Bolivien, Ecuador, Kuba und Venezuela sowie zahlreiche VertreterInnen weiterer Botschaften. Auf dem Gründungsparteitag hielten der EL-Vorsitzende Fausto Bertinotti und der GUE/NGL-Vorsitzende Francis Wurtz Grußansprachen.

15. – 17. Juni 2007

Zum Programmparteitag des finnischen Linksbundes reiste Florian Weis nach Helsinki.

17. Juni 2007

Zum Gründungskongress der italienischen Sektion der Europäischen Linken in Rom entsandte Die Linke eine Videobotschaft von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine.

18. – 20. Juni 2007

Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei Die Linke reiste Lothar Bisky zu einem Antrittsbesuch bei der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament nach Strasbourg und führte dort Gespräche mit den Vorsitzenden aller Fraktionen sowie mit Parlamentspräsident Pöttering. Er wurde begleitet von Helmut Scholz und Alrun Nüßlein.

23. Juni 2007

Konstanze Kriese, Helma Chrenko und Dietmar Schulz empfangen in Berlin Gersón Martínez, Abgeordneter der FMLN und Leiter der Programmkommission seiner Partei zu einem Gespräch.

Impressum

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger, (V.i.S.d.P. Helmut Scholz)

Telefon: (030) 24 009 352, Fax: (030) 24 009 425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 13. Juli 2007

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko, Klaus Kukuk, Karin Kulow, Dietmar Schulz, Joachim Wahl und Joachim Wilke.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion!

